

15. Sitzung

Potsdam, Freitag, 7. Mai 2010

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Vizepräsidentin	1032	Frage 205 (Geplante Off-Road-Rallye in Lauchhammer)	
1. Fragestunde		Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
Drucksache 5/1089		Vogelsänger	1036
Drucksache 5/1090			
Drucksache 5/849		Frage 206 (Umleitung des RE 2)	
(Neudruck)	1032	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
Dringliche Anfrage 16 (Ausbau Bahnstrecke Cottbus-Görlitz)		Vogelsänger	1037
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft			
Vogelsänger	1032	Frage 207 (Verzicht auf Wasserentgelt)	
Minister für Bildung, Jugend und Sport		Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	1038
Rupprecht	1033		
Dringliche Anfrage 17 (Keine Erlaubnis der Dreizügigkeit in siebten Klassen am Burgwall-Gymnasium Treuenbrietzen)		Frage 208 (Anlagerichtlinien zum Versorgungsfonds des Landes Brandenburg)	
Minister für Bildung, Jugend und Sport		Minister der Finanzen Dr. Markov	1039
Rupprecht	1033		
Frage 201 (Prüfung von Saatgut auf Verunreinigung mit künstlich verändertem Erbgut)		Frage 209 (Gefährdung Fischereirecht der Sorben [Wenden])	
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	1033	Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	1040
Frage 202 (Altanschließer)			
Minister des Innern Speer	1034	Frage 210 (Notwendigkeit des Erhalts der gymnasialen Oberstufe am OSZ Werder)	
		Minister für Bildung, Jugend und Sport	
Frage 203 (Fragwürdige wirtschaftspolitische Aktivitäten des Finanzministers)		Rupprecht	1041
Minister der Finanzen Dr. Markov	1034		
Frage 204 (Versetzung von in Brandenburg verbeamteten Lehrern in andere Bundesländer)		Frage 211 (Geschäfte mit Langzeitarbeitslosen)	
Minister für Bildung, Jugend und Sport		Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	
Rupprecht	1036	Baaske	1041
		Frage 212 (Kauf von Arriva)	
		Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
		Vogelsänger	1042

	Seite		Seite
2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg		Goetz (FDP)	1057
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		Krause (DIE LINKE)	1058
Drucksache 5/845		Frau von Halem (GRÜNE/B90)	1058
1. Lesung	1042	Minister Rupprecht	1060
Frau Wöllert (DIE LINKE)	1042	5. Struktur der LASA verändern	
Prof. Dr. Schierack (CDU)	1043	Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion der FDP	
Frau Lehmann (SPD)	1044	Drucksache 5/809 (Neudruck)	1060
Lipsdorf (FDP)	1044	Frau Schier (CDU)	1060
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	1045	Baer (SPD)	1061
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	1045	Büttner (FDP)	1062
Frau Wöllert (DIE LINKE)	1046	Frau Wöllert (DIE LINKE)	1062
3. Fünftes Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes		Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	1063
Gesetzentwurf der Landesregierung		Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske	1064
Drucksache 5/846 (Neudruck)		Frau Schier (CDU)	1065
<u>1. Lesung</u>	1047	6. Einsetzung einer Kinderkommission	
Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	1047	Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion der FDP	
Hoffmann (CDU)	1048	Drucksache 5/828 (Neudruck)	1065
Frau Lieske (SPD)	1049	Wichmann (CDU)	1065
Büttner (FDP)	1050	Frau Muhß (SPD)	1067
Frau Große (DIE LINKE)	1050	Büttner (FDP)	1068
Frau von Halem (GRÜNE/B90)	1052	Krause (DIE LINKE)	1069
4. Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG)		Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	1070
Gesetzentwurf der Landesregierung		Wichmann (CDU)	1071
Drucksache 5/847		7. Spekulation und Verunsicherung der Bürger und Bediensteten der Polizei des Landes Brandenburg über die Arbeitsergebnisse der Kommission „Polizei Brandenburg 2020“ beenden	
<u>1. Lesung</u>	1053	Antrag der Fraktion der CDU	
Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	1053	Drucksache 5/878	1071
Hoffmann (CDU)	1054	Petke (CDU)	1071
Ness (SPD)	1055	Frau Stark (SPD)	1073
		Goetz (FDP)	1073
		Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	1075
		Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	1075
		Minister des Innern Speer	1076
		Petke (CDU)	1076

	Seite		Seite
8. Am Atomausstieg muss festgehalten werden		Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur 2. Lesung	
Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		Drucksachen 5/800 (Neudruck) bis 5/808 Drucksachen 5/810 bis 5/814 Drucksache 5/820	
Drucksache 5/883			
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
		Drucksache 5/822.	1087
Drucksache 5/1101 (Neudruck)	1077	Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen Richter.	1087
Frau Hackenschmidt (SPD)	1077	Dr. Woidke (SPD)	1088
Bretz (CDU)	1079	Dombrowski (CDU)	1092
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)	1080	Frau Kaiser (DIE LINKE)	1098
Kurzintervention		Goetz (FDP)	1104
des Abgeordneten Genilke (CDU)	1081	Vogel (GRÜNE/B90)	1109
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)	1082	Minister der Finanzen Dr. Markov	1114
Beyer (FDP)	1082		
Jungclaus (GRÜNE/B90)	1083	Anlagen	
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbrau- cherschutz Tack	1084	Gefasste Beschlüsse	1116
Dr. Woidke (SPD)	1085	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf münd- liche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 7. Mai 2010	1116
Bretz (CDU)	1086		
Beyer (FDP)	1086		
9. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplan- es des Landes Brandenburg für das Haushalts- jahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010 - HG 2010)			
Gesetzentwurf der Landesregierung			
Drucksache 5/400 einschließlich Korrekturblatt			
<u>3. Lesung</u>		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr**Vizepräsidentin Große:**

Meine Damen und Herren Abgeordnete, auch wenn der Freitag ein ungewöhnlicher Tag für eine Plenarsitzung ist, beginnen wir wirklich pünktlich um 9 Uhr.

Ich begrüße Sie herzlich zur 15. Sitzung des Landtages und möchte vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Bemerkung zur Arbeitsfassung der Tagesordnung machen: Ihnen liegt ein Entschließungsantrag in der Drucksache 5/1082 vor, der vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Gibt es Bemerkungen zur Tagesordnung? - Wer nach dieser Tagesordnung verfahren möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die sehe ich nicht. Damit verfahren wir nach dieser Tagesordnung.

Ich möchte folgende Abwesenheiten bekannt geben: Herr Ministerpräsident Platzeck wird von 10.30 Uhr bis 13 Uhr nicht da sein und durch Herrn Minister Dr. Markov vertreten. Herr Minister Dr. Schöneburg wird ganztägig abwesend sein und durch Frau Ministerin Münch vertreten. Herr Minister Baaske ist hier als abwesend aufgeführt und ist dennoch da, es gibt also Überraschungen. Die Abgeordneten Dr. Bernig, Büchel, Frau Gregor-Ness, Henschke, Frau Dr. Ludwig und Frau Meier sind ganztägig als abwesend gemeldet.

Wir treten in **Tagesordnungspunkt 1** ein:

Fragestunde

Drucksache 5/1089
Drucksache 5/1090
Drucksache 5/849
(Neudruck)

Wir kommen zu den Dringlichen Anfragen. Die Dringliche Anfrage 15, Drucksache 5/1083, wurde durch den Fragesteller zurückgezogen.

Das Wort zur **Dringlichen Anfrage 16** (Ausbau Bahnstrecke Cottbus-Görlitz) erteile ich der Abgeordneten Kircheis. - Bitte, Frau Abgeordnete.

Frau Kircheis (SPD):

Einem Bericht des rbb-Fernsehens vom 3. Mai 2010 nach - unter anderem die Sendung „Brandenburg Aktuell“ - plant die Bundesregierung die Elektrifizierung der Bahnstrecke von Cottbus über Horka in Richtung Görlitz als sogenannten „Verkehrskorridor“. In Horka-Węgliniec bzw. Görlitz hat diese Strecke Anschluss an die von der polnischen Eisenbahn PKP ausgebaute Verbindung in Richtung Wrocław. Bislang war der im europäischen Vergleich recht unattraktive überregionale Fernverkehr Berlin-Wrocław ab Cottbus über die kürzere, aber nicht revitalisierte Verbindung über Forst-Zary abgewickelt worden.

Ich frage die Landesregierung: Wie werden sich nach Kenntnisstand der Landesregierung nach dem Streckenausbau Cottbus-Görlitz die Fernverkehrsstrukturen auf der internationalen Verbindung Cottbus-Görlitz-Wrocław-Krakau verändern?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Kircheis. - Ich nehme an, dass Herr Minister Vogelsänger darauf antworten möchte.

(Zuruf: Oder auch nicht!)

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist eine gute Gelegenheit, allen zu danken.

(Beifall der Abgeordneten Frau Alter und Holzschuher [SPD] - Zurufe von der CDU)

- Doch. Ein großer Dank vom Ministerium, dass wir es gemeinsam geschafft haben, die Strecke Berlin-Cottbus zu bauen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist ein mutiger Schritt von meinem Vorgänger-Minister Frank Szymanski gewesen, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, durch die das Land in Vorplanung gegangen ist. Ansonsten hätten wir es nicht geschafft, die 130 Millionen Euro aus den Konjunkturpaketmitteln dafür einzusetzen. Dafür noch einmal herzlichen Dank an Frank Szymanski.

(Senfleben [CDU]: Applaus! - Vereinzelt Beifall SPD - Senfleben [CDU]: Sie müssen den Applaus einfordern!)

- Das ist deren freie Entscheidung, gar kein Problem!

Es geht jetzt um die Frage der Fernverkehrsverbindungen. Die sind eigenwirtschaftlich und werden auch eigenwirtschaftlich bestellt. Wir haben großes Interesse, dass es weiterhin Fernverbindungen Richtung Wrocław und Krakau gibt. Die muss die Bahn bestellen. Ich habe mit Interesse das Interview mit Herrn Staatssekretär Mücke gelesen, und wir haben vereinbart - das ist dann auch wieder für das ganze Haus von Interesse: im Juli dazu ein Gespräch zu führen. Hintergrund ist, dass die Bundesregierung im Juni die Eckpunkte für die Haushalte der Jahre 2011 und folgende verabschiedet wird. Dann wissen wir, wie viel Geld wir im Bereich Bundesfernstraßen und Bundesschienenwege zur Verfügung haben. Da geht es dann natürlich auch um die Strecke Cottbus-Görlitz. Es geht in der Region sicherlich auch um die Frage, wie es mit Cottbus-Forst - darauf hat mich der Oberbürgermeister angesprochen -, aber auch mit Berlin-Dresden weitergeht. Ich denke, wir haben großes Interesse daran, bei den genannten Strecken ein Stück weiterzukommen. Denn man braucht eine gute Schieneninfrastruktur, um auch internationalen Verkehr entsprechend zu realisieren. Deshalb werden wir weiterhin für den Ausbau der Schienenwege kämpfen. Frau Abgeordnete, ich bedanke mich für Ihre Unterstützung durch die Fragestellung. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD - Unruhe)

Vizepräsidentin Große:

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis dafür, dass wir heute die große Freude haben, uns an einem Freitag zu treffen, ist es wirklich sehr laut im Saal. Ich bitte Sie! Die Kollegen, die im Fernsehen zuschauen, möchten vielleicht auch die Frage verstehen.

Wir kommen zur **Dringlichen Anfrage 17** (Keine Erlaubnis der Dreizügigkeit in siebten Klassen am Burgwall-Gymnasium Treuenbrietzen), gestellt durch Herrn Kollegen Büttner. - Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Büttner (FDP):

Presseberichten zufolge hat der Leiter des Staatlichen Schulamtes Brandenburg an der Havel verkündet, dass im kommenden Schuljahr keine dritte siebente Klasse am Burgwall-Gymnasium in Treuenbrietzen eingerichtet werden darf. Gegensätzliche Äußerungen kommen vom SPD-Abgeordneten Günter Baaske, der in einer SMS bestätigte, dass der Schulleiter verkünden könne, dass eine dritte 7. Klasse eingerichtet werden dürfe. Der Bürgermeister von Treuenbrietzen bestätigte den Inhalt der SMS.

Da somit die Entscheidung der Schulrätekonferenz von Montag Abend weder bestätigt noch dementiert werden kann, die Entscheidung jedoch für Eltern, Schüler und Lehrer von hoher Bedeutung ist, frage ich die Landesregierung: Ist die Dreizügigkeit der 7. Klassen am Burgwall-Gymnasium für das kommende Schuljahr gewährleistet?

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister Rupprecht, Sie werden das klären.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Büttner, im Ergebnis des Ü7-Verfahrens im Südosten des Kreises Potsdam-Mittelmark ergab sich die außergewöhnliche Situation, dass drei benachbarte Gymnasien fast identische Anmeldezahlen erzielt haben. Ich nenne sie einmal: Treuenbrietzen hat 64, Bad Belzig hat 67 und Beelitz 64 Anmeldungen. Das ist außergewöhnlich, vielleicht sogar einzigartig in so einer Region. Das Schulamt hat folgende Rechnung angestellt: Es sind in Summe ungefähr 200 Schüler. Wir gehen einmal von einer 25er-Klassenstärke aus, also werden acht Klassen eingerichtet. Es sind drei Schulen, also werden an zwei Schulen drei siebte Klassen und an einer Schule zwei siebte Klassen eingerichtet. Dann fiel eine Entscheidung gegen Treuenbrietzen. Dass diese Entscheidung dort nicht mit Freude, sondern mit Protesten aufgenommen wurde, kann ich gut nachvollziehen. Das widerspricht auch dem, was wir uns in der Region wünschen: dass es kein knallhartes Gegeneinander, sondern ein Miteinander, zum Beispiel auch in der gymnasialen Oberstufe, gibt. Deshalb ist die Entscheidung so gefallen, wie Sie es schon vernommen haben: Es werden an allen drei Gymnasien drei siebte Klassen eingerichtet. - Danke.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister, für diese gute Nachricht. - Wir kommen jetzt zu den mündlichen Anfragen, und zwar zur **Frage 201** (Prüfung von Saatgut auf Verunreinigung mit künstlich verändertem Erbgut), gestellt durch Abgeordnete Kircheis von der SPD-Fraktion.

Frau Kircheis (SPD):

Nach Presseberichten vom 27.04. wurde bei stichprobenartigen Untersuchungen des in Brandenburg gehandelten Maissaatgutes

in fünf von 33 Fällen genetisch künstlich verändertes Erbgut gefunden. Das betroffene Saatgut wurde in Brandenburg nicht ausgebracht, allerdings erfassen die Stichproben nur einen Bruchteil des in Brandenburg gehandelten Saatgutes.

Ich frage die Landesregierung: Wird angesichts des schon heute hohen Anteils von verunreinigtem Saatgut die Überprüfung der hierzulande auszubringenden Saat zukünftig - zum Beispiel durch die Erhöhung der Prüfprobenzahl - verstärkt?

Vizepräsidentin Große:

Für das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wird Ministerin Tack antworten.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kerstin Kircheis, seit 2001 - das ist bekannt - werden in Brandenburg durch die amtliche Saatgutverkehrskontrolle Saatgutproben - insbesondere von Mais und Raps - gezogen und der Gentechnik-Überwachungsbehörde übergeben. Im Landeslabor Berlin-Brandenburg werden diese Proben untersucht; auch das ist bekannt. Jährlich stehen dazu 50 000 Euro zur Verfügung. Kommen, wie das im vergangenen Jahr und auch in diesem Jahr war, aktuelle Aufgaben hinzu - hier verweise ich auf die Leinsamen- und Senfanalysen -, geht dies zulasten der Probeaufnahmen bei anderem Saatgut. Ich glaube, das ist verständlich.

Dies ist ein grundsätzliches Problem, aber - das sage ich an dieser Stelle noch einmal - es ist kein brandenburgspezifisches Problem. Daher haben sich die Länderbehörden auf ein arbeitsteiliges Vorgehen verständigt, um möglichst früh - ich glaube, daran haben wir vor allem in den Ländern mit Saatgutvermehrungsflächen ein großes Interesse - Hinweise auf mögliche Verunreinigungen zu erhalten. Sinn macht das Saatgut-Monitoring nur, wenn rechtzeitig vor einer möglichen Aussaat belastetes Material aus dem Verkehr gezogen werden kann. Das gilt auch für Import-Saatgut, weil es sich zumindest in diesem Jahr als in nennenswertem Umfang belastet erwiesen hat. Herkunftsländer - das wissen Sie aus der Presse - waren dieses Jahr Argentinien, Ungarn und Frankreich.

Um Ihre Frage eindeutig zu beantworten: Solange Saatgut in Regionen vermehrt wird, in denen auch gentechnisch veränderte Sorten angebaut werden, wird es zu Vermischungen durch den Anbau, den Transport, das Zusammenstellen, Verpacken und Umfüllen von Saatgut kommen. Ich glaube, das ist erklärbar.

Dies zu vermindern ist in erster Linie Aufgabe der Saatgutindustrie und des Handels. Wir können nur feststellen, ob und wie dieses System funktioniert. Und zuweilen funktioniert es leider nicht. Unsere Erfahrungen aus vielen vergangenen Jahren Umweltpolitik zeigen immer wieder: Nachsorge wird teurer als Vorsorge - für die Wirtschaft wie für die Behörden. Ich unterstreiche an dieser Stelle noch einmal deutlich: Wir in Brandenburg haben das begriffen, aber leider betreibt die EU-Kommission an dieser Stelle eine mangelhafte Politik zu unseren Lasten.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keinen Nachfragebedarf. - Wir kommen zur **Frage 202** (Altanschließer), gestellt

vom Abgeordneten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Im Ergebnis der Diskussion um die sogenannten Altanschlößer-Grundstücke hat der Landtag im vergangenen Jahr in einer Novellierung des Kommunalabgabengesetzes die Möglichkeit differenzierter Herstellungsbeiträge für Wasser- und Abwasseranschlüsse eingeräumt. Dass es sich hierbei um ein brisantes und hochaktuelles Problem handelt, hat sich nicht zuletzt gestern beim Parlamentarischen Abend des Landeswasserverbandes gezeigt.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung haben bisher von dieser Möglichkeit der Erhebung differenzierter Herstellungsbeiträge Gebrauch gemacht?

Vizepräsidentin Große:

Für das Ministerium des Innern antwortet Minister Speer.

Minister des Innern Speer:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt keine Erhebung, keine Anzeigepflicht, keine Statistik; deswegen kann ich die Frage nicht beantworten.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, trotz der kurzen Antwort gibt es Nachfragebedarf. - Bitte.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Minister, stimmen Sie mir zu, dass Ihre Antwort einschließt, dass gegenwärtig kein Fall bekannt ist, dass ein Abwasserverband von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Könnten Sie sich angesichts des Ablaufs der Verjährungsfrist Ende nächsten Jahres vorstellen, dass das Land in geeigneter Form Unterstützung zur Lösung dieses Problems bietet?

Minister Speer:

Nach dem hier umfangreich diskutierten und beschlossenen Gesetz sind die Aufgabenträger in der Wahl frei. Demzufolge, die erste Frage betreffend, ob es möglich ist, dass Erkenntnisse vorliegen, dass niemand Gebrauch macht: Es ist möglich, dass diese Erkenntnisse vorliegen. Ob jemand davon Gebrauch macht, kann ich nicht beantworten. Insofern ist auch möglich, dass jemand davon Gebrauch gemacht hat. Es tut mir wirklich leid. Wir haben darüber keine Erkenntnisse, weil dies dem Land gegenüber nicht anzeigepflichtig ist. Die Verbände sind frei in der Wahl der Mittel und tun dies eigenverantwortlich.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Zweite Frage!)

- Sie tun es eigenverantwortlich. Die Frage habe ich damit beantwortet.

Vizepräsidentin Große:

Wir kommen zur **Frage 203** (Fragwürdige wirtschaftspolitische Aktivitäten des Finanzministers), gestellt durch den Abgeordneten Homeyer von der CDU-Fraktion.

Homeyer (CDU):

Laut einer Pressemitteilung des Finanzministeriums führt der Minister Gespräche mit Botschaftern, um den Messestandort Frankfurt (Oder) zu stärken. Neben Ecuador sollen laut Presseberichten nun auch Gespräche mit Kuba, Bolivien und Venezuela geführt werden. Insbesondere die zuletzt genannten Länder gelten weder als wichtige Industrieländer, noch sind sie bisher als Verfechter einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufgefallen.

Ich frage die Landesregierung: Welchen wirtschaftlichen Mehrwert sieht sie bei den Gesprächen mit Ländern, denen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung völlig fremd ist?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Homeyer. - Herr Minister Markov, Sie haben das Wort.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einen recht schönen guten Morgen! - Lieber Kollege Homeyer, ja, es stimmt, ich habe Gespräche mit Botschaftern aus Belarus, Ecuador, Kuba und Bolivien geführt. Das habe ich auch schon in meiner Funktion als Vorsitzender des Internationalen Handelsausschusses des Europäischen Parlamentes getan - und nicht nur mit Botschaftern der verschiedensten Länder, sondern auch mit Präsidenten und Chefs von Weltbanken. Das ist normales politisches Geschäft.

Sie fragen, welcher wirtschaftliche Mehrwert bei Gesprächen mit Ländern, denen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung völlig fremd sei, entstehe. Wirtschaftlicher Mehrwert entsteht, indem Handel getrieben wird. Handel kann Armut reduzieren. Handel ist immer der Austausch von Waren. Es ist im Interesse von kleinen und mittelständischen Unternehmen, entweder Waren aus anderen Ländern zu erwerben oder Waren dorthin zu verkaufen.

Warum nun diese Länder? - Weil die Europäische Union ganz speziell mit diesen Ländern gegenwärtig die ökonomischen Partnerschaftsabkommen verhandelt, die aus drei Komponenten bestehen: Erstens politische Kooperation, zweitens Dialog und drittens Freihandelsabkommen. Dass ich kein Verfechter der Durchsetzung von Freihandelsabkommen bin, weil ich glaube, dass das die Möglichkeiten der Souveränität dieser Staaten begrenzt, ist eine andere Sache. Insofern halte ich es durchaus für wichtig und richtig, dass man mit einem Bereich anfängt.

Ich bin mir darüber hinaus ganz sicher, dass diese Staaten, weil sie Botschafter und diplomatische Vertretungen in der Bundesrepublik haben, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik kennen. Das ist die Beantwortung Ihrer Frage.

Dass sie in ihren Ländern andere Strukturen haben, stimmt. Die Verfassungen von Ecuador und von Bolivien sind Präsidialverfassungen mit einer sehr starken Macht des Präsidenten. Das unterscheidet sich von der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sehr wohl. In diesen Ländern haben übrigens Volksabstimmungen zur Inkraftsetzung der Verfassung stattgefunden. Die Verfassungen sind per Volksentscheid in Kraft gesetzt worden -

(Beifall des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

anders als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings haben die Brandenburger ihre Verfassung per Volksentscheid in Kraft gesetzt. Das muss man einmal lobend erwähnen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Linke bzw. die damalige PDS war zu jener Zeit verfassungsgebende Partei, weil wir für diese Verfassung argumentiert haben. Das sollte man auch nicht vergessen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Weil Sie im Übrigen Venezuela erwähnt haben, mit dessen Vertretern ich noch nicht gesprochen habe, will ich Ihnen sagen: Auch da hat es Volksentscheide gegeben. Aber als der Präsident die Verfassung ändern und Errungenschaften der bestehenden Verfassung aushebeln wollte, hat das venezolanische Volk Nein zu dieser Verfassungsänderung gesagt. Ich glaube an die Kraft der Bevölkerung.

Eine allerletzte Bemerkung: Ich glaube, dass Sie durchaus in den unterschiedlichsten Medien nachlesen können, dass, wenn ich eine andere Auffassung zu Menschenrechten in einem Land habe, ich dies immer artikuliert habe und das nach wie vor tue. Das ist nämlich ein Bestandteil von politischem Dialog. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, es gibt Nachfragebedarf beim Fragesteller. Herr Abgeordneter Homeyer, Sie haben das Wort.

Homeyer (CDU):

Herr Minister, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Bekenntnis zu den Menschenrechten. Ich möchte trotzdem nachfragen. Es geht um den Messestandort Frankfurt (Oder), den wollen Sie ja stärken. Ich frage mich allen Ernstes, ob Sie wissen, wie das Auswärtige Amt die wirtschaftliche Kraft, zum Beispiel von Bolivien oder Ecuador, beurteilt. Wissen Sie, dass das Auswärtige Amt sagt, dass Bolivien das ärmste Land Südamerikas ist - ein klassisches Entwicklungsland? Ich bin sehr für Entwicklungshilfe und habe den Antrag auch unterstützt, aber es geht hier um den Messestandort Frankfurt (Oder), und den wollen wir hier entwickeln. Ich frage mich, wie das denn funktionieren soll.

Ich frage Sie, ob Sie zum Beispiel wissen, dass es in der Beurteilung des Auswärtigen Amtes heißt, dass die allgemeine Rechtsunsicherheit in Bolivien ein Problem für Investoren und Handelspartner ist. Das Auswärtige Amt warnt geradezu davor, aufgrund der allgemeinen Verunsicherung mit dem Staat in

Handelsbeziehungen zu treten. Wissen Sie das alles? Ich frage Sie: Wie wollen Sie unseren Messestandort, der das bitter nötig hat, damit stärken?

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Markov:

Recht vielen Dank für diese Nachfrage. Ich habe versucht, Türöffner in dem Sinne zu sein, dass ich Kontakte zwischen der Geschäftsführung der Messe Frankfurt (Oder) und den Botschaftern dieser Länder hergestellt habe, und zwar insbesondere auf zwei Gebieten, auf denen Brandenburg führend ist und die im Interesse dieser Länder liegen.

(Zuruf: Weiß das Christoffers?)

- Selbstverständlich war auch das Ministerium von Herrn Christoffers auf der Arbeitsebene eingebunden, ebenso wie das MUGV. Die Schwerpunktthemen sind regenerative Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie. Da haben wir in Brandenburg nun wirklich die führenden Firmen, die ein Exportinteresse haben. Ein Großteil dieser Länder hat nämlich das Problem, dass sie ausreichend Erdöl und Erdgas haben, aber in ihren Verfassungen haben die „Indigenas“, also die Ureinwohner, sehr weitgehende Rechte, auf deren Ursprungsgebiet dürfen diese Rohstoffe nicht ausgebeutet werden. Deswegen müssen diese Länder auf anderen Wegen Energie zu produzieren versuchen. Brandenburg kann da ein wunderbarer Partner sein, weil wir die Unternehmen in diesem Lande haben. Natürlich weiß ich genau und könnte ich Ihnen sagen - ich habe die Zahlen -, wie hoch gegenwärtig der Export aus Bolivien nach Brandenburg ist. Es gibt ihn so gut wie gar nicht. Und genau deswegen ist das eine Chance für Brandenburger Unternehmen.

Ein zweiter Gesichtspunkt, der stark hineinspielt: Wenn man so etwas macht, braucht man Länder, in denen die Regierungen ein Interesse haben, solche Messen mit Fördermitteln aus ihrem Land zu unterstützen, denn die kleinen und mittelständischen Unternehmen dort, die wir ja als Partner haben wollen, sind nicht in der Lage, sich allein an einer Messe sonstwo zu beteiligen. Deswegen sucht man sich Länder, in denen Außenhandelspolitik tatsächlich im Interesse der Regierungspolitik dieser Länder ist - genau deswegen. Sie könnten auch fragen, warum die Europäische Union - Deutschland lässt ja über die Europäische Union verhandeln - mit der gesamten afrikanischen Region verhandelt. Das könnte man doch auch sein lassen. Wozu wird das gemacht? - Wissen Sie, dass Bolivien eines der Länder mit den größten Rohstoffreserven der Welt ist? Das sind nicht nur Zinn, Zink und Blei. Das ist eine ganze Menge mehr. Daran hat Brandenburg durchaus ein existenzielles Interesse. Deshalb halte ich es für absolut richtig, notwendig und zwingend geboten, mit diesen Ländern zu reden. Ich hoffe, dass es klappt. Ich hoffe es für Frankfurt und für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die **Frage 204** (Versetzung von in Brandenburg verbeamteten Lehrern in andere Bundesländer) wird durch Herrn Abgeordneten Büttner gestellt. - Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Büttner (FDP):

Die Einstellungsoffensive, die vom Minister für Bildung, Jugend und Sport, Holger Rupprecht, angekündigt worden ist, beinhaltet, junge Lehrer in Brandenburg zu verbeamen, um Anreize zu schaffen, die Lehrermangel verhindern sollen. In Brandenburg verbeamtete Lehrer haben natürlich die Möglichkeit, Anträge auf Umsetzung nach Berlin oder in andere Bundesländer zu stellen.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele verbeamtete Lehrer aus Brandenburg hatten in den letzten vier Jahren je nach Schulamtsbezirk einen Umsetzungsantrag nach Berlin bzw. in andere Bundesländer gestellt?

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister Rupprecht, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Büttner, zur Gewährleistung der Mobilität der Lehrkräfte haben sich die Bundesländer darauf geeinigt, dass sich jede Lehrkraft, die in einem Bundesland der Bundesrepublik angestellt ist, in jedem anderen Land bewerben und dort auch eingestellt werden kann. Damit dieser Wechsel jedoch nicht zulasten der Schüler und der Unterrichtskontinuität geht, kann so ein Wechsel nur dann erfolgen, wenn das abgebende Bundesland eine sogenannte Freigabeerklärung abgegeben hat.

Es gibt eine zweite Möglichkeit, in ein anderes Bundesland zu wechseln; das ist das sogenannte Tauschverfahren. Das tritt immer dann in Kraft, wenn jemand aus sozialen Gründen wie Familienzusammenführung, den Antrag stellt, zu seinem Ehepartner zum Beispiel nach Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz zu ziehen. Dann erfolgt, wie der Name schon sagt, ein Tausch, und zwar wirklich eins zu eins, Kopf für Kopf. Es gibt keinen Rechtsanspruch. Wir bemühen uns in solchen Fällen aber natürlich, mit den anderen Bundesländern eine möglichst einvernehmliche Lösung zu finden.

Für Brandenburger Lehrer gibt es noch eine dritte Möglichkeit. Die hat mit dem Gastschülerabkommen zu tun. Berlin hat sich verpflichtet, im Rahmen des Gastschülerabkommens bis zum Schuljahr 2013/14 bis zu 40 Lehrerinnen und Lehrer aus Brandenburg aufzunehmen - allerdings auch hier wieder nur, wenn in diesem Fall durch das abgebende staatliche Schulamt eine Freigabe erklärt worden ist.

Sie sehen also, dass wir durch diese Regelung ganz gut geschützt sind. Ihre konkrete Frage kann ich leider nicht beantworten, weil - ich habe das Prozedere beschrieben - wir eine statistische Erfassung der Zahl derer, die das wünschen, nicht brauchen. Die gibt es also auch nicht. Es wird keine Datenerhebung vorgenommen, deshalb kann ich die Frage nicht beantworten.

Vizepräsidentin Große:

Es gibt Nachfragebedarf beim Abgeordneten Büttner.

Büttner (FDP):

Herr Minister, wie ist denn Ihre Freigabepraxis? Wie wollen Sie denn in Zukunft verfahren, wenn Lehrer Umsetzungsanträge

stellen und zum Beispiel nach Berlin gehen wollen? Wollen Sie die Freigabe erteilen, wollen Sie eine Einzelfallentscheidung herbeiführen, oder welche Maßnahmen wollen Sie treffen?

Minister Rupprecht:

Ich habe es ja beschrieben. Es gibt in jedem Fall eine Einzelfallentscheidung durch das Schulamt - zum Beispiel beim Wechsel nach Berlin. Wir werden kein Problem damit haben, einen Lehrer nach Berlin gehen zu lassen, wenn in der entsprechenden Fächerkombination ausreichend Personal bei uns vorhanden ist. Wir werden einen Lehrer mit Sicherheit dann nicht gehen lassen, wenn er ein Mangelfach unterrichtet, in dem wir dringenden Bedarf haben und sogar Lehrer suchen, wie wir das jetzt offensiv praktizieren. In dem Fall gibt es immer Einzelfallprüfungen, und wir schützen uns schon, dass uns nicht Lehrer abhanden kommen, die wir selbst dringend brauchen.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich sehe keinen weiteren Nachfragebedarf. - Wir kommen zur **Frage 205** (Geplante Off-Road-Rallye in Lauchhammer), gestellt durch den Abgeordneten Jungclaus.

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Die LMBV will mit Beschluss der Stadt Lauchhammer 313 ha ehemaliger Tagebaufläche im Ortsteil Kostebrau an einen Investor abgeben, der dort eine Rennstrecke betreiben will. Dort sollen amerikanische Offroad-Rennserien veranstaltet werden, die in den USA aufgrund von Umweltauflagen nicht erlaubt sind. So fahren die Fahrzeuge ohne Katalysatoren und mit verbleitem Benzin. Des Weiteren verursachen die bis 800 PS starken Fahrzeuge sehr große Schäden an dem Geländeuntergrund sowie an Flora und Fauna. Ohne jegliche Schalldämpfung erreichen diese Off-Road-Fahrzeuge mehr als 120 Dezibel und überschreiten damit die maximal erlaubten bzw. vorgeschriebenen Werte von 85 Dezibel deutlich. Dadurch werden sowohl die Tierwelt als auch die Bewohner umliegender Ortschaften erheblich gestört.

Daher frage ich die Landesregierung: Ist das genannte Rallyekonzept in Lauchhammer nach Ansicht der Landesregierung mit geltendem Recht vereinbar, und wie positioniert sich die Landesregierung zu diesem Vorhaben?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jungclaus. - Das ist klar eine Frage an Herrn Minister Vogelsänger.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Jungclaus, weder meinem Ministerium noch den Ministerien von Frau Tack und Herrn Christoffers liegen entsprechende Projektanträge zu einer Off-Road-Rallye vor. Wenn keine Projektanträge vorliegen, ist es schwer, uns dazu zu äußern.

Ich will aber gern grundsätzlich etwas dazu sagen. Wenn es kommunale Beschlüsse gibt und Projekte von der Kommune gewünscht werden, dann ist es für die Landesregierung immer schwierig, der Spielverderber zu sein, aber wir müssen das tun.

Das, was Sie genannt haben, sind starke Eingriffe. Wenn dieser Antrag gestellt wird, muss das sehr sensibel geprüft werden. Das betrifft nicht nur die Lärmimmissionen, sondern Großveranstaltungen haben ja auch Folgewirkungen. Es ist mit erhöhtem Verkehrsaufkommen und anderem zu rechnen.

Ich weise darauf hin, dass wir in einem Spannungsfeld stehen. Deshalb appelliere ich auch an die kommunale Ebene, das abzuwägen. Sie haben ja bereits gesagt, dass es, wenn es zu diesem Projekt kommt, auch in anderen Orten entsprechende Beeinträchtigungen gäbe. Deshalb der Appell auch von meiner Seite, dass man auf kommunaler Ebene zusammenarbeitet und prüft, ob solche Projekte für die Region insgesamt verträglich sind. Wir haben uns am gestrigen Tag schon kurz darüber ausgetauscht. Selbstverständlich bin ich gesprächsbereit, wenn der Antrag vorgelegt werden sollte. Ich werde dann auch das Gespräch mit der kommunalen Ebene suchen.

Vizepräsidentin Große:

Es gibt Nachfragebedarf beim Fragesteller.

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Vielen Dank, Herr Vogelsänger. - Ich hätte an dieser Stelle eine Antwort der Umweltministerin erwartet. Aber da ist die Landesregierung natürlich frei. Sie sagten, die Prüfung habe deshalb nicht stattgefunden, weil Ihnen das Projekt nicht bekannt war. Es ist ja ein Projekt, das auch in Folgejahren stattfinden soll. Kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass Sie sich zukünftig damit befassen werden und das prüfen werden?

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister.

Minister Vogelsänger:

Zum Einen: Ich habe auch Frau Tack genannt. Wir werden gut zusammenarbeiten, was solche Projekte betrifft. Aber es kann nun einmal nur einer hier vorn die Frage beantworten.

Zum Anderen: Wir werden uns, wenn ein solcher Projektantrag vorliegt, selbstverständlich damit zu beschäftigen haben. Es ist aber ein Unterschied, ob man ein solches Projekt einmalig oder dauerhaft beantragt. Da sind - je nachdem - andere Auflagen und Vorschriften einzuhalten. Ich hoffe, Sie haben aus meiner Antwort herausgehört, dass wir mit solchen Projekten sehr sensibel umgehen und alles berücksichtigen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die **Frage 206** (Umleitung des RE 2) stellt Abgeordnete Hackenschmidt von der SPD-Fraktion.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Laut Pressebericht in der „Lausitzer Rundschau“ vom 21. April 2010 hat die Deutsche Bahn Ihr Bahnkonzept nach Protesten der Sächsischen Staatsregierung geändert.

Ich frage die Landesregierung: Wie wurde bei der Problematik der Umleitung des RE 2 über Finsterwalde nach Berlin gegenüber der Deutschen Bahn argumentiert und eine konsequente Vorgehensweise durchgesetzt, um einen Halt im Bahnhof Finsterwalde zu ermöglichen und somit die berechtigten Ansprüche der Berufspendler zu berücksichtigen?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Hackenschmidt. - Auch hier wird Minister Vogelsänger antworten.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Abgeordnete Hackenschmidt, es sind zwei Dinge, die sich überlagern. Das eine ist das Ersatzkonzept für die Vollsperrung der Strecke Königs Wusterhausen-Lübbenau. Da ist in erster Linie eine Entscheidung zugunsten der Berufspendler aus den von der Vollsperrung betroffenen Regionen, wo die Linien nicht wie bisher geführt werden, getroffen worden.

Ich kann Ihre Nachfrage und den Wunsch der Finsterwalder nachvollziehen, weil Finsterwalde - darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu unterhalten - hinsichtlich des schienengebundenen Personennahverkehrs nicht optimal erschlossen ist. Das ist völlig klar. Das hängt einfach mit der Lage zwischen der Dresdener und der Anhalter Bahn zusammen. Die Orte, die dazwischenliegen, sind schienenmäßig immer schwierig zu erschließen.

Was die Proteste der Sächsischen Staatsregierung angeht, so betrifft das insbesondere das EC- und das IC-Konzept. Diesbezüglich, und zwar insbesondere hinsichtlich der Ausdünnung im Osten Deutschlands, sind wir mit der Deutschen Bahn im Gespräch. Das betrifft Sachsen und Brandenburg gleichermaßen. Wir sind da nicht zufrieden. Wir sind allerdings nicht Besteller des Angebots. Es ist eine Entscheidung der Deutschen Bahn. Deshalb muss man mit der Bahn immer wieder darüber reden.

Ich will noch eines sagen. Bei der Bahn gibt es immer wieder Abbestellungen. Im schienengebundenen Personennahverkehr arbeiten wir länderübergreifend - ich nenne einmal den RE 1 von Frankfurt nach Magdeburg - gut zusammen und bestellen die Strecken. Das ist immer eine gewisse Gefahr für die IC- und EC-Linien.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, Es gibt Nachfragen bei der Fragestellerin.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Herr Minister, das bedeutet, Sie setzen sich stärker dafür ein, dass vielleicht auch ein ICE in Potsdam hält? Eine Landeshauptstadt mit ICE-Anbindung wäre auch eine Frage wert.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister.

Minister Vogelsänger:

Der Minister hat immer ein Interesse an guten Verkehrsverbindungen im Land Brandenburg und darüber hinaus. Wir haben

schon in einer Dringlichen Anfrage über die Verbindung in Richtung Polen gesprochen. Das muss mit der Bahn entsprechend ausgehandelt werden. Ich sehe besondere Defizite im Süden Brandenburgs. Dort besteht sicherlich großer Handlungsbedarf, was die Verbesserung von Verkehrsangeboten betrifft. Das hat in meiner Haushaltsrede auch schon eine Rolle gespielt. Es gibt immer den Wunsch nach direkten Anbindungen nach Berlin, nach Schönefeld und nach einem IC-Halt. Das müssen wir ausfechten, sicherlich auch bei der Fortschreibung des Landesnahverkehrsplans.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, es gibt Nachfragebedarf beim Abgeordneten Genilke.

Genilke (CDU):

Herr Minister, ich habe Ihrer Antwort gerade entnehmen können, dass Sie den SPNV-Verkehr in Richtung Finsterwalde als ungenügend bezeichnen. Darf ich aus Ihrer Aussage die Hoffnung genährt sehen, dass wir in Zukunft noch einmal über die Anbindung eines RE nach Finsterwalde sprechen können?

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister.

Minister Vogelsänger:

Herr Abgeordneter, ich habe das gerade dargestellt. Wir haben die ganz spannende Aufgabe, den Landesnahverkehrsplan fortzuschreiben. Er gilt bis 2012. Es wird eine umfangreiche Debatte im Parlament geben, und es wird so sein, dass die Abgeordneten keine einheitliche Meinung haben werden, weil sie aus unterschiedlichen Regionen kommen. Gerade die Fortschreibung des Landesnahverkehrsplans ist eine gute Gelegenheit, die Anbindung Richtung Berlin-Schönefeld und die Anbindung Richtung Polen zu prüfen. Es wäre vom Minister unredlich zu sagen, dass Finsterwalde optimal angebunden ist, was den schienengebundenen Personennahverkehr betrifft. Ob sich daraus Verbesserungsmöglichkeiten ergeben, hängt sehr davon ab, wie viele Mittel wir im schienengebundenen Nahverkehr nach der Revision haben. Die Länder müssen sich gemeinsam mit dem Bund darauf einigen, wie viele Mittel wir ab 2015 zur Verfügung haben.

Vizepräsidentin Große:

Herr Genilke, die Fragezeit ist erschöpft. Wenn Sie zwei Fragen haben, stellen Sie sie gleich hintereinander. - Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen zur **Frage 207** (Verzicht auf Wasserentgelt), gestellt vom Abgeordneten Jürgens. Bitte, Herr Jürgens.

Jürgens (DIE LINKE):

Entsprechend § 40 Abs. 4 des Brandenburgischen Wassergesetzes kann ein Nutzer für die Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser für die Freihaltung und Freimachung von Tagebauflächen vom Wassernutzungsentgelt befreit werden. Damit sollen pauschal Tagebaumaßnahmen entlastet werden. Aufgrund des Verzichts auf das Wasserentgelt gehen dem Land Brandenburg jährlich fast 20 Millionen Euro verloren.

Ich frage daher die Landesregierung: Inwiefern hält sie den Verzicht auf dieses Wasserentgelt aus ökologischen und finanzpolitischen Gesichtspunkten heute noch für angemessen?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Jürgens. - Die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wird antworten.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Frau Präsidentin! meine Damen und Herren! Lieber Peer Jürgens, in der Koalitionsvereinbarung steht Folgendes:

„Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit für die Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser zu Zwecken der Freimachung und Freihaltung von Lagerstätten, Erdgasspeichern sowie zur Wasserhaltung von Tagebaulöchern ein Nutzungsentgelt erhoben werden soll. Dabei sind die Erfahrungen anderer Bundesländer zu berücksichtigen.“

Es ist gemeinsam verabredet, dass wir das tun. So steht es in der Koalitionsvereinbarung. An dieser Prüfung arbeiten wir selbstverständlich. Die Prüfung ist bisher noch nicht abgeschlossen, ihr Abschluss steht aber kurz bevor.

Diese Prüfung wird im Zusammenhang mit dem Regierungsentwurf zur Anpassung des Landeswasserrechts an das neue Wasserhaushaltsgesetz des Bundes erfolgen. Sie wissen es, der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist darüber informiert worden, und jeder andere kann es auch wissen, dass das Umweltbundesgesetzbuch im vergangenen Jahr nicht zum Tragen gekommen ist, sodass das Bundesrecht in den einzelnen Landesgesetzen angeglichen werden muss. Gleiches gilt für das Wassergesetz des Landes. Das ist in Arbeit.

Ich will Sie daran erinnern: Im Umweltausschuss liegt auch der Plan des Ministeriums zu den Gesetzgebungsvorhaben vor. Sie sind also, wenn Sie noch einmal nachlesen möchten, darüber informiert, wann wir welche Gesetzentwürfe entsprechend der notwendigen Schritte in das Parlament einbringen.

Unabhängig davon, meine Damen und Herren, will ich zur Versachlichung der Debatte sagen, wozu es eigentlich geht. Brandenburg erhebt für Wasserentnahmen aus oberirdischen Gewässern und aus dem Grundwasser ein Wassernutzungsentgelt, dessen Tarife nach der jeweiligen Schutzbedürftigkeit des Wassers gestaffelt sind. Dadurch soll einerseits ein sparsamer Umgang mit der wichtigen Ressource Wasser bewirkt werden und zum Zweiten der Verursacher an den Kosten für die Eingriffe in den Wasserhaushalt angemessen beteiligt werden.

Das Aufkommen aus dieser Abgabe steht im Lande insbesondere für notwendige Bewirtschaftungs-, Gewässer- und Gewässerunterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an meine gestrige Rede zum Einzelhaushalt 10.

Für den aktiven Braunkohleabbau wird in Brandenburg jährlich die beträchtliche Menge von 230 Millionen Kubikmeter Grundwasser abgepumpt und zu 90 % in oberirdische Gewässer eingeleitet. Soweit sich Vattenfall dabei an die erteilten wasserrechtlichen Erlaubnisse hält, ist dies für das Unterneh-

men entgeltfrei. Das gilt für jeden anderen Gewässernutzer ebenso.

Da der Eingriff in den Wasserhaushalt in diesem Fall gering gehalten wird, ist die Zahlung einer Nutzungsabgabe unseres Erachtens entbehrlich. Das ist eine aus meiner Sicht sinnvolle Regelung. Die rund 10 % der gehobenen Grundwassermenge verkauft oder verbraucht Vattenfall.

Beispielsweise belief sich 2008 der Verbrauch als Kühl- und Brauchwasser des Unternehmens auf ungefähr 470 000 Kubikmeter gegenüber mehr als 22 Millionen Kubikmeter Wasser, welches Vattenfall verkauft hat. Für dieses Wasser bezahlt Vattenfall seit 2004 nicht den Grundwassertarif wie andere Nutzerinnen und Nutzer, sondern lediglich den weitaus günstigeren Tarif für oberirdisches Wasser.

Hier, meine Damen und Herren, gilt es meines Erachtens zu prüfen - und da verweise ich auf den Koalitionsvertrag -, ob diese Besserstellung von Vattenfall im Hinblick auf die Lenkungs- und Finanzierungsfunktion des Wassernutzungsentgeltes in Zukunft weiterhin gerechtfertigt ist. Wir werden Ihnen das Prüfergebnis vorlegen.

Bei dieser Prüfung werden selbstverständlich die Energiestrategie sowie die Auswirkungen des Tagebaus auf den Wasserhaushalt, die Vorgabe aus Artikel 9 der Wasserrahmenrichtlinie für die Kostendeckung für Wasserdienstleistung und der Umstand, dass ein Großteil des verwendeten Grundwassers verkauft wird, berücksichtigt sein. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Herr Abgeordneter Vogel hat Nachfragebedarf.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Ministerin, Sie haben Artikel 9 der Wasserrahmenrichtlinie angesprochen. Da geht es um die Bewertung von Wasserdienstleistungen. Soweit ich weiß, ist vorgeschrieben, dass diese zum 31.12. dieses Jahres umgesetzt werden soll. In diesem Zusammenhang muss diese Entscheidung auch getroffen werden. Kann ich davon ausgehen, dass diese Entscheidung zum 31.12. vorliegt?

Ministerin Tack:

Ich darf Sie in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass laut Ausschussprotokoll wir im Ausschuss darüber gesprochen haben, dass der Gesetzentwurf Wassernovelle sobald wie möglich zum Halbjahr in das Parlament kommt und dass das zum Jahresende selbstverständlich geregelt ist; wenn das Parlament entschieden hat.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir kommen zur **Frage 208** (Anlagerichtlinien zum Versorgungsfonds des Landes Brandenburg) des Abgeordneten Burkardt, CDU-Fraktion.

Burkardt (CDU):

Die Landesregierung sieht im Haushaltsentwurf 2010 - wir haben gestern und vorgestern darüber gesprochen - eine Zuführung von rund 214 Millionen Euro an den Versorgungsfonds des Landes vor. Die Anlage dieser Mittel wird durch Richtlinien geregelt, die das Ministerium der Finanzen inzwischen vorgelegt hat und die hinreichend diskutiert worden sind.

Ich frage die Landesregierung: Beabsichtigt sie angesichts der aktuellen Entwicklungen in Griechenland, aber auch der teilweise mehrjährigen Kursentwicklung der gestern vom Minister Dr. Markov als Beispiel für Triple-B-Aktien angeführten Papiere eine Überarbeitung der Anlagerichtlinien, oder hält sie weiterhin daran fest, Landesmittel auch in Wertpapiere mit einem Rating von Triple-B anzulegen?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Burkardt. - Herr Minister Markov erhält Gelegenheit zu antworten.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Burkardt, wir haben im Ausschuss über diese Frage debattiert. Sie hatten es am ersten Tag der Haushaltsdebatte angesprochen. Sie haben es am zweiten Tag der Haushaltsdebatte angesprochen. Und Sie sprechen es heute erneut an.

Da es gestern offensichtlich schon etwas spät war, will ich diese Frage noch einmal beantworten. Die Landesregierung hat nicht vor, die Anlagerichtlinie zu verändern. Diese Anlagerichtlinie lehnt sich sehr nahe an die Anlageverordnung für Versicherungen an. Das ist - das habe ich Ihnen gestern auch schon gesagt - von Ihrer damaligen Justizministerin mit befördert und aktiv begleitet worden. Das ist auch richtig so.

Zweitens: BBB heißt mittlere Güte. Ich habe Ihnen gestern Unternehmen wie die Deutsche Telekom und Daimler mit BBB+, wie Kali & Salz mit BBB, wie Vivendi mit BBB genannt.

Im Gegensatz zu dieser Anlageverordnung haben wir in dieser Anlagerichtlinie noch eine Begrenzung eingezogen, nämlich BBB. Das hat den großen Vorteil, dass, wenn das Rating von dem bevorzugten A auf B heruntergestuft wird, nicht sofort das ganze Portfolio umgeschichtet werden muss.

Da sich die Anlagestrategie des Landes vorzugsweise auf kapitalgarantierte Schuldscheine, Darlehen und Staats- und Unternehmensanleihen bzw. inflationsgeschützte Rentenfonds bezieht, hat das bei den Erstgenannten den großen Vorteil - auch das will ich noch einmal klar und deutlich sagen -, dass das Grundkapital nicht verloren gehen kann, sondern lediglich das Risiko besteht, dass die erwirtschafteten Zinsen verloren gehen.

Es stimmt, eine Anlage ist immer auch ein gewisses Risiko. Da das Land in eigener Hoheit agiert - und sich natürlich einer Bank bedient -, sind wir in der Lage, die Trigger selber festzulegen, ab wann wir aussteigen. Das tun wir.

Im Übrigen sparen wir dadurch, dass wir es im eigenen Beritt machen, enorme Kosten, nämlich die Verwaltungsgebühren, die sonst an die Fondsmanager zu zahlen wären. Das ist ein anständiger Betrag.

Aber ich sehe, Sie stehen da und wollen sicher noch eine Nachfrage stellen.

Vizepräsidentin Große:

Genau, Herr Minister, es gibt Nachfragebedarf. Herr Abgeordneter Burkardt, bitte.

Burkardt (CDU):

Herr Minister, dieses Thema wird uns ungeachtet aller Diskussionen im Haushalt weiterhin beschäftigen. Die Zusatzfrage liegt auf der Hand: Wieso macht das Land den Gemeinden strengere Anlagevorschriften, als sie sie für sich selbst in Anspruch nimmt? Worin begründet sie die Vermutung einer höheren Weisheit bei der Landesregierung als bei den Stadtkämmern?

(Zuruf von der CDU: Gute Frage!)

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister.

Minister Dr. Markov:

Das Land ist keine Kommune. Das ist, glaube ich, auch Ihnen bekannt. Sie können versuchen, Pferde mit Ameisen zu vergleichen. Das ist aber schwierig. Tiere sind es beide. So ist das auch mit den unterschiedlichen Herangehensweisen eines Landes und von Kommunen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir setzen mit **Frage 209** (Gefährdung Fischereirecht der Sorben [Wenden]) fort, gestellt vom Abgeordneten Schippel, SPD-Fraktion.

Schippel (SPD):

In einem Schreiben des Rates für sorbisch (wendische) Angelegenheiten wurde darauf verwiesen, dass der Kormoran bereits vor zehn Jahren aus dem Anhang I der Europäischen Vogelschutzrichtlinie gestrichen wurde. Insbesondere wird dabei auf den Schaden in Höhe von jährlich 19 500 Euro verwiesen, den allein die Teichwirtschaft Stradow zu verzeichnen hat. Der zusätzliche Schaden in den Fließgewässern - dies betrifft die sorbischen Fischereirechte - wird mit mehr als 200 kg Fisch pro Tag bewertet. Mit diesen immensen Schäden ist das durch den Artikel 25 der Brandenburger Verfassung besonders geschützte Fischereirecht der Sorben (Wenden) in seiner Ausübung längerfristig gefährdet.

Ich frage die Landesregierung: Welchen Stellenwert misst sie dieser Gefährdung, die zwar nicht juristisch, aber tatsächlich besteht, bei?

Vizepräsidentin Große:

Frau Ministerin Tack wird diese Frage beantworten.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schippel, der besondere Schutz der nationalen Identität der Sorben (Wenden) durch die Brandenburger Verfassung steht, glaube ich, bei uns allen außer Frage. Zudem ist unstrittig, dass Kormorane insbesondere in Teichwirtschaften fischereiwirtschaftliche Schäden verursachen können.

(Frau Lehmann [SPD]: Und auch tun!)

- Und auch tun, genau.

Allerdings unterscheidet sich die Fischerei im Spreewald nicht von der Fischerei in anderen Landesteilen. Dies möchte ich der Vollständigkeit halber erwähnen.

Die Landesregierung hat bereits frühzeitig auf Hinweise zu fischereiwirtschaftlichen Schäden durch Kormorane reagiert und die bis heute am weitesten gehende Kormoranverordnung aller Bundesländer erlassen. Das ist ein Fakt. Sie erlaubt außerhalb von Natur- und Vogelschutzgebieten nicht nur den ganzjährigen Abschuss von Kormoranen, sondern auch das Verhindern von Kolonienneugründungen.

Seit mehreren Jahren werden zudem bestandsregulierende Maßnahmen in verschiedenen Brutkolonien zugelassen. Auch in diesem Jahr wurden in zwei der drei großen Brutkolonien des Landes solche Maßnahmen durchgeführt. In Schutzgebieten können bei Bedarf zudem Einzelausnahmen bezüglich des Abschusses von Kormoranen zugelassen werden, wenn die gesetzlichen Befreiungsvoraussetzungen vorliegen; es muss insbesondere ein erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schaden vorliegen, den Sie benannt haben.

Für die Spreewälder Teichwirtschaft Stradow wurde Anfang dieses Jahres eine solche bis zum Jahr 2013 gültige Ausnahme vom ganzjährigen Abschuss von Kormoranen erteilt. Auch die Gemeinschaft wendisch/sorbischer Spreewaldfischer Burg und Umgebung e. V. hat Anfang des Jahres 2009 eine solche Ausnahme beantragt. Trotz mehrerer Beratungen und Aufforderungen wurden dem Landesumweltamt jedoch bis heute keine Daten vorgelegt, aus denen der geltend gemachte Schaden ersichtlich wäre. Insofern konnte der Antrag bisher nicht genehmigt werden. Nun wäre es an der Zeit, die Daten vorzulegen, damit der Antrag genehmigt werden kann. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Da es keinen Nachfragebedarf gibt, kommen wir zur **Frage 210** (Notwendigkeit des Erhalts der gymnasialen Oberstufe am OSZ Werder), die der Abgeordnete Dr. Luthardt von der Fraktion DIE LINKE formuliert.

Dr. Luthardt (DIE LINKE):

Es ist vorgesehen, am Oberstufenzentrum Werder aufgrund zu geringer Anmeldungen für die Klasse 11 keine gymnasiale

Oberstufe mehr einzurichten. Das hätte zur Folge, dass die Schülerinnen und Schüler der Oberschule Lehnin keine Möglichkeit mehr haben, in zumutbarer Entfernung ein Abitur abzulegen. Damit wäre mittelfristig auch die Oberschule in ihrer Existenz gefährdet.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diese Entwicklung?

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister Rupprecht, Sie erhalten Gelegenheit, auf die Frage zu antworten.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Luthardt, am 12. März 2010 - das ist der erste Stichtag im Verfahren - gab es am beruflichen Gymnasium im OSZ in Werder 26 Anmeldungen. Gemäß der Verwaltungsvorschrift für das Schuljahr 2010 über die Einrichtung von Klassen der Stufe 11 an Gesamtschulen und an Oberstufenzentren müssen es jedoch mindestens 40 Anmeldungen sein. Das Schulamt hat daraufhin verkündet, dass es in diesem Jahr keine Klassen der Stufe 11 an diesen Gymnasien geben wird, weil es äußerst unwahrscheinlich ist, dass sich die Zahl 26 noch deutlich erhöhen wird. Im Gegenteil. Gewöhnlicherweise wird im Verlauf des Verfahrens die Anmeldezahl geringer.

Nun ist jedoch das geschehen, womit niemand gerechnet hätte. Derzeit sollen 31 Anmeldungen vorliegen. Die Zahl ist zwar noch immer sehr niedrig, aber ich habe mit dem Schulamt vereinbart, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Entscheidung getroffen, sondern der endgültige Termin - 30. Juni - abgewartet wird. Dies hat jedoch den Nachteil einer gewissen Unsicherheit für die Betroffenen, weil niemand genau sagen kann, wie hoch die Zahl der - das ist wichtig - geeigneten Bewerber ist. Insofern müssen die Schüler mit ihrem Schulabschluss in der 10. Klasse erst beweisen, dass sie den Zugang zu der Fachoberschule oder auch zum beruflichen Gymnasium realisieren können.

Eine Entscheidung werden wir aber auf jeden Fall treffen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: Sollten mehr als 30 Anmeldungen in Werder vorliegen, werden wir eine Klasse 11 einrichten, und zwar auch auf die Gefahr hin, dass es dann eine relativ kleine gymnasiale Oberstufe sein wird. Dies ist im ländlichen Raum in Brandenburg an vielen Stellen der Fall, weshalb wir dann Werder wie den ländlichen Raum behandeln würden. Schließlich habe ich sehr wohl verstanden, dass daran auch Oberschulen mit ihrem Angebot hängen, die den Schülern sagen: Macht bei uns einen guten Abschluss der 10. Klasse, damit ihr eine Chance habt, das Abitur abzulegen. - Genau das wollen wir befördern, weshalb die Entscheidung so getroffen wurde. Wir kommen gleich noch zum Ausbildungsförderungsgesetz und können darauf noch ein wenig näher eingehen. - Vielen Dank.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister, für die positive Antwort. - Da es keinen Nachfragebedarf gibt, kommen wir zur **Frage 211** (Ge-

schäfte mit Langzeitarbeitslosen), die die Abgeordnete Schulz-Höpfner von der CDU-Fraktion stellt.

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

In den Medien wurde darüber berichtet, dass die AWO in Neumünster Gewinne mit 1-Euro-Kräften erzielt hat. Das Erwerbslosenforum glaubt, dass Neumünster nur die Spitze des Eisbergs sei. Eine Vielzahl von Trägern erziele durch den Einsatz der 1-Euro-Kräfte Einnahmen. Auch in Brandenburg soll es Kontrollen bei Maßnahmeträgern gegeben haben.

Daher frage ich die Landesregierung: Hat sie Kenntnis darüber, dass auch in Brandenburg Gewinne durch den Einsatz Langzeitarbeitsloser erzielt wurden?

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister Baaske antwortet für das Ministerium Arbeit, Soziales, Frauen und Familie. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, schönen guten Morgen! Frau Schulz-Höpfner, Erkenntnisse liegen uns zwar nicht vor, dennoch haben wir diesbezüglich einige Telefonate geführt.

Vorab möchte ich Folgendes kurz darstellen: In der Rechtsaufsicht sind wir zuständig für die zugelassenen kommunalen Träger. Die Rechts- und Fachaufsicht über die ARGEn im Land liegt beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Insofern mussten wir uns im Wesentlichen an die Regionaldirektion wenden, was wir aufgrund Ihrer Anfrage am 4. Mai auch getan haben. Die Regionaldirektion signalisierte uns, dass sie keine Erkenntnisse hinsichtlich der ARGEn in Brandenburg habe. Zugleich riefen wir bei den zugelassenen kommunalen Trägern an und fragten dort nach Erkenntnissen. Aber auch denen liegen keine Erkenntnisse vor, es wird aber wohl geprüft. Bezüglich der ARGEn hat uns das BMAS mitgeteilt, dass sie bzw. die Innenrevision und auch der Bundesrechnungshof es prüfen werden. Anschließend wird das Gesamte dann zu prüfen sein.

Nun noch einmal zur Rechtslage: Es geht darum, dass die Menschen, die eine Mehraufwandsentschädigung erhalten, kein Gehalt in dem Sinne beziehen, sondern nach wie vor SGB-II-Empfänger sind, aber für ihren Aufwand sozusagen einen bestimmten Stundenlohn zusätzlich erhalten. Das rechtfertigt jedoch keinesfalls das, was die AWO in Neumünster getan hat, nämlich dafür Rechnungen zu schreiben und Zahlungen entgegenzunehmen; denn der AWO in Neumünster sind keine Kosten entstanden. Insofern ist ein solches Verhalten rechtswidrig und darf nicht geduldet werden, weshalb man dagegen einschreiten muss.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, es gibt Nachfragebedarf bei der Fragestellerin.

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Zur Klarstellung möchte ich folgende Frage stellen: Kann ich davon ausgehen, dass es eine regelmäßige Prüfung oder eine

formalisierte Prüfung gibt und wir dann auch ein Ergebnis bekommen?

Minister Baaske:

Wenn Sie es für Spree-Neiße - für Ihren Beritt - wissen wollen, fragen Sie bitte dort nach.

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Nein, ich möchte es nicht nur für Spree-Neiße wissen, sondern, wie es im gesamten Land Brandenburg aussieht.

Minister Baaske:

Die Zuständigkeit liegt definitiv nicht bei uns.

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Entschuldigung, ich meine eine systematische Prüfung.

Minister Baaske:

Nein. Eine systematische Prüfung gibt es insofern, als die Innenrevision des BMAS bzw. des Bundesrechnungshofs oder der Bundesfinanzhof das prüft. Ob die jeweils dort hineinsehen, weiß ich nicht; das ist deren Angelegenheit.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Da ich keinen weiteren Nachfragebedarf sehe, kommen wir zur **Frage 212** (Kauf von Arriva), die die Abgeordnete Wehlan von der Fraktion DIE LINKE stellt.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn AG den gesamten britischen Arriva-Konzern erwerben will. Dieser hätte es wohl auch für 1,8 Millionen Euro bereits akzeptiert. Wir sehen hier Probleme der Monopolstellung in den Eisenbahnnetzen, die im Osten Deutschlands mit der Beteiligung von Arriva gegenwärtig untersetzt sind.

(Zuruf: 1,8 Milliarden Euro!)

Deshalb frage ich die Landesregierung, welche Auswirkungen sie durch den Verkauf von Arriva auf den öffentlichen Schienenverkehr in Brandenburg sieht.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank. - Der heute meistgefragte Minister darf den Reigen schließen und die Frage beantworten.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich glaube, das sind nicht Millionen, das dürften Milliarden sein. Sie haben 1,8 Millionen Euro genannt.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Milliarden!)

- Milliarden, ja. Aber das ist gar nicht unser Thema.

Ich setze mich natürlich dafür ein, dass der schienengebundene Personennahverkehr entsprechend nutzerfreundlich gestaltet wird. Ich gehe davon aus, dass unabhängig von der Unternehmensstruktur alle Verträge eingehalten werden. Wir sind Besteller, wir sind Aufgabenträger für den schienengebundenen Personennahverkehr. Dann erwarten wir auch, dass diese Verträge eingehalten werden. Es sind Mittel des Bundes, die über die Länderebene eingesetzt werden, die die Unternehmen dann bekommen. Es ist eher eine kartellrechtliche Frage. Das muss natürlich geprüft werden. Es dürfte ja so sein, dass der Größte den Zweitgrößten kauft oder „schluckt“ - nennen Sie es, wie Sie wollen. Das muss natürlich kartellrechtlich überprüft werden. Es hat ja weitreichende Folgen. Ich gehe davon aus, dass das auch erfolgt, und ich gehe fest davon aus, dass die Verkehrsverträge entsprechend eingehalten werden, was den schienengebundenen Personennahverkehr betrifft.

Für die Nutzer können wir Entwarnung geben. Aber alles andere muss natürlich berücksichtigt werden. Wir haben großes Interesse daran, dass im schienengebundenen Personennahverkehr Wettbewerb stattfindet. Das wird natürlich mit einer solchen Unternehmensstruktur deutlich schwieriger.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir sind damit am Ende der Fragestunde angekommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/845

1. Lesung

Wir eröffnen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Wöllert von der Fraktion DIE LINKE. Bitte.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Unser Antrag auf Änderung des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes greift ein Anliegen des Netzwerkes Brandenburg der Psychiatrieerfahrenen, des Angehörigenverbandes und der Gesellschaft für soziale Psychiatrie auf, das auf den Erfahrungen von Besuchskommissionen vor allem des letzten Jahres basiert. Wir hatten im Mai des letzten Jahres hier ein novelliertes Psychisch-Kranken-Gesetz verabschiedet. Dem ging eine Anhörung im Februar des vergangenen Jahres im zuständigen Fachausschuss, damals noch Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, voraus. Ich erinnere mich, es gab über 30 Änderungsanträge, die zumeist einstimmig beschlossen wurden. Es war eine qualitativ sehr hochwertige Anhörung, die uns gemeinsam zu vielen Änderungen ver-

anlasste. Eine Änderung betraf unter anderem auch eine andere Form der Einrichtung der Besuchskommissionen.

Nach einem Jahr müssen wir feststellen: Wir haben unsere Anliegen nicht konkret genug im Gesetz formuliert, damit das, was die Abgeordneten aller Fraktionen und die Fachleute wollten, tatsächlich umgesetzt werden kann.

Die von mir vorhin schon Benannten haben in ihrem Schreiben die Abgeordneten informiert, dass Mitglieder der Besuchskommissionen nicht in allen psychiatrischen Krankenhäusern Zutritt erhielten und nicht alle Dokumente einsehen konnten, um zum Beispiel zu beurteilen, ob die Personalverordnung für psychiatrische Krankenhäuser auch tatsächlich umgesetzt wird.

Bereits in der zweiten Sitzung des Fachausschusses ging der Staatssekretär des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sehr ausführlich auf die Notwendigkeit der weiteren Entwicklung der Psychiatrieentwicklungsplanung ein. Ein Ergebnis war ja auch der erst kürzlich einberufene Psychiatriebeirat des Landes Brandenburg. Ich denke, die Ministerin wird nachher dazu noch einiges sagen.

Um eine noch bessere Qualität der Zusammenarbeit mit allen an der psychiatrischen Versorgung Beteiligten zu erreichen, ist es notwendig, die Aufgaben der Besuchskommissionen und deren Befugnisse klarer und deutlicher zu formulieren. Genau das haben wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf getan.

Die jetzige Systematik des § 2 a erklärt ganz eindeutig, dass sich die Tätigkeit der Besuchskommissionen auf alle Bereiche der psychiatrischen Klinikversorgung bezieht. Darüber hinaus wird klargestellt, dass sich die Aufgaben der Besuchskommissionen auf alle psychisch kranken und seelisch behinderten Menschen erstreckt, unabhängig von den Umständen ihres Klinikaufenthalts. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung geht es auch nicht mehr nur um die Wahrung der Rechte dieser Personen, sondern es wird ausdrücklich auf die Wahrung ihrer Interessen gegenüber dem Krankenhaus verwiesen. Im Abs. 4 des § 2 a werden die Befugnisse der Besuchskommissionen deutlich formuliert. Damit sind klare Aussagen getroffen, dass den Mitgliedern der Besuchskommissionen auf Verlangen Zutritt zu den entsprechenden Geschäftsräumen zu gewähren und die Einhaltung der Psychiatriepersonalverordnung darzulegen ist. Dabei ist besonders auch die Einsicht in Stellenbesetzungs- und Dienstpläne zu gewähren.

Mit den Änderungen im vorliegenden Gesetzentwurf entsprechen wir genau den Intentionen, wie wir sie im Rahmen der Anhörung im vergangenen Jahr im Fachausschuss zu hören bekamen. So sagte zum Beispiel Dr. Dr. Rommel, Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Klinikum Frankfurt (Oder), er sprach allerdings für die Chefarzte aller brandenburgischen Psychiatriekliniken, für diesen Arbeitskreis war er zur Anhörung gekommen:

„Die Besuchskommissionen stellen ein Element in der psychiatrischen Versorgung dar, das dazu beiträgt, die psychiatrischen Kliniken aus ihrer unglücklichen Isolation und Verborgenheit in eine Transparenzverpflichtung zu nehmen. Ich begrüße das ausdrücklich. Psychiatrie muss sich als Ort der Geborgenheit und nicht als Ort der Unterdrückung und Wegschleifung von Mitmenschen erweisen. Deswegen sind Besuchskommissionen geeignete Instrumente, um die Behandlungsqualität zu überprüfen.“

Auch Herr Zywicki, Vertreter des Netzwerks Brandenburg e. V., Landesarbeitsgemeinschaft der Psychiatrieerfahrenen, Herr Dr. Kühl, Vorsitzender Richter am Landgericht Frankfurt (Oder), und Herr Osinski von der Brandenburgischen Gesellschaft für soziale Psychiatrie, haben inhaltlich diese Aussagen so getroffen.

Ich wünsche mir sehr, dass wir zügig, nicht überstürzt, eine Änderung dieses Psychisch-Kranken-Gesetzes gemeinsam erreichen, die die Intentionen der Fachleute und des größten Teils der oder aller Abgeordneten erfüllt. In diesem Sinne bitte ich Sie um Überweisung unseres Antrags in den zuständigen Fachausschuss. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Wöllert. - Bevor wir die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fortsetzen, begrüße ich Schülerinnen und Schüler aus dem Einstein-Gymnasium Potsdam ganz herzlich in unserem Hohen Haus. Willkommen bei uns!

(Allgemeiner Beifall)

Sie erleben gerade die Debatte zum Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch kranke Menschen.

Herr Abgeordneter Schierack, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Guten Morgen! Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Frau Wöllert, ich danke für die einführenden Worte. Sie bringen heute erstmalig eine Novelle für das Psychisch-Kranken-Gesetz ein. Ich danke Ihnen, dass Sie die Überweisung beantragt haben - ich hatte bis vor kurzem gedacht, Sie möchten heute darüber abstimmen -, deswegen bin ich zunächst dankbar dafür.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das ist ein Gesetzentwurf!)

Es stand für mich nämlich die Frage: Warum bringen Sie das als Koalition ein, nicht als Regierung; denn wenn etwas eilig ist, ist dieser Weg vorgegeben. Da habe ich mich schon gefragt, warum das dann so eilig ist. Das hat sich mir bisher nicht erschlossen.

Als das PsychKG im Jahr 2009 geändert wurde, fand eine Anhörung statt. Ich war damals noch kein Abgeordneter, konnte mich aber einlesen. Im Ausschuss ging es um eine Besuchskommission für Personen, deren Unterbringung gerichtlich angeordnet wurde. Aber ich möchte deutlich sagen: Es gab keine Anhörung zur Ausdehnung der Besuchskommission für alle psychisch Kranken. Es gab - wie Sie eben sagten - einen Chefarzt, der vorgeschlagen hat, die Besuchskommission auszuweiten, aber der Grund dafür hat sich mir noch nicht erschlossen; von anderen angehörtten Fachärzten wurde das ebenfalls nicht beschrieben.

Ich habe mich noch nicht dafür oder dagegen entschieden und halte es für gut, den Gesetzentwurf im Fachausschuss zu erörtern. Wir sollten uns angewöhnen, die Landeskrankenhausegesellschaft und die Träger einzuladen. Zwar heißt es im Gesetz-

entwurf, dass das Gesetz notfalls auch gegen die Träger durchgesetzt werden soll - das können Sie natürlich tun, Sie haben die Mehrheit -, aber ich meine, es gehört zum guten Ton, sie einzuladen und anzuhören.

Es geht ja vordergründig nicht nur um die Einrichtung, sondern vor allem auch um die psychisch kranken Menschen. Jemand, der an einer psychischen Erkrankung leidet, mag es nicht unbedingt, dass das bekannt wird. Nun stellen Sie sich einmal vor - das meine ich ernst -, Sie geraten selbst in eine solche Situation und werden dann mit einer Besuchskommission konfrontiert. Sie werden erkennen, wie schnell Sie unfreiwillig davon tangiert werden könnten. Im Entwurf heißt es zwar, ein Kranker könnte die Einsicht in die Akten verweigern. Sie sprechen von einer Patientengruppe mit besonderer Abhängigkeit und Schutzwürdigkeit; da stimme ich Ihnen zu. Aber meinen Sie wirklich, dass Menschen mit einer psychischen Erkrankung, die sich womöglich in einer Psychopharmaka-Therapie befinden, zu jeder Zeit und in jeder Situation in der Lage sind, die Tragweite ihrer Entscheidung - ob Akten eingesehen oder nicht eingesehen werden - klar erkennen können? Wissen diese Menschen tatsächlich, worum es geht? Insofern erwarte ich von der Anhörung im Ausschuss eine Klarstellung für die seelisch kranken Menschen.

Es gibt weitere wichtige Fragen, die ich gern geklärt haben möchte: Werden die Besuchskommissionen Auswirkungen auf den Klinikalltag, also auf die klinische Behandlung, haben? Es heißt „Besuch mindestens einmal im Jahr“, das kann also auch zweimal, dreimal, viermal bedeuten. Das setzt ja eine gewisse Kooperationsbereitschaft voraus. Ich glaube außerdem, dass die Fachärzte für Psychiatrie gute Arbeit leisten und dass es eines Dialogs bedarf. Auch das bitte ich zu klären.

Ich spreche mich für eine Überweisung des Gesetzentwurfs an den Fachausschuss - vielleicht mitberatend auch an den Rechtsausschuss - aus, um ihn dort mit Juristen, Klinikbetreibern, der Landeskrankenhausgesellschaft, Ärzten und Patientenvertretern zu erörtern. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Schierack. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Die Abgeordnete Lehmann erhält das Wort.

Frau Lehmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste, die Besuchskommission im PsychKG ist ja im Grunde nichts Neues. Im Mai 2009 wurde das alte PsychKG durch ein neues abgelöst. Es war also keine Novelle, sondern ein neues Gesetz. Das vorhergehende Gesetz aus dem Jahr 1996 war ein „Evergreen“ unter den brandenburgischen Gesetzen, denn es war eben schon einige Jahre alt. Es hatte sich ein Stück weit überholt. Das damalige Gesetz bezog sich noch auf das Bundesprogramm „Aufbruch Psychiatrie“. Es ging darum, psychiatrische Strukturen im Land Brandenburg aufzubauen. Das haben wir inzwischen Gott sei Dank gut auf den Weg gebracht. Es gab zwischenzeitlich einige Veränderungen im Bereich des Maßregelvollzugs. Im Mai 2005 haben wir ein neues PsychKG verabschiedet. Es war eine sehr intensive Anhörung

zu diesem Gesetz, für mich persönlich die intensivste und fachlich qualifizierteste Anhörung, die ich in der letzten Wahlperiode erlebt habe. Wir haben viele Änderungsvorschläge in dieses Gesetz aufgenommen.

Die Besuchskommission war in dieser Anhörung ein wichtiger Punkt. Sie ist bislang im PsychKG geregelt. Ihre Aufgabenstellung war recht allgemein gehalten. Zunächst lautete die Formulierung, die Besuchskommission solle prüfen, ob die Aufgaben für die Unterbringung erfüllt - eine sehr allgemeine Formulierung - und ob die Rechte der Patienten gewahrt werden. Mehr stand dazu nicht darin. In der Anhörung ist gesagt worden, dass diese Formulierungen zu allgemein seien und die Besuchskommission deswegen ein zahnloser Tiger sei. Der Gesetzgeber wurde gebeten, diese Aufgabenstellung konkreter zu formulieren. Das haben wir getan. Was wir jedoch nicht getan haben - ich glaube, das war der Kardinalfehler -, war, die Besuchskommission aus dem Abschnitt öffentlich-rechtliche Unterbringung - gerichtliche Unterbringung - herauszunehmen und in den Abschnitt Grundsätze der psychiatrischen Versorgung zu überführen, sodass die Besuchskommission allgemein für die Unterbringung psychiatrischer Patienten in Kliniken gegolten hätte.

Das war die Intention im vergangenen Jahr, das war die Intention der Anhörung. Insofern wollten wir das schon immer so und müssen es nun schlicht und einfach korrigieren. Das Netzwerk Brandenburg der Psychiatrieerfahrenen, aber auch der Verband der Angehörigen und die Brandenburgische Gesellschaft für soziale Psychiatrie hat sich an den Ausschussvorsitzenden Herrn Jungclaus gewandt und uns auf das Problem aufmerksam gemacht, dass die Besuchskommission vor Ort in ihrer Arbeit beeinträchtigt wird; ich will bewusst nicht das Wort „behindert“ verwenden.

Ich gebe gern zu, dass wir bei dieser Frage natürlich auch die Interessen der Krankenhäuser zu berücksichtigen haben. Wenn es um die Rechte der Patienten geht, werden wir uns - so denke ich - in dieser Frage sicherlich einigen; schließlich haben wir das gleiche Interesse. Ich gebe zu, dass wir auch Fragen des Datenschutzes auf die Tagesordnung setzen müssen. Ich empfehle im Namen meiner Fraktion, den Gesetzentwurf in den Fachausschuss zu geben und uns dort über all diese Dinge zu verständigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lehmann. - Wir fahren in der Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort; Herr Abgeordneter Lipsdorf erhält das Wort.

Lipsdorf (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst einmal lassen Sie mich mein Befremden darüber äußern, dass hier zwar festgestellt wurde, dass man getagt hat und wohl alle einbezogen worden sind, mir gleichzeitig aber ein Brief vorliegt, aus dem eindeutig hervorgeht, dass die Krankenhausträger und die Krankenhausgesellschaft am Gesetzgebungsverfahren im Jahr 2009 nicht beteiligt waren.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Auch die CDU hatte ein Vorschlagsrecht bei der Einladung der Anzuhörenden!)

Das lässt sich ja nachholen.

Prinzipiell rollt der Gesetzentwurf für uns Fragen auf. Es ist fraglich, inwieweit derart weite, praktisch unbeschränkte Befugnisse der Besuchskommission sinnvoll sind und den von Ihnen angesprochenen Rechten genügen. Das muss man gezielt prüfen, und zwar unter Einbeziehung der Krankenhausträger.

Das, was Prof. Schierack gesagt hat, ist ein weiterer Punkt: Inwieweit wird der Krankenhausbetrieb gestört? Wird die Betreuung der Patienten durch ein Übermaß nicht eher gestört? Das muss besprochen, das muss geklärt werden. Deswegen ist es richtig, den Gesetzentwurf im Ausschuss mit einer Vielzahl von Fachleuten, auch mit den Trägern, zu behandeln. Wir weisen speziell auf § 2 a Abs. 4 bzw. Abs. 7 Satz 2 hin, die zum Teil verfassungsrechtliche Fragen aufwerfen und nicht so angelegt sind, dass wir auf ein nachhaltiges Gesetz hoffen können und darauf, uns nächstes Jahr nicht wieder an gleicher Stelle treffen zu müssen, weil sich abermals bestimmte Organisationen beschweren, dass es eben nicht sinnvoll ist. Darauf möchten wir verweisen. Wir freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss, wo wir diese Fragen mit allen Beteiligten hoffentlich ganz pragmatisch behandeln werden. - Ich bedanke mich.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lipsdorf. - Wir setzen die Aussprache mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Die Abgeordnete Nonnemacher erhält das Wort.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg - vereinfacht auch PsychKG genannt - sieht in den §§ 33 und 49 Besuchskommissionen vor. Ursprünglich sollten diese Besuchskommissionen überprüfen, ob die mit einer gerichtlich angeordneten Unterbringung verbundenen Aufgaben eines Krankenhauses bzw. eines Maßregelvollzugs erfüllt und die Rechte der so untergebrachten Personen gewahrt sind.

In der letzten Novelle dieses Gesetzes vom 5. Mai 2009 wurden die Aufgaben der Besuchskommissionen wesentlich erweitert und ihnen umfangreiche Kontrollbefugnisse zugestanden. So sollen sie sich jetzt auch um zivilrechtliche Unterbringungen in Heimen und Krankenhäusern, um die Überprüfung der Behandlungsbedingungen aller psychiatrischen Patienten, also nicht nur der untergebrachten, sowie um die Einhaltung der Anforderungen der Psychiatrie-Personalverordnung - PsychPV genannt - kümmern. Diese Kontrollbefugnisse, ob die Personalausstattung der Krankenhäuser und die Stellenpläne den Anforderungen der PsychPV genügen, stellten bei der Novelle im letzten Jahr einen erheblichen Paradigmenwechsel dar. Diese Ausweitung der Rechte der Besuchskommissionen im Sinne der betroffenen Patienten ist auf jeden Fall begrüßenswert.

Es waren damit aber Konflikte vorprogrammiert. Stellt schon die Überprüfung der Behandlungsbedingungen aller psychia-

trischen Patienten eine immense Aufgabe für eine meist einmal jährlich agierende Kommission dar, so gerät sie durch die Überprüfung der Vorgaben der PsychPV in die ökonomische Schusslinie zwischen Klinikbetreibern, Kostenträgern und den berechtigten Patienteninteressen.

Die angeführte Auffassung der Landeskrankenhausgesellschaft, die Tätigkeit der Kommission erstreckte sich entgegen dem Wortlaut des Gesetzes nur auf die gerichtlich angeordnet untergebrachten Personen, zeigt diese ökonomische Konfliktlinie auf. Dass die Zusammenarbeit der Besuchskommissionen mit den Kliniken im vergangenen Jahr manchmal zu wünschen übrig ließ, erscheint naheliegend. Die vorliegende Novelle versucht, diese Konflikte juristisch zu lösen. Um den Widerstand der Klinikbetreiber gegen Prüfungen ihrer sächlichen und personellen Ausstattung auszuhebeln, wird der § 33 zu den Besuchskommissionen aus dem Abschnitt 3 der öffentlich-rechtlichen Unterbringung gestrichen und modifiziert in den Abschnitt 1 - Allgemeines - integriert. Zusätzlich werden die Prüfungskompetenzen der Besuchskommissionen präzisiert und ausdrücklich auch auf die Dienstpläne der Stationen ausgeweitet. Der Gesetzentwurf versucht die dem Wortlaut nach schon bestehende Zuständigkeit der Kommissionen für alle Psychiatriepatienten noch klarer herauszuarbeiten. Zusätzlich wird ihre Aufgabe konkretisiert. Das mag einige der bestehenden Probleme abschwächen.

Bestehen bleibt aber unter anderem das Problem, dass die Kommissionen mit einer sehr großen Fülle von Aufgaben belastet sind. Diese berühren partiell auch die Fragen der Fachaufsicht und sind von der Zuständigkeit des Ministeriums und dem LASV als Träger der Fachaufsicht abzugrenzen. Die Definition bedarf dort vielleicht näherer Klärung.

Außerdem denken wir, dass die ehrenamtlichen Kommissionen damit überfordert werden, kontroverse Diskussionen mit den Geschäftsführern von Krankenhäusern über Sachmittel- und Personalausstattung auszufechten. Unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat höchste Sympathie für eine gute Personalausstattung psychiatrischer Einrichtungen und die Umsetzung der PsychPV. Wir unterstellen den Koalitionsfraktionen auch hier die allerbesten Absichten bei der Vorlage dieser Novelle. Wir sehen aber einige offene Fragen und halten es für begrüßenswert, dass das im Ausschuss noch einmal unter den Fachleuten diskutiert wird.

Grundsätzlich begrüßen wir, dass die Kommissionen auch für die Personalausstattung zurate gezogen werden und dass sie sich zu den Personalausstattungen äußern können. Dabei werden jedoch ökonomische Probleme des Krankenhauswesens Kommissionen aufgelastet, die damit vielleicht ein wenig überfordert sind. - Danke schön.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Tack spricht für die Landesregierung.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an die Kollegen der Regierungsfractionen sowie auch an Frau Nonne-

macher, die mit ihrem Beitrag sehr deutlich gemacht haben, dass die Vorlage dieser Novelle zur Verbesserung der Situation und der Möglichkeiten der Besuchskommissionen notwendig war. Eine Klarstellung mit der Gesetzesnovelle ist also nötig, obwohl - hieran möchte ich nochmals erinnern - die Novellierung des PsychKG im vergangenen Jahr - Frau Lehmann hat es ja beschrieben - sehr umfänglich erfolgt ist. Dies ging bis hin zu dem Punkt, dass es als neues Gesetz bezeichnet wird.

Wie in der Gesetzesbegründung vermerkt, dienen die Änderungen der Klarstellung - und darum geht es uns hier. Wir wollen kein neues Gesetz, wir wollen nicht alle Probleme wieder auf den Tisch legen; sie wurden bereits im vergangenen Jahr hinlänglich geklärt. Es gab qualitativ hochwertige Debatten, Anhörungen und Entscheidungen. Wir wollen, dass die bisherigen Vorschriften für die Besuchskommissionen klargestellt werden und danach in der Praxis verfahren werden kann, und dies besser als bisher. Denn in der Praxis folgten oft Umsetzungsschwierigkeiten; daraus resultiert ja der Widerspruch und die Bitte, zu reagieren.

Insbesondere die Landeskrankenhausgesellschaft sowie einzelne Krankenhausträger bemängelten die Formulierung und vor allen Dingen auch die systematische Stellung der Vorschrift im Gesetz. Wenn das die Gründe sind, so glaube ich, dass sich dies beheben lässt. Wir wissen allerdings auch, dass dies nicht die alleinigen Gründe sind.

Nach dem Verständnis der Landeskrankenhausgesellschaft und einzelner Krankenhausträger sei die Tätigkeit der Besuchskommissionen nach wie vor allein auf den Kreis der gerichtlich untergebrachten Personen beschränkt. Darin besteht unter anderem der Widerspruch. Sie haben hinlänglich begründet, dass dies für alle Patientinnen und Patienten zutreffen muss. Wir haben erfahren, dass es bei Besuchen zwischen Kommissionsmitgliedern und Krankenhausträgern vereinzelt zu sehr ernsten Disputen gekommen ist, bis hin zu dem Punkt, dass die Besuchskommissionen ihre Prüfrechte nicht in Anspruch nehmen konnten. Deshalb brauchen wir hier die gesetzliche Klarstellung und auch eine Präzisierung der Prüfungsbefugnisse der Besuchskommissionen.

Diesem Wunsch trägt der nun vorliegende Gesetzentwurf Rechnung, und ich glaube, wir brauchen, wenn der Entwurf heute überwiesen wird - der Gesetzentwurf muss ja überwiesen werden, um dann im Ausschuss behandelt zu werden -, nicht mehr viel Zeit, um dies zu korrigieren. Wir sollten uns hierbei auf das Nötigste beschränken und nicht das neue Gesetz generell infrage stellen. Ich plädiere für eine Klarstellung und für die eindeutige Ausgestaltung der Rechte und Pflichten der Besuchskommissionen.

Ich möchte an dieser Stelle noch zum Ausdruck bringen, wie wichtig und wie ernst es uns und insbesondere auch mir ist, dass die Rechte der Besuchskommissionen ausgestaltet werden, denn wir alle wissen, dass die psychisch Kranken im Land Brandenburg mehr Aufmerksamkeit brauchen. Sie wissen, dass die Anzahl der Erkrankten zunimmt; das ist eine Tatsache. Wir können also davor nicht die Augen verschließen. Deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie diese Gesetzesnovelle eingebracht haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang - Frau Wöllert hat es erwähnt - hinzufügen, dass ich am 22. April dieses Jahres den Landespsychiatriebeirat berufen habe. Damit konnte ein weite-

res neues Gremium geschaffen werden, um öffentliche Aufmerksamkeit und Akzeptanz für diese Kranken im Land Brandenburg herzustellen. Zum anderen kann sichergestellt werden, dass dieser Beirat in der Lage ist, viele Erfahrungen aus dem Agieren der Berliner aufzunehmen und im Interesse der Erkrankten wirken zu können. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die Abgeordnete Wöllert von der Fraktion DIE LINKE.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Lassen Sie mich noch zu zwei Problemen Anmerkungen machen.

Das eine Problem ist die Sorge, man könnte in einem psychiatrischen Krankenhaus entdeckt werden, weil eine Besuchskommission unterwegs ist, und es sieht einen jemand. Ich bitte Sie: Das ist ein offenes Krankenhaus, ich kann jederzeit dort jemanden besuchen, und mir können alle möglichen Leute auf dem Flur über den Weg laufen. Genau das ist gewollt: Wir wollen die psychisch Kranken und die psychiatrischen Krankenhäuser nicht mehr in dieser besonderen, anrühigen Ecke haben. Psychische Krankheiten gibt es mitten in unserem Leben, sie gehören zu unserem Leben dazu. Die Frau Ministerin hat es gesagt: Es sind immer mehr Menschen, übrigens auch junge Menschen, davon betroffen. Lassen Sie uns offen damit umgehen, und dazu ist dies ein Weg.

Eine zweite Sache: Herr Lipsdorf, wenn Sie hier schon verfassungsrechtliche Bedenken zum § 2a anmerken - dieser Paragraph hat neun Absätze -, dann benennen Sie doch bitte Ihr verfassungsrechtliches Bedenken ganz klar und eiern Sie hier nicht so herum.

(Beifall der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Vielleicht schaffen Sie das bis zur Ausschusssitzung.

Eine dritte Sache möchte ich hier noch bemerken. Die Chefärzte aller psychiatrischen Krankenhäuser haben die Erweiterung auf den öffentlichen Bereich ausdrücklich begrüßt. Ich glaube, es sind 15 Chefärzte in dieser Arbeitsgemeinschaft. Ich freue mich, Prof. Schierack, dass wir dieses Missverständnis ausräumen konnten, und das wird uns, denke ich, im Ausschuss weiter gelingen.

Eine Bitte habe ich: Die Landeskrankenhausgesellschaft war bei dieser Anhörung nicht vertreten. Aber wenn Sie, Kollege Lipsdorf, den Brief bekommen haben, dann haben Sie auch den Vergleich mit den Gewerbebetrieben gesehen. Also, bitte schön, ein psychiatrisches Krankenhaus ist doch wohl alles andere als ein gewerbliches Unternehmen. Das wird unser Ausgangspunkt nicht sein. Darüber sind wir uns alle, meine ich, in diesem Hohen Haus einig: Im Mittelpunkt stehen die Interessen der Patientinnen und Patienten.

In diesem Sinne meine ich: Schieben wir das Gesetz nicht auf die lange Bank! Aber wir werden es mit der notwendigen Gründlichkeit erörtern und zügig auf den Weg bringen. Darum bitte ich Sie noch einmal.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt gelangt. Die Fraktionen der SPD und der Linken beantragen die Überweisung des Gesetzesentwurfs in der Drucksache 5/845 an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisung beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Fünftes Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzesentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/846
(Neudruck)

1. Lesung

Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag von Minister Rupprecht.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gute Bildung von Anfang an ist der erklärte Wille dieser Landesregierung. Die Verbesserung der Personalausstattung der Kindertagesstätten ist dabei eines der wichtigsten Vorhaben. Wir können heute und hier einen entscheidenden Schritt zur Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten machen. Das wird, meine Damen und Herren - gestatten Sie mir etwas Pathos -, ein guter Tag für unser Land und seine Kinder werden.

Wir schlagen am heutigen Tag - auch das ist interessant - einen bildungspolitischen Bogen: Jetzt, bei diesem Tagesordnungspunkt, sprechen wir über die Kindertagesbetreuung, also den Anfang einer Bildungsbiografie. Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es dann um die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe, um diejenigen also, die im Lernen schon weit vorangekommen sind. Beides hat natürlich miteinander zu tun. Denn wer in Brandenburg Abitur macht, hat in aller Regel in einer Kindertagesstätte begonnen, die Welt lernend zu entdecken, wie es so schön heißt.

Die Kindertagesbetreuung ist - das wissen wir alle - aus bildungs- wie aus familienpolitischer Sicht von hoher Bedeutung. Sie hat gleichermaßen sozialpolitische, arbeitsmarkt- und kinderpolitische Aspekte, und sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung des Landes. Neben der Familie legt sie den Grundstein für die späteren Bildungsprozesse. Schulische Bildung, berufliche Bildung und universitäre Bildung - sie alle bauen auf Grundfähigkeiten auf, die in den ersten Jahren herausgebildet werden.

Dabei sind wir längst nicht nur in Brandenburg von der veralteten, verfehlten Unterscheidung von Bildung, Betreuung und Erziehung weggekommen. Bildung, Betreuung und Erziehung gehören untrennbar zusammen. Wer Kinder betreut, übernimmt

damit auch Verantwortung für ihre Bildung; wer Bildung vermittelt, kann dies nur erzieherisch tun.

Die Erwartungen und auch die Aufgaben haben sich dadurch verändert, die Anforderungen sind gewachsen. Im Vordergrund steht heute, dass Kinder einen sicheren, verlässlichen und anregungsreichen Erfahrungsraum finden. Kindertagesbetreuung übernimmt darüber hinaus eine weitere gesellschaftliche Aufgabe: Sie ist eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Für diese Vereinbarkeit, meine Damen und Herren, haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel getan. Das Land Brandenburg verfügt heute über ein vorbildliches Angebot an Plätzen für Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit. Für die Altersgruppe der unter Dreijährigen haben wir heute mit einer Betreuungsquote von 48 % schon deutlich mehr als die bundesweit angepeilten 35 %; bei den Kindergartenkindern sind es 95 % und bei den Erst- bis Sechstklässlern fast 54 %. Mit über 230 000 betreuten Kindern - das sind fast 65 % aller Kinder vom ersten bis zum zwölften Lebensjahr - ist die Kindertagesbetreuung in Brandenburg bundesweit und sogar im europäischen Maßstab beispielgebend. Dafür danke ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich den Städten, den Gemeinden und den Kreisen unseres Landes, denn ohne deren großes Engagement wären diese Ergebnisse nicht zu erreichen gewesen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Verdienter Applaus, vielen Dank, meine Damen und Herren!

Trotzdem gibt es gute Gründe, den erreichten Standard zu überprüfen und zu fragen, ob wir für die Zukunft auch gut aufgestellt sind. Die Diskussionen des letzten Jahres und auch die Aktionen von engagierten Eltern haben uns gezeigt: Für diese Qualitätsanforderungen - ich will einige nennen, beispielsweise die Grundsätze elementarer Bildung oder den gemeinsamen Orientierungsrahmen für Kita und Grundschule oder auch die Sprachförderung von Anfang an - müssen auch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Insofern müssen wir die Personalausstattung für Kinder im Krippen- und Kindergartenalter verbessern, um diesen Anforderungen besser gerecht zu werden. Da die pädagogische Qualität der Kindertagesbetreuung in einem hohen Umfang von der Qualifikation und natürlich auch von der Zahl der zur Verfügung stehenden Erzieherinnen bestimmt wird, hat eine Verbesserung der personellen Ressourcen natürlich auch positive Auswirkungen auf die Entwicklungschancen der Kinder.

Diese Verbesserungen hatten die Koalitionsparteien vor der Wahl versprochen, und, meine Damen und Herren, dieses Versprechen halten wir.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren von der Opposition, bei allem, was Sie gleich in der Debatte einwenden werden, bitte ich Sie: Erinnern Sie sich an die Haushaltsdebatte vorgestern. Nur vor dem Hintergrund unserer Haushaltslage lässt sich ermessen, welch ein Riesenschritt die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bedeutet: Ging der Koalitionsvertrag noch von 33 Millionen Euro zusätzlicher Kosten aus, wissen wir heute, dass wir jährlich 36 Millionen Euro zusätzlich aufbringen müssen, um

das Vorhaben umzusetzen. Sehen Sie bitte alle diese Summe als Investition in die Zukunft unseres Landes an.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und DIE LINKE)

Diese Mittel ermöglichen uns, die Personalausstattung bei der Betreuung der Unter-Dreijährigen um immerhin 16,7 % anzuheben, bei den Drei- bis Sechsjährigen sind es 8,3 %. Dadurch, meine Damen und Herren, wird die Grundlage geschaffen, dass den Kindern in der Kindertagesbetreuung noch mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung zukommen werden. Schließlich belegen in- und ausländische Studien, dass Investitionen in eine qualitativ gute Frühförderung die wirkungsvollsten und nachhaltigsten sind. Weil sich jeder in die frühe Bildung und Erziehung investierte Euro vier- bis siebenmal auszahlen wird, ist es richtig, auch in Zeiten schwierigster Haushaltslage zusätzliche Millionen für unsere Kinder und damit für die Zukunft unseres Landes zu investieren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das, meine Damen und Herren, ist alternativlos, selbst wenn es finanziell äußerst schwierig ist. Ich danke daher ausdrücklich meinen Ressortkollegen, dass wir gemeinsam diese Einsicht teilen und damit den Handlungsspielraum für auch wichtige Vorhaben einschränken. Ich bin sicher, dieses Ansinnen findet auch hier im Haus einhellige Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Hoffmann spricht für die CDU-Fraktion.

Hoffmann (CDU):

(Frau Lehmann [SPD]: Geben Sie Gas!)

- Ganz ruhig, Frau Lehmann.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den hohen Stellenwert frühkindlicher Bildung sind wir uns hier im Hause mehr oder weniger im Klaren. Meine Lehrerin in meiner Erzieherausbildung sagte immer zu mir: Den Geist eines Kindes müssen Sie sich wie ein großes Haus mit ganz vielen Fenstern und Türen vorstellen. Im Laufe der Zeit schließen sich immer mehr dieser Fenster und Türen, und es wird schwieriger, das Wissen hineinzubekommen. Es geht auch später noch, aber es wird nie wieder so leicht wie in den frühen Jahren. - Ich glaube, da hatte sie Recht. Das war eine sehr engagierte Pädagogin am Ende ihres Berufslebens. Es sprach eine Menge Erfahrung aus ihren Worten. Ich glaube, da hatte sie Recht.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, dass eine pädagogisch qualifizierte Betreuung die Bildungschancen von Kindern entscheidend verbessert. Kinderbetreuungseinrichtungen tragen damit also sowohl zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch zur besseren Bildung der Kinder bei. Gerade für Kinder, die in ihrer Familie vielleicht nicht so viele verschiedene Anregungen erhalten, wie wir alle es uns wünschen, ist es wichtig, dass sie leicht zugängliche Angebote und vor allen Dingen verstärkte Aufmerksamkeit und individuelle Förderung erhalten.

Ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach betont, und ich möchte es auch heute wieder sagen: Es freut mich außeror-

dentlich, dass die Landesregierung dem Landtag heute das Fünfte Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes vorlegt und - jetzt kommt der Punkt, über den ich mich besonders freue - dass die Intention der geplanten Änderung, nämlich die Verbesserung des Kinderpersonalschlüssels, sich 1 : 1 mit unseren Forderungen aus dem Wahlprogramm der CDU deckt.

(Frau Lehmann [SPD]: Ach, das ist ja ein Ding! - Beifall CDU)

- Nun stöhnen Sie doch am frühen Morgen nicht wieder herum! Seien Sie doch froh, wenn Sie von der Opposition auch einmal gelobt werden!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es ist ja nicht so, dass wir Ihnen grundsätzlich jegliche Lernfähigkeit absprechen. So ist es ja gar nicht.

(Heiterkeit und Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Wir freuen uns auch besonders, dass sich die Linke an einer Stelle gegenüber der SPD einmal durchsetzen konnte; denn wenn man kleinlich wäre, könnte man an der Stelle anführen, dass die SPD leider recht lange gebraucht hat, von der Notwendigkeit dieser Verbesserung überzeugt zu werden und sie auch zu unterstützen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Die CDU aber noch länger!)

- Frau Kaiser, da müssen Sie nur einmal ins Wahlprogramm der SPD sehen, darin war nämlich noch die Forderung enthalten, den Betreuungsschlüssel nur für die Kinder unter drei Jahren zu verbessern,

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

und erst im Koalitionsvertrag haben Sie dann unsere Forderungen vollständig übernommen.

(Beifall CDU - Heiterkeit und Beifall SPD und DIE LINKE)

Aber, meine Damen und Herren, die Investition in frühkindliche Bildung wird nun übergreifend als richtige und wichtige Investition angesehen. Deshalb freuen wir uns, dass jetzt hier auch Bewegung hineinkommt. Schade ist allerdings, dass die Regierungskoalition derzeit nicht imstande ist, mehr zu tun; denn wir alle sind uns genauso darüber einig, dass das, was hier passiert, noch nicht alles gewesen sein kann, nicht alles gewesen sein darf. Wir wissen, dass noch viele andere qualitative Verbesserungen im Kita-Bereich notwendig werden. Ich möchte nur daran erinnern, dass pädagogisches Fachpersonal auch Zeit zur Vor- und Nachbereitung der Bildungsarbeit braucht und dass es auch die Angebote zur Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sind, die noch genauer auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sein müssten.

Es ist auch wichtig, dass wir die Erzieherausbildung insgesamt besser an die tatsächlichen Anforderungen der späteren unterschiedlichen Berufsfelder anpassen. Da weiß ich Frau Wöllert an meiner Seite - das ist ungewöhnlich -, auch Frau Große, und ich hoffe, dass wir in dieser Legislaturperiode gemeinsam noch mehr Bewegung in die Sache bringen.

All das sind Maßnahmen, die wesentlich größere Effekte auf die von Ihnen propagierte gute Bildung von Anfang an erzielen würden, aber solche Maßnahmen sind zurzeit nicht drin. Das begründen Sie mit den Grenzen, die der Haushalt setzt, Frau Kaiser. Was Sie aber nicht sagen, ist, dass Sie diesen Haushalt aufgestellt und damit die Grenzen selbst festgelegt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Statt in solche Maßnahmen zu investieren, werden Millionen in diesem unsäglichen und unsinnigen Schüler-Bafög versenkt,

(Beifall CDU)

mit dem wir uns heute auch noch beschäftigen müssen. Das ist die Realität. Da werden Millionen versenkt, die tatsächlich allen Kindern zugute kämen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Dazu sage ich Ihnen noch etwas!)

Wir haben es bereits im Februar gesagt, und ich möchte es an dieser Stelle wiederholen: Zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildungsarbeit ist die Verbesserung des Personalschlüssels ein wichtiger Baustein. Deshalb unterstützen wir das. Wir erwarten aber auch, dass noch weitere Bausteine folgen. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die Abgeordnete Lieske spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Lieske (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hoffmann, es freut mich, dass die Debatte, die am 24. Februar hier in diesem Hohen Hause zur frühkindlichen Bildung in Brandenburg begonnen hat, erfolgreich fortgeführt wird und über Fraktionen hinweg ihren Konsens findet. Ich glaube, wir alle sind uns im Grundsatz einig, dass das Geld, das wir in die Jugend, in die Kinder investieren, gut angelegtes Geld ist und dass wir alles dafür tun müssen, so viel Geld wie möglich für die frühkindliche Bildung zur Verfügung zu stellen, um nicht später reparieren zu müssen. Da gibt es, glaube ich, überhaupt keine Abweichungen.

Es freut mich auch ganz besonders, dass wir nach zwei Tagen intensiver Haushaltsdebatte heute zu einem prioritären Politikfeld zurückkehren können. Herr Bischoff hat das auch gestern in seiner Rede zur Haushaltsdebatte benannt. Ich hoffe, dass die Ausführungen von Herrn Burkardt, dass die Regierungskoalition Wohltaten an die Bevölkerung verteile, und von Herrn Goetz, dass wir in der Regierung in Verteilungsorgien verfielen, nicht auf die Ausgaben für die frühkindliche Bildung gemünzt waren, sondern dass Sie da eventuell andere fachliche Bereiche gemeint haben.

Wir setzen genauso wie Sie darauf, die frühkindliche Bildung zu verbessern. Ich sage an der Stelle, Herr Hoffmann: Da haben wir uns auch gern von unserem Koalitionspartner überbieten lassen.

(Hoffmann [CDU]: Wir hatten noch viel mehr!)

- Man muss sich auf das Machbare konzentrieren!

Wir alle, die wir hier in diesem Raum sitzen, haben Wahlversprechen gegeben, und wir haben nicht nur aufgrund der Kita-Initiative und der Kampagne der Liga der Spitzenverbände und der Initiative anderer breiter Teile der Bevölkerung darauf gesetzt, die frühkindliche Bildung jetzt über die Erhöhung des Personalschlüssels zu verbessern und damit eine höhere Qualität in die Kindereinrichtungen zu bringen, sondern wir als regierungstragende Fraktion hatten das schon lange auf der Agenda und haben uns in der letzten Legislaturperiode immer so geäußert: zuerst die Grundsätze der elementaren Bildung, dann die Sicherung des Bestandsanspruchs, danach das Thema der Sprachförderung, und in der neuen Legislaturperiode wollten wir uns gemeinsam mit der Verbesserung der Personalsituation beschäftigen. Das tun wir. Also nicht versprochen und gebrochen, sondern versprochen und gehalten - und das zu Beginn einer Legislaturperiode.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Im Jahre 2010 stellen wir dafür zusätzlich 9 Millionen Euro zur Verfügung, im Jahre 2011 werden dafür schon 36 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Natürlich ist es unsere Absicht, das auch nachhaltig für die nächsten Jahre zu tun und nicht nur einen ein- oder zweijährigen Aufschlag zu leisten und dann die Gelder hintenherum wieder einzuziehen.

Vielleicht können wir auch wirklich einmal über Millionenbeträge und auch noch einmal über Betreuungsquoten reden. Der Minister hatte hier schon die Quoten genannt. Wir haben gestern gehört, dass es gut ist; denn Wiederholung setzt sich in den Köpfen fest: 48 % Betreuungsquote bei den Null- bis Dreijährigen, die 95%-Quote bei den Drei- bis Sechsjährigen und die 54%-Quote im Bereich der Hortkinder. Ich glaube, das sind Spitzenwerte, mit denen wir uns sehen lassen können. Wir wissen aber auch seit vielen Jahren, dass wir Qualität verbessern müssen. Das tun wir jetzt durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Die Liga der Spitzenverbände erkennt diese Maßnahme an, dankt auch der Brandenburger Landesregierung und auch - davon gehe ich aus - dem gesamten Parlament für diese Kraftanstrengung, die es nun mal in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise ist, wo es heißt, Haushalte zu konsolidieren und wo man von der Opposition dafür gescholten wird, Nettokreditaufnahmen in seinen Haushalt aufzunehmen. Das ist ganz logisch. Wir gehen diesen Schritt. Wir werden ihn auch zukünftig entsprechend begleiten.

Ich möchte an dieser Stelle - das habe ich schon einmal im letzten Jahr getan - darauf verweisen, dass aus der Bertelsmann-Studie - wir ziehen sie gern zurate, wenn es darum geht, das Betreuungsverhältnis für Brandenburg zu kritisieren - hervorgeht, dass Brandenburg im Bundesvergleich das Land ist, das das meiste Geld für die Betreuung und für die Kinder von null bis zehn Jahren ausgibt. 5,3 % seines Volumens wird genau für diesen Bereich zur Verfügung gestellt. Da sind wir sogar Spitzenreiter bei den ostdeutschen Bundesländern. Ich wage nicht zu erwähnen, wo die westdeutschen Bundesländer sind.

Wenn Sie gestern nach der Bekanntgabe der Steuerschätzung die Präsidentin des Deutschen Städte- und Gemeindetages gehört haben, wissen Sie, dass sie sogar den Anteil, der im Jahr

2013 für den Betreuungsanspruch für Kinder ab ein Jahr zu sichern ist, nämlich die 35 % infrage stellt, weil sie glaubt, dass die Kommunen nicht mehr leistungsfähig sind, um diese Dinge zu erfüllen. Darum brauchen wir uns in Brandenburg keine Sorge zu machen. Wir müssen zukünftig Qualitätsverbesserungen weiter vorantreiben. Dafür werden wir Ihnen immer ein Partner sein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Büttner spricht für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Rupprecht, auch ich habe gar nichts gegen das einzuwenden, was Sie eben gesagt haben. Wir als Opposition in diesem Haus haben mehrfach bewiesen, dass wir mit der Landesregierung gemeinsam um die beste Bildung im Land ringen. Nicht alles ist machbar. Nicht alles, was aus Ihrem Ministerium kommt, können wir unterstützen. Vieles müssen wir auch aus unserer Überzeugung heraus ablehnen. Gestern haben wir erlebt, dass wir der Evaluierung des Schulressourcenkonzeptes zustimmten. Gleich werden wir erleben, dass wir dem Schüler-Bafög nicht zustimmen. Aber in der Frage der Verbesserung der Betreuungsrelation in unseren Kindertagesstätten stimmen wir mit Ihnen überein, und wir zeigen damit auch, dass wir in diesem Haus eine Politik machen, die um die besten Lösungen ringt und dabei gute Ansätze jenseits jeglicher ideologischen Konfrontation unterstützt.

Nur eine optimale Relation von Betreuern und Kindern in Kindertagesstätten kann die individuelle Förderung gewährleisten. Eine qualifizierte frühkindliche Bildung eröffnet Zukunftschancen und entscheidet über die weitere Bildungsbio-graphie eines Kindes. Vor allem Kinder aus benachteiligten Familien profitieren vom Besuch von Kinderkrippen und Kindergärten, da sich ihre Zugangs- und Startchancen verbessern. Das gilt es zu forcieren, meine Damen und Herren, denn das ist die beste Sozial- und Zukunftspolitik, die wir im Land brauchen.

Kinder müssen sich in ihrer Kita wohlfühlen. Damit das so ist, brauchen sie neben Freunden auch Ansprechpartner, die nicht überlastet sind. Derzeit reiht sich Brandenburg nach der vor kurzem veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung bezüglich der Personalschlüssel, die in verschiedenen Bundesländern untersucht wurden, recht weit unten ein. Ich sage jedoch ganz deutlich, mir ist nicht ganz klar, wie diese Bertelsmann-Studie zustande gekommen ist. Ich sehe da noch erheblichen Klärungsbedarf. Fakt ist aber, wir erkennen einen Handlungsbedarf für Brandenburg.

Grundlage für die Schaffung einer besseren Betreuung ist das Erreichen besserer Zeitressourcen. Dazu brauchen wir mehr qualifiziertes Personal in den Kitas. Auch da stimmen wir mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung überein. Aber es stellt sich für uns auch die Frage, wie wir mehr Personal gewinnen wollen, wenn die Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen - meine Frau arbeitet in einer Kita - eher mäßig sind und die Bezahlung der Betreuer nicht attraktiv erscheint. Wie wir alle wissen, gibt es in Brandenburg einen großen Mangel an Fachkräf-

ten. Wir haben das auch gestern thematisiert. Das betrifft ganz besonders die Erzieher.

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport haben wir das thematisiert. Die Mitglieder waren sich einig, dass Brandenburg vor großen Herausforderungen steht. Es werden zwar im Sommer zahlreiche Absolventen der Fachschulen in den Arbeitsmarkt eintreten, aber es ist nicht sicher, ob diese gut qualifizierten Kräfte in Brandenburg bleiben. Viele junge Erzieher werden abgeworben oder gehen in andere Bundesländer, in denen besser bezahlt wird oder bessere Arbeitsbedingungen herrschen.

Um die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu sichern, ist eine Aus- und Fortbildungs-offensive für Erzieherinnen und Erzieher unverzichtbar. Die Änderung der Kita-Personalverordnung, über die wir gerade beraten, kann ein möglicher Schritt sein, den wir auch konstruktiv unterstützen werden. Die neu entstandenen Hochschulstudiengänge im Bereich der Frühpädagogik sowie die erleichterten Bedingungen zur Aufnahme eines Studiums für beruflich qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher ohne allgemeine Hochschulzugangsberechtigung sind ein erster wichtiger Schritt.

Auch der Mangel an männlichen Erziehern stellt ein Problem dar; sie sind bei den Kindern sehr beliebt. Eine Lösung des Problems stellen unter anderem bessere Entwicklungsperspektiven dar, die den Beruf für Männer attraktiver machen.

Meine Damen und Herren, die frühkindliche Bildung - das wissen wir alle, und das ist hier oft gesagt und zitiert worden - ist ein erster Baustein in der Bildungslandschaft und ist entscheidend für die Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft. Nur mit einer hervorragenden Bildung von Anfang an können wir im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen. Daher noch einmal: Wir begrüßen die Initiative der Landesregierung, die Qualität der frühkindlichen Bildung im Land zu verbessern. Gleichzeitig sehen wir noch Verbesserungsmöglichkeiten. Von Herrn Hoffmann ist hier schon angesprochen worden, wie wir bei all den finanziellen Schwierigkeiten, die das hervorruft, die weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels innerhalb der nächsten Jahre, wenn vielleicht auch nicht in dieser Legislaturperiode, erreichen können. Es geht aber auch um die Zeit, die Kita-Leiterinnen freigestellt werden sollten.

All das wollen wir gern noch einmal im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport erörtern. Die Oppositionsfraktionen haben deshalb eine Anhörung im Ausschuss zu diesem Gesetzentwurf beantragt. Selbstverständlich gibt es überhaupt keinen Grund, der Überweisung dieses Gesetzentwurfs in den Ausschuss nicht zuzustimmen. Wir werden das tun und sichern Ihnen in dieser Frage weiterhin unsere Unterstützung zu.

(Beifall FDP, SPD sowie vereinzelt DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir setzen mit dem Beitrag der Abgeordneten Große für die Fraktion DIE LINKE fort.

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten bei diesem Tagesordnungspunkt vereinten Kollegen Abgeordnete! Es gibt nicht so

viele Momente, die das Regieren so richtig freudvoll machen. Dieser hier ist ein solcher und noch dazu einer, dem ein sehr großer Kraftakt vorausging. Natürlich ist diese Änderung des Kita-Gesetzes auch künftig mit riesigen Anstrengungen verbunden. Das ist uns allen hier wohl klar. Dass wir die Qualität der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung verbessern müssen, war Konsens aller Parteien. Herrn Hoffmanns Erzählungen

(Heiterkeit SPD und DIE LINKE)

haben das bewiesen, genauso wie Herr Büttner in seinem Redebeitrag darauf aufmerksam gemacht hat. Was aber wirklich bemerkenswert ist, meine Damen und Herren - das Parlament ist ja nicht der Nabel der Welt -: Das war auch gesellschaftlicher Konsens. Das war breiter Konsens in der Gesellschaft, die wir hier vertreten.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Gerade angesichts unserer schwierigen Haushaltslage haben sich - das haben wir am Mittwoch leidvoll erfahren müssen - die Verteilungskämpfe verschärft. Die Verbesserung des Personalschlüssels in den Kitas hat jedoch bisher niemand infrage gestellt. Diese politische Verantwortung haben wir alle gemeinsam getragen, und so eine Botschaft darf bitte auch einmal gesendet werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD und GRÜNE/B90)

Allen hier im Haus ist bewusst, dass die Kinder unser wichtigstes Gut sind. Die Kinder zu stärken, ihre Sprachkompetenz zu fördern, ihre Neugier zu wecken, die Fenster zu öffnen, sie in ihrem Forscherdrang zu motivieren, sie für eine Gemeinschaft zu erziehen, deren Grundlage solidarisches Miteinander ist, ihre Empathie zu fördern -

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

Frau Große (DIE LINKE):

sofort -, sie also gut für das Leben auszustatten, all das soll nach unserem Wunsch in der Kindertagesbetreuung passieren. - Wer fragt denn? Ach, Herr Kollege Dombrowski. Bitte.

Dombrowski (CDU):

Frau Kollegin, ich teile Ihre Freude. Ich habe eine Nachfrage zum gesellschaftlichen Konsens. Ich war damals an der Gründung der Kita-Initiative in Oberhavel beteiligt, der Kollege Ziel auch. Ich habe mich für den Betreuungsschlüssel ausgesprochen, den wir jetzt durch Gesetz beschließen werden. Ist Ihnen bekannt, dass der Kollege Ness damals öffentlich erklärt hat, Herr Dombrowski von der CDU müsste sich mal entscheiden, ob er Regierung oder Opposition ist,

(Zuruf von der SPD: Hat er ja jetzt! - Heiterkeit bei der SPD)

denn diese Forderung bezüglich des Personalschlüssels sei nicht angemessen? Also kurzum: Ist Ihnen der Werdegang - bzw. die Ablehnung seitens der SPD - des Betreuungsschlüs-

sels, insbesondere bei der Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen, bekannt?

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Kollege Dombrowski, das mit der Opposition und der Regierung ist ja jetzt klar.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das mit den geöffneten Fenstern trifft eben einfach auf alle zu. Hauptsache, Sie bleiben offen für alle, bei Ihnen auch.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Mit der CDU in der Opposition klappt so etwas!)

- Genau.

Wir brauchen jedenfalls Zeit für Zuwendung zu Kindern. Das versuchen wir mit diesem Gesetz. Jede Erzieherin muss sich mit jedem Kind beschäftigen können. Wir alle wissen, dass die meiste Pädagogik über Bindungen funktioniert und das natürlich besonders im frühen Kindesalter.

Diesem Anspruch zu genügen haben vor allem Erzieherinnen und Erzieher ganz besonders eingefordert. Eltern haben zu Recht erwartet, dass den Bedürfnissen ihrer Kinder in der Kita entsprochen wird.

Die Verbesserung des Personalschlüssels sowohl für den Krippen- als auch für den Kita-Bereich war ein ambitioniertes Ziel dieser Koalition. Es war unser gemeinsames Ziel, und da lassen wir uns nicht auseinanderdividieren. Ich bin auch persönlich sehr froh, dass erreicht werden konnte, zumindest diesen ersten Schritt zu gehen. Wir alle wissen dennoch, dass es in der Praxis nicht so sein wird, dass eine Erzieherin nunmehr sechs statt sieben Krippenkinder betreut, sondern dass hier nur ein rechnerischer Schlüssel vorliegt und die gesamte Betreuungszeit abgebildet werden muss. Wir wissen auch, dass zwölf Kinder von drei bis sechs Jahren für eine 0,8-Erzieherinnen-Stelle immer noch eine riesige Herausforderung sind. Jeder von Ihnen, der sich an Geburtstage von Kindern oder Enkeln erinnern kann, weiß, wie das ist, 18 Kinder im Blick zu haben.

Natürlich ist uns allen klar, dass die ca. 900 gut qualifizierten Erzieherinnen, die wir für unser ambitioniertes Programm brauchen, erst einmal gefunden werden müssen. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen. Sie können in dieser Woche gebackene Erzieherinnen essen oder Salzteigererzieherinnen bemalen. Tun Sie das, reden Sie mit Erzieherinnen. Sie werden erfahren, dass diese in der Erwartung, dass wir noch mehr leisten, erst einmal sehr froh sind, über das, was wir geleistet haben.

Natürlich ist uns allen klar, dass die wirkliche Arbeitszeit der Erzieherinnen und Erzieher, Kollege Büttner, noch nicht berücksichtigt werden konnte. Wir gehören zu den Bundesländern mit der unzureichendsten Leitungsfreistellung.

Dennoch: Mit diesem Gesetz werden wir die Kitas stärken. Es wird spürbar mehr Erzieherinnenpotenzial dort sein, wo es am wirkungsvollsten ist, nämlich bei den Kindern. Dazu haben wir ein Berechnungsmodell gefunden, das die angeschlagenen Kommunalhaushalte nicht wesentlich zusätzlich belastet. Das ist ei-

ne ziemlich intelligente Lösung, finde ich. Auch das darf einmal erwähnt werden.

(Bischoff [SPD]: Ja!)

Wir hätten das Gesetz gern schon im September wirken lassen wollen. Technisch war das wohl zu schwierig. Meine Damen und Herren in der Opposition, ich hoffe, dieses Mal - Sie haben es ja signalisiert und ich hoffe, Frau von Halem wird es auch noch tun - können Sie zustimmen, auch guten Mutes zustimmen. Mehr zu fordern ist natürlich immer möglich. Auch mir fällt da noch einiges ein. Wir sollten solide bleiben, da es dauerhafte Kosten in Höhe von 40 Millionen Euro jedes Jahr sind. Die Sprachförderung und die Einlösung des uneingeschränkten Rechtseinspruchs ab 2013 kommen noch dazu. Wir werden also im Interesse einer noch besseren Qualität die zu lösenden Probleme anpacken und sie nicht aus den Augen verlieren. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete von Halem spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verbesserung des Kita-Personalschlüssels ist der größte Schritt im Bildungsbereich. Natürlich bedeutet er eine Verbesserung frühkindlicher Bildung, und natürlich begrüßen wir ihn.

(Aha! bei der Fraktion DIE LINKE)

- Ist doch klar. Aber wir wissen auch: Trotz dieser Veränderung liegt Brandenburg im bundesweiten Vergleich immer noch auf dem drittletzten Platz.

(Frau Große [DIE LINKE]: Darum werden wir uns Sorgen!)

- Das ist auch richtig, darauf komme ich noch.

Noch schlechtere Betreuungsschlüssel haben nur Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Ich möchte die Leistung der Koalition hiermit nicht schmälern, sondern möchte unsere Forderung nach einem weitergehenden Stufenplan für mehr Qualität in den Kindertagesstätten aufrechterhalten. Wir können uns noch nicht zurücklehnen. Ich will es auch nicht glauben, dass Sie als Regierungsfractionen sich davon verabschiedet haben, im Laufe der Legislaturperiode weitere Änderungen im Kita-Bereich einzubringen.

Ich denke, wir können uns über diesen gesellschaftlichen Konsens wirklich freuen. Aber wir müssen uns auch offensiv dafür einsetzen, dass er in den nächsten Jahren größer wird. Denn die Diskussionen werden in der kommenden Zeit sicher noch härter geführt werden.

Aus unserer Sicht kann ein solcher Stufenplan, wie wir ihn fordern, sehr wohl solide sein. Er muss folgende Punkte enthalten:

Erstens: Personal. Auch wenn wir begrüßen, dass die Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher vergrößert wurden, wissen wir noch nicht, ob es überhaupt gelingen wird, den Personalbedarf der nächsten Jahre zu decken. Selbst wenn wir die jungen Erzieherinnen tatsächlich für Brandenburg gewinnen, wird uns die Überalterung des Personals noch lange zu schaffen machen. Nicht nur in den berlinfernen Regionen liegt der Anteil der über 50-jährigen Erzieher oft weit über 50 %. Wie hoch der Männeranteil in diesem Metier ist, wissen wir alle.

(Zuruf von der CDU: Wir haben einen!)

Zweitens: Qualität. Auf Mitarbeiter der Kitas und insbesondere auf die Kita-Leitungen kommen mit der notwendigen Öffnung für berufsbegleitend und auf Basis individueller Bildungspläne Qualifizierte, weitere Herausforderungen wie zusätzliche Anleitungen und zusätzlicher Koordinierungsbedarf zu.

Allein diese neuen Anforderungen machen deutlich, dass vermehrte Freistellung für pädagogische Leitungsaufgaben in Zukunft unverzichtbar ist.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass bei der Berechnung des Betreuungsschlüssels Ausfälle durch Krankheit nicht berücksichtigt sind. Tatsächlich sind die von den Erzieherinnen betreuten Gruppen oft größer als sechs Kinder bis drei Jahre und zwölf Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren.

Teamarbeit, Elternkontakte, Vor- und Nachbereitung, zeitliche und finanzielle Spielräume für Fachberatung und Fortbildung sind unerlässlich. Für die Entwicklung der Kinder, die jetzt dokumentiert wird, brauchen Erzieherinnen und Erzieher auch eigene Zeitkontingente.

Sprachstandserhebungen waren vorgestern hier schon das Thema. Sie finden in großem Umfang statt. Das Ergebnis ist ein Förderbedarf von knapp 20 %. Können wir den eigentlich leisten?

Wer Ausdrucksfähigkeit von Kindern gezielt fördern will, muss Zeit haben, ihnen zuzuhören und mit ihnen zu reden. Insofern ist der beste Betreuungsschlüssel gleichzeitig die beste Förderung für den Sprachstand von Kindern.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt DIE LINKE)

All diese Punkte, die ein solcher Stufenplan enthalten muss, werden wir demnächst in der von uns beantragten Anhörung näher beleuchten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir hohe Qualität in der frühkindlichen Bildung wollen, dann müssen wir mehr anstreben, als die Koalition jetzt vorgibt. Die vorgeschlagenen Änderungen des Kita-Gesetzes sind noch kein Akt nachhaltiger Bildungsplanung. Denken wir weiter. Wir reden nicht nur über das Kita-Gesetz, sondern im nächsten Tagesordnungspunkt auch über das Ausbildungsförderungsgesetz. Damit sprechen wir über die grundsätzliche Frage, wie und in welchem Alter am besten in Bildung investiert wird.

Auch ich zitiere aus der Bertelsmann-Studie vom März 2008 zur Korrelation von Krippenbesuch und Gymnasium. Sie kommt zu folgendem Schluss:

„Für den Durchschnitt der Kinder aus den untersuchten Jahrgängen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, von 36 auf rund 50 %, wenn sie vorher eine Krippe besucht haben. Für benachteiligte Kinder liegt die Verbesserung durch einen Krippenbesuch noch höher. Von diesen Kindern gehen rund zwei Drittel mehr auf das Gymnasium. ... Damit werden durch den Krippenbesuch eines Kindes volkswirtschaftliche Nutzeneffekte ausgelöst, die nahezu dreimal höher sind als die entstandenen Kosten für den Krippenbesuch ...“

Wir können in Brandenburg froh sein über die hohe Betreuungsquote. Hier erreichen wir einen viel breiteren Querschnitt aller Kinder. Hier lohnt sich die Investition. Deshalb: Vergessen Sie das Schüler-BAföG und investieren Sie das Geld in die ersten Jahre der Kinder!

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Rednerliste angelangt und kommen zur Abstimmung. Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 5/846 - Neudruck - an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist dieser Überweisung zugestimmt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/847

1. Lesung

Wir beginnen mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Rupprecht.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, dass ich erst noch einmal meiner Freude über diesen einstimmigen Beschluss Ausdruck verleihe; schön. Damit haben wir Teil 1 absolviert.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich glaube, jetzt wird es ein bisschen schwieriger, Sie von einem Projekt zu überzeugen, das mir genauso am Herzen liegt.

Meine Damen und Herren, die intellektuellen Potenziale der Menschen in unserem Land zu wecken, die Bildungsreserven zu erschließen, über die unsere Kinder zweifellos verfügen, sind vielleicht die wichtigsten Chancen einer nachhaltigen Zukunftssicherung. In diesem Punkt sind wir uns, glaube ich, auch wieder alle einig. Gleiche Zugangschancen für alle Kin-

der und Jugendlichen zu schaffen ist das Gebot der Stunde. Das sind wir als Landespolitiker nicht nur den Kindern und ihren Eltern, sondern auch unserem Land schuldig. Mit einer einzelnen Maßnahme ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Hier müssen viele Bausteine zusammengefügt werden. Zu diesen Bausteinen einer verbesserten Bildungsgerechtigkeit gehört unter anderem die Änderung des Kita-Gesetzes, die wir gerade beschlossen haben, aber auch der vorliegende Gesetzentwurf für ein Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz.

Meine Damen und Herren, niemand von Ihnen wird bestreiten, dass es insbesondere einkommensschwachen Familien schwerfällt, den Schulbesuch ihrer Kinder finanziell so abzusichern, dass diese vergleichbare Ausgangsvoraussetzungen wie Kinder besser gestellter Eltern haben. Wir streben vor allem in unseren Schulen ein vielfältiges und anregungsreiches Leben an, das natürlich auch Kosten für Schüler und deren Eltern verursacht. Beispiele dafür sind Lernmittel, die von der Lernmittelfreiheit ausgenommen sind, die Grundausrüstung einer Handbibliothek oder auch Fachbücher, die Anschaffung notwendiger technischer Hilfsmittel - zum Beispiel Notebooks - oder die zusätzlichen kostenpflichtigen Bildungsangebote wie ein Theaterbesuch. All das kostet nun einmal Geld.

Bisher, meine Damen und Herren, sind diese Ausgaben als Privatangelegenheit der Familie betrachtet worden. Das ist aus vielen Gründen falsch und ungerecht. Wir sind angetreten, diese Situation zu ändern. Insofern freue ich mich, dass wir heute mit der Lesung des Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetzes einen weiteren Schritt in die richtige Richtung gehen.

In der Zwischenzeit hat auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass bei den sogenannten Hartz-IV-Familien Kosten, die der Besuch einer weiterführenden Schule verursacht, im Regelsatz gesondert berücksichtigt werden müssen. Das zeigt mir sehr deutlich, dass wir den Finger genau in die richtige Wunde gelegt haben. Wir wollen nicht, meine Damen und Herren, dass einkommensschwache Familien über den weiteren Bildungsweg ihrer Kinder am Ende der Jahrgangsstufe 10 nach finanziellen Erwägungen entscheiden. Wir wollen nicht, dass sie sich die Frage stellen, ob nicht ein Ausbildungsplatz besser wäre, damit über die Ausbildungsvergütung der Familienhaushalt entlastet wird. Vielmehr wollen wir, dass auch in einkommensschwachen Familien diese Entscheidung auf der Grundlage der Potenziale und der Interessen der Schülerin oder des Schülers getroffen werden kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Einen Beitrag dazu wird das Brandenburgische Ausbildungsförderungsgesetz leisten, indem finanziell bedürftigen Schülerinnen und Schülern eine Landesausbildungsförderung in Höhe von 50 oder 100 Euro gewährt wird, wenn sie den Bildungsgang der gymnasialen Oberstufe oder einen zweijährigen vollzeitschulischen Bildungsgang zum Erwerb der Fachhochschulreife wählen. Die finanzielle Bedürftigkeit wird in Anlehnung an das Berechnungsverfahren nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ermittelt. Dadurch erhalten auch diejenigen Schülerinnen und Schüler eine Ausbildungsförderung, die von einer Bundesförderung deshalb ausgeschlossen sind, weil sie noch bei ihren Eltern wohnen.

Parallel dazu, meine Damen und Herren, wird die Landesregierung mittels einer Bundesratsinitiative darauf hinwirken, dass

der Kreis der Anspruchsberechtigten für ein bundesweites Schüler-BAföG ausgeweitet wird. Ich fordere die Bundesregierung hiermit nachdrücklich auf, endlich auch ihren Beitrag zu leisten, diese Regelsätze so zu gestalten, dass Kindern armer Eltern nicht schon am Start ihrer beruflichen Laufbahn Steine in den Weg gelegt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU] - Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir reden hier und heute über Gerechtigkeit, meine Damen und Herren. Deshalb ist es für einen Anspruch auf Ausbildungsförderung auch unerheblich, ob die Jugendlichen eine Schule in öffentlicher oder in freier Trägerschaft oder ob sie eine Schule in Brandenburg oder in einem anderen Bundesland besuchen. Solange sie ihren Wohnsitz in Brandenburg haben und die schulischen und sozialen Voraussetzungen vorliegen, werden wir eine Landesausbildungsförderung gewähren.

Zuständig für das Verfahren zur Durchführung des Gesetzes sind - das wissen Sie - die Landkreise und kreisfreien Städte. Wir wissen sehr wohl, dass die Umsetzung des Gesetzes zum 1. August dieses Jahres allen Beteiligten hohe Anstrengungen abverlangen wird und das verbleibende Zeitfenster äußerst klein ist. Dennoch hoffe ich, dass es uns gemeinsam gelingen wird, dieses wichtige Vorhaben so vorzubereiten, dass die Zielsetzung des Gesetzes nicht gefährdet wird.

Ich hatte bereits das Bundesverfassungsgericht erwähnt und möchte dazu noch Folgendes sagen: Aufgrund des Urteils zu den Hartz-IV-Regelsätzen hat die Rechtslage, die wir hier und heute schaffen werden, erst einmal bis zum 31.12.2010 Bestand. Bis dahin ist die Bundesregierung zur Nachbesserung aufgefordert.

Meine Damen und Herren, gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Nur in wenigen anderen Industriestaaten entscheidet die soziale Herkunft so sehr über den Schulerfolg und die Bildungschancen wie in Deutschland. Das dürfen und wollen wir nicht zulassen. Der vorliegende Gesetzentwurf wird diese Situation zwar nicht gänzlich beseitigen, ist jedoch ein wichtiger Schritt dazu. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit für den Moment. Nachher melde ich mich noch einmal zu Wort.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Hoffmann setzt für die CDU-Fraktion fort.

Hoffmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Sehr verehrter Herr Minister! Nach drei Jahren Vorlaufzeit hat die SPD-Fraktion es endlich geschafft, das Lieblingskind von Herrn Baaske - das Schüler-BAföG - in den Landtag einzubringen. An der langen Vorlaufzeit sehen Sie, dass es scheinbar nicht so einfach war, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen. All diejenigen, die dachten, die SPD hätte diese lange Zeit genutzt, um zumindest ein handwerklich vernünftiges Gesetz vorzulegen, all diejenigen, die dachten und erwarteten, die SPD habe den fertigen und tauglichen Entwurf bereits in der Schublade

(Frau Melior [SDP]: Das hätte die CDU doch gemeinsam mit uns realisieren können!)

und müsse ihn nach der Wahl lediglich herausholen, sehen sich nun getäuscht.

Der erste Entwurf vom Januar ist im Kabinett mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Der zweite, nun vorliegende Entwurf ist zum einen nur noch ein Abklatsch von dem, was die SPD-Fraktion ursprünglich als großen Wurf für die soziale Gerechtigkeit im brandenburgischen Bildungssystem feiern wollte, und zum anderen sind noch immer handwerkliche, aber vor allem inhaltliche Probleme das Kernstück dieses Gesetzes.

Der Gesetzentwurf wurde in der Debatte der vergangenen Tage mehrfach angesprochen. Frau von Halem hat bereits am Mittwoch sehr deutlich ausgeführt, warum das Schüler-BAföG nicht das erreichen kann, was Ministerpräsident Platzeck als Zielrichtung - mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien zum Abitur zu führen - angegeben hat, weil die Förderung viel zu spät einsetzt. Insofern wäre das Geld deutlich besser in der frühkindlichen Bildung aufgehoben.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren, das Geld, das Sie hier ausgeben - ich möchte ehrlich bleiben -, wäre nahezu an jeder x-beliebigen Stelle im Bildungshaushalt, wo es um die Verbesserung der Bildungsqualität geht, besser aufgehoben als dort, wo Sie es jetzt eingeplant haben,

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE] - Beifall CDU und GRÜNE/B90)

zumal dieser Gesetzentwurf verdeutlicht,

(Görke [DIE LINKE]: Wir sind nicht beim Haushalt!)

dass selbst die Landesregierung mittlerweile nicht mehr daran glaubt, dass der ursprünglich anvisierte Adressatenkreis diese Leistung erhalten kann. Dies hat der Minister eben ausgeführt. Er hat es lediglich - wie man es von ihm kennt - diplomatisch und zurückhaltend ausgeführt.

(Görke [DIE LINKE]: So etwas können Sie nicht!)

Er sagt: Diese Regelungen bestehen erst einmal nur bis zum Jahr 2010. - Richtig wäre gewesen, wenn er gesagt hätte, dass Kinder aus Hartz-IV-Familien ab dem Jahr 2011 leer ausgehen werden.

(Bischoff [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Das können Sie nicht als Oppositionsgeschwafel abtun; denn das steht in diesem Gesetz.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Kinder aus Hartz-IV-Familien gehen aufgrund dieses Gesetzes ab dem Jahr 2011 leer aus.

(Görke [DIE LINKE]: Sie haben wohl den alten Text!)

Die von der Landesregierung erklärte Zielsetzung, mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien zum Abitur zu führen, ist sicherlich löblich. Nur, wie Sie dies mit diesem Gesetz erreichen wollen, erschließt sich niemandem.

(Görke [DIE LINKE]: Dann machen Sie doch einen besseren Vorschlag!)

Ich kann es noch einmal betonen: Das Geld, das die Landesregierung dort einzusetzen plant, wäre bei der frühkindlichen Bildung,

(Dr. Woidke [SPD]: 12 Millionen Euro sind für die Bildung in diesem Jahr veranschlagt, Herr Hoffmann!)

bei der Bekämpfung von Unterrichtsausfall oder auch bei mehr Schulpsychologen besser aufgehoben. Nahezu an jeder Stelle wäre es besser aufgehoben als dort, wo Sie es einsetzen wollen. Insofern setzen Sie aus unserer Sicht falsche Prioritäten in der Bildungspolitik. Sicherlich schadet dieses Schüler-BAföG nicht unbedingt und macht nicht alles schlimmer, dennoch fehlt dieses Geld an anderer Stelle, an der es sinnvoller eingesetzt werden könnte. Deshalb sollten Sie sich schämen.

(Dr. Woidke [SPD]: Wo denn? - Beifall bei der CDU)

- Herr Woidke, hören Sie zu, dann wüssten Sie es.

(Dr. Woidke [SPD]: Nein, Sie sagen ja nichts! Ich will gern etwas lernen! - Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

- Ich habe es mehrfach gesagt. Sie können es notfalls nachlesen. Ich bringe Ihnen auch gern eine Kopie vom Protokoll vorbei, Herr Woidke. Notfalls lese ich es Ihnen auch vor.

(Görke [DIE LINKE]: Sie müssen es doch sagen, damit wir etwas lernen können! - Dr. Woidke [SPD]: Ich will es nachlesen! - Beifall CDU)

Ich verstehe natürlich, dass Rot-Rot nach etlichen bereits gebrochenen Wahlversprechen nun endlich auch einmal etwas umsetzen muss, was vorher erzählt wurde, und auch einen bildungspolitischen Erfolg braucht.

Aber, meine Damen und Herren, auch wenn Sie dieses Gesetz gegen den ausdrücklichen Rat aller Bildungsexperten - aller Bildungsexperten, die kein SPD-Parteibuch haben oder sich in irgendwelchen Koalitionszwängen befinden - durchpeitschen, meine Kollegen von der Regierungskoalition, wird dieses Projekt kein Erfolg. Sie wollen damit lediglich Klientelpolitik betreiben, Sie wollen Imagepflege betreiben. Das sieht man auch daran, dass nachher nicht Herr Günther,

(Zuruf von der SPD)

sondern der Bildungsexperte Ness reden wird.

(Oh! und Beifall bei der CDU)

Es muss also in die Qualität der Bildung investiert werden. Bei den knappen Haushaltsmitteln, die Sie immer wieder beklagt haben, womit Sie auch Recht haben, können wir uns solche unausgegorenen Ansätze einfach nicht leisten. Das sollten Sie endlich zugeben. Deshalb nehmen Sie Abschied von dieser unsäglichen Produktion des Schüler-BAföGs!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Woidke [SPD])

Im Übrigen habe ich mir sagen lassen, dass es zum guten Ton gehört, dass man Gesetzentwürfe

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Woidke [SPD])

in den Ausschuss überweist, dass man diese Überweisung mitträgt. Das tun wir gern, weil man alles das, was einen am Schüler-BAföG stört, hier in fünf Minuten überhaupt nicht sagen kann. Deshalb machen wir das gerne noch einmal im Ausschuss ganz deutlich. Wir stimmten der Überweisung gern zu. - Vielen Dank.

(Dr. Woidke [SPD]: Das sind Millionen! - Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Ness setzt für die SPD-Fraktion fort.

(Frau Lehmann [SPD]: Jetzt kommt der Bildungsexperte! - Weitere Zurufe - Oh! bei der CDU)

Ness (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe sehr gute Laune, weil das nämlich heute ein sehr guter Tag für Brandenburg ist, weil auch wieder mal nach außen deutlich wird, wie die Rolle der Opposition und wie die Rolle der Regierungsparteien ist.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich erinnere daran, wie dieser Tag begonnen hat. Er hat um 8 Uhr morgens mit einer Sondersitzung des Hauptausschusses begonnen. In dieser Hauptausschusssitzung ist die Opposition mal wieder ihrem eigentlichen Lieblingsthema nachgegangen. Sie hat sich mit Vergangenheitspolitik, mit einer rückwärts orientierten Vergangenheitspolitik beschäftigt,

(Hoffmann [CDU]: Hier geht es um Schüler-BAföG!)

hat sich darauf orientiert, sich an Themen festzubeißen, wie in den letzten sechs Monaten, mit denen sie diese Regierung nicht zu packen bekommt.

Der Tag geht damit weiter, dass die Regierung, die seit sechs Monaten besteht, zwei wichtige Gesetze vorlegt, mit denen sie Wahlversprechen umsetzt, die im Land hoch populär sind.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Oh! bei der CDU - Zurufe)

Wir haben soeben in 1. Lesung das Kita-Gesetz diskutiert, und wir werden jetzt auch in 1. Lesung das Schüler-BAföG besprechen. Wenn Sie meinen, das sei Klientelpolitik, dann will ich Ihnen sagen: Ihre Klientel kenne ich, das sind die Besitzer großer Hotels.

(Oh! bei der CDU)

Wir machen hier Politik für Menschen in diesem Land, die am Ende des Monats überlegen müssen, wie sie über die Runden kommen. Genau für diese Gruppe in unserer Gesellschaft ist dieses Gesetz.

(Zuruf des Abgeordneten Hoffmann [CDU])

Es geht nicht nur um Hartz-IV-Empfänger, es geht auch um Facharbeiter, um Menschen, die im Monat nach harter Arbeit 1 200 Euro nach Hause bringen. Vielleicht hat die Ehefrau ei-

nen Minijob und die Familie kommt auf 1 600 Euro netto. Auch Kinder solcher Eltern werden das Schüler-BAföG in Anspruch nehmen. Ich bekenne mich dazu: Für diese Gruppe mache ich, und macht auch die Regierung gerne Klientelpolitik, sehr gerne.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Der Satz „Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“ ist in unserem Land leider nicht Wirklichkeit. Ich habe keinen Vorschlag in der Diskussion um das Schüler-BAföG von der CDU gehört, wie sie dieses Problem bekämpfen will. Es ist ja auch nicht ihr Problem. In den Sondierungsgesprächen zu den Koalitionsverhandlungen, kann ich mich erinnern, hatten Sie ein Thema: mehr Leistungs- und Begabtenklassen. Das war Ihr Thema.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau!)

Auf die Frage, wie wir es schaffen, dass einer Tendenz, die es in Westdeutschland schon seit den 80er Jahren gibt und auch in Ostdeutschland um sich greift,

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

nämlich dass Bildung tatsächlich vom Geldbeutel abhängt, entgegenzuwirken, ist Ihnen nichts eingefallen. Das ist nicht Ihr Thema, weil Ihre Wählerschaft nicht aus diesen Schichten kommt, weil Sie diese Wähler möglicherweise auch gar nicht für sich gewinnen wollen.

Wir als Sozialdemokraten und diese Regierungskoalition insgesamt haben sich die Aufgabe gestellt, dass Menschen in diesem Land gleiche Chancen haben. Die werden in erster Linie über Bildung verteilt. Wir haben Vorschläge, wie das realisierbar ist. Das Schüler-BAföG wird eine Trendwende einleiten.

(Dombrowski [CDU]: Aha!)

Das Schüler-BAföG hat ein historisches Vorbild. Herr Dombrowski, Sie haben ja zehn Jahre im Westen gelebt.

(Dombrowski [CDU]: 14 Jahre!)

Von daher müssten Sie sich noch daran erinnern können: Zwischen 1971 und 1983 hat es ein Schüler-BAföG gegeben,

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

das dazu führte, dass sich der Anteil von Arbeiterkindern unter den Abiturienten in Westdeutschland zwischen 1971 und 1983 verdoppelte. 1983 kam die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung an die Macht. Eine ihrer ersten Maßnahmen war es, dieses Schüler-BAföG abzuschaffen. Während sich der Anteil der Arbeiterkinder unter den Abiturienten zu der Zeit, als das Schüler-BAföG existierte, verdoppelte, hat er sich nach Abschaffung des Schüler-BAföGs halbiert. Wer diesen Zusammenhang nicht erkennt, sollte sich noch einmal auf die Schulbank setzen - meinetwegen auch ohne Schüler-BAföG, wenn die Eltern genug Geld haben - und etwas über Zusammenhänge lernen, dass nämlich manche Menschen Unterstützung brauchen und andere nicht. Ich finde es unerträglich, dass in diesem Land manche Kinder auf die Welt kommen und aufgrund der Tatsache,

(Senftleben [CDU]: 20 Jahre SPD-Bildungspolitik!)

dass ihre Eltern einen dicken Geldbeutel haben,

(Senftleben [CDU]: 20 Jahre SPD-Bildungspolitik!)

ihre Chance, das Abitur zu machen, achtmal größer ist

(Senftleben [CDU]: 20 Jahre tragen Sie dafür Verantwortung!)

als die Chance der Kinder, die in eine Facharbeiterfamilie hineingeboren werden.

(Senftleben [CDU]: 20 Jahre Ihre Verantwortung!)

Ich weiß gar nicht, warum Sie das so fürchterlich aufregt.

(Senftleben [CDU]: Ich sage es nur!)

Sie sind eine Klientelpartei der Besserverdienenden, hier im Land ohnehin.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie so weitermachen, werden Ihnen die 19,6 % der Stimmen, die Sie bei der letzten Wahl bekommen haben, noch als glorreiches Ergebnis erscheinen.

(Zurufe von der CDU)

Sie werden als CDU auf das Niveau der FDP in den aktuellen Umfragen schrumpfen, wenn Sie so weitermachen.

(Zurufe von der CDU)

Ich will aber auch noch einen Satz in Richtung der Grünen sagen, weil ich die Gegenargumente durchaus ernst nehme. Wenn es zuträfe, dass dieses Schüler-BAföG eine Einzelmaßnahme ist, die in diesem Land umgesetzt wird, um mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, dann würde ich Ihre Kritik annehmen und Ihnen dahin gehend Recht geben, dass dies unzureichend ist. Aber der Bildungsminister hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Landesregierung hier ein Paket vorlegt. Dieses Paket beinhaltet eine deutliche Verbesserung im Bereich der Kinderbetreuung, beinhaltet auch die Neueinstellung von 450 Lehrern mit Beginn des nächsten Schuljahres und wird um dieses Schüler-BAföG ergänzt. Ich glaube, dass dieses Paket in der Bildungspolitik insgesamt eine Trendwende in Brandenburg einleiten wird, dass mehr soziale Gerechtigkeit hergestellt wird. Das wird auch angenommen werden. Dadurch, dass Sie das ablehnen, erklären sich auch die Umfrageergebnisse in diesem Land: Während die Landesregierung eine dicke Mehrheit hinter sich hat, dümpeln Sie, die schlechteste CDU Deutschlands, im Keller herum.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Herr Senftleben, Sie gestatten mir eine Feststellung zu meiner Beobachtung: Ihre Zwischenrufe werden nicht wirksamer, wenn Sie sie sieben- bis achtmal wiederholen, wie soeben geschehen.

Wir setzen mit dem Beitrag des Abgeordneten Goetz von der FDP-Fraktion fort.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kehre vom Landwirtschaftsanpassungsgesetz zur Bildungspolitik in Brandenburg zurück. Es gibt ein Problem in Brandenburg, nicht nur in Brandenburg, in ganz Deutschland, über das wir uns fraktionsübergreifend möglicherweise sogar einig sind. Es trifft zu, dass Kinder aus bildungsnäheren Elternhäusern größere Chancen haben, zum Abitur zu kommen, ein Studium zu absolvieren. Es trifft genauso zu, dass junge Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern geringere Chancen darauf haben. Weil es heißt, dass Talente zum großen Teil zwar angeboren sind, aber dann entwickelt werden müssen, ist es wichtig, in dieser Position gegenzusteuern.

(Präsident Fritsch und der Abgeordnete Senftleben [CDU] führen eine Unterhaltung.)

Meine Herren, die Geräuschkulisse hinter mir stört mich wirklich. Ich bitte darum, das zu beenden. Vor mir können Sie machen, was Sie wollen, hinter mir bitte ich um Ruhe. Das wäre schön.

Es gibt Talente, die angeboren sind, die sich aber nicht entwickeln können, weil Bildung vorenthalten wird. Insofern ist es richtig, dass gegengesteuert wird, denn wir können es uns gerade in Brandenburg nicht leisten, irgendein Talent brachliegen zu lassen. Jedes Talent muss entwickelt werden. Das ist gar keine Frage. Insofern ist es auch richtig, wenn man anstrebt, mehr Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern zum Abitur zu führen.

Was wir wollen, ist Chancengerechtigkeit am Start, nicht Gleichheit irgendwo am Ziel. Auch das ist richtig. Die Frage ist dann aber, wie man das erreicht, ob man die Förderung von Talenten, das bessere Ansprechen von Talenten mit einem solchen Schüler-BAföG erreicht, mit 100 oder 50 Euro im Monat, die ab der Sekundarstufe II dann gezahlt werden sollen. Tatsächlich ist es eigentlich nur ein nettes Taschengeld. Meine Damen und Herren Juristen unter uns - Kollege Schöneburg ist jetzt nicht da -, Kollege Groß, Kollege Eichelbaum, es gibt im Strafrecht den untauglichen Versuch. Beim untauglichen Versuch geht es darum, dass die Ehegattin, die sich auf einfache Weise von ihrem Gatten trennen möchte, ihm eine Taschenlampenbatterie in die Badewanne wirft, in der Hoffnung, dass der Stromschlag ihren Gatten ins Jenseits befördert.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Das funktioniert im Regelfall nicht.

(Bischoff [SPD]: Das ist mehr als schief!)

Genau das ist aber das, was Sie hier machen.

Der Vorteil Ihres untauglichen Versuchs ist es, wie der Kollege Hoffmann es auch schon sagte, dass am Ende niemand wirklich zu Schaden kommt, aber es bringt eben auch nichts.

(Zurufe von der SPD)

Der Nachteil ist, dass dieser Versuch im Jahr 2010 1 Million Euro kostet und später 5 Millionen Euro - Geld, das wirklich an jeder anderen Stelle im Bildungshaushalt gut aufgehoben wäre. Besser wäre es, jedem Schulamtsbezirk zusätzlich drei Lehrer zu geben. Damit wäre wirklich etwas getan. Damit

könnten Vertretungsreserven erhöht werden, da könnte man mit kleineren Klassenfrequenzen im Grundschulbereich arbeiten. Damit könnte in diesem Bereich eine bessere Bildungspolitik gemacht werden. Es würde weniger Unterricht ausfallen. Auch im Sekundarbereich wären mehr Lehrer der richtige Ansatz.

Wenn man etwas ändern will, so ist die frühkindliche Prägung der Kinder entscheidend. Das erreicht man eben nicht, wenn man erst in der 11. Klasse ansetzt. Man muss früher ansetzen, im Kita-Bereich, im Grundschulbereich, um entsprechend gegenzusteuern. Wer erst einmal die 11. Klasse erreicht hat, der braucht diese Hilfe nicht mehr, denn der ist ja dann schon auf dem Weg zum Abitur. Dass an dieser Stelle noch jemand scheitert, mag eintreten, das hat dann wohl aber eher mit Leistungen und eigener Verantwortung zu tun als damit, ob 50 oder 100 Euro im Monat gezahlt werden.

Im Koalitionsvertrag von Rot-Rot wird eine intensive individuelle Förderung versprochen. Halten Sie sich daran! Tun Sie genau das! Ich erinnere daran - Bildungsminister Rupprecht hatte es angesprochen -, dass am Gymnasium „Am Burgwall“ in Treuenbrietzen nun drei 7. Klassen eingerichtet werden; das ist sehr löblich, dadurch verringert sich die Klassenfrequenz. Es freut mich sehr, dass das gelungen ist, denn die geringeren Klassenfrequenzen ermöglichen eine bessere individuelle Förderung, und dadurch wird mehr Schülern die Chance gegeben, zum Abitur zu kommen. Es ging in Treuenbrietzen um eine einzige Lehrerstelle; 28, 25 Schüler vom Lehrer-Schüler-Schlüssel her machen eine Klasse aus. Es ist gut, dass nun eine dritte 7. Klasse eingerichtet wird, wodurch individueller gefördert werden kann, und das Geld dahin geflossen ist.

Wenn man die Millionen zusammennimmt, könnten Sie das an 20 Schulen machen. Sie könnten 20 zusätzliche Klassen einrichten, 20 Lehrer stünden mehr zur Verfügung, um dann dauerhaft für individuelle Förderung zu sorgen und dadurch im Abiturbereich, wenn es wirklich schwierig wird und Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern möglicherweise mehr Schwierigkeiten haben, zum Abitur zu gelangen, weil das Elternhaus eben nicht helfen kann, zu besseren Ergebnissen zu verhelfen.

Meine Damen und Herren, das, was Sie sich vorgenommen haben, werden Sie mit Ihrem Gesetzentwurf zum Schüler-BAföG nicht erreichen. Es ist ein untauglicher Versuch, Bildung dort hinzubringen, wohin sie gebracht werden muss. Den Ansatz erkenne ich an, dass wir Bildung auch bildungsferneren Schichten zu ermöglichen versuchen müssen. Nur so, wie Sie sich das vorstellen, funktioniert es eben nicht. Im Vergleich zu dem, was Sie als Schüler-BAföG anbieten, ist die Berliner Abiturlotterie geradezu ein Leuchtturm hervorragender und erfolgreicher Bildungspolitik. Was Sie vorhaben, wird nicht funktionieren.

Einer Überweisung an den Ausschuss stimmen wir zu, wir können dort gern weiterreden. Aber im Ergebnis wird dabei nichts herauskommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU und FDP - Jürgens [DIE LINKE]: Das war ein untauglicher Versuch!)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Krause spricht für die Linksfraktion.

(Zuruf von der CDU: Wo bleibt Frau Kaiser?)

Krause (DIE LINKE):

- Frau Kaiser ist da; Sie können sich gern mit ihr unterhalten.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wer vermisst mich?)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir als Nichtjurist ist es ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass sich der Paragraph des untauglichen Versuchs nicht generell auf Ehefrauen bezieht - das hat Herr Goetz unterschlagen -; das klarzustellen ist mir wichtig.

Heute diskutieren wir über das Landesausbildungsförderungsgesetz. Wir alle wissen, dass Deutschland zu den Ländern gehört, in denen die soziale Herkunft mit am ausgeprägtesten den Bildungserfolg bestimmt. Auch die jüngste Studie des Deutschen Studentenwerks hat dies erneut bestätigt. Von 100 Akademikerkindern schaffen es 71 an die Hochschule, während dies bei Arbeiterkindern lediglich 24 Kinder sind. Die Diskrepanz wird an dieser Stelle, glaube ich, sehr deutlich.

Brandenburg war noch vor wenigen Jahren eine rühmliche Ausnahme an dieser Stelle, hat in den vergangenen Jahren aber leider tüchtig zugelegt und reiht sich mittlerweile in den bundesdeutschen Durchschnitt ein. Es ist also höchste Zeit, an dieser Stelle gegenzusteuern, und dies wird diese Koalition auch tun.

Das Vorhaben, über das wir heute hier beraten, ist ein Kernstück unserer Koalitionsarbeit. Im zwischen SPD und DIE LINKE geschlossenen Koalitionsvertrag können Sie dazu nachlesen:

„Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Ziel ist es, dass mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien Abitur machen und studieren. Die Koalition wird ein Schüler-BAföG für die Abiturstufe einführen.“

Genau darum geht es heute. Der vorliegende Entwurf für ein Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz ist aus unserer Sicht ein Schritt zu mehr Chancengleichheit. Ziel ist es, mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien den Weg zum Abitur zu erleichtern, und zwar durch eine monatliche Landesausbildungsförderung in Höhe von 50 bzw. 100 Euro, die für Bildungsausgaben - Herr Minister hat es ausgeführt - einzusetzen sind.

Wir möchten an dieser Stelle nicht verhehlen, dass wir uns auch weitere Wege zu mehr Chancengleichheit und Unterstützung von Kindern aus einkommensschwachen Familien vorstellen können, zum Beispiel durch die Ausweitung des Schulsozialfonds. Dennoch plädieren wir dafür, diesen Weg mit dem Ausbildungsförderungsgesetz zu gehen. Parallel - so ist es vereinbart und, ich glaube, auch nachvollziehbar - werden wir natürlich prüfen, ob wir das Ziel, das wir damit verfolgen, erreichen und ob dieses Mittel dem Ziel gerecht wird.

Angesprochen wurde bereits, dass der ursprüngliche Adressatenkreis des Ausbildungsförderungsgesetzes vor allem Schülerinnen und Schüler sind, die aus Familien kommen, in denen Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Hilfen zum Lebensunterhalt, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen wird. Infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 9. Februar dieses Jahres - das wurde auch schon angesprochen - ist die Bundesgesetzgebung aufgefordert, bis

Ende dieses Jahres eine Veränderung vorzulegen, die für dieses Landesgesetz nicht unerheblich sein wird; davon ist auszugehen.

Angesichts dieser Entwicklung haben wir uns entschieden, den Adressatenkreis bereits jetzt auszuweiten. Demnach kommen Schülerinnen und Schüler, die einen ständigen Wohnsitz im Land Brandenburg haben, die gymnasiale Oberstufe besuchen bzw. den zweijährigen vollzeitschulischen Bildungsgang der Fachoberschule mit integrierter fachpraktischer Ausbildung, für Bewerberinnen und Bewerber mit Realschulabschluss/Fachoberschulreife bzw. den zweijährigen vollzeitschulischen Sonderlehrgang für Berechtigte mit den Voraussetzungen gemäß § 4 Abs. 2 Fachoberschul- und Fachhochschulreifeverordnung belegen und die finanziell bedürftig sind, in den Genuss der Förderung. Genau darum geht es ja heute.

Finanziell bedürftig ist nach unserer Definition, wer entsprechend den maßgeblichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen Leistungsbeziehern nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gleichsteht, jedoch aufgrund - das ist der Unterschied - des § 2 Abs. 1a keine Bundesausbildungsförderung erhält, das bedeutet: wer bei seinen Eltern wohnt, und das ist bei den Schülerinnen und Schülern in Brandenburg ja in der Mehrheit der Fall.

Unabhängig vom Gesetz sollte vielleicht gerade in diesem Punkt ein Ansatz für eine Bundesratsinitiative Brandenburgs liegen. Der Minister hat angekündigt, dass wir diesen Weg gehen werden. Das wird unsere Unterstützung finden.

Uns ist bewusst, dass die Förderung von Kindern aus einkommensschwachen Elternhäusern ab der 11. Klasse ziemlich spät einsetzt. Aber wir müssen denjenigen, die den Weg bis dorthin allein geschafft haben und die Unterstützung brauchen, eine Chance geben.

Gleichzeitig geht es natürlich auch darum, dass wir von unten - da ist das Kita-Gesetz eine Möglichkeit, die Sprachstandsfeststellung und die Sprachförderung in der Kita sind ein weiterer Baustein - anfangen müssen, die Voraussetzungen zu schaffen, und wenn uns das gelingt, wird in einigen Jahren vielleicht auch dieses Gesetz überflüssig sein. Im Moment aber - davon sind wir überzeugt - ist es notwendig.

Am 20. Mai haben wir alle die Gelegenheit, in der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport gemeinsam mit Experten über dieses Gesetz zu diskutieren. Dazu lade ich Sie recht herzlich ein. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete von Halem setzt die Debatte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur in wenigen anderen Industriestaaten entscheidet die sozioökonomische Herkunft so sehr über den Schulerfolg und die Bildungschancen wie in Deutschland. Das ist mehrfach gesagt worden, und das lesen wir auch in der Problembeschreibung des vorliegenden Gesetzentwurfs.

Für Brandenburg heißt das: Von 100 Beamtenkindern studieren 95, von 100 Arbeiterkindern studieren 17. Diese Zahlen stammen aus einer Wahlkampfbroschüre der SPD vom letzten Sommer und belegen ein Verschleudern von individuellen und gesamtgesellschaftlichen Potenzialen, gegen das vorzugehen natürlich zu den wichtigsten Aufgaben dieser Regierung gehören muss.

(Beifall GRÜNE/B90, SPD und DIE LINKE)

Ja, was die Hausforderungen angeht, so sind wir gleicher Meinung. Aber stimmen Sie mit mir überein, dass angesichts der Größe der Herausforderung und angesichts der knappen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nur die effektivsten Wege eingeschlagen werden sollten? Wenn ja, warum setzen Sie dann auf dieses Pferd? Warum erfinden Sie das Brandenburgische Ausbildungsförderungsgesetz? Woher wissen Sie, dass die größte Herausforderung für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten ausgerechnet nach der Vollzeitschulpflicht beim Übertritt in einen weiterführenden Bildungsgang besteht? Welche statistischen Erkenntnisse haben Sie darüber, dass Jugendliche, die von der Übergangsbeurteilung keinen Gebrauch machen, das aus finanziellen Erwägungen tun? Wie viele sind es eigentlich, die infrage kommen?

Wenn man sich Ihre Antragsvorlage ansieht, dann fällt auf, dass Sie zwar mit vielen Zahlen aufwarten, aber genau dazu keine Angaben machen. Ich wage zu bezweifeln, dass diese Informationen, wenn wir sie hätten, Ihrem Anliegen dienen würden. Laut Bundesbildungsministerium gibt es keine Studie, die eine positive Korrelation eines Schüler-BAföGs und der Abiturquote von schlechter Verdienenden belegt.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Es gab ja bisher auch kein Schüler-BAföG. Wie soll man da schon eine Studie haben?)

- Da hat Herr Ness aber gerade etwas anderes erzählt.

Ich habe dazu eine Kleine Anfrage gestellt, und wenn mich die Antworten eines Besseren belehren, dann lasse ich mich gern überzeugen. Allein mir fehlt der Glaube.

In Brandenburg verlässt jeder Elfte die Schule ohne einen Abschluss; das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt bei der CDU - Zurufe)

Diese Bildungsverlierer haben nichts vom neuen Schüler-LAföG; um diese kümmert sich niemand. Ich sehe sie in dem Paket, von dem Sie, Herr Ness, gesprochen haben, auch nicht gut aufgehoben. Die Bildungsexpertisen der letzten Jahre belegen immer deutlicher, dass es bei der Bildung auf die ersten Jahre ankommt, auf Kita-Jahre, auf die Grundschule. Dort muss die Förderung einsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Ich selbst schleuse meine Kinder seit 13 Jahren durch das brandenburgische Bildungssystem, und selbst der berühmte Blinde mit Krückstock sieht, wo die Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien verlorengehen: nach der

Grundschule! Von da an hängt Bildung tatsächlich vom Geldbeutel ab; da ist der Bildungsknick, und fördern müssen wir in den Jahren davor.

Noch etwas: Wir Bündnisgrünen halten nichts von einer Taschengelderhöhung. Wenn wir unser Geld sinnvoll einsetzen wollen, dann müssen wir es in das System investieren.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie CDU)

Da sind wir uns mit der GEW, der CDU und anderen einig.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Auch in der Ablehnung von Hartz IV, ja?)

Wir brauchen keine neuen Instrumente. Wir haben Qualitätsmaßstäbe für Kitas gesetzt, wir haben FLEX-Klassen, Teilungs- und Förderunterricht usw.

(Dr. Woidke [SPD]: Den gab es schon, bevor ihr im Landtag gesessen habt!)

Es mangelt uns nicht an guten Instrumenten, aber sehr wohl an den Kapazitäten, sie umzusetzen. Auch wenn die Marketingstrategen dazu geraten haben mögen, mit dem Schüler-LAföG auf ein neues Pferd zu steigen, weil sich das natürlich viel besser verkauft als das bloße bessere Füttern des alten, so brauchen wir dieses Pferd nicht. Und schon gar nicht brauchen wir den verwaltungstechnischen Blähbauch, der jährlich ansteigende Kosten von 316 000 Euro in diesem Jahr bis zu 619 000 Euro im Jahr 2013 bedeutet.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU - Dr. Woidke [SPD]: Dann muss es ja einen hohen Bedarf geben, Frau von Halem! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Das steht in Ihrer Vorlage. Es gibt die anderen Instrumente; hören Sie mir zu! Der Städte- und Gemeindebund läuft zu Recht Sturm dagegen und beklagt den unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand, zumal für die Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII ein Verwaltungszirkus aufzubauen ist, der zum Jahresende seine Zelte ohnehin wieder abbauen muss.

Was wir wirklich tun müssen, ist die Ausstattung in den Kitas weiter zu verbessern und unsere Kinder in den Schulen individuell zu fördern. Dazu brauchen wir mehr Personal und vor allem gut ausgebildete Pädagogen, aber keine Hirngespinnste wie das Schüler-LAföG.

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Linken, wenn Sie Klientelpolitik betreiben und Geringverdiener stärken wollen, dann tun Sie dies bitte richtig: Steigen Sie ab von diesem Pferd, es ist tot. Investieren Sie dort, wo es Sinn macht - in die ersten Bildungsjahre.

(Dr. Woidke [SPD]: Wo denn? - Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Zum Abschluss der Debatte erhält noch einmal Herr Minister Rupprecht das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Schluss noch ein wenig Nachhilfeunterricht: Ich möchte zunächst wiederholen, was Klaus Ness gesagt hat. Hier liegt kein Hartz-IV-Gesetz auf dem Tisch, sondern ein Gesetz für einkommensschwache Familien. Das, Herr Hoffmann, ist weit mehr und nicht etwa weniger als das, was ursprünglich einmal geplant war.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Ich möchte das einmal an konkreten Zahlen festmachen: Wir gehen heute davon aus, dass etwa 20 000 Schülerinnen und Schüler die gymnasiale Oberstufe, also die Jahrgangsstufen 11 bis 13, besuchen werden. Wir gehen davon aus - es handelt sich um eine Schätzung -, dass etwa 4 000 bis 5 000 davon im Sinne des Gesetzes anspruchsberechtigt sind. Unter diesen Anspruchsberechtigten sind schätzungsweise 1 200 Hartz-IV-Empfänger. Das heißt, wir gehen weit über unser Ziel hinaus, und ich glaube, es ist wichtig, das noch einmal zu betonen.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Unser eigentliches Ziel, die Abiturquote zu erhöhen. Dies werden wir sicher nicht dadurch erreichen, indem wir durch diese Maßnahme die Gymnasialquote signifikant erhöhen. Ich möchte aber Folgendes in Erinnerung rufen: Es gibt in Brandenburg noch einen zweiten Weg zum Abitur, nämlich den 13-jährigen Bildungsgang an Gesamtschulen und Oberstufenzentren. Um diesen geht es mir am meisten. Es muss gelingen, leistungsfähige Oberschüler davon zu überzeugen, dass nach der 10. Klasse nicht Schluss sein muss; denn nach Erlangen der Fachoberschulreife kann ein zweijähriger Bildungsgang der Fachoberschule angeschlossen und die Fachhochschulreife erlangt werden, womit die Berechtigung zum Studium an einer Fachhochschule erworben wird. Man kann auch den Erwerb der Fachoberschulreife mit dem Zusatz „Zugang zur gymnasialen Oberstufe“ schaffen, sodass man dann über einen dreijährigen Bildungsgang am OSZ beispielsweise ein vergleichbares Abitur wie am Gymnasium ablegen und damit an jeder Universität, Fachhochschule oder anderen Hochschule studieren kann. Das ist ganz wichtig, und darum geht es mir. Deshalb habe ich die Hoffnung - im Gegensatz zu Ihnen -, dass diese Maßnahme Wirkung zeigen wird.

(Vereinzelt Beifall von der Regierungsbank und bei der SPD)

Jetzt komme ich noch zu Herrn Krause: Ich stimme Ihnen natürlich zu, dass wir das Ziel im Auge behalten müssen. Natürlich werden wir prüfen, ob die Maßnahme wirklich Erfolg zeigt. Ich gehe hier optimistisch ins Rennen; das wollte ich nur noch einmal sagen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Damit ist die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt beendet. Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 5/847 der Landesregierung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf überwiesen.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Struktur der LASA verändern

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/809
(Neudruck)

Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der Abgeordneten Schier für die CDU-Fraktion.

Frau Schier (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus der GEKAS, der Gesellschaft für die Koordinierung von Arbeitsmarktförderung und Strukturentwicklung, wurde am 10. Dezember 1991 die LASA, die Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH. Alleiniger Gesellschafter ist das Land Brandenburg, die Fachaufsicht liegt beim MASF. Der Aufsichtsrat, der die Dienstaufsicht hat, besteht aus Mitgliedern der verschiedensten Ministerien. Bis zum 29. März dieses Jahres hatte die LASA zwei Geschäftsführer. Die LASA ist verantwortlich für den Einsatz von ESF- und Landesmitteln. Waren es 1997 noch 230 Millionen Euro für die Arbeitsmarktprogramme, so sind es heute nur noch etwa 100 Millionen Euro. Mit diesen Mitteln wurden viele Projekte zur Qualifizierung von Arbeitslosen gefördert.

Das Land Brandenburg fördert nach dem Erstattungsprinzip: Projekte werden gefördert, und erst nach einer gewissen Zeit wird ein Zahlungsantrag an die EU gestellt. Die Mitarbeiter der LASA prüfen, begleiten und fördern die Projekte und rechnen sie schließlich ab.

Im November 2009 wurde die LASA durch die EU geprüft - stichprobenhaft. Von drei Proben waren zwei fehlerhaft. Ein Zahlungsantrag in Höhe von 15,9 Millionen Euro an die EU wurde daraufhin zurückgezogen. 130 Millionen Euro müssen gegenüber der Europäischen Union nachgewiesen werden. Von diesen 130 Millionen Euro sind 11,6 Millionen Euro in der Tat ein Delta, das nach jetzigem Stand nicht geprüft und nach Brüssel gemeldet werden kann. Erst mit den fehlerhaften Bescheiden und der Prüfung und vor allem der Nichterstattung des schon ausgegebenen Geldes setzte eine Aktivität in der LASA ein, die ich mir schon viel eher gewünscht hätte. Fest steht, dass alle Verantwortlichen - seien es die Dienst-, aber auch die Fachaufsicht - versagt haben. Dort wurden Mitarbeiter geschult. Ich habe eine Antwort auf meine Anfrage bekommen - die Schulungen umfassen eine halbe Seite. Es konnte aber nicht verhindert werden, dass nach wie vor Fehler entstanden sind, beispielsweise die händische Eingabe von Daten in Excel-Tabellen, wobei viele Mitarbeiter diese Tabellen selbst formatiert haben, sodass in einer bestimmten Spalte beim einen das Datum stand, beim anderen dagegen die Antragsnummer.

Schon im Jahr 2006 hat das damalige MASGF die Überprüfung der Prozesse innerhalb der LASA für notwendig erachtet. 2008 wurde dann auch ein Gutachten in Auftrag gegeben, das das hehre Ziel hatte, Fehler bei der Bearbeitung der Anträge aufzuzeigen. Dem Aufsichtsrat war das immerhin eine Ausgabe von 20 000 Euro wert.

646 Fehler wies das Gutachten nach. Nun fragt man sich, warum es nach diesem Gutachten in den Jahren 2008, 2009 erneut zu Fehlern gekommen ist. Das Gutachten verschwand, ohne dem Aufsichtsrat vorgelegen zu haben und ohne dass das Ministerium einmal danach gefragt hätte, in der Schublade. Während der eine Geschäftsführer davon wusste, erfuhr der andere erst Monate später überhaupt von der Existenz des Gutachtens. Das Resümee: Null Management, null Kommunikation. So viel Wirrwarr in einer Landesbehörde ist peinlich, abenteuerlich.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Wir Abgeordneten wurden am 17. Dezember 2009 über den Zahlungsstopp in Kenntnis gesetzt. Weitere Informationen haben wir erst erhalten, nachdem wir eine Sondersitzung des Sozialausschusses beantragt hatten. Ich weiß nicht, ob das sonst unter Punkt „Sonstiges“ abgehandelt worden wäre.

Einmal abgesehen davon, dass wir die Mittel vorfinanzieren müssen, hat das Land Brandenburg einen Kratzer abbekommen. Die EU ist hellhörig geworden, und die überregionale Presse interessiert sich dafür, was bei uns los ist und vor allen Dingen wie es bei uns weitergeht. Deshalb stellen wir heute diesen Antrag.

Ich habe vom Pressesprecher des Ministers - ich gehe davon aus, dass das, was der Pressesprecher schreibt die Meinung des Ministers ist - eine Mail bekommen, in der es heißt: „Der Antrag ist von vorgestern.“ „Vorgestern“ war der 29. März, der Tag, an dem die Geschäftsführer abberufen wurden. Schon in der Sondersitzung waren wir uns einig, dass wir nur einen Geschäftsführer haben wollen.

Wir erwarten, dass in der LASA die Computerprogramme so überarbeitet werden, dass es keine Medienbrüche mehr gibt, und dass das Personal endlich so geschult wird, dass es problemlos mit der Software umgehen kann. Auch diese Forderung ist zukunftsweisend und überhaupt nicht von vorgestern.

Ich möchte es an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen: Meine Kritik richtet sich nicht gegen die Mitarbeiter, die diese Bescheide bearbeiten. Meine Kritik richtet sich gegen die Dienst- und die Fachaufsicht.

Im dritten Punkt fordern wir schließlich die Landesregierung auf, halbjährlich einen Bericht über die Wahrnehmung der Fachaufsicht zu geben. Das war in der Vergangenheit nicht so, und das fordern wir jetzt, nachdem in der LASA - ich hoffe, in Bälde - wieder Ruhe eingezo-gen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, wenn Ihnen an einem reibungslosen Ablauf in der LASA gelegen ist und Sie es genauso ernst mit der Neuorientierung meinen, wie Sie es in den letzten Tagen immer wieder gesagt haben, dann können Sie unserem Antrag nur zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Baer spricht für die SPD-Fraktion.

Baer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Probleme bei der LASA sind uns seit Dezember letzten Jahres - Frau Schier

hat darauf hingewiesen - bekannt und beschäftigen uns seit dieser Zeit regelmäßig im zuständigen Ausschuss. Auch in der gestrigen Haushaltsberatung hat dieses Thema schon eine Rolle gespielt, und es wurde von einigen Rednern darauf Bezug genommen.

Der Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion fordert nun in drei Punkten Maßnahmen, die die Struktur der LASA verändern sollen. Dass Konsequenzen aus den Problemen bei der LASA notwendig sind, wird hier im Raum, so glaube ich, auch niemand bestreiten. Nur sind die angesprochenen Punkte - Frau Schier hat sie eben noch einmal aufgeführt -, auf die sich der Antrag beruft - Änderung der Geschäftsführung, Änderung des Personaleinsatzes und der Berichterstattung - bereits in Angriff genommen worden. Ich zitiere den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der LASA, Herrn Prof. Schroeder, aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses:

„Der Neustart der LASA bedeutet, dass man an dieser Stelle keine zwei Geschäftsführer mehr stellen kann.“

Für den Neustart sollte - das war uns ausdrücklich wichtig - kein Tandem mehr an der Spitze stehen, sondern eine einzelne Person.

Ich zitiere, was Minister Baaske in derselben Sitzung zur geforderten Berichterstattung angeregt hat:

„Gleichwohl rufe ich deutlich dazu auf und ermuntere dazu - ich glaube, dass die vorhin von mir beschriebene Problemlage das auch zulässt -, dass wir zumindest in diesem Jahr in jeder Ausschusssitzung über den aktuellen Verfahrensstand der LASA reden. Das sollten wir wohl tun, weil wir auch in jeder Ausschusssitzung sicherlich einen neuen Stand haben werden.“

Sie sehen also: Das Anliegen, das Sie hier einbringen, wird bereits aufgegriffen, und wir sollten daher abwarten, was daraus wird. Wir haben ja gestern erst von der Opposition gelernt, dass wir hier keine unnötigen und überflüssigen Anträge stellen sollen. Daran wollen wir uns auch heute halten.

Meine Damen und Herren, ich will die Probleme der LASA durchaus nicht kleinreden. Ich glaube sogar, dass über die bisher eingeleiteten Maßnahmen hinaus weitere Schritte notwendig werden können, wenn wir erst einmal alle Fakten auf dem Tisch haben. Frau Schier, Sie haben diesbezüglich eine kleine Anfrage gestellt. Ich glaube, darin sind einige Fragen aufgegriffen worden, die durchaus noch einer Klärung zugeführt werden müssen. Das MASF hat rechtzeitig notwendige Schritte zur Klärung und Lösung des Problems eingeleitet. Wir sollten jetzt abwarten, ob diese Maßnahmen wirken und, wenn erforderlich, noch einmal nachsteuern.

Der vorliegende Antrag, dessen eigentlicher Sinn wohl eher in der Begründung als im Antragstext zu finden ist, ist jedenfalls in der vorliegenden Form entbehrlich und kann daher abgelehnt werden. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Büttner spricht für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Thema steht nun heute auf der Tagesordnung - Frau Schier hat es schon ausgeführt -, weil wir seit Wochen und Monaten ein Datenchaos bei der LASA erleben. Wir erlebten quasi ein Unternehmen dieses Landes, das sich verselbstständigt hat, und ganz offensichtlich haben dies weder der Aufsichtsrat noch das zuständige Ministerium mitbekommen. Dass es bei der Dateneingabe Probleme gab, ist spätestens seit 2008 bekannt, und zwar aus dem Gutachten, das Frau Schier eben genannt hat, mit den 646 Fehlern. Dieses Gutachten ist offensichtlich in irgendeiner Schublade verschwunden, und passiert ist nichts.

Wir haben im Ausschuss auch gehört, dass die Schulung der Mitarbeiter an dem Softwareprogramm in der Weise erfolgt ist, dass man den Mitarbeitern am Ende der Schulung ein Handbuch in die Hand gedrückt und gesagt hat: „Wenn ihr Probleme habt, müsst ihr da eben nachschlagen.“ - Das hat dazu geführt, dass man bei einer so komplexen Software auch Eigeninitiative ergriffen und eigene Excel-Tabellen erstellt hat, die nicht einmal miteinander kompatibel waren und bezüglich derer wir im Ergebnis über Millionenbeträge reden müssen. Ich finde das einen unglaublichen Vorgang, der bei der LASA stattgefunden hat.

Es gibt zwei zentrale Versäumnisse, und diese sollen mit dem vorliegenden Antrag behoben werden. Die Geschäftsführung der LASA soll verkleinert werden: statt zwei künftig ein Geschäftsführer, so wie bei der ZukunftsAgentur Brandenburg. Das erhöht die Effizienz, verkürzt die internen Abläufe und regelt auch klar die Zuständigkeiten und die Verantwortung des Geschäftsführers gegenüber dem Aufsichtsrat und dem Ministerium.

Lieber Herr Kollege Baer, wenn es denn so ist, dass das Ministerium es so will, wie es dokumentiert wurde, dann glaube ich, dass es auch richtig ist, dass wir in diesem Parlament unseren politischen Willen dazu bekunden können. Dann ist das kein entbehrlicher Antrag, sondern ein Antrag, den wir hier zu Recht beschließen sollten.

(Frau Lehmann [SPD]: Und keiner klatscht!)

Das macht ja nichts, damit habe ich überhaupt keine Probleme, es ist mir ehrlich gesagt, völlig wurscht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Besetzung des Geschäftsführerpostens soll künftig nach mess- und prüfbareren Leistungskriterien erfolgen. Deswegen, sagen wir, wollen wir eine öffentliche Ausschreibung des Postens des Geschäftsführers und die genaue Kontrolle der fachlichen Eignung, damit künftig Missmanagement verhindert werden kann. Wir möchten, dass die LASA durch Qualität auf sich aufmerksam macht und nicht durch die Quantität der fehlerhaft erstellten Förderbescheide. Aus diesem Grund möchten wir sicherstellen, dass die Mitarbeiter der LASA einwandfrei geschult und in die Lage versetzt werden, auch in Stress- und Krisensituationen zum Wohle der LASA, zum Wohle der Antragsteller und zum Wohle der Steuerzahler zu handeln.

Hierzu bedarf es einer intensiven Eingangs- und regelmäßigen Weiterqualifizierung der Mitarbeiter. Besonderes Augenmerk

muss dabei auf die fehlerfreie Anwendbarkeit und Funktionalität der Software gelegt werden.

Ich möchte hier sehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass es uns nicht darum geht - in keinsten Weise! -, die Mitarbeiter der LASA zu beschuldigen oder ihnen schlechte Arbeit vorzuwerfen. Sie haben genau das getan, was sie in dieser Situation tun konnten. Es ist klar ein Missmanagement gewesen. Das sollten wir jedoch nicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LASA zur Last legen. Stärker als bislang muss das Ministerium seine Aufgaben und Pflichten wahrnehmen. Deswegen fordern wir, dass dem zuständigen Fachausschuss halbjährlich Bericht erstattet wird.

Minister Baaske hat in der Sondersitzung des Ausschusses am 14. April mitgeteilt, es komme jetzt darauf an, den Brand zu löschen. Erst danach könne man sich um die Brandursache kümmern. Die Ursache ist weitestgehend bekannt. Was das Land nun braucht, sind verlässliche und tragfähige Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik der LASA. Parallel zur Brandbekämpfung müssen Vorkehrungen getroffen werden, die den nächsten Brand verhindern.

Um das Ministerium in dieser Aufgabe zu unterstützen und auch unserer Rolle als Abgeordnete, als Opposition in diesem Parlament gerecht zu werden, wollen wir, dass dieser Bericht halbjährlich im Ausschuss gegeben wird - unabhängig davon - wir schauen ja auch in die Zukunft -, dass wir das selbstverständlich mindestens bis Jahresende - davon gehe ich auch aus - in jeder Ausschusssitzung auf der Tagesordnung haben werden.

Eines lassen Sie mich zum Schluss noch sagen: Die vom Ministerium geübte Informationspraxis habe ich schon im Ausschuss kritisiert. Sie haben uns am 17.12.2009 - am letzten Tag der Plenarsitzungen, nach der Fragestunde, nachdem im Prinzip alles gelaufen war - darüber informiert. Sie haben uns als Opposition im Büro des Geschäftsführers zusammengerufen und über das informiert, was da gelaufen ist. Wir haben dann keine Möglichkeit mehr gehabt - auch, weil sitzungsfreie Zeit war und man zwischen Weihnachten und Neujahr im Regelfall verweist, - einen Sonderausschuss zu verlangen.

Diese Informationspraxis haben Sie auch noch fortgeführt, nachdem die Geschäftsführer abberufen worden waren. Wir haben erst drei Tage nach deren Abberufung den Antrag auf Sondersitzung gestellt; man hätte uns also informieren können. Man hätte uns auch einen Tag, nachdem sie abberufen worden waren, informieren können; das hätte uns ausgereicht. Dann hätten wir die Sonderausschusssitzung vielleicht gar nicht beantragt. Das haben Sie nicht gemacht. Da muss ich Ihnen sagen: Diese Informationspraxis halten wir für falsch. Ich hoffe, dass wir künftig an der Stelle besser zusammenarbeiten können, dass Sie, Herr Minister, und Ihr Staatssekretär uns also besser informieren. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Wöllert spricht für die Linksfraktion.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst Folgendes richtigstellen. Kollegin Schier, eine

Bemerkung Ihrerseits fand ich nicht okay. Ich bin der Meinung - dies richte ich auch an den Kollegen Büttner -, es ist Ihr gutes Recht, eine Sondersitzung zu beantragen, und es war auch in Ordnung, dass Sie die aus diesem Anlass beantragt haben, weil wir auf diese Art und Weise sehr lange ausführlich über das Problem reden konnten - öffentlich und nichtöffentlich. Aber hier so zu tun, als hätte es das Thema ansonsten nicht gegeben und wäre unter „Sonstiges“ behandelt worden, ist einfach die Unwahrheit.

Ich als Ausschussvorsitzende habe sofort, nachdem dies in der Presse war, veranlasst, dass es einen Neudruck gibt. Da stand als erster Punkt auf der Tagesordnung für die reguläre Sitzung „Bericht zu den Vorkommnissen bei der LASA“. Frau Nonnemacher hat mir noch einen Brief geschrieben und sich dafür bedankt, dass ich so schnell reagiert habe. Hier so zu tun, als sei da nichts gewesen, ist einfach nicht redlich.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Zum Zweiten: Ich teile Ihre Meinung bezüglich all dessen, was nicht in Ordnung war, und bin ebenfalls der Meinung, dass es unerhört ist, welch Wirrwarr bei der LASA herrscht. Ich glaube, diesbezüglich waren wir uns im Ausschuss einig. Darüber waren wir alle nicht froh und glücklich, und da müssen wir alle nachfassen, vor allem bezüglich dessen, wie wir so etwas künftig von vornherein verhindern.

Trotzdem frage ich: Was soll ich nun zu diesem Antrag hier sagen? Ihr Kollege Burkardt sagte gestern, er wundere sich, dass die Anträge der Fraktion nicht durchkämen, und fragte, ob Sie vielleicht noch einmal eine Schulung machen sollten. Darauf sage ich: Ja, machen Sie das!

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Das begründe ich Ihnen auch. Wir hatten den Sonderausschuss am 14. April. Wir tagten eine Stunde und 35 Minuten öffentlich und dann 34 Minuten nichtöffentlich. Frau Schier wie auch Herr Büttner schätzten im Anschluss ein, dass es sich um einen umfangreichen, ausführlichen Bericht des Ministers gehandelt habe und sie froh seien, dass in dieser Atmosphäre eine so umfangreiche Aufklärung wenigstens angegangen werde.

(Aha! bei der Fraktion DIE LINKE)

Kaum aber wird Ihnen vor der Tür ein Mikrofon unter die Nase gehalten, tun Sie so, als hätten der Minister und der Aufsichtsratsvorsitzende der LASA keine einzige Frage beantwortet.

(Minister Dr. Markov: So sind sie halt! - Zuruf von der CDU: Das weisen wir zurück!)

- Na gut, Opposition muss vielleicht auch aus Prinzip kritisieren. Das mag ja noch angehen, und das lasse ich auch für Sie, Kollege Büttner von der FDP, gelten.

Aber Ihre Partei, Frau Schier, die CDU, hat zehn Jahre mitbekommen müssen, was in der LASA passiert.

(Frau Schier [CDU]: Wie denn?)

- Sie waren im Aufsichtsrat vertreten mit dem CDU-geführten Wirtschaftsministerium und dem CDU-geführten Wissenschaftsministerium.

(Aha! bei der Fraktion DIE LINKE)

Also tun Sie bitte nicht wie neugeboren, als müssten Sie von nichts Ahnung haben.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Guten Morgen!)

Herr Baer hat hier schon einiges gesagt. Ich verweise jetzt noch einmal auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Ihre Forderung zum Geschäftsführer ist einfach überholt, weil der Aufsichtsratsvorsitzende das umfassend dargelegt hat und der Aufsichtsrat da schon weiter ist. Das Überholen ohne Einzuholen funktioniert anscheinend - jedenfalls zeigt uns die CDU dies jetzt.

(Aha! bei der CDU)

Der zweite Punkt ist überflüssig wie ein Kropf. Für mich ist selbstverständlich - das haben Sie selbst gesagt -, dass eine Behörde so zu arbeiten hat. Dafür hat die Fachaufsicht verdammt noch mal auch zu sorgen. Auch da gab es bereits Veränderungen. Sie sind alle im Protokoll, auch im Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung, nachzulesen.

Das Dritte ist ja wohl der Gipfel! Jetzt wollen Sie eine halbjährliche Berichterstattung, obwohl der Ausschuss beschlossen hat - einstimmig das letzte Mal -, dass in jeder Ausschusssitzung berichtet wird. Sie wollen jetzt nur noch eine halbjährliche Berichterstattung?

(Baer [SPD]: Unabhängig davon!)

Nun verstehe ich die Welt nicht mehr. Das begreife ich nicht.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Man kann Ihren Antrag einfach nur ablehnen, weil er bestenfalls ein Zeichen von Hyperaktivität ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD sowie von Minister Dr. Markov)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass die Oppositionsfaktionen in Person ihrer arbeitsmarktpolitischen Sprecher von Herrn Staatssekretär Prof. Schroeder am Rande der Plenarsitzung am 17.12. letzten Jahres über gravierende Fehler bei der Überprüfung der Abrechnungen der LASA informiert wurden. Dies geschah kurz vor einer angesetzten Pressekonferenz.

War im Dezember noch der Hoffnung Ausdruck verliehen worden, bis März mit der kompletten Überprüfung inklusive exter-

ner Wirtschaftsprüfung fertig zu sein, so äußerte der Staatssekretär am 13. Januar 2010 in seinem ausführlichen Bericht an den Sozialausschuss die Erwartung, die Verhältnisse bis Mai bereinigt zu haben.

Dass wir es nicht mit einer misslichen, hauptsächlich datentechnischen Panne zu tun haben, die rasch behoben werden kann, zeigt sich jetzt. Diese Illusion hat sich gründlich erledigt. Als wenig vertrauensbildend bei dem bis dahin ordentlichen Krisenmanagement ist die Tatsache einzustufen, dass der Landtag über die Abberufung der beiden LASA-Geschäftsführer Ende März aus der Presse erfuhr, obgleich der zuständige Ausschuss in diesem Monat zweimal tagte.

Die am 14. April auf Antrag von CDU und FDP durchgeführte Sondersitzung hat dann ganz andere Untiefen und Dimensionen des LASA-Debakels offengelegt. Die Tatsache, dass über Jahre fehlerhafte Abrechnungen nach Brüssel geschickt wurden, ist nicht nur ein IT-GAU und die immer wieder repetierte Versicherung, dass dem Land kein finanzieller Schaden entstehe, ist nicht mehr haltbar. Die Bezahlung von 3 000 Überstunden, Wirtschaftsprüfung, EDV-Beratung und Zinsausfälle dürften sich auf einige hunderttausend Euro summieren. Im schlimmsten Falle können 11,6 Millionen Euro - die Kollegen haben das angesprochen - nicht korrekt nachgewiesen und erstattet werden.

Das Zeitfenster, bis wieder konkrete Bescheide nach Brüssel gesandt werden können, hat sich von Mai 2010 auf das IV. Quartal verlagert. Ich will mich hier ausdrücklich nicht über fehlenden Aufklärungswillen oder Obstruktion vonseiten der Verantwortlichen beklagen. Der Minister, der Aufsichtsratsvorsitzende, die Abteilungsleiter berichten ausführlich und geduldig, erbetene schriftliche Informationen werden geliefert, grobe Managementfehler werden nicht beschönigt, und die Ausschussvorsitzende hat einvernehmlich das Thema LASA als Dauertagesordnungspunkt in diesem Jahr gesetzt. Frau Wöllert hat darauf hingewiesen. Ich sehe das genauso.

Nur manchmal schleicht sich das ungute Gefühl ein, dass hinter langatmigen Ausführungen über EDV-Probleme die eigentlich zentralen Fragen verdeckt bleiben. Wir Ausschussmitglieder wollen uns ja nicht zum Programmierer fortbilden, sondern wollen wissen: Warum verschwand ein Gutachten aus dem Frühjahr 2008 in der Schublade, welches massive Fehler im Abrechnungsmanagement schon damals aufzeigte? Liegt die Verantwortung wirklich ausschließlich bei den beiden Geschäftsführern, oder sind sie ein billiges Bauernopfer? Welch desaströse Kommunikationsstrukturen herrschen in einem Betrieb, in dem drei Jahre lang nicht über fehlerhaftes Arbeiten unter den Mitarbeitern geredet wird? Welche Verantwortung trägt ein ahnungsloser Aufsichtsrat, in dem alle relevanten Ministerien vertreten waren? Auch wenn die Krise eine vererbte Altlast der vorigen Regierung ist: Wer trägt in einem traditionell sozialdemokratisch geführten Ministerium die politische Verantwortung für die fehlerhafte Abrechnung von dreistelligen Millionenbeträgen?

Liebe Kollegin Schier, lieber Kollege Büttner, was wollen Sie mit Ihrem Antrag erreichen? Wenn es Ihr Ansinnen ist, die Debatte vor versammelter Mannschaft noch einmal aufzurollen, dann sage ich: Schön, dass wir darüber geredet haben. Sollten Ihre Strukturvorschläge zum jetzigen Zeitpunkt ernst gemeint sein, so sage ich Ihnen, dass wir Grünen uns nicht

mit der Umdekoration der Spitze des Eisberges zufriedengeben werden.

Die Einsetzung einer Interimgeschäftsführung bis zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Agentur ist sinnvoll. Der Appell, die LASA solle ihre Arbeit ordentlich machen, ist eine Plattitüde. Einen halbjährlichen Bericht wollen wir zurzeit nicht haben, sondern bitte eine Dauerberichterstattung, wie auch vorgesehen. Über endgültige Strukturveränderungen bei der LASA reden wir dann Ende des Jahres. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Minister Baaske spricht für die Landesregierung.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schier, Herr Büttner, vielen herzlichen Dank, dass Sie meinen Bericht, den ich im Ausschuss gegeben habe - ich habe eine Dreiviertelstunde gebraucht, Sie haben daraus zitiert -, so gut wiedergegeben haben. Ich verstehe nicht, wie Sie angesichts dessen von Mausecheln reden oder davon, dass ich irgendetwas verschwiegen hätte.

Als wir Sie am 17.12. informiert haben, bestanden auch bei uns noch sehr, sehr viele Fragen - wie übrigens auch jetzt noch. Es ist ja nicht so - das habe ich auch beim letzten Mal deutlich gesagt -, dass wir jetzt schon genau wüssten, was damals dazu geführt hat, dass man den Bericht vom 18. April nicht weiter verfolgt, sondern ihn in die Schublade gelegt hat - und damit gut. Ich weiß es nicht. Ich habe auch Befragungen in der LASA durchführen lassen müssen. Darüber habe ich auch in der letzten Ausschusssitzung informiert, ich war auch nur durch Befragungen von Mitarbeitern informiert. Ich wusste es anders auch nicht. Es gibt dazu keine Protokolle, nichts, was wir hätten nachverfolgen können. Ich habe Ihnen auch gesagt, dass wir geprüft haben, ob dieser Bericht jemals in den Posteingang des Ministeriums gelangte. Das kann ich nicht erkennen. Wie gesagt: Mehr geht da nicht. Der Auftrag wurde von der LASA bezahlt. Selbst das haben wir geprüft. Es hätte ja auch sein können, dass das ein Ministerium angewiesen hat. Auch das war nicht der Fall.

Zum Antrag selbst: Ich weiß auch nicht, was das soll. Wenn es Hyperaktivität ist, dann sollte Ritalin vielleicht helfen. Ansonsten kann ich nur sagen: Was den Geschäftsführers angeht, so wird es nur einen geben. Ich habe, ehrlich gesagt, von Ihnen auch nie Kritik hinsichtlich der damaligen Doppelspitze, die wir

(Doch! bei der CDU)

sowohl bei der LASA als auch bei der ZAB hatten, vernommen.

(Zuruf von der CDU)

- Na, wenn Sie es nachts um 12 Uhr ins Kopfkissen schluchzen, dann bekomme ich das nicht mit. An mich wurde das jedenfalls nie herangetragen, ebenso wenig an das Ministerium, wie meine Nachfrage ergab.

Was die Strukturen des Personals angeht - das habe ich gestern schon in der Haushaltsdebatte gesagt -, so werden wir uns das genau ansehen. Ich will nur sagen: Keine Struktur ist so optimal, dass man sie nicht verbessern könnte. Derzeit wird das Personal dafür eingesetzt, die Daten einzugeben, die in den letzten drei Jahren falsch eingegeben wurden. Darauf können wir nicht verzichten. Am Ende des Tages wird man noch einmal genau sehen müssen, wie effizient die Arbeit der LASA in den letzten Jahren gewesen ist und ob man nicht einiges verbessern kann.

Zur Berichterstattung will ich meinen Vorrednern - außer Ihnen, Frau Schier und Herrn Büttner - ausdrücklich Recht geben. Wir erstatten derzeit in jeder Ausschusssitzung Bericht. Ich weiß nicht, ob es genügt, dies im nächsten Jahr halbjährlich zu tun. Vielleicht muss das auch vierteljährlich erfolgen. Das kann man aber dann entscheiden, wenn es so weit ist. - Schönen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die Abgeordnete Schier.

Frau Schier (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Baer, Sie zitieren Staatssekretär Schroeder, der jetzt Aufsichtsratsvorsitzender ist, und kommen zu dem Schluss: Wir werden abwarten, was daraus wird. - Klasse! Weiter so!

Frau Wöllert, Sie haben gesagt: Ausführlich und umfangreich hat der Minister im Sonderausschuss berichtet. - Umfangreich, ja, und der Minister wird mir Recht gegeben - wir wurden ja dann noch interviewt -, dass ich mich bei ihm ausdrücklich für die Ausführung bedankt habe. Herr Minister, nicken Sie mal!

(Frau Lehmann [SPD]: Ausführlich!)

Deswegen war sein Bericht aber längst nicht ausführlich, und wir sind damit nicht zufrieden. Sie haben gemerkt, dass ich inzwischen zwei ausführliche Anfragen an das Ministerium gestellt habe. Der Aufsichtsratsvorsitzende war immer der Staatssekretär des MASGF bzw. MASF. Es gilt nicht, sich hier aus der Verantwortung zu stehlen.

(Beifall des Abgeordneten Petke [CDU])

Frau Wöllert, wenn Sie sagen, der zweite Punkt unseres Antrages sei überflüssig ...

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Hier, auf einer halben Seite ist aufgezählt worden, wie die Mitarbeiter der LASA in der letzten Zeit geschult wurden. Es hat nicht gereicht. Es ist eine gute Forderung, die Mitarbeiter besser zu beschulen.

Herr Minister, ich möchte noch einmal aus dem Protokoll zitieren, weil immer wieder gesagt wird: Aufsichtsrat, und wir alle wussten nichts.

„Wir haben im Jahr 2006 die Prüfung nicht beendet. Nachdem, was ich“

- Sie, Herr Minister -

„bisher aus dem Ministerium gehört habe, ist dann aber doch im Ministerium die Erkenntnis erwachsen, dass man noch einmal prüfen muss, ob der Prozess funktioniert oder nicht. Ich nehme das einfach nicht.“

Ich nehme das einfach nicht hin, dass das Ministerium, das die Fachaufsicht hatte, das immer den Aufsichtsratsvorsitzenden gestellt hat, von den Vorgängen innerhalb der LASA nichts wusste.

Ich sprach vorhin von 130 Millionen Euro und 15,9 Millionen Euro, das sind also 145 bis 146 Millionen Euro, die wir derzeit vorfinanzieren. Es kann uns allen nur daran gelegen sein, schnellstens Klärung zu bringen, auch vor dem Hintergrund, dass mit diesen Geldern Projekte im Land gefördert werden und daran sehr viele Projektträger und Arbeitslose oder Arbeitnehmer, wie man das auch will, hängen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte zum Tagesordnungspunkt 5 beendet. Zur Abstimmung steht der Antrag in der Drucksache 5/809, Neudruck. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Einsetzung einer Kinderkommission

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/828
(Neudruck)

Der Abgeordnete Wichmann beginnt die Debatte für die CDU-Fraktion.

Wichmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen mit diesem Antrag eine Kinderkommission im Landtag Brandenburg einrichten, um die Belange der Kinder in unserem Land zu stärken und künftig in allen Politikfeldern stärker zu berücksichtigen. Ich hoffe sehr, dass sich unsere Landesregierung, aber noch viel mehr die Kollegen der SPD-Fraktion und die der Linksfraktion von diesem mir persönlich sehr wichtigen Anliegen überzeugen lassen; denn über die Einrichtung der Kinderkommission im Landtag hat das Parlament zu entscheiden und nicht die Landesregierung. Insofern begrüße ich es auch, dass die Landesregierung auf ihr Rederecht zu diesem Antrag schon im Vorfeld verzichtet hat.

Wir hatten bereits im Dezember einen Antrag in den Landtag eingebracht, mit dem wir gefordert haben, einen Kinderausschuss einzusetzen. Dieser Antrag wurde leider von der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Nun werden Sie sagen: Warum heute schon wieder dieses Thema?

(Frau Lehmann [SPD]: Die Frage stellen wir uns!)

- Ich kenne schon im Vorfeld Ihre reflexartigen Fragen. Insofern möchte ich als Einbringer des Antrags die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu erläutern, warum wir dieses Anliegen für so wichtig halten, dass wir Sie mit diesem Anliegen hier im Landtag in den nächsten Jahren immer wieder aufs Neue beschäftigen werden.

Mit diesem Antrag liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch. Ich kann nur hoffen - den ersten Zwischenrufen kann ich aber schon entnehmen, dass die Hoffnung wohl nicht in Erfüllung gehen wird -,

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Können Sie Gedanken lesen?)

dass wir eine ergebnisoffene Debatte über dieses sehr wichtige Thema im Landtag führen können, Frau Kaiser. - Mit Ihren Zwischenrufen entlarven Sie sich doch immer wieder selber, Frau Kaiser, da braucht man keine Gedanken lesen zu können.

(Beifall CDU und FDP)

Mit der Bildung einer Kinderkommission im Landtag Brandenburg wollen wir eine fraktionsübergreifende parlamentarische Arbeitsgruppe schaffen. Ich hoffe, wir kommen jetzt wieder etwas zur Ruhe, denn es ist eigentlich ein sehr sachliches Thema, das man nicht partei-, oppositions- oder regierungstaktisch diskutieren sollte.

Wir wollen in dieser Kinderkommission fraktionsübergreifend eine parlamentarische Arbeitsgruppe schaffen, die sich mit den wichtigsten politischen Fragen im Zusammenhang mit Kinderpolitik beschäftigen soll. Kinder sind unsere Zukunft. Das hört man oft, vor allem aus dem Mund bedeutender Politiker nicht nur hier im Land. Auch in Wahlprogrammen der Regierungsfaktionen, der SPD und der Linken, findet man entsprechende Formulierungen. Das ist auch zu begrüßen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Unsere wichtigste Aufgabe als Abgeordnete ist es, die Zukunft des Landes zu gestalten. Hierzu müssen wir in Zukunft den Belangen der Kinder mehr Aufmerksamkeit schenken. Denn es gibt viele drängende Fragen in diesem Zusammenhang. Auf die müssen wir auch als Parlament unabhängig von der Regierung eine Antwort geben. Ich frage Sie: Wie wollen Sie den Umgang von Kindern beispielsweise mit Medien in Zukunft sicherer und besser gestalten? Wie wollen wir sicherstellen, dass unsere Kinder sich auch in den Kindertagesstätten und Schulen gesund ernähren? Wie können wir die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr erhöhen? Wie können unsere Kinder besser vor den Gefahren des Alkohol- und des Nikotinmissbrauchs geschützt werden?

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Wer kümmert sich eigentlich in unserem Land darum, dass unsere Kinder weniger schwere Schulmappen auf ihrem Rücken tragen und mehr Schulbücher in den Schulen vorgehalten werden?

(Beifall CDU und FDP)

Sie sehen, eine ganz breite Palette von Themen, die uns eigentlich alle, zumindest dann, wenn wir Eltern sind, persönlich betroffen machen sollten und auf die wir Antwort geben müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Ich weiß, die reflexhafte Antwort der Linksfraktion ist: Wir haben einen Jugendhilfeausschuss. Wir haben einen Bildungsausschuss. Das reicht aus. Da können diese Dinge thematisiert werden. - Ich sage Ihnen: Es geht um mehr als nur um Bildungspolitik, und es geht mir bei der Kinderkommission auch um mehr als um Fragen, die man im Bildungsausschuss diskutieren kann.

(Jürgens [DIE LINKE]: Haben Sie es einmal im Ausschuss angesprochen?)

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Wichmann?

Wichmann (CDU):

Ich gestatte der Kollegin Wöllert selbstverständlich eine Zwischenfrage.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Kennen Sie innerhalb des Maßnahmenprogramms, das schon von der rot-schwarzen Koalition auf den Weg gebracht worden ist, unter den Gesundheitszielen das Bündnis „Gesund aufwachsen in Brandenburg“?

Wichmann (CDU):

Ich kenne das Bündnis, ich kenne auch das Netzwerk „Gesunde Kinder“. In diesem Netzwerk bin ich in meinem Kreis selbst aktiv.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Das ist etwas anderes!)

Das Thema ist mir sehr wichtig. Ich bin in meinem Wahlkreis gerade dabei, ein Projekt für gesunde Ernährung in der Grundschule auf den Weg zu bringen. Es ist einfach ein sehr wichtiges Anliegen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Toll!)

Man kann diese Dinge nicht dem Selbstlauf überlassen.

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Was mir wichtig ist, ist - deshalb sind wir für eine Kinderkommission -, dass man nicht nach Mehrheits- oder Minderheitsprinzip diskutiert - wie in diesem Haus und in den Ausschüssen dieses Hauses -, sondern dass man dies in einer solchen Kommission nach dem Konsensprinzip viel ehrlicher und besser bearbeiten kann.

(Beifall CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie wir hier im Dezember - es ist noch nicht lange her - diskutiert haben und wie einige Kollegen Regierungsfaktionen regelrecht nach Argumenten gesucht haben,

um eine Begründung dafür zu liefern, warum man ihn ablehnen muss.

(Senftleben [CDU]: An den Haaren herbeigezogen!)

Ich kann nur hoffen, dass wir heute eine andere Debatte zu diesem Thema erleben. Damals mussten Geschäftsordnungs- und Zuständigkeitsfragen für die Ablehnung herhalten. Man kann es als „an den Haaren herbeigezogen“ bezeichnen, denke ich. Ich hatte aber auch das Gefühl, dass einige Kollegen - ich blicke jetzt bewusst in die Reihen der Regierungsfractionen - persönlich lieber zugestimmt hätten.

(Jürgens [DIE LINKE]: Nee!)

- Sie nicht. Das weiß ich. Das ist uns bekannt. Sie werden im Protokoll nachlesen können, dass Sie sozusagen als Verfechter einer Antikinderpolitik hier im Landtag in die Geschichte eingehen werden. Das ist gut. Das freut uns.

(Beifall CDU und FDP)

Aber Spaß beiseite.

(Jürgens [DIE LINKE]: Genau, Spaß beiseite! - Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

- Frau Kaiser, bleiben Sie ganz ruhig. Wir haben am 17. März einen Brief - auch Sie als Fraktionsvorsitzende - von der Bundeskinderkommission im Deutschen Bundestag bekommen. Diese hat sich an den Landtagspräsidenten gewandt. Er hat dieses Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden weitergegeben. Meine Fraktionsvorsitzende - wir haben nämlich einen Kinderbeauftragten - hat es mir auf den Schreibtisch gelegt. Wissen Sie, was darin steht? Dass sich viele Bürger dieses Landes an die Bundeskinderkommission wenden,

(Senftleben [CDU]: Aha!)

weil sie Fragen zur Kinderpolitik haben, und die Bundeskinderkommission diesen Bürgern antworten muss: Wir sind leider nicht zuständig, und leider können wir Ihnen auch nicht sagen, wer im Land Brandenburg dafür zuständig ist.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das halten wir allerdings für ein Problem!)

Wenn Sie diesen Zustand durch Ablehnung des vorliegenden Antrags aufrechterhalten wollen, dann erklären Sie dies bitte den Bürgerinnen und Bürgern. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Begründung.

(Beifall CDU und FDP - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wir sollten in einer Kommission klären, wer zuständig ist!)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Kaiser, Sie wissen es besser als ich. Sie sind länger in der Landespolitik als ich. Brandenburg steht vor einer besonderen demografischen Herausforderung. Ich sage Ihnen, wir müssen alle Lebensbereiche in diesem Land in Zukunft kinderfreundlicher ausgestalten, als dies bisher der Fall ist, wenn Brandenburg Zukunft haben soll.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Da haben Sie Recht!)

- Vielen Dank für den Beifall. Um Ihren Bedenken schon im Voraus entgegenzukommen, haben wir unseren Antrag so formuliert, dass die Geschäftsordnungsbedenken, die Sie beim letzten Mal formuliert haben, heute hoffentlich nicht zum Tragen kommen werden.

(Jürgens [DIE LINKE]: Haben Sie gelernt?)

Die Kommission soll als gemeinsamer Unterausschuss der Ausschüsse für Bildung, Jugend und Sport sowie für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie gebildet werden. Das ist eine Änderung im Vergleich zu unserem letzten Antrag. Brandenburg hat heute die große Chance, mit Bayern Schritt zu halten und als zweites Bundesland ein klares Zeichen für die Kinder in unserem Land zu setzen. Lassen Sie uns heute gemeinsam den Startschuss geben! Lassen Sie uns heute gemeinsam eine Kinderkommission bilden! Lassen Sie uns heute schon beginnen, Brandenburg zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland zu machen! - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP - Jürgens [DIE LINKE]: Das geht aber nächstes Mal noch länger, oder?)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Muhß spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Muhß (SPD):

Ich glaube nicht, dass wir wirklich Wert darauf legen. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Wichmann ...

(Senftleben [CDU]: Worauf legen Sie keinen Wert?)

- Auf länger dauernden Beifall von Ihrer Seite.

(Senftleben [CDU]: Warum nicht?)

- Nicht unbedingt, nein.

Am 17. Dezember 2009 - es ist wirklich nicht lange her - stellten dieselben Antragsteller den Antrag, einen Kinderausschuss für Brandenburg einzusetzen. Heute heißt er „Einsetzung einer Kinderkommission“. Anderer Titel, gleiches Thema.

(Zuruf von der CDU: Hat er doch gesagt!)

- Lassen Sie sich doch einmal etwas Neues einfallen! - Ihr Antrag ist vor fünf Monaten mehrheitlich abgelehnt worden. Das Gleiche - Sie sagten es bereits, Herr Wichmann - wird Ihnen auch heute passieren.

(Zuruf von der CDU)

Warum? - Bereits im Dezember hat Ihnen die Kollegin Lehmann erklärt, dass dieser Antrag überflüssig ist, weil der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie jederzeit auch ohne ihn einen Unterausschuss bilden könnte. Gleiches gilt für den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

(Frau Lehmann [SPD]: Es ist noch nicht beantragt worden!)

Keiner der beiden Ausschüsse hat es bis heute getan. Warum? - Großes Fragezeichen.

Sie begründen Ihren Antrag mit einem Schreiben der Kinderkommission des Bundestages, in dem der Wunsch geäußert wird, auch auf Länderebene ein ähnliches Gremium zu installieren. Für die Verfasser dieses Schreibens scheint das wünschenswert. Die Frage, welche Struktur wir im Land Brandenburg für richtig halten, können wir aber nur selbst beantworten. Wir Sozialdemokraten sagen: Jedes neue Gremium muss einen Mehrwert gegenüber den Strukturen aufweisen, die es schon gibt.

(Frau Lehmann [SPD]: Genau! - Vereinzelt Beifall SPD)

Bei der Kinderkommission ist das unserer Ansicht nach eben nicht der Fall. Sie wird den politischen Willen, sich mit diesen Fragen zu befassen, nicht erhöhen. Ich persönlich bin sowieso der Meinung, dass jeder Ausschuss hier im Landtag in seiner Arbeit immer die Belange der Kinder im Auge behalten muss.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das geht von Kinderabteilungen im Zug über Verbraucherschutz bis zu alternativen Energien, die wir unseren Kindern hinterlassen werden.

Für meine Fraktion kann ich sagen, dass dieser politische Wille vorhanden ist, auch ohne Kinderkommission, und immer vorhanden war.

Wir haben in den letzten Jahren auch ohne diese Kommission viel erreicht.

(Zuruf von der CDU: Was denn?)

- Zu einer Aufzählung komme ich noch.

Da, wo der Wille fehlt, wird er auch durch eine Kinderkommission nicht geschaffen werden, zumindest nicht dauerhaft.

Zum anderen wird eine Kinderkommission auch nicht effektiver arbeiten als die zuständigen Fachausschüsse. Im Bundestag mag das anders sein. Doch die Struktur und die Arbeitsweise von Bundestag und Landtag sind zu verschieden, als dass man hier von dem einen auf den anderen schließen könnte. Im Bildungsausschuss des Bundestages sind 38 Abgeordnete vertreten. Da ist es durchaus sinnvoll, einen schlagkräftigen Unterausschuss zu bilden. Im brandenburgischen Landtag sieht es da schon ganz anders aus. Der Bildungsausschuss hat eine Stärke von 10 Abgeordneten genau wie der Sozialausschuss.

(Zuruf: Neun Abgeordnete!)

Meinetwegen auch neun, also noch weniger.

(Zuruf: Zehn!)

- Sehen Sie, ich kann doch zählen.

Damit ist effektives Arbeiten möglich, und das haben wir oft bewiesen. Außerdem, Herr Büttner, Herr Hoffmann, Frau von Halem - sie ist leider nicht da -, sieht es in Ihren Kalendern nicht ähnlich eng aus wie in meinem? Brauchen wir extra Termine für einen Unterausschuss?

Wir sozialdemokratischen Ausschussmitglieder sind uns jedenfalls darin einig, dass wir Fragen des Kinderschutzes in beiden

Ausschüssen im Rahmen der Ausschussarbeit behandeln können und behandeln wollen.

Oder anders formuliert: Wir können in einer Kinderkommission keinen Mehrwert erkennen.

(Frau Schulz-Höpfner [CDU]: Das ist aber traurig!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie Maßnahmen mit Mehrwert betrachten wollen, dann richten Sie Ihren Blick auf das Netzwerk „Gesunde Kinder“. Viele von den Dingen, die Herr Wichmann vorhin angesprochen hat, sind dort bereits beinhaltet. Das geht mit gesundem Essen los und hört bei vielen anderen Sachen noch lange nicht auf.

(Zurufe von der CDU)

Das sind die Dinge, die an der Basis wirken. Dieses Netzwerk wird mit großem Engagement vor Ort immer weiter ausgebaut. Ich möchte mich an dieser Stelle einmal ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken, die aus diesem Netzwerk einen so großen Erfolg machen.

(Beifall SPD sowie des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Einen echten Mehrwert bieten auch die verbindlichen Einladungen aller Kinder zu den U-Untersuchungen. Es ist einmalig, dass eingeladen und geschaut wird, wer dieser Einladung nicht gefolgt ist. Wer Kinder hat, der weiß, U-Untersuchungen sind freiwillig. Wer nicht erschienen ist, wird noch ein zweites Mal eingeladen. Das ist eine wichtige Maßnahme. Das ist Tatsache. Sie findet statt.

Oder nehmen wir den Landesjugendhilfeausschuss. Er hat ausreichend Unterausschüsse. Wir, Herr Wichmann, werden uns ja am Montag dort sehen.

Ich könnte diese Reihe beliebig fortsetzen. Der vorliegende Antrag ist in unseren Augen ein reiner Schaufensterantrag, der keinen echten Gewinn für den Kinderschutz bietet. Deswegen wird ihn meine Fraktion ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Büttner spricht für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP): *

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Muß, für die Belange der Kinder habe ich in meinem Terminkalender immer Zeit. Wenn das bei Ihnen anders ist, kann ich es nicht ändern.

(Beifall FDP und CDU)

Ich dachte eigentlich gar nicht, dass dieses Thema hier so emotional wird. Aber gut, man lässt sich ja immer wieder überraschen.

Die Politik, die von diesem Hause ausgeht, richtet sich doch an alle Menschen, egal ob sie alt oder jung sind. Kinder sind unsere Zukunft, und wir müssen uns mehr für sie einsetzen.

Deswegen - jetzt kommt eine versöhnliche Geste - begrüßen wir ja auch ausdrücklich, dass im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde, dass Kinderlärm kein Klagegrund mehr sein darf. Aber kinderfreundliche Politik darf damit nicht aufhören. Im Gegenteil, sie muss auch weiterhin ausbaufähig sein. Wir müssen nicht nur Politik für Kinder, sondern auch mit Kindern machen.

Im Deutschen Bundestag hat man vor 22 Jahren dazu eine Kinderkommission eingesetzt, die eine Plattform speziell für unsere jungen Mitbürger darstellen soll. Ein Mitglied der Kinderkommission erzählte mir, dass dieses Gremium sehr viel genutzt und auch angeschrieben wird. Es gehen jede Woche zahlreiche Briefe ein, die die Kinder sogar selbst geschrieben haben.

Ich habe Ihnen einen mitgebracht.

(Der Abgeordnete hält eine Briefseite in die Höhe.)

Phillip, 7 Jahre alt, schreibt: Liebe Kinderkommission, wir wohnen in einer Spielstraße, auf der wir gern spielen und Fahrrad fahren. Seit zwei Wochen hat unser Nachbar eine Katzenschreckanlage installiert. Dessen Bewegungsmelder erfasst auch die volle Breite unserer Spielstraße.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Mit sieben Jahren schrieb er das?)

Das Gemeine daran ist, dass die Erwachsenen die Töne nicht hören, wir Kinder aber schon.

(Zurufe von der SPD)

Wenn wir nun die Straße entlangfahren, müssen wir den schrillen Ton ertragen, der Nachbar aber nicht.

(Anhaltende Zurufe)

- Bleiben Sie doch einmal ruhig. Es ist ja lächerlich, was Sie machen.

(Schippel [SPD]: Lächerlich ist, was Sie machen!)

Viele dieser Fragen können aber nicht von der Kinderkommission beantwortet werden, weil sie in Landeszuständigkeit fallen. Das heißt also, die Kinder und ihre Eltern werden an die Stellen der jeweiligen Bundesländer verwiesen.

Das Problem ist, dass es bei uns in Brandenburg kein solches Gremium gibt. Darum plädieren wir heute hier für die Einrichtung einer Kinderkommission im Landtag, um eine Anlaufstelle für unsere jungen Brandenburgerinnen und Brandenburger zu schaffen.

Ziel soll dabei sein, die Kinder im und außerhalb des Parlaments zu vertreten und kinderpolitische Signale zu setzen. Wie das erfolgreich funktioniert, zeigen die Interventionen der Kinderkommission im Bundestag.

Sie alle haben sicherlich den tragischen Vorfall nicht vergessen, als ein Kind mit der Kordel seiner Jacke am Klettergerüst hängenblieb und stranguliert wurde. Die Kinderkommission hatte dieses Problem aufgenommen und erreichte eine freiwillige Selbstverpflichtung der Textilindustrie, sichere Kinderklei-

dung zu produzieren und durchgängig auf reißfeste Kordeln zu verzichten.

Auch dass auf die Frontschutzbügel an Geländefahrzeugen verzichtet wurde, die bei Verkehrsunfällen eine der größten Gefahren für Kinder darstellten, ist der Mitarbeit der Kinderkommission im Deutschen Bundestag zu verdanken.

Sie sehen, dass wir etwas im Sinne unserer Kinder bewirken können. Mit der Einrichtung einer Kinderkommission können Themen im Land angesprochen und Problemlösungen angeschoben werden, die unseren jungen Menschen zugute kommen.

In den UN-Kinderrechtskonventionen, die vor 17 Jahren unterzeichnet worden sind, sind die Beteiligungsrechte von Kindern festgeschrieben.

(Zuruf von der SPD: Eben!)

Auch in unserer Landesverfassung haben wir einen Artikel zu Kinderrechten. Das ist gut so. Aber Kinderpolitik bedeutet gleichfalls Kinderhilfepolitik. Wir müssen die Kinder in die aktive Politik einbeziehen. Kinder- und Jugendparlamente zum Beispiel auf kommunaler Ebene sind ein sehr wichtiger und richtiger Weg.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Machen wir gerade!)

Momentan gibt es 16 Jugendparlamente und -beiräte in Brandenburg, die sehr gute Arbeit leisten und vom Engagement der Kinder und Jugendlichen leben. Diesem Engagement muss auch auf Landesebene Rechnung getragen werden, um etwas mit und für unsere Jugend im Land zu erreichen.

Kinder und Jugendliche sind aktiver Teil unserer Gesellschaft. Die Einrichtung einer Kinderkommission ist dafür ein wichtiges Zeichen. Ich werbe, auch wenn ich weiß, dass es nichts bringt, noch einmal ausdrücklich um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Krause spricht für die Linksfraktion.

Krause (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Burkardt [CDU]: Nicht schon wieder!)

Sie wollen doch eine Debatte, Herr Burkardt. Oder nicht? Wir wollen uns doch damit auseinandersetzen, wenn Sie hier etwas einbringen.

(Frau Melior [SPD]: Sonst hätten Sie den Antrag nicht stellen dürfen!)

Dieser Antrag ist ein Wiederholungsantrag. Das wurde schon gesagt. Das hat Kollege Wichmann auch deutlich gemacht. Wir haben im Dezember bereits über den Kinderausschuss diskutiert. Ich möchte an dieser Stelle zurückweisen, dass wir ihn

damals lediglich aus Geschäftsordnungsgründen abgelehnt hätten. Wir haben das damals auch inhaltlich begründet. Das können Sie im Protokoll vom 17. Dezember nachlesen. Sie haben Ihren Antrag nachgebessert und die Kritik, die wir geäußert haben, aufgenommen.

Ich habe mich aber gerade noch einmal mit dem Präsidenten verständigt: Auch die aktuelle Geschäftsordnung lässt einen gemeinsamen Unterausschuss beider Ausschüsse gar nicht zu. Dass Ihr Antrag nicht mit der Geschäftsordnung im Einklang steht, ist das eine. Was mich aber besonders stört, ist, dass Sie immer nur über die Strukturen diskutieren. Sie reden nur über Hotline, über Beauftragte, über Ausschüsse, über Kommissionen. Sie reden nie darüber, wie wir die Betroffenen, die Kinder und Jugendlichen, um die es uns gehen sollte, in dieses Modell einbinden, wie wir sie mitnehmen, wie sie partizipieren und wie sie Teil der Debatte sein können. Das ist der Punkt, mit dem ich die größten Probleme habe und der auch dazu führt, dass wir solch ein Gremium hier ablehnen werden.

Anzuführen ist auch, dass die Diskussion, die wir hier um diese Strukturen führen, keine Hilfe leistet, die Probleme abzustellen. Wir schaffen immer neue Gremien, in denen sich immer wieder dieselben Leute treffen und über dieselben Probleme diskutieren. Deshalb fordere ich Sie auf, sich in die Gremien einzubringen, die es bereits gibt.

(Beifall der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Wir haben Kollegen, die im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie arbeiten, wir haben Kollegen, die im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport arbeiten, wir haben den Landesjugendhilfeausschuss. Das ist alles schon gesagt worden. Herr Wichmann, ich bedaure das an dieser Stelle. Ich hatte kritisiert, dass Frau Hartfelder in der vergangenen Legislaturperiode sehr selten an den Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses teilgenommen hat. Sie haben letztes teilgenommen. Sie nehmen aber nur am Hauptplenum teil. In die Unterausschüsse, so, wie Sie es fordern, wo die eigentliche Facharbeit geleistet wird, haben Sie sich nicht hineinwählen lassen. Dort möchten Sie offensichtlich nicht arbeiten. Dort werden aber genau diese konkreten Fragen behandelt, und dort sollten Sie sich auch die Zeit für die zusätzlichen Termine - so, wie Sie es hier einfordern - nehmen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich möchte, dass die Beteiligten - nämlich die Kinder und Jugendlichen - einbezogen werden und partizipieren können. Diesbezüglich hat Herr Büttner die richtigen Ansätze genannt. Über Jugendbeiräte bzw. über Kinder- und Jugendparlamente kann man, glaube ich, einiges bewirken. In den nächsten Jahren werden wir sicherlich auch Zeit dafür haben, darüber zu diskutieren, wie wir in dieser Richtung vorankommen können.

Das Konzept, das Sie uns heute vorlegen - lediglich Parlamentarier tagen gemeinsam und diese Gruppe wird ausgeschlossen -, ist so alt, wie Sie selbst, Herr Wichmann. Darüber wurde bereits vor 30 Jahren diskutiert. Das, was Sie hier fordern, ist tatsächlich konservativ, bringt uns jedoch keinen Mehrwert. Wir kommen an dieser Stelle kein Stück weiter.

Schaut man in die Begründung Ihres Antrags, sieht man, dass das Konzept tatsächlich so alt ist; denn Sie sprechen von zehn

Bundesländern. Da stellt sich mir die Frage, aus welchem westdeutschen Archiv Sie das kopiert haben. Das geht so nicht. Insofern sind wir an einem Punkt, an dem wir mit gutem Gewissen sagen können: So etwas brauchen wir hier im Landtag nicht.

Wenn es Ihnen tatsächlich um das Herstellen eines Kontakts zwischen der Kinderkommission, die es auf Bundesebene gibt, und den Gremien in unserem Haus geht, sage ich Ihnen sehr deutlich: Es tut mir leid, dass der CDU-Kollege im Bundestag nicht weiß, wer hier im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport arbeitet und wer dafür zuständig ist. Ich kann Ihnen jedoch zusichern, dass ich ihm ein Schreiben aufsetze und er sich mit allen Fragen gern an unseren Ausschuss wenden kann. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Krause. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Fraktion GRÜNE/B90 fort. Die Abgeordnete Nonnemacher erhält das Wort.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90): *

Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag zur Einsetzung einer Kinderkommission greifen die Fraktionen von CDU und FDP eine Debatte auf, die wir an gleicher Stelle im Dezember zum Antrag „Ein Kinderausschuss für Brandenburg“ geführt haben. Parallel dazu wurde damals inhaltlich über die Vorlage eines Landeskinderschutzgesetzes diskutiert. Beide Anträge wurden bekanntlich abgelehnt. Durch den angenommenen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde aber immerhin eine Evaluierung aller Kinderschutzmaßnahmen im Land Brandenburg - auch im Hinblick auf ein eventuell zu erarbeitendes Kinderschutzgesetz - bis zum 31.03.2011 in Aussicht gestellt.

Kollegin Lehmann von der SPD-Fraktion hat gestern in ihrer Rede zum Einzelplan 07 dieses Thema ebenfalls angesprochen und in Aussicht gestellt, dass aus dieser Evaluierung ein Kinderschutzgesetz hervorgehen wird. Ich beobachte das mit großem Interesse und mit viel Hoffnung.

Der Begriff „Kinderkommission“ spielt auf die fünfköpfige Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder an, die seit dem Jahr 1988 im Deutschen Bundestag arbeitet und dort konsensuell und jenseits von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen die Kinderinteressen vertreten soll. Kinderkommissionen gibt es auch in den Ländervertretungen des Saarlandes und Bayerns. In einigen Bundesländern wurden Landeskinderbeauftragte eingesetzt. Die Antragsteller berufen sich in der Begründung ihres Antrages ausdrücklich auf ein Schreiben des Vorsitzenden der Kinderkommission des Deutschen Bundestages und auf eine Presseerklärung, die die Einrichtung von Kinderanlaufstellen in den Ländern - ob nun in Form von Kommissionen oder Beauftragten - begrüßt hatte.

Unsere Fraktion hält weiterhin - ich hatte dies im Dezember erläutert - die Frage nach der Einsetzung von Ausschüssen, Unterausschüssen oder Kommissionen für sekundär, einen konsequenten Ausbau des Kinderschutzes jedoch für unverzichtbar. Wir stehen zur Schaffung eines einheitlichen Kinder-

schutzgesetzes auch in Brandenburg und mahnen nochmals die Implementierung einer Kinderschutzhotline an.

Die Einsetzung eines unabhängigen Landeskinderschutzbeauftragten war seinerzeit Gegenstand unseres gemeinsam mit der CDU-Fraktion eingebrachten Antrags. Die Beauftragten haben sich auch an anderer Stelle bewährt, was jetzt das große Interesse an der Neubesetzung der Stelle des Landesbehindertenbeauftragten zeigt. Dem berechtigten Wunsch der Kinderkommission des Bundestages nach einem Ansprechpartner auf Landesebene wäre damit auch Genüge getan.

Einen sich durch die vorgeschlagene Kommission ergebenden Mehrwert können wir nicht erkennen. Der Sozialausschuss und der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Landtages Brandenburg sowie der Landesjugendhilfeausschuss bearbeiten die Themen kompetent. Eine Überlastung dieser Gremien durch Fragen des Kinderschutzes ist nicht zu verzeichnen. Eine Besetzung der Kommission analog der Bundestagsregelung mit einem Vertreter je Fraktion und dem Zwang zur Einstimmigkeit würde ihr keinerlei weiterführende Rechte verleihen. Aus diesen Gründen werden wir den Antrag ablehnen. Auf die Weiterentwicklung der Instrumente und Vorschriften zum Kinderschutz und zur Kindergesundheit warten wir allerdings mit großer Ungeduld.

(Beifall GRÜNE/B90, SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Da die Landesregierung auf ihr Rederecht verzichtet, erhält nun der Abgeordnete Wichmann noch einmal das Wort.

Wichmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie hatten heute Ihre zweite Chance.

(Beifall CDU und FDP)

Ich sage Ihnen: Eine dritte Chance wird es nicht geben,

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE - Frau Alter [SPD]: Das klingt wie eine Drohung!)

eine Kinderkommission in Brandenburg einzurichten. Ich sage Ihnen auch: Die CDU-Fraktion hat - das habe ich Ihnen bereits im Dezember gesagt - einen Kinderbeauftragten. Er steht vor Ihnen. Dieser Kinderbeauftragte teilt Ihnen mit, dass er in Kürze aus allen Fraktionen Kollegen zu einem ersten Arbeitstreffen einladen wird, die sich verpflichtet fühlen und auch bereit sind, sich für die Belange der Kinder in Brandenburg stärker einzusetzen.

(Frau Alter [SPD]: Das tun wir täglich! Dafür brauchen wir keine Kommission! - Jürgens [DIE LINKE]: Wieso wollen Sie die Fraktionen einladen? - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE - Beifall CDU und FDP)

Es wird noch in diesem Frühjahr eine erste Arbeitssitzung stattfinden. Dabei werden wir uns unter anderem darüber unterhalten, wie wir vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt die Mehrheit des Hauses, die heute offensichtlich nicht bereit ist, diesem

ernsten und wichtigen Anliegen zuzustimmen, überzeugen können.

Frau Kollegin Muhß, Ihre Begründung haben Sie sachlich nüchtern vorgetragen. Sie beinhaltet wenig Emotionen, was auch völlig in Ordnung ist; denn nicht jeder - das muss auch nicht sein - ist so emotional.

(Frau Muhß [SPD]: Übrigens habe ich sechs Kinder aufgezogen! - Frau Alter [SPD]: Und ich vier!)

- Das finde ich gut; ich habe drei Kinder.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Bedauerlich ist jedoch, dass der Terminkalender dafür herhalten muss, eine Kinderkommission in 1. Lesung abzulehnen. Es wäre begrüßenswert gewesen, wenn wir diesen Antrag zumindest in den Fachausschüssen - dorthin gehört er - hätten diskutieren können. Dazu sind die Mehrheitsfraktionen leider nicht bereit, was den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden muss.

Auf jeden Fall werden wir mit denjenigen, die bereit sind, sich ehrlich, gewissenhaft und vernünftig mit diesem Thema auseinanderzusetzen, ein erstes Treffen abhalten und Ihnen die Ergebnisse - wenn sie vorliegen - präsentieren. Ich hoffe, Ihre Meinung hat sich bis dahin geändert. - Herzlichen Dank.

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE] - Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Wichmann. - Wir sind damit am Ende der Redeliste angelangt und kommen zur Abstimmung des Antrags der Fraktionen CDU und FDP - Einsetzung einer Kinderkommission -, der Ihnen in der Drucksache 5/828 - Neudruck - vorliegt. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Mit einer deutlichen Mehrheit der Gegenstimmen ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Spekulation und Verunsicherung der Bürger und Bediensteten der Polizei des Landes Brandenburg über die Arbeitsergebnisse der Kommission „Polizei Brandenburg 2020“ beenden

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/878

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einbringenden Fraktion CDU. Für sie spricht der Abgeordnete Petke.

Petke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten in der Haushaltsdebatte bereits Gelegenheit - bei der Diskussion zum Einzelplan 03 -, zu den beabsichtigten Stel-

lenstreichungen und Strukturveränderungen in der Polizei des Landes Brandenburg zu sprechen. Heute besteht aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion ausführlicher Gelegenheit, sich mit dem gegenwärtigen Stand der Diskussion um Stellenabbau und Strukturreform in der Polizei auseinanderzusetzen.

Wir schlagen Ihnen vor, dass die ursprüngliche Absicht der Landesregierung, die ersten Ergebnisse der Kommission in den Ferien, in der parlamentarischen Sommerpause - das ist sicher nur ein Zufall - vorzustellen, vorgezogen wird, damit wir als Landtag Brandenburg in die Lage versetzt werden, bereits Mitte Juni dieses Jahres hier im Landtag und im zuständigen Innenausschuss über die Vorschläge der Kommission zu diskutieren. Wir begründen diesen Vorschlag damit, dass es in den Medien des Landes und vor Ort eine ausführliche und teilweise schmerzhaft Diskussions zu den Planungen des Innenministeriums hinsichtlich des Abbaus von 1 900 Polizeistellen und der damit zusammenhängenden Strukturveränderungen gibt, die jede einzelne Kommune betreffen und uns nicht kaltlassen können. Diese Diskussion wird aus unserer Sicht zum Teil durch das Ministerium selbst erzeugt, weil es dort offensichtlich immer wieder zu Indiskretionen bezüglich der Arbeit der Kommission kommt. Wir haben den begründeten Eindruck, dass die Kommission schon deutlich weiter ist, als die Äußerungen des Innenministers im Innenausschuss und hier im Landtag dies nahelegen.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Der Innenminister mauert zu allen Fragen im Innenausschuss zur Arbeit der Kommission, zu Fragen vonseiten der Mitglieder des Landtags, was die Zukunft von Bauvorhaben betrifft, was die Zukunft von Standorten der Polizei betrifft. Auf Bürgeranfragen wird regelmäßig nicht geantwortet. Es wird allein auf die Arbeit dieser Kommission verwiesen, obwohl doch jeder weiß, dass diese Kommission konkret schon viel weiter ist, dass entsprechende konkrete Papiere und Planungen vorliegen.

Es ist natürlich ein Versuch, dies dann in der parlamentarischen Sommerpause unter Ausschluss der parlamentarischen Gremien zu entscheiden, damit man dann, wenn die Betroffenen sich im wohlverdienten Urlaub befinden, Fakten schaffen kann. Wenn sie dann wiederkommen, müssen sie möglicherweise zur Kenntnis nehmen, dass die Diskussion schon gelaufen ist.

(Dr. Woidke [SPD]: Mein Gott! - Holzschuher [SPD]: Dann ist ihr Schicksal besiegelt!)

Da geht es - ich blicke zum Fraktionsvorsitzenden der SPD - weniger um Gott, da geht es eher um den Versuch der Landesregierung, zu täuschen.

(Dr. Woidke [SPD]: Damit kennen Sie sich ja aus, Herr Petke!)

Da geht es darum, dass man die Sorgen und Nöte der Menschen nicht ernst nehmen, sondern einfach Fakten schaffen will. Ich glaube, das betrifft auch viele in Ihrer Fraktion und in der Fraktion DIE LINKE, die sich da mit ihren Sorgen und Nöten als Abgeordnete wenig verstanden fühlen.

(Minister Speer: Die Tränen müssen kommen!)

Das Ganze, Herr Innenminister, begann mit einer Pressemitteilung, in der Sie von Zielzahlen redeten. Ich hatte angenommen, dass ein Minister, der für den Bereich der Kriminalitätsbekämpfung verantwortlich ist, sagt, wie er die Anzahl der Straftaten reduzieren, die Kriminalitätsrate senken und die Aufklärungsquote erhöhen will. Fehlanzeige! Der Innenminister dieses Landes kennt nur eine Zielzahl, und das ist die Zahl, um die er die Stellen bei der Polizei im Land reduzieren möchte. Da geht es nicht darum, wie er die Menschen mit einer effektiven Polizei vor Kriminalität schützen will. Es geht ihm allein darum, als der Innenminister, der in der kürzesten Zeit am meisten bei der Polizei im Land abgebaut hat, in die Geschichte einzugehen.

(Beifall CDU)

Wenn Sie die Tränen ansprechen, Herr Minister: Wir hatten hier gestern schon manches zu hören bekommen. Manchmal kommt man sich im Landtag Brandenburg neuerdings vor wie in der russischen Duma, nicht nur, weil dann hier Russisch gesprochen wird,

(Dr. Woidke [SPD]: Das Gefühl hatten wir heute früh auch!)

sondern weil Lenin zitiert wird.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das passiert in der russischen Duma nicht mehr! - Weitere Zurufe)

Das passiert in der russischen Duma nach wie vor, Frau Kollegin Kaiser. Shirinowski und andere stehen Ihnen, denke ich, sehr nah.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ich warte nur darauf, dass das eine oder andere Mitglied der Landesregierung - das wäre ja dann folgerichtig - nach Platzecks Entscheidung der Versöhnung nach den Lenin-Zitaten, Minister Markov, vielleicht noch ein passendes Stalin-Zitat hier im Landtag anführt. Mich würde es jedenfalls nicht wundern.

(Schulze [SPD]: Ihre Maßlosigkeit kennt keine Grenzen!)

Meine Damen und Herren, es ist auch Gelegenheit, einmal Bilanz zu ziehen, was erreicht wurde. Ich hätte mich schon gefreut, wenn in der Debatte zum Haushalt einmal darauf eingegangen worden wäre, wo wir denn im Bereich der inneren Sicherheit bzw. bei der Kriminalitätsverhütung stehen. Fehlanzeige! Weder der Kollege Scharfenberg noch die SPD-Fraktion noch andere sind darauf eingegangen. Mich wundert es schon, dass der Innenminister des Landes, wenn die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf zum Datenschutzrecht einbringen, einen guten Gesetzentwurf, dem die Oppositionsfraktionen zustimmen, auf das Rederecht der Landesregierung verzichtet. Das lässt tief blicken, wie der Innenminister zum Datenschutz steht.

(Dr. Woidke [SPD]: Er wollte Ihnen eine Anregung geben, Herr Petke!)

Vielleicht nutzt der Minister ja jetzt die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petke. - Wir setzen die Diskussion mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Die Abgeordnete Stark, bitte.

Frau Stark (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion muss man in aller Ruhe lesen, dann wird man seine Absurdität schon im Titel erkennen. Er heißt: „Spekulation und Verunsicherung über die Arbeitsergebnisse der Kommission ‚Polizei Brandenburg 2020‘ beenden“. Wenn man diesen Titel liest, dann meint man, man müsste diesem Antrag sofort zustimmen, und schon könne die Landesregierung die Spekulationen und Verunsicherungen beenden. Aber diese behaupteten Spekulationen und die angeblichen Verunsicherungen beziehen sich auf ein Ergebnis, das uns unstrittig erst im Sommer dieses Jahres vorliegen kann; denn die Kommission wird ihre Arbeit erst im Juni beenden. Erst dann werden die Ergebnisse vorliegen, über die wir hier dann hoffentlich qualifiziert im Parlament bzw. im Innenausschuss zu beraten haben.

Die Kommission hat einen klaren Zeitplan vorgelegt, wie gesagt, bis zum Sommer will sie Ergebnisse vorlegen. Der findet sich unterhaltsamerweise auch in Ihrem Antrag wider. Es ist alles irgendwie etwas verworren. Wenn man nicht so lange warten und nicht zulassen will, dass über diese Ergebnisse fortlaufend spekuliert wird, wie Sie das in den vergangenen Wochen taten, dann muss diesen Spekulationen ein Ende gesetzt werden. Die Landesregierung wird schon eine Sterndeuterin finden, die die Ergebnisse vom Sommer schon jetzt präsentiert. Nun mag man ja der Meinung sein, dass die CDU ihre Zukunft in den Sternen sucht. Für die Zukunft der Polizei gilt das natürlich nicht.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Stark, es gibt das Bedürfnis nach einer Zwischenfrage. - Herr Petke, bitte.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Er bietet seine Kristallkugeln an!)

Petke (CDU):

Frau Kollegin, ich darf einmal aus einer Pressemitteilung des Innenministeriums zitieren:

„Speer kündigte dort an, dass der Polizeihauptpersonalrat über die Beratungen der Kommission regelmäßig unterrichtet wird.“

Können Sie mir erklären, warum, wenn der Polizeihauptpersonalrat regelmäßig über die Ergebnisse der Kommissionsarbeit unterrichtet wird, Sie der Meinung sind, dass wir, der Landtag bzw. der Innenausschuss des Landtags, dem Sie vorsitzen, nicht über die Ergebnisse der Kommissionsarbeit unterrichtet werden soll?

Frau Stark (SPD):

Was unseren heutigen Innenminister von Ihrem damaligen unterscheidet, ist einfach, dass der mit seinen Personalvertretungen im ständigen Gespräch ist,

(Petke [CDU]: Das war nicht meine Frage!)

was heutzutage auch qualifizierte Personalführung ausmacht. Das heißt, er denkt sich das nicht alleine aus, er nimmt seine Leute mit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das ist die Exekutive,

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

die beiden Ebenen gehören zusammen. Wir sind im Juni dran. Warten Sie doch ab und lassen Sie uns dann auf der Grundlage eines qualifizierten Berichts diskutieren! Dass Sie daran kein Interesse haben, das wissen wir.

(Beifall SPD)

Darauf müssen wir nicht abstellen.

Kurz gesagt: Dieser Antrag ist überflüssig, weil wir den Juni abwarten werden. Wenn Sie die Sommerpause so lang gestalten, dass Sie erst im September wieder hier sind, dann ist das Ihr Problem. Wir werden uns sofort, wenn dieser Bericht vorliegt, mit dem Thema beschäftigen und unsere Aufgabe als Parlament wahrnehmen. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stark. - Wir setzen die Diskussion mit dem Redebeitrag der FDP-Fraktion fort. Der Abgeordnete Goetz erhält das Wort.

Goetz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Stark, wenn Sie sagen, die Landesregierung könne die im Sommer zu erwartenden Ergebnisse der Kommission nicht vorhersehen, dann muss man Ihnen darauf antworten, dass die Landesregierung immerhin vorhersehen konnte, dass es im Jahr 2019 1 900 Polizeibeamte weniger geben wird.

(Beifall FDP und CDU)

Die Entwicklung bei der Polizei neun, zehn Jahre im Voraus abschätzen zu wollen und an anderer Stelle darauf zu verweisen, dass man nicht auf zwei, drei Monate vorausschauen könne, ist schon verblüffend. Natürlich gibt es Verunsicherungen in der Kommission. Die Kommissionsmitglieder sind uns bekannt, zu ihnen zählt Andreas Schuster, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei im Land Brandenburg. Wer am Mittwoch aufs Landtagsgelände gefahren und nicht einfach

durchgerauscht ist - ich sah den Innenminister, als ich da stand, ich weiß nicht, ob er gelasert wurde; die Polizei stand zuvor mit ihren Lasergeräten am Berg -, sondern angehalten und sich mit den Beamten unterhalten hat, der hat ein Papier in die Hand bekommen. Darauf ist die Frage der Gewerkschaft der Polizei vermerkt: „Ich spreche mich als Mitglied des Landtages für die Schließung folgender Polizeiwachen aus:“ Nachfolgend sind sämtliche Polizeiwachen des Landes Brandenburg aufgeführt, und man kann sein Kreuzchen an den Stellen machen, wo man meint, dass Wachen geschlossen werden sollen.

Das zeugt von der Verunsicherung der Beamten. Sie haben gehört, dass 1 900 Stellen reduziert werden sollen - das ist eine festgelegte Zahl, an der anscheinend nicht mehr gerüttelt wird - und dass es strukturelle Veränderungen geben wird. Diese sind nötig, das ist unbestritten. Aber wenn man das eine dem anderen voranstellt, dann führt es zu Verunsicherung.

Im Jahr 2002 gab es schon einmal eine Strukturreform, damals noch unter Innenminister Schönbohm, im Zuge derer sich jeder Beamte auf sämtliche Stellen bewerben musste. Sie haben am 30.06.2002 abends ihre Dienststelle verlassen, haben ihre Computer mit nach Hause genommen, weil sie nicht wussten, wo am nächsten Tag ihr Arbeitsplatz sein wird und sie arbeitsfähig sein wollten. So schnell ist das damals vonstatten gegangen. Es war schwierig für die Beamten und mit vielerlei Verunsicherung behaftet.

Nun erleben sie, nur wenige Jahre später, dasselbe Theater wieder.

(Zuruf von der SPD: Dem ist nicht so. Genau das ist der Unterschied!)

Sie wissen im Grunde nicht, wo sie im Zuge der Strukturreform hinversetzt werden und wie es weitergeht.

(Dr. Woidke [SPD]: Wo wollen Sie sparen?)

Wenn wir sehen, was aus einzelnen Wachen wird, dann besteht bereits jetzt in erheblichem Umfang Verunsicherung. Ein Beispiel ist die Polizeiwache Ludwigsfelde. Ich war vor Kurzem vor Ort. Denen wird seit Jahren versprochen, dass sie eine neue Wache bekommen. Die neue Wache ist noch immer nicht gebaut, weil nämlich - so ist der Eindruck - die Polizeiwache Ludwigsfelde vakant geworden ist und man sich eben überlegt, was man dort tut - entgegen aller Versprechungen, die in der Vergangenheit gemacht worden sind.

(Dr. Woidke [SPD]: Wir denken eben erst nach und investieren dann, und nicht andersherum!)

Zur Polizeiwache in Michendorf an der Autobahn habe ich eine kleine Anfrage gestellt. Darauf ist mir geantwortet worden, dass die Bauarbeiten im April 2010 beginnen würden. Ich war Ende April vor Ort. Bisher hat sich da nichts bewegt. April 2010 ist vergangen. Da stellt sich die Frage, was los ist. Natürlich braucht man dort eine neue Wache. Für die Verzögerung mag es andere Gründe geben, die mit dem Autobahnbau zusammenhängen. Das muss man den Beamten jedoch sagen, denn sonst greift Verunsicherung Raum. Genau diese Verunsicherung muss ausgeräumt werden. Es ist wichtig, dass Zwischenergebnisse vermeldet werden, sobald sie vorliegen, und

mögen sie auch noch so klein sein. Die Beamten - auch über die Personalvertretung hinaus - und auch der Landtag haben es verdient, über Zwischenergebnisse informiert zu werden, um dann damit arbeiten zu können.

(Minister Speer: Was sollen denn das aus Ihrer Sicht für Zwischenergebnisse sein?)

Die „Märkische Allgemeine“ hat bereits präsentiert, was aus Polizeidirektionen werden soll und wie viele Wachen geschlossen werden sollen. Ob das stimmt oder nicht, ist eine andere Frage. Was am Ende herauskommt, ebenfalls. Man kann Spekulationen jedoch nicht einfach im Raum stehen lassen und darauf hoffen, dass sie keiner ernst nimmt oder niemand darauf reagiert. Jede Spekulation fällt irgendwo auf fruchtbaren Boden!

(Holzschuher [SPD]: Nun warten Sie den Sommer ab! Dann wissen Sie es!)

Das, was vorgelegt wird, ändert an dem Grundproblem, dass erst eine Zahl vorgegeben und hinterher geschaut wird, welches Maß an Sicherheit man sich damit noch leisten kann, natürlich überhaupt nichts.

Wir sind bei Ihnen, Herr Minister, wenn es darum geht, Strukturen zu ändern. Wenn Sie vorschlagen, aus zwei Präsidien eins zu machen, so kann ich das unterstützen. Ich halte die gegenwärtige Struktur, die zwei Präsidien vorsieht, nicht für zielführend und sinnvoll. Darüber können wir reden. Auch über die Anzahl der Schutzbereiche, dass aus fünf, sechs ehemaligen Präsidien nun 15 kleine Präsidien geworden sind, können wir reden. Entscheidend ist, was später auf der Straße passiert, dass die Bürger sich sicher fühlen und dass die Interventionszeiten kurz gehalten werden. Das kann auch mit mobilen Wachen erfolgen, wenn man es denn so nennen will, oder mit Fahrzeugen, die entsprechend ausgestattet sind. Wir brauchen jedoch klare Zielzahlen im Wach- und Wechseldienst. Man darf nicht nur eine Gesamtzielzahl von 7 000 Beamten vorgeben, sondern muss konkret sagen, wie es im Wach- und Wechseldienst aussieht, zum Beispiel: Im mittleren Dienst bleiben soundso viele Beamte übrig, die ihren Dienst im Lande tun, und zwar in der Prignitz, in der Uckermark, im Landkreis Elbe-Elster genauso wie hier in Potsdam oder anderen größeren Städten, wo Sicherheit mit Sicherheit gewährleistet bleibt und sich die Frage der Interventionszeiten nicht stellt.

Eben weil es Verunsicherung gibt, sollte jede Information über einen Zwischenstand an den Landtag und die Beamten im Lande weitergegeben werden. Es hilft, Unsicherheit abzubauen und einigermaßen beruhigt darüber, wie es denn nun weitergeht, in die Sommerpause zu gehen.

Entsprechen Sie dem Antrag! Ihnen schadet es nicht, und manchen, die verunsichert sind, hilft es.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetz. - Die Aussprache wird mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fortgesetzt. Es spricht der Abgeordnete Dr. Scharfenberg.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat im Januar mit großer Mehrheit einen Beschluss gefasst, mit dem die Landesregierung beauftragt wurde, ein Struktur- und Personalkonzept sowie eine Neubewertung der Aufgaben der Polizei vorzulegen. Als Termin wurde in diesem Beschluss der September dieses Jahres festgelegt.

Zwischenzeitlich ist die Strukturreformkommission eingesetzt worden, um die entsprechenden Empfehlungen zu erarbeiten. Ich sage ganz ehrlich, ich fand es von vornherein sehr ehrgeizig, den Anspruch, ein solches Konzept innerhalb dieser relativ kurzen Zeit erarbeiten zu wollen, zu realisieren. Diese Expertenkommission arbeitet regelmäßig und intensiv, darauf weisen eine Vielzahl von Anzeichen hin. Das Ergebnis wird mit großer Spannung erwartet, denn es soll ja eine Reform sein, die auf längere Sicht tragfähig ist. Ein solcher Anspruch ist bisher nicht erhoben worden.

Das wird mit Einschnitten in die gegenwärtige Struktur und erheblichen Veränderungen verbunden sein. Der genaue Umfang ist nicht zu bestimmen, weil das Ergebnis noch nicht vorliegt bzw. noch nicht vorliegen kann. Es war vorherzusehen, dass es Befürchtungen und Spekulationen geben würde. Was die CDU mit ihrem Antrag will, ist jedoch scheinheilig. Statt sich an einer sachlichen Diskussion zu beteiligen, stiftet die CDU vielerorts Unsicherheit und Verwirrung. Spekulationen werden gesät und wo es nur geht Unterschriftensammlungen zu angeblich bevorstehenden Wachenschließungen initiiert. Es gibt noch keine Festlegungen, aber es werden schon Unterschriften gesammelt. Natürlich wird damit zur Verunsicherung beigetragen.

Wissen Sie, Herr Petke, Sie kommen mir vor wie ein Feuerwehrmann, der einen Brand legt, um dann der Erste zu sein, der ihn löscht. Das ist schlichtweg unglaublich.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir lehnen den CDU-Antrag mit Verweis auf das bis zum September vorzulegende Konzept ab. Wir verbinden das mit dem Anspruch, dass die Empfehlungen der Kommission unter Beteiligung der Gewerkschaften diskutiert werden und erst dann eine Entscheidung getroffen wird. Sie sollten Ihre Kräfte auf diese Phase konzentrieren, denn das könnte vielleicht dazu beitragen, dass ein gutes Ergebnis herauskommt. Dazu müssen die Empfehlungen aber erst einmal vorliegen.

Deshalb ganz klar: Was Sie wollen, ist blanker Aktionismus. Die in diesem Haus geschaffene Beschlusslage ist völlig ausreichend. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scharfenberg. - Das Wort erhält nun die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Nonnemacher, bitte.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90): *

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Leichte Schläge auf den Hinterkopf sollen das Denkvermögen fördern.

(Schulze [CDU]: Oder man verblödet ganz!)

Die Praxisrelevanz dieser Aussage ist durchaus umstritten.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Nein, die ist widerlegt!)

Unstrittig ist aber, dass das ständige Anrennen mit dem Kopf gegen die Wand nicht das Denkvermögen fördert,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

sondern allenfalls zu hässlichen Beulen und zu Gehirnerschütterungen unterschiedlicher Schweregrade führt.

Ebenso unstrittig ist, dass es weder die Debatte befördert noch die Verunsicherung der Bevölkerung mindert, wenn die CDU-Fraktion zu jeder Plenarsitzung einen Antrag aus dem sicherheitspolitischen Themenfeld mit unhaltbaren Terminvorgaben einbringt.

Der Antrag missfällt mir umso mehr, als die Haushaltsdebatte ja reichlich Gelegenheit geboten hat, das Thema zu beleuchten; das haben wir alle in unseren Debatten zum Haushaltsplan 03 auch ausgiebig getan. Mithin die einzig legitime Funktion solcher Anträge, nämlich die öffentliche Diskussion zu befördern, entfällt.

Die Kommission „Polizei Brandenburg 2020“ wurde am 15. Januar eingesetzt, ihre Tätigkeit auf ein halbes Jahr projektiert. Mehrfach wurde angekündigt, dass der Abschlussbericht im Sommer vorgelegt und erste Vorlagen im Landtag im September zu erwarten sind. Ich kann einen Zeitverzug bisher nicht erkennen.

Sehr geehrter Herr Petke, bitte verschonen Sie uns von weiteren Anträgen dieser Art!

(Beifall GRÜNE/B90, SPD und DIE LINKE)

Bringen Sie bitte in die Plenardebatte Anfang Juni nicht den Antrag ein, den Abgeordneten möge zum Stichtag 15.1. - da ist das halbe Jahr dann abgelaufen - der Bericht nach Hause gesandt werden, als Urlaubslektüre sozusagen. Sparen Sie Arbeitskraft und Zeit für die dann anschließende inhaltliche Debatte, die wir hier gemeinsam führen werden.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Genau, kümmern Sie sich um Ihre Kinder!)

Überschütten Sie uns nicht mit unsinnigen Terminsetzungsanträgen und mit unsinnigen Anfragen zu Polizeiwachen im ganzen Land.

(Beifall SPD sowie vereinzelt bei GRÜNE/B90 und der Fraktion DIE LINKE)

Es ist uns doch gemeinsam daran gelegen, dass wir als Opposition ein gutes Bild abgeben. Deshalb sage ich: Bitte mehr Qualität!

(Beifall GRÜNE/B90, SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Ich erteile der Landesregierung das Wort; Herr Minister Speer, Sie können sich dazu erklären.

Minister des Innern Speer:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von mir eingesetzte Kommission hat den Auftrag, bis zum Sommer ein Ergebnis abzuliefern. Die Kommission selbst hat mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass das eine knapp bemessene Zeit ist. Wer die Materie einigermaßen durchdringt, Herr Petke, der wird nachvollziehen können, dass diese Reaktion verständlich ist.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie mit einer großen Mannschaft in die Polizeiwache Gransee eingeflogen sind und von dem dortigen Wachenleiter die Aussage haben wollten, dass es ganz und gar unumgänglich sei, diese Wache zu halten. Wenn ich es recht verstanden habe, dann haben Sie ihm auch noch hinterhergerufen, falls er sich nicht öffentlich dazu äußere, würde sich die CDU-Fraktion auch nicht für den Erhalt dieser Wache einsetzen.

(Oh! bei SPD und DIE LINKE)

Das ist eine Art und Weise des Umgangs miteinander, der beabsichtigten Verunsicherung und der gezielten Meinungsmaße, die ich ganz und gar zurückweise. Herr Petke, Sie selbst waren es, der hier in diesem Landtag als Erster mit virtuellen Zahlen um sich geworfen hat, wie viele Wachen und wie viele Schutzbereiche etc. man sich vorstellen könne. Uns jetzt dieses vorzuhalten ist schon frech.

Wir haben hier mehrfach darüber geredet, und Sie werfen der Polizei des Landes Brandenburg vor, dass sie zu lasch mit Rockern und Ähnlichem umgehe. Ich zitiere einmal meinen Kollegen Schlie aus Schleswig-Holstein, der nicht, wie Sie behaupten, die gesamte Rocker-Szene verboten hat, sondern zwei sogenannte Chapter, wie wir es in Brandenburg auch getan haben. Er sagt: Ein Vereinsverbot spricht man entweder komplett aus, oder man lässt es bleiben. In dem einen wie in dem anderen Fall redet man aber vorher darüber nicht öffentlich. - Diese Meinung teile ich uneingeschränkt. Wenn Sie wollen, dass Verunsicherung und Spekulation beendet werden, dann fordere ich Sie auf: Beenden Sie Spekulationen und Verunsicherung!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Abgeordneter Petke, Sie erhalten die Gelegenheit, noch einmal in dreieinhalb Minuten zu erwidern.

(Zurufe von der SPD: Oh Gott, so lange!)

Petke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Speer, wenn Sie jemanden zitieren, dann müssen Sie schon korrekt sein, dann wäre es auch an der Zeit, als Regierungsmitglied einmal die Quelle zu benennen. Das, was Sie der CDU-Fraktion in den Mund gelegt haben, ist schlicht falsch. Es hat niemand irgendjemanden genötigt, etwas zu tun. Wir haben eine Wache besucht, und was wir dort ganz deutlich gespürt haben,

(Holzschuher [SPD]: Geschürt haben Sie es!)

ist die Verunsicherung, die die Mitarbeiter der Polizei im Schutzbereich haben - bis hinein in die Führungsebene, weil nämlich Sie - Sie allein - am Anfang einer Diskussion zur Sicherheit in Brandenburg eine Zahl in den Raum gestellt haben, die in keiner Weise begründet ist. Sie haben gesagt, 1 900 Stellen müssten in zehn Jahren wegfallen. Diejenigen, die im Wahlkampf gelogen haben, weil sie gesagt haben, sie wollen mehr Polizei in Brandenburg haben - die Linken -,

(Vereinzelt Beifall CDU)

wollten sich dann in der Manier der früheren SED dafür feiern lassen, dass sie einen Abbau von mehr als 2 000 Stellen verhindert haben.

(Schippel [SPD]: Die kennen Sie also!)

Das ist die Heldentat der Linksfraktion.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Petke (CDU):

Nein. - Sie haben Angst vor dieser Diskussion, weil Sie ihr aus dem Wege gehen müssen, und zwar deswegen, weil Sie den berechtigten Fragen, Sorgen und Nöten der Menschen im Land nicht standhalten können. Sie wollen in der Sommerpause Fakten schaffen; Sie wollen einfach durchziehen, ohne mit den Kommunen zu reden. Mit den Kommunen, Frau Kollegin Stark, hat noch niemand gesprochen; mit den Bediensteten hat ebenfalls noch niemand gesprochen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Natürlich! - Weitere Zurufe von der SPD)

Nicht einmal im Landtag informieren Sie darüber, was Sie vorhaben. Es wird im Ministerium gearbeitet; die Arbeiten sind im Prinzip abgeschlossen; es werden Einzelne informiert, aber der Landtag soll nicht informiert werden. Die mut- und kraftlose Koalition gibt sich natürlich damit zufrieden. Wo stehen wir denn im Bereich der inneren Sicherheit? Minister Schönbohm a. D. hat Vereine verboten. Sie haben in der MAZ gesagt, man könne sich dabei auch blamieren. Sie haben keinen Lösungsansatz für die erhöhte Kriminalität in der Grenzregion. Sie haben keine Idee bezüglich eines konsequenten Umgangs mit der Racketerkriminalität. In Potsdam brennen die Autos - wie auch in Berlin.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Da lache ich ja nur. Rufen Sie doch die Feuerwehr!)

- Ja, Sie können ja lachen.

Was aber sagt der Innenminister im Innenausschuss? Nach den Ermittlungsergebnissen gefragt, sagt der Innenminister ganz kleinlaut, wie es sonst gar nicht seine Art ist: „Wir haben die Ermittlungen eingestellt - ohne jedes Ergebnis.“ Er wisse nicht, wer es gewesen sei, aber er wisse, dass es keine Linksextremisten gewesen seien. Er hat nach Einsetzung einer Sonderkom-

mission keinen Täter zu präsentieren, aber er weiß schon mal, wer es nicht war.

(Frau Melior [SPD]: Sie wissen natürlich, wer es war!)

Sie haben Angst vor dieser Diskussion, haben Angst, sich den Fragen und Vorstellungen der Menschen zu stellen, und deswegen soll eben nicht über das diskutiert werden, was Sie vorhaben, es sollen nicht aus der Opposition heraus Kleine Anfragen gestellt werden.

(Domres [DIE LINKE]: Sinnvolle Anfragen schon!)

Kollege Bischoff, wenn Sie hier sagen, die CDU solle keine Kleinen Anfragen stellen, weil dies die konsumtiven Ausgaben des Landes erhöhen würde, dann kann ich dem nicht folgen; ich bin ja nicht Haushaltspolitiker. Aber diese Behauptung, die Sie hier gestern aufgestellt haben, muss zumindest auch für die Kleinen Anfragen aus der Regierungskoalition stimmen.

Vizepräsidentin Große:

Herr Petke, Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie der Fraktion DIE LINKE)

Petke (CDU):

Frau Präsidentin, ich habe es gesehen. Den Applaus nehme ich gerne mit.

Dann sollten wir doch generell auf die Kleinen Anfragen verzichten.

(Zurufe von der SPD: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Meine Damen und Herren, Sie sind dabei, mit Ihrer Politik das, was wir in den letzten zwei Jahrzehnten bewirkt haben, zu gefährden.

(Allgemeine Unruhe - Beifall CDU - Schulze [SPD]: Gott schütze Brandenburg vor solchen Leuten!)

Vizepräsidentin Große:

Wir beenden die Aussprache zu diesem Thema und kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 5/878, eingebracht von der CDU-Fraktion: „Spekulation und Verunsicherung der Bürger und Bediensteten der Polizei des Landes Brandenburg über die Arbeitsergebnisse der Kommission ‚Polizei Brandenburg 2020‘“. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer deutlichen Anzahl von Gegenstimmen ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 7, und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 8:**

Am Atomausstieg muss festgehalten werden

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/883

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/1101 (Neudruck) vor.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt die Fraktion der SPD. Die Abgeordnete Hackenschmidt erhält das Wort.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Atomausstieg - ein hochaktuelles Thema. Die letzten Tage des Monats April haben deutlich gemacht, wie brisant und aktuell dieses Thema noch 24 Jahre nach Tschernobyl in der Gesellschaft verankert ist.

Kurz etwas zum Einstieg: Das Gesetz zur Förderung von Kernenergie von 1959 mag angesichts der damals bestehenden Erkenntnisse richtig gewesen sein, aber schon in den 80er und 90er Jahren erfolgte im Rahmen dieser Förderung auch in der Gesellschaft ein Umdenken. Spätestens durch Tschernobyl wurde dann die Gesellschaft wachgerüttelt, und es gab starke Gegenwehr.

2002 wurde das Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur Erzeugung von Elektrizität verabschiedet. Wir haben eine eindeutige Gesetzeslage. Noch heute sind in Süddeutschland aufgrund von Tschernobyl Waldfrüchte belastet, höchstbelastet.

(Petke [CDU]: Die Mauer hat uns geschützt!)

Die Spätfolgen kann man eigentlich nicht konkret beziffern, weil immer mehr Kinder an diesen Spätfolgen leiden, zum Beispiel an Schilddrüsenkrebs. Denken Sie auch an die Kinder in Belarus, in der Ukraine oder in Russland direkt. Wir haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Wir haben auch gemerkt, dass Grenzen die atomare Wolke nicht aufhalten.

Deutschland ist hundertprozentig vom Uranimport abhängig. Wissenschaftler sagen voraus, dass das Uran noch etwa 65 Jahre reichen wird. Mit der geplanten Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken oder der Überlegung, sogar neue AKWs zu bauen, hat man den falschen Weg im Auge. Dies verhindert Investitionen in moderne, effiziente Kraftwerke, und die wettbewerbsfähige, innovative Energieversorgung wird damit behindert. Das sagt auch das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, das dies in einer Studie belegt hat. Das würde bedeuten, dass wir hier in Brandenburg, wo wir den Weg in erneuerbare Energien genutzt haben, weil auch die Braunkohlereserven endlich sind, wo viel Fortschrittliches erreicht und viele Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien geschaffen wurden, um etwa ein Jahrzehnt zurückgeworfen werden würden. Das können wir politisch nicht zulassen. Deshalb unser Antrag „Am Atomausstieg muss festgehalten werden“.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Was die falsche Berechnung der Investitionskosten für die Atomkraft betrifft, so waren wir uns im Wirtschaftsausschuss mit dem Kollegen Jungclaus einig. Der Steuerzahler trägt schon im Vorfeld die meisten Kosten und grundsätzlich die Haftung. Ich finde, das ist bei der Vergleichsrechnung mit anderen Energiearten, solchen aus fossilen Energieträgern, eine Verwirrung,

die nicht hinnehmbar ist, vor allem, was die Haftung durch die Gesellschaft an sich und nicht durch die Konzerne, die diese Werke betreiben, betrifft.

(Wichmann [CDU]: „Verwirrung“ ist gut!)

Vor einem halben Jahr hat ein Ingenieur, der sich in der Kernindustrie auskennt und der AKWs geplant und gebaut hat, gesagt, die Maßnahmen, die jetzt an manchen AKWs in unserem Land, in Deutschland mit dem hohen Sicherheitsanspruch, vorgenommen werden, seien Flickschusterei. Es werden Bauelemente aus bestehenden Kernkraftwerken herausgelöst und erneuert. Das ist nicht zulässig, denn es entstehen Löcher, die später nicht ausreichend kontrolliert werden können und die das gesamte Sicherheitskonzept gefährden.

Ich meine schon, dass wir bei der Entwicklung der erneuerbaren Energien gezeigt haben, wie verlässlich diese Energiearten in einem vernünftigen Mix die notwendige Energieversorgung sichern können. Außerdem haben wir politisch eine Verantwortung sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Unsere Energieversorger haben aufgrund der Gesetzeslage von 2002 Investitionen geplant. Wenn wir jetzt sagen: Das war alles umsonst, wir können jetzt wieder AKWs bauen, und die alten laufen länger, dann ist damit auch öffentliches Geld infrage gestellt. Es sind Stadtwerke und andere betroffen, die mit öffentlichem Geld ihre Anlagen betreiben.

Das größte Problem sind aber aus meiner Sicht die radioaktiven Abfälle. Wir haben vor 14 Tagen eine 120 Kilometer lange Menschenkette gesehen. Das sind Atomkraftgegner, die zusammenkommen und deutlich machen, wie sehr dieses Thema in der Gesellschaft verankert ist. Dazu kamen 20 000 Atomkraftgegner, die das AKW Biblis umzingelten.

(Lachen bei der CDU)

Es war so gewollt, dass dies als Umzingelung aufgefasst wurde; es war auch so geplant.

7 000 demonstrieren in Ahaus, einer Gemeinde, die viel Geld bekommen hat, um ein Zwischenlager zu bauen, wozu die damalige Bevölkerung sagte: Ist ja toll, wir kriegen einen tollen Ort! - Und jetzt wollen sie das, wofür sie die Investitionen bekommen haben, nicht realisieren. Ich kann sie verstehen. Das ist eine nächste Generation.

Ich finde, wir sollten in Deutschland Vorreiter sein, um dann auch berechnete Forderungen an unsere Nachbarländer stellen zu können, wenn wir den Ministerpräsidenten beauftragen, in Gesprächen deutlich zu machen, dass wir es nicht für geboten halten, dass auf polnischer Seite ein AKW in Grenznähe gebaut wird. Das sind Gesprächsgrundlagen, aber dazu müssen wir auch in der Gesamtstrategie stehen. Ich halte dies für einen ganz wichtigen Beitrag.

Vizepräsidentin Große:

Frau Hackenschmidt, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Goetz zu?

Frau Hackenschmidt (SPD):

Ja, bitte.

Goetz (FDP):

Frau Kollegin, Sie sprachen über Ahaus und Biblis. Die Regierung weiß ja immer mehr, und möglicherweise ist uns ja etwas entgangen. Sind Staatsverträge in Vorbereitung, wonach die Standorte der gegenwärtigen Kernkraftwerke Ahaus und Biblis in Zukunft zum Land Brandenburg gehören werden?

Frau Hackenschmidt (SPD):

Herr Goetz, ganz einfach: Ich weiß auch, wo diese AKWs liegen, keine Frage, Hessen und so.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Ich habe in meinem Eingangsstatement deutlich gemacht: Auch Tschernobyl liegt nicht in Süddeutschland, und trotzdem sind die Folgen bis Süddeutschland zu spüren, auch in Brandenburg und überall.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aus diesem Grund wollen wir auch eine Bundesratsinitiative und wollen an alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte appellieren, gemeinsam dafür zu sorgen, dass erkannt wird, dass die unsäglichen Überlegungen bezüglich einer Abkehr vom Atomausstieg nicht richtig sind. Die Gesellschaft möchte das nicht. Ich wollte anhand dieser Bilder verdeutlichen, dass wir in Brandenburg nicht einfach sagen können: Das ist uns egal. - Wir haben eine Verantwortung, auch wenn bei uns in Potsdam neben dem Schloss Sanssouci kein Atommeiler steht - tut mir leid. Ich meine, das besagt auch der Antrag; Sie haben ihn bestimmt gelesen. Es steht eindeutig im Antrag 883:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, am Atomausstieg und den Restlaufzeiten der KKWs festzuhalten.“

Also sofortiger Einlagerungsstopp der Brennelemente. Wir alle kennen die Presse über Asse und Gorleben. Das ist doch eine Forderung, die wir gemeinsam, gesellschaftlich tragen müssen. Ich halte es für meine Verantwortung, hier in Brandenburg deutlich meine Meinung dazu zu sagen und die Ängste, von denen Herr Petke an vielen Stellen spricht, ernst zu nehmen, Ängste von Generationen, die es sicher vor Tschernobyl nicht so dramatisch gesehen haben. Aber Tschernobyl ist überall und nicht weit weg, es ist in Hessen, in Nordrhein Westfalen, in Schleswig Holstein, völlig egal, und wir in Brandenburg tragen genauso eine Verantwortung.

Ich freue mich, dass der Entschließungsantrag, Drucksache 5/1101, dies zur Unterstützung noch einmal deutlich macht: Die Gefahren der Atomkraft machen nicht an Ländergrenzen halt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich freue mich, dass wir da einen breiten politischen Konsens in diesem Haus gefunden haben. Deshalb bitte ich darum, diese beiden Anträge mitzutragen. Die EU-Kommissarin für Klima, Connie Hedegaard, hat eindeutig gesagt: „Atomkraft ist aus meiner Sicht keine nachhaltige Energie.“ Recht hat sie. Deshalb fordere ich die Unterstützung dieser Anträge.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Große:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag des Abgeordneten Bretz von der CDU-Fraktion fort. Ich bitte die CDU-Fraktion, die Würde des Hauses zu achten: Wir sind hier nicht in einer Kabarettveranstaltung.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Bretz (CDU):

Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Hackenschmidt, bei Ihnen hat man gemerkt, dass die Anti-Atombewegung neues Leben in sich trägt. Das haben Sie diesem Hause wirklich sehr glaubhaft demonstriert.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Woidke [SPD]: Dank eurer Politik in Berlin! - Bischoff [SPD]: Gott sei Dank ist das so!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen deutlich sagen: Ich bin kein glühender Verfechter der Atomtechnologie. Genauso wenig, wie ich ein glühender Verfechter der Atomtechnologie bin, ist es aber richtig, herzugehen und nun als eine gewisse Form der ideologischen Verbrämtheit das Gegenteil zu fordern, nämlich den sofortigen Ausstieg.

(Beifall CDU und FDP)

Ich möchte daran erinnern: Die SPD und auch die Grünen hatten ja die Möglichkeit, in Ihrer Regierungszeit dafür zu sorgen, dass die Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden. Ich kann mich gut erinnern: Der damalige Bundesumweltminister Sigmar Gabriel - auch Pop-Siggi genannt -

(Lachen bei der CDU)

hat von dieser Möglichkeit eben keinen Gebrauch gemacht.

Sie wissen ganz genau - und deshalb müssen wir uns hier an den Sachfragen orientieren -, dass ein sofortiger Ausstieg aus der Atomtechnologie, aus der Atomenergiegewinnung nicht möglich ist, weil die Sachverhalte, die dem zugrunde liegen, es gar nicht ermöglichen.

Ich möchte daran erinnern, dass Deutschland 17 Atommeiler hat. Es besteht ja große Einigkeit in diesem Hause, dass die Atomtechnik kein dauerhafter Bestandteil des Energiemixes der Bundesrepublik Deutschland ist. Darin sind wir einig. Wir sind auch darin einig, dass die Atomtechnologie der strittigste Bestandteil des Energiemixes ist.

(Bischoff [SPD]: Na dann Abschalten!)

- Herr Kollege Bischoff, ich danke für die geistreiche Bemerkung, aber so etwas kennen wir von Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb sagen wir auch: Das einzige, worin wir uns unterscheiden,

(Domres [DIE LINKE]: Da gibt es viel mehr!)

ist die Frage: Wie lange lassen wir diese Atommeiler noch am Netz?

(Bischoff [SPD]: 60 Jahre am liebsten?)

Das ist der einzige Unterschied.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Bretz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Woidke zu?

Bretz (CDU):

Ja gern, von Herrn Dr. Woidke immer.

Dr. Woidke (SPD):

Herr Bretz - Frage 1 -, haben Sie den Antrag, über den Sie gerade reden, gelesen?

(Unmut bei der CDU)

Frage 2: Ist Ihnen klar, dass hier niemand einen sofortigen Atomausstieg fordert - hätten Sie den Antrag gelesen, wüssten Sie das -, sondern der Atomausstieg durch einen Beschluss der damaligen Bundesregierung begonnen hat und noch gewisse Zeit weiterlaufen wird? Ist Ihnen klar, dass kein Mensch davon ausgeht, dass die AKWs morgen abgeschaltet werden? Es geht jedoch darum - daher frage ich, ob Ihnen das bewusst ist -, dass die Bundesregierung offensichtlich beabsichtigt, ohne geklärte Endlagerkapazitäten in Deutschland die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern.

Bretz (CDU):

Mein lieber Herr Dr. Woidke, dass Sie als Fraktionsvorsitzender der SPD so schlecht informiert sind, stimmt mich traurig. Sie sind so schlecht informiert!

Erstens, Herr Dr. Woidke: Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass das Land Brandenburg radioaktiven Atommüll in andere Bundesländer exportiert hat?

(Dr. Woidke [SPD]: Natürlich ist mir das bekannt!)

Ist Ihnen bekannt, wie viel radioaktiven Atommüll das Land Brandenburg in andere Bundesländer exportiert hat?

(Dr. Woidke [SPD]: Auch das ist mir bekannt!)

- Wie viel ist es denn, Herr Dr. Woidke?

(Dr. Woidke [SPD]: Führen wir jetzt einen Dialog? Das kann ich Ihnen gern beantworten!)

- Ja, jetzt schweigen Sie! Das ist typisch für Sie!

(Beifall CDU und FDP)

Wenn es konkret wird, dann ist bei Ihnen Schweigen.

Ich sage es Ihnen: 2 700 Tonnen radioaktiven Müll hat das Land Brandenburg in andere Bundesländer

(Dr. Woidke [SPD]: Aber nicht aus dem Betrieb eines Atomkraftwerks, sondern durch den Rückbau!)

- in andere Bundesländer - in andere Bundesländer ... Frau Präsidentin, können Sie den Herrn Abgeordneten Woidke etwas zur Ruhe bringen?

(Gelächter bei der CDU)

Das Land Brandenburg hat etwa 3 000 Tonnen radioaktiven Atom Müll in andere Bundesländer transferiert. Ich finde es schon ein Stück weit doppelzüngig,

(Bischoff [SPD]: Da müsste man doch erst recht damit aufhören!)

wenn man sich dann hier hinstellt und sagt: Wir sind unseren Müll losgeworden, und jetzt lassen wir die anderen damit im Stich. Sollen die sich mal darum kümmern, was die damit machen.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Woidke [SPD]: Wenn Sie Atomkraftwerke abbauen, können wir darüber reden, Herr Bretz. Es ist eine Unverschämtheit, was Sie hier für einen Unfug erzählen. Nicht zu glauben!)

Fairerweise frage ich Sie: Würden Sie erklären, dass Sie diesen Atom Müll nach Brandenburg zurücknehmen, Herr Dr. Woidke? Das ist die Frage, die Sie zu beantworten haben.

(Beifall CDU)

Jetzt will ich Ihnen etwas zu Ihrem Antrag sagen, in dem Sie sozusagen die Polen auffordern bzw. ihnen sagen, was sie zu tun und zu lassen haben. Wissen Sie, Herr Dr. Woidke, dieser Entschließungsantrag ist eine typische Formulierung sozialdemokratischer, soziallinker Gesinnungsethik.

(Na, na, Herr Bretz! bei der Fraktion DIE LINKE)

Gesinnungsethik ist das, weil: Sie erdreisten sich, einem souveränen Staat vorschreiben zu wollen, was er zu tun und was er zu lassen hat.

(Dr. Woidke [SPD]: Wir sagen der Landesregierung, was sie zu tun und zu lassen hat. Den Antrag lesen!)

Sie schreiben einem souveränen Volk vor, was zu tun und zu lassen ist. Und Sie bieten diesem souveränen Volk in einem Akt modernen Mäzenatentums an, Ihre Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja gnädig.

(Dr. Woidke [SPD]: Sie können ja nicht einmal lesen!)

Es wäre gnädig, wenn diese Landesregierung in der Frage der Energiepolitik einmal ihre Hausaufgaben machte!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist deutlich überschritten.

Bretz (CDU):

Den Satz noch! - Was für Hilfe wollen Sie denn dem polnischen Volk anbieten? - Überall dort, wo wir in Brandenburg die Initiative der Landesregierung brauchen, gönnen Sie sich Schlafzeit, Auszeit, Ruhepause bis 2011. Und das wollen Sie als Hilfestellung anbieten?

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Bretz, bitte beenden Sie Ihren Redebeitrag!

Bretz (CDU):

Ich kann nur sagen: Das ist eine „großartige Hilfestellung“, die Sie da leisten. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bretz. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort. Frau Abgeordnete Steinmetzer-Mann, bitte!

Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ohne die erforderliche strahlenschutzrechtliche Genehmigung laufen aus 127 000 Atom Müllfässern täglich 20 000 Liter verstrahlte Lauge in den Salzstock Asse.

(Bischoff [SPD]: Weil die getrickst haben!)

Das sind 200 Badewannen täglich oder - anders ausgedrückt - zwei gefüllte Schwimmhallenbecken pro Jahr, um einmal diese Dimension zu verdeutlichen.

Die Lagerkammern in Asse - das wissen Sie - sind einsturzgefährdet. Amok oder „Russisches Roulette“ könnte man meinen.

Meine Damen und Herren, dieses Problem ist gar nicht so weit weg. Mit Gorleben - direkt vor der Haustür Brandenburgs - beschäftigt sich nun der Untersuchungsausschuss im Bundestag. Der Einlagerungsstopp in Gorleben ist nur zu unterstützen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Diese Fakten allein genügen schon, um klarzustellen, dass die Politik hier nur eine Handlungsoption hat, und das ist der unumkehrbare Ausstieg aus der Atomenergie. Ich sage bewusst: unumkehrbar.

Herr Bretz, es ist kein sofortiger Ausstieg. Sie wissen ganz genau, dass die damalige Regierung gemeinsam mit den Konzernen einen Ausstieg für 2021 festgelegt hat.

(Au! bei der CDU)

Ein Aspekt wird immer wieder gepriesen, gerade von Ihrer Fraktion, nämlich, dass der Atomstrom preiswert sei. Meine

Damen und Herren, das ist er aber nur, weil genau die Risiken, Subventionen und Folgekosten nicht enthalten sind. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Frage des Kollegen Bretz zu?

Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE):

Nein, und zwar mit der Begründung, dass Herr Genilke gestern in der Schülerrunde gesagt hat: Die CDU stellt nicht Fragen, um hier konstruktiv mitzuarbeiten, sondern um zu stänkern und zu stören.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ja, genau so ist es! - Beifall DIE LINKE)

Das ist nicht das Niveau, dass ich gerade hier, bei dieser ernsten Debatte haben möchte.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

Mit mindestens 67 Milliarden Euro - hören Sie zu! - haben die deutschen Steuerzahler die Atomenergie subventioniert. Damit verweise ich auf die Bundestagsdrucksache 16/9935. Wenn Umweltminister Röttgen in dieser Woche 50 Milliarden Euro von den Konzernen als Sicherheit für eine Laufzeitverlängerung verlangt, bleiben a) immer noch genügend Gewinne für die Konzerne und b) ist das einer der letzten Versuche der CDU, in NRW kurz vor dem Wahlsonntag noch auf Stimmenfang zu gehen. Denn Sie wissen ganz genau, 60 % der Bevölkerung und selbst die Hälfte der Union-Wähler sind für einen Atomausstieg. Die Anti-Atommenschenkette Ende April unterstreicht diese Ergebnisse.

(Beifall DIE LINKE)

Selbst Ihr Parteiverband „Christliche Demokraten gegen Atomkraft“ kritisiert dieses Vorhaben scharf. Ich erspare Ihnen an dieser Stelle die Pressemitteilung vom 17.04.; die können Sie genüsslich selbst lesen.

Die Gewinne gehen weiter. Eine Laufzeitverlängerung - in Geld ausgedrückt - heißt: 1 Million Euro Profit pro Tag pro AKW für die Betreiber, und in Deutschland gibt es 17 AKWs; das ist für die eine reine Geldgewinn-Garantie. Eine kleine Zwischenbemerkung sei mir an dieser Stelle gestattet, da wir drei Tage über den Brandenburger Haushalt debattiert haben: 10,5 Milliarden Euro sind im Vergleich zu diesen Summen - mit Verlaub - Peanuts.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen - das ist das Beratungsgremium der Bundesregierung - stellt sich ganz klar gegen die Vorhaben der Laufzeitverlängerung, und in der brandaktuellen Stellungnahme wird klar und deutlich: Der Ausstieg aus der Atomkraft ist die Voraussetzung für die Energiewende, die wir brauchen. Es ist ein Beitrag für mehr Klimaschutz. Eine Laufzeitverlängerung zerstört die Brücke ins solare Zeitalter, sie verhindert den Ausbau erneuerbarer Energien, und beide Technologiepfade sind nicht miteinander vereinbar. Atomarer Grundlaststrom passt wegen seiner schwerfälligen Regelfähig-

keit nicht zum naturgemäß schwankenden Angebot der regenerativen Energie.

(Beifall des Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90] sowie vereinzelt DIE LINKE)

Der Rat spricht von einem Systemkonflikt zwischen Atom-, Kohlekraftwerken sowie erneuerbaren Energien.

Ein Wort sei mir noch in Richtung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestattet. Sie haben in den letzten zwei Tagen immer wieder gefragt: Was hat sich denn hier mit Rot-Rot geändert? - Ich kann Ihnen ganz klar sagen: Einen Antrag zum Atomausstieg hätte es mit dieser CDU nie gegeben.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Frau Steinmetzer-Mann, Ihre Redezeit ist beendet.

Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE):

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen: Sehr geehrte Damen und Herren der CDU und der FDP, ich bitte Sie sehr, vor Ihrer Abstimmung noch einmal in sich zu gehen.

(Oh! bei der CDU)

- Hören Sie auf, das Thema lächerlich zu machen.

All jene von Ihnen, die die Risiken und Gefahren, die von dieser Technologie ausgehen, ausdrücklich ausschließen können, können den Antrag ablehnen. Aber all jene von Ihnen, die diese Risiken und Gefahren im Hier und Jetzt, auch für ihre Kinder und Enkelkinder, nicht ausschließen können, bitte ich um Zustimmung zum Antrag.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Steinmetzer-Mann. - Wir setzen die Rednerliste mit dem Abgeordneten der FDP-Fraktion, Herrn Beyer, fort.

Beyer (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vizepräsidentin Große:

Entschuldigen Sie, Herr Beyer, mir ist ein Fehler unterlaufen. Es wurde eine Kurzintervention des Abgeordneten Genilke angemeldet. Er erhält dazu natürlich die Gelegenheit.

Genilke (CDU):

Zwei Dinge muss ich an der Stelle anmerken, wenn ich schon persönlich angesprochen werde. Frau Steinmetzer-Mann, Sie sind vor nicht allzu langer Zeit bei uns durch den Wahlkreis gezogen und haben sich gegen die Braunkohle ausgesprochen;

Ihre Partei hat sich erst vor kurzem auf Antrag der Fraktion GRÜNE/B90 bei namentlicher Abstimmung zur Braunkohle bekannt, für die Sie ähnliche Gefahrenszenarien beschrieben, wie Sie das heute hier bezüglich der Atomkraft tun.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben, denke ich, deutlich gemacht, dass auch wir nicht an einer ewigen Weiterführung der Atomkraft festhalten, sondern es geht darum,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

dass wir ein Stück weit diese Vertragslaufzeiten verlängern wollen.

Zweitens: Ich habe zu der Schülergruppe nicht gesagt, dass wir nur Anfragen stellen, weil wir stören wollen. Sie müssen den Zusammenhang schon vernünftig darstellen. Ein Schüler bezog sich auf die Rede von Herrn Homeyer am gestrigen Tag und bemerkte, dass eine Nachfrage - ich weiß nicht mehr, von wem, das tut mir leid, aber sie kam mit Sicherheit nicht von der CDU, das lässt sich nachvollziehen - gestellt wurde und der Fragesteller, nachdem er die Frage gestellt hatte, den Raum verließ. Daraufhin habe ich gesagt, dass es einigen Abgeordneten offensichtlich egal ist, ob eine Anfrage nach sachlichen Kriterien erfolgt oder nicht. Wahrscheinlich sollte die Frage nur dazu dienen, den Redner zu verunsichern, ihn vielleicht sogar zu diskreditieren oder was auch immer. Das zu Ihrer Rede. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Frau Steinmetzer-Mann nimmt die Gelegenheit wahr zu erwidern.

Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE):

Herr Genilke, Sie waren hoffentlich bei der namentlichen Abstimmung zugegen und haben mitbekommen, dass ich für den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt habe, so, wie ich das auch in meinem Wahlkreis vertreten habe.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

Ich hoffe, Sie nehmen auch zur Kenntnis, dass meine Fraktion, die Linke, nie für einen sofortigen Ausstieg war, sondern immer den mittelfristigen und sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle gefordert hat, und dazu steht sie auch.

(Beifall DIE LINKE - Genilke [CDU]: Sofortigen Ausstieg!)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Steinmetzer-Mann. - Damit ist dies beendet, und die FDP-Fraktion kommt zu ihrem Rede-recht. Herr Abgeordneter Beyer, Sie haben das Wort.

Beyer (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für diese kurze Pause, ich bin noch einmal meditativ in mich

gegangen. Gestatten Sie mir deshalb die kurze Vorbemerkung.

Der von Ihnen eingebrachte Antrag ist nicht der erste, der letztlich nicht in dieses Haus gehört, da er nicht in unseren Zuständigkeitsbereich fällt.

(Beifall FDP und CDU)

Egal ob Gesundheitsfonds, Transaktionssteuer, Hilfen für Griechenland oder jetzt der Atomausstieg - allesamt Schaufensteranträge, die nicht die Sache in den Mittelpunkt stellen, sondern einzig dazu dienen, Ihre Parteibasen zu bauchpinseln.

(Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Aber davon ganz unabhängig: Auch wir, die FDP-Fraktion - Kollege Bischoff, hören Sie jetzt ganz besonders gut zu, schreiben Sie gerne auch mit -, sehen die Atomenergie überaus kritisch. Natürlich befürworten wir den mittelfristigen - ich betone ausdrücklich und wiederhole: den mittelfristigen - Ausstieg aus der Atomtechnologie. Es kann auf Basis heutigen Wissens gar keinen Zweifel daran geben, dass die Atomtechnologie aus primär zwei Gründen nur als sogenannte Brückentechnologie infrage kommen kann.

(Bischoff [SPD]: Ist doch beschlossen!)

Erstens ist diese Technologie nicht nachhaltig, da ihre Rohstoffbasis endlich ist.

(Bischoff [SPD]: Ist doch endgültig!)

Ganz einfach, darüber braucht man sich gar nicht lange aufzuregen.

Zweitens ist diese Technologie nicht nachhaltig, weil ihre ökonomische Grundlage bei einer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung mehr als schwammig ist, wozu insbesondere die Kosten aus der nach wie vor ungeklärten Endlagerungsfrage maßgeblich beitragen.

Nur, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, um all diese Fragen geht es in den vorliegenden Anträgen gar nicht. Worum es vielmehr geht, ist eine politische Grundsatzfrage. Es geht um die Frage, was Grundlage von Politik sein soll, was Grundlage brandenburgischer Politik sein soll: Soll Grundlage eine realistische und umfassende Beschreibung der Wirklichkeit sein, oder aber wollen wir unsere Wünsche und Wolkenkuckucksheime zur Grundlage unserer Entscheidung machen? Für uns Liberale ist die Beantwortung dieser Frage sonnenklar: Politik muss auf dem Boden der Tatsachen stehen und nicht auf Wunschdenken basieren.

(Beifall FDP und CDU)

Daher setzen wir uns für eine pragmatische und ideologiefreie Politik ein.

(Zurufe von der SPD)

Worum es in der Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten für AKWs - das wissen Sie genauso gut wie ich - geht, ist eine Reihe ungeklärter Fragen in der Energie- und Klimapolitik. Erst

dadurch spannt sich der Bogen nach Brandenburg. Wenn Sie sich schon die Mühe machen, das Thema Atompolitik auf Landesebene herunterzubrechen, dann achten Sie bitte darauf, dass Sie das Thema auch mit einem für das Land relevanten Kontext bearbeiten. Mit dem Finger auf „die da oben“ zu zeigen, kann nicht Anspruch einer Landesregierung sein. Anspruch einer Landesregierung müsste es sein, zunächst die Hausaufgaben zu machen. Klären Sie zunächst die Frage der Zuständigkeiten in der Energiepolitik!

Wer macht denn nun eigentlich die Energiepolitik in diesem Lande? Ist dafür der „Geheimbund Regierungsopposition Green-Cabinet“ zuständig, oder hat auch der Wirtschaftsminister irgendetwas dazu zu sagen?

Eine der wenigen Leistungen dieser Regierung - ich sage das ausdrücklich - ist es doch immerhin, einen Wirtschaftsminister gefunden zu haben, der wenigstens weitgehend auf dem Boden der Wirklichkeit steht. Mir wäre viel, viel wohler, Sie würden in der Energiepolitik öfter auf ihn hören.

(Beifall FDP und CDU)

Thematisch sieht sich Brandenburg zwei zentralen Herausforderungen gegenüber: Die eine - der Ausstoß von CO₂ - betrifft den klima- und umweltpolitischen Bereich, die andere - die energiepolitische Anforderung - stellt die Frage in den Mittelpunkt, woher wir künftig unseren Strom beziehen möchten. Eines ist klar: Das CO₂-Reduktionsziel Brandenburgs für das Jahr 2010 wurde deutlich verfehlt. Dass daran die Braunkohleverstromung ihren Anteil hat, steht, denke ich, mittlerweile außer Frage. Wenn wir nun wie die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen den Ausstieg aus der Braunkohle fordern würden - die Linke hat sich in dieser Frage bereits dahin bewegen müssen, auf den Wirtschaftsminister, der leider nicht anwesend ist, zu hören; geben Sie es ihm weiter -, was zu diesem Zeitpunkt aber grob fahrlässig wäre, dann setzen wir damit die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit und damit auch die Bezahlbarkeit unserer Energieversorgung leichtfertig aufs Spiel.

Ich bin gespannt, wie Sie den Menschen die Summe dessen, was Sie alles nicht wollen, erklären möchten. Ich möchte es nochmals hervorheben: Wir sehen weder die Braunkohle noch die Atomkraft als Energieträger des neuen Jahrtausends an. In diesem Punkt sind wir völlig bei Ihnen. Aber wir werden die schöne neue Welt nur über eine Brücke erreichen. Wenn wir eines Tages drüben sind, werden wir ganz auf Ihrer Seite stehen und die Brücke hinter uns gerne abreißen. Bis dahin aber werden wir mindestens Brückenunterhalter sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf dem Weg über die diversen energiepolitischen Brücken sind Ihre Anträge nicht nur inhaltlich unzureichend, sondern stellen Forderungen, die unseren Weg bremsen, anstatt ihn zu beschleunigen.

(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Man kann nur froh sein, wie schon so oft in historischen Stunden unseres Landes, dass die Verantwortung für die Energiepolitik der Republik in christlich-liberalen Händen liegt.

(Widerspruch DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Das schafft die Voraussetzung dafür, dass die Brücke so lange hält, bis die Truppe auf der anderen Seite ist.

(Lebhafter Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beyer. - Wir setzen die dynamische Debatte mit dem Abgeordneten Herrn Jungclaus von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

(Bischoff [SPD]: Reiß' alles wieder raus!)

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Das ist jetzt schwer zu toppen, ich versuche es also gar nicht erst.

(Bischoff [SPD]: Bloß nicht! Bitte!)

Bei dem kurzfristig eingereichten Antrag für das Festhalten am Atomausstieg hat sich die Koalition letzte Woche sicherlich gedacht: Da sind 120 000 Menschen aus ganz Deutschland zu einer Menschenkette aneinandergereiht aufgetreten und haben gemeinsam gegen Atomkraft demonstriert. Das müssen wir unbedingt aufgreifen. - Da kaufe ich Ihnen auch nicht so richtig die Motivation ab, die Sie vorhin mit den Kindern in Belarus und den Waldbeeren in Bayern beschrieben haben. Ich glaube, das ist ein Stück Ablenkung.

Zunächst haben Sie in der Sache natürlich Recht. Längere Laufzeiten für AKWs sind in umweltpolitischer und ökonomischer Hinsicht eine völlig falsche Weichenstellung. Deshalb werden wir dem vorliegenden Antrag natürlich zustimmen. Da Sie uns nicht die Möglichkeit gaben, uns in der Phase der Antragstellung einzubringen, haben wir einen Entschließungsantrag initiiert, dem sich die Koalition erfreulicherweise anschließen konnte. Dieses Prozedere hätten Sie allerdings erheblich verkürzen können. Unsere Position zum Atomausstieg war Ihnen beim Entwerfen Ihres Antrags sicherlich bekannt. Irgendwann werden wir die Situation haben, dass wir einen Entschließungsantrag zum Entschließungsantrag zum Entschließungsantrag einbringen.

Warum überhaupt dieser Entschließungsantrag? Spätestens seit Tschernobyl ist uns allen klar: Die Risiken von AKWs sind nicht national. Deshalb ist die Entscheidung der polnischen Regierung, statt an unserer Landesgrenze in der Nähe von Danzig ein AKW zu bauen, noch lange kein Erfolg. Die der Presse zu entnehmenden Erleichterung des Ministerpräsidenten teile ich jedenfalls nicht. Oder glauben Sie tatsächlich, dass es im Falle eines Unfalls einen Unterschied macht, ob Sie 150 oder 350 km davon entfernt wohnen?

(Bischoff [SPD]: Natürlich nicht!)

Gerade wegen der Risiken der Kernkraft ist eine grenzüberschreitende Politik unverzichtbar. Da kann ich auch nicht den Einwand von Herrn Bretz verstehen, dass wir in die Souveränität eines Staates eingreifen. Da sollte er sich einmal ein bisschen mit dem Gedanken von Europa vertraut machen.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie verweisen gerne auf Ihre hervorragenden Kontakte zu Polen. Nutzen Sie diese und unterstützen Sie unser Nachbarland bei der Entwicklung einer nachhaltigen Energiestrategie.

Wir können es der Landesregierung aber nicht ersparen, sie erneut auf ihre eigene Verantwortung für zukünftige nachhaltige Energiepolitik hinzuweisen. Denn die meisten Passagen Ihres Antrages sind eins zu eins auf die Braunkohleverstromung zu übertragen. Für neue Kohlekraftwerke ist nämlich ebensowenig Platz in einem zukunftsfähigen Energiesystem wie für die Atomkraft.

(Beifall GRÜNE/B90)

Daran ändert auch die Aussicht auf CCS nichts. Im Gegenteil. Das Interessante dabei ist: Während die Koalition die Atomenergie unter anderem mit dem Verweis auf die Endlagerproblematik ablehnt, schafft sie mit CCS das nächste Endlagerproblem. Denn diese Technologie ist ebenfalls hochriskant. Niemand wird Ihnen je garantieren, dass das Klimagas nicht aus seinem unterirdischen Endlager austritt. Der Skandal um das Atomlager Asse oder die aktuelle Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zeigen uns leider äußerst eindrucksvoll: Man wird manche Risiken nie hundertprozentig beherrschen. Deshalb ist es grob fahrlässig, Experimente mit CCS in bewohnten Gebieten zu unternehmen.

Unser Rat an die Landesregierung: Lernen Sie aus den Fehlern, die in der Vergangenheit in der Atompolitik gemacht wurden. Nehmen Sie Abstand von der CCS-Technologie. Ansonsten laufen Sie Gefahr, in einigen Jahren einen ähnlichen Antrag wie den jetzt vorliegenden stellen zu müssen, nämlich für den Ausstieg aus der CO₂-Verpressung.

Auch das in der Begründung zu Ihrem Antrag aufgeführte Arbeitsplatzargument trifft auf die Braunkohleverstromung zu. Bereits jetzt arbeiten weitaus mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger im Bereich der erneuerbaren Energien als in der Förderung und der Verstromung der Braunkohle. Deshalb ist es unserer Ansicht nach nicht ausreichend, sich ständig bei der Bundesregierung für das Festhalten am Atomausstieg einzusetzen. Es gibt zahlreiche energiepolitische Maßnahmen, die Sie selbst als Landesregierung dringend umsetzen können und müssen. Mit Ihrer auf Großkraftwerke ausgerichteten und dem Interesse von Vattenfall verpflichteten Energiepolitik blockieren Sie aber den notwendigen Strukturwandel in der Energieerzeugung.

(Domres [DIE LINKE]: Quatsch!)

Eine nachhaltige Energiepolitik in Brandenburg kann daher nur heißen: Raus aus Atom und Braunkohle, rein in die Erneuerbaren! Das liegt in der Verantwortung der Landesregierung.

(Domres [DIE LINKE]: Biogasanlagen!)

Auch gut gemeinte Aufforderungen an die Bundesregierung können davon nicht ablenken.- Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Jungclaus, dafür, dass Sie die Debatte sachlich beruhigt haben. - Wir fahren mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Die Ministerin Tack wird zu uns sprechen.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack: *

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich will mich bemühen, dass hier ein Maß an Sachlichkeit wiederhergestellt wird. Herr Beyer, ich finde schon, dass das Thema sehr wohl mit Landespolitik zu tun hat. Deshalb bin ich sehr froh und bedanke mich ausdrücklich bei den beiden Regierungsfractionen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Antrag. Eine positive Beschlussfassung stärkt uns bzw. unserem Regierungshandeln den Rücken.

Die Bundesregierung - das ist bereits gesagt worden - verfolgt Pläne, die den Ausstieg aus dem Atomausstieg verzögern, sie hat sich klar für eine Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke ausgesprochen. Es wird in den Medien und auch im politischen Raum von Laufzeitverlängerungen gesprochen, die für einzelne Atomkraftwerke eine Zeit von 60 Jahren widerspiegeln.

Vizepräsidentin Große:

Frau Ministerin, es gibt schon jetzt Fragebedarf.

Ministerin Tack:

Nein, Herr Bretz, ich sage erst das, was ich sagen möchte. Vielleicht werde ich danach Ihre Fragen hören.

Angesichts dieser Debatte um die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland habe ich beantragt, zur nächsten Umweltministerkonferenz - sie wird Anfang Juni in Bad Schandau stattfinden - dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, damit wir uns hier verständigen und positionieren können.

Einige von Ihnen werden sich daran erinnern - ich will es noch einmal sagen -: Das Land Brandenburg hat sich bereits 1990, zu Beginn der 1. Legislaturperiode, zum Verzicht auf die Nutzung von Atomenergie zur Energieerzeugung bekannt. Diesem Grundsatz fühlt sich natürlich auch die jetzige Regierungskoalition verpflichtet. Unser Ziel besteht - das ist erwähnt worden, das ist gerade auch von Herrn Jungclaus unterstrichen worden - in einem kontinuierlichen Ausbau regenerativer Energien bei gleichzeitiger Verbesserung der Energieeffizienz. Das haben wir besprochen. Dazu gibt es Beschlüsse.

Die vorangegangene Landesregierung hat die Energiestrategie 2020 vorgelegt. Das Parlament hat die Landesregierung beauftragt, zu Klimaschutz und Energiestrategie zu qualifizieren - da sind wir d'accord, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf mindestens 20 % zu steigern, Herr Jungclaus, und gleichzeitig den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 % zu vermindern. Das wird angestrebt. Das sind sehr herausfordernde Ziele, die wir uns gesteckt haben.

Meine Damen und Herren, die Katastrophe von Tschernobyl hat sich am 26. April 2010 zum 24. Male gejährt. Ich glaube, es ist Anlass genug, diesen Unfall, diese Katastrophe für Mensch und Umwelt in Europa zu analysieren und zu sagen: Diese Auswirkungen wollen wir nicht noch einmal erleben müssen. Deshalb müssen wir alles dafür tun, solch einem Unglück, so einem Unfall, so einer Katastrophe vorzubeugen.

2 000 Kilometer Entfernung haben uns letztendlich nicht vor den katastrophalen Auswirkungen geschützt. Eine solche Katastrophe - das ist schon gesagt worden - macht vor Landesgrenzen nicht halt. Deshalb sollten wir uns verabreden, dem Antrag folgend, alles zu tun, um künftige Katastrophen zu verhindern.

Meine Damen und Herren! Dieses Ereignis bewirkte eindrucksvoll, dass Menschen und Landesregierungen ihre Position zur Nutzung der Atomenergie für die Energieerzeugung kritisch hinterfragten. Eines hat diese Katastrophe erschreckend demonstriert, um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Atomenergie ist eine gefährliche und eben keine sichere Technologie.

Die Landesregierung vertritt den Standpunkt, dass die dieser Technologie innewohnenden Risiken für uns und für verantwortlich in der Politik Stehende nicht akzeptabel ist. Wir plädieren deshalb dafür, dass am geplanten Atomausstieg festgehalten wird.

Die offene Frage bezüglich eines Endlagers für die hochradioaktiven Abfälle aus den Kernanlagen Deutschlands bestärkt uns in dieser Auffassung. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Regierungsfractionen und dem Entschließungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen, damit wir für unser Regierungshandeln parlamentarische Unterstützung erfahren.

Meine Damen und Herren! Ich will noch etwas zum Thema Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn und zu unserer Positionierung sagen. Der Ministerpräsident hat sich in der vergangenen Legislaturperiode und auch ganz aktuell zu den Plänen der polnischen Nachbarn zur Errichtung eines Atomkraftwerkes unabhängig vom Standort dahin gehend geäußert, dass wir große Bedenken und eine ablehnende Position dazu haben.

Dennoch, meine Damen und Herren, will ich an dieser Stelle ganz deutlich unterstreichen: Unabhängig von der Position unseres Parlaments und auch der Landesregierung müssen wir akzeptieren, dass es sich um eine souveräne polnische Entscheidung handelt, ihre Energiestrategie zu entwickeln. Das stellt uns vor die Herausforderung - Dietmar Woidke wird sich an seine Amtszeit erinnern -, eine gute, zuverlässige Zusammenarbeit mit den polnischen Woiwodschaften fortzuführen. Wir müssen auf Arbeitsebene in Sachen Energiepolitik und insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien zusammenarbeiten. Wir müssen Windenergie, Biogasanlagen und anderes propagieren, damit die polnische Seite eine Chance hat, den erneuerbaren Energien eine Vorrangstellung zu geben. Das zum einen.

Zum anderen will ich in diesem Zusammenhang noch sagen: Die Landesregierung wird gegenüber dem polnischen Nachbarn bei ihrer Position bleiben. Das ist zugesichert. Dennoch wissen Sie - das will ich der Vollständigkeit halber sagen -, dass unsere Einflussmöglichkeiten begrenzt sind. Deshalb bitte ich Sie, überall da, wo es Chancen gibt - auch außerparlamentarisch -, aktiv zu werden, den Vorrang erneuerbarer Energien bei unseren polnischen Nachbarn zu propagieren. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin Tack. - Da die Regierung eine Minute und 39 Sekunden länger gesprochen hat, gäbe es die Möglichkeit für alle Fraktionen, sich noch einmal zu äußern. Zunächst ist die SPD-Fraktion mit ihrem Redebeitrag an der Reihe.

Dr. Woidke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schlimmste zuerst - und das ist in Ihrer Rede, Herr Bretz, leider nicht aufgetaucht -: Sie sind nach wie vor dabei, die Gefahren der Atomenergie zu verharmlosen.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Ich weiß nicht, ob Sie sich mit dem Thema wirklich gut auskennen. Sie haben ja Prof. Schierack in Ihrer Fraktion. Er ist Arzt und kann Ihnen vielleicht einmal erklären, was Plutonium ist. Vielleicht kann er Ihnen auch erklären, was Strontium ist. Er kann Ihnen sicherlich auch erklären, welche Halbwertszeiten beide Stoffe haben. Bei Plutonium beträgt die Halbwertszeit 24 000 Jahre. Das ist eines der stärksten bekannten Gifte.

Wenn Sie sagen, Sie gingen von einer sicheren Endlagerung aus, dann frage ich mich schon, warum die Atomins in der CDU und CSU - der eine heißt Horst Seehofer und der zweite heißt Herr Mappus und ist Ministerpräsident von Baden-Württemberg - nicht bereit sind, das zu tun, was in Europa üblich ist, wenn es um Endlagerung geht, nämlich im Granit nach sicheren Endlagerstätten zu suchen. Man besteht weiter darauf, in unsicheren Salzlagern wie Gorleben und Asse radioaktive Abfälle zu lagern - weit entfernt von zu Hause. Dort wollen sie diese Diskussion nicht haben, sie sind nicht in der Lage oder haben nicht den Mut, diese Diskussion zu führen, vermelden aber gleichzeitig, weiterhin Atomkraftwerke betreiben zu wollen.

Eines ist Ihnen wahrscheinlich nicht bekannt, es ist auch schon ein Weilchen her: Die Laufzeitverkürzung, die zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung vereinbart worden ist, haben sich die Konzerne fürstlich bezahlen lassen, und nicht von irgendjemanden, sondern vom Stromverbraucher. Wenn Sie schon eine Laufzeitverlängerung wollen, dann gehen Sie doch wenigstens hin und fordern, dass das aufgrund der verkürzten Laufzeiten zusätzlich kassierte Geld an den Stromverbraucher zurückfließt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

anstatt der paar Geschenke von einigen Millionen für erneuerbare Energien. Da lacht sich die Atomenergielobby kaputt.

Ein dritter Punkt: Sie haben über das Kernkraftwerk in Rheinsberg gesprochen. Ich habe den Prozess des Rückbaus in meiner Amtszeit als Umweltminister verfolgen dürfen. Ich kann Ihnen eines sagen: Wer diesen Rückbau verfolgt hat, hat mehrere Sachen mitbekommen. Erstens: Es gib keinerlei Akzeptanz für Atomenergie in Brandenburg. Das scheint Ihnen aber mittlerweile egal zu sein; Ihre Akzeptanz für die genossenschaftliche Diskussion am heutigen Morgen dürfte ungefähr genauso groß gewesen sein. Das interessiert Sie offensichtlich nicht mehr.

Aber etwas anderes sollte Sie interessieren, dass wir nämlich ohne Ende Steuermittel

(Petke [CDU]: In die Steinkohle tun!)

in den Rückbau dieses Atomkraftwerkes investieren mussten.

Ein abschließender Satz: Atomenergie kommt uns alle teuer zu stehen und das nicht nur finanziell. - Danke sehr.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Woidke. Die CDU-Fraktion hat noch eine Minute 39 Sekunden Redezeit.

Bretz (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Woidke, wenn Sie gestatten, möchte ich Sie ein Stück weit korrigieren. Der Rückbau des Kernkraftwerks Rheinsberg ist mitnichten abgeschlossen. Wir werden weiterhin mit radioaktivem Müll aus diesem Kernkraftwerk zu tun haben. Ich wollte Sie da nur korrigieren, weil Sie den Eindruck erweckt haben, der Rückbau sei abgeschlossen. Das ist er nicht.

Der zweite Punkt: Die Bundesregierung hat mitnichten eine Entscheidung darüber getroffen, ob die Laufzeiten für Kernkraftwerke verlängert werden.

(Zurufe von der SPD)

Es ist eine Entscheidung darüber getroffen worden, dass die Bundesregierung im Gegensatz zu dieser Landesregierung

(Anhaltende Zurufe)

verschiedene Energieszenarien erstellen lässt. Diese Energieszenarien beinhalten eine unterschiedliche Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, angefangen von keiner Laufzeitverlängerung bis gestaffelt in einigen Jahren.

Warum lässt man das rechnen? Weil man in der Energiepolitik die nichtlinearen interdependenten Wechselwirkungen gegeneinander stellen muss,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Woidke [SPD])

weil es - anders als in der SPD-Rhetorik - keine monokausalen Zusammenhänge in der Energiepolitik gibt. Das zu diesem Punkt.

Letzter Punkt an dieser Stelle, der ebenfalls wichtig ist und den Sie in Zukunft klären müssen. Ich kann Ihnen die Halbwertszeit von Plutonium nicht aus dem Kopf sagen. Was ich Ihnen aber aus dem Kopf sagen kann, sind die Halbwertszeiten der Antworten und der Versprechungen dieser Landesregierung.

(Widerspruch bei der SPD)

Zu diesen Halbwertszeiten kann ich Ihnen etwas sagen. Insbesondere kann ich Ihnen etwas zu den Halbwertszeiten der Wahlversprechen der Fraktion DIE LINKE sagen. Denn die Halb-

wertszeiten dieser Fraktion und dieser Partei sind sehr, sehr gering.

(Zurufe und Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Minister Speer: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Bretz (CDU):

Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass deren Halbwertszeiten am geringsten sind. Deshalb ist es von besonderem Interesse zu schauen, wie Sie sich in der Energiepolitik wiederum drehen werden.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Kollege Bretz. - Gibt es Redebedarf bei der Fraktion DIE LINKE? - Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN? - Das sehe ich nicht. Dann erteile ich der FDP-Fraktion das Wort.

(Frau Lehmann [SPD]: Herr Beyer, ganz ruhig bleiben!)

Beyer (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, noch einmal kurz auf das eigentliche Thema einzugehen. Ich werde die Hoffnung nicht aufgeben, dass man mit einem Redebeitrag auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsparteien einen gewissen Prozess des Nachdenkens einleiten kann. Insofern möchte ich noch einmal etwas zum Kern dessen, was ich ausgeführt habe, sagen. Kollege Woidke, wir sind diesbezüglich nicht unterschiedlicher Meinung:

(Krause [DIE LINKE]: Was?)

Alles, was Gefahren betrifft, können wir gemeinsam sofort unterschreiben. Dies ist jedoch nicht Gegenstand der Debatte. Ich möchte ausdrücklich nicht darauf eingehen, ob man Angst unbedingt zu einem guten Instrument der Politik erklären sollte,

(Jürgens [DIE LINKE]: Aha! Was haben Sie denn bei der Polizei gemacht? - Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

die Gefahren darzustellen ist jedoch durchaus berechtigt. Aufgrund dessen war es der Kern dessen, was ich gesagt habe: Jeder Tag, den wir in Brandenburg bei den Dingen, die wir regeln können, gewinnen, ist ein Vorteil auf dem Weg aus der Atomenergie. Da sind wir auch gleich wieder beim eigentlichen Thema: Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Je höher das Potenzial ist, mit regenerativen Energien kompensieren zu können, desto besser ist es. Jedes Kompensationsäquivalent hilft Zeit zu gewinnen, um schneller aus der Atomenergie zu kommen.

Diesbezüglich bleibe ich auch bei dem, was ich gesagt habe: Hören Sie gelegentlich auf den Wirtschaftsminister. Es wird Zeit, dass die Energiestrategie 2020 so schnell wie möglich

modifiziert wird, um endlich Planungssicherheit zu bekommen. Wenn wir dies haben, sind wir gern bei Ihnen und reißen die Brücken hinter uns ab. Ich verspreche Ihnen: Ich weiß, wie man Brücken so sprengt, dass der Gegner sie nicht wieder aufbaut. Ich bin dabei. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Kollege Beyer. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste angelangt und kommen nach dieser munteren Debatte zur Abstimmung über diesen Antrag.

(Unruhe bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Ich bitte Sie um Konzentration, damit Sie auch wissen, wann Sie Ihre Hand heben müssen.

Ich rufe den Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE - „Am Atomausstieg muss festgehalten werden“ -, der Ihnen in der Drucksache 5/883 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist dieser Antrag angenommen worden.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Ihnen in der Drucksache 5/1101 (Neudruck) vorliegt. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist auch dieser Antrag angenommen worden.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010 - HG 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/400
einschließlich Korrekturblatt

3. Lesung

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur 2. Lesung

Drucksachen 5/800 (Neudruck) bis 5/808
Drucksachen 5/810 bis 5/814
Drucksache 5/820

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt
und Finanzen

Drucksache 5/822

Ich eröffne die Aussprache mit dem Redebeitrag des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. - Herr Abgeordneter Richter, Sie haben das Wort.

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen Richter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat gestern den Gesetzentwurf zur Feststellung des Haushalts 2010 in 2. Lesung beraten und mehrheitlich angenommen. Er hat entsprechend der vorläufigen Geschäftsordnung den Haushalt an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Vorbereitung der 3. Lesung überwiesen. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat gestern Abend diese Beratung durchgeführt. Es gab einige wenige Änderungen, die ausschließlich die Finanzierung der Enquetekommission - diese haben wir gemeinsam beschlossen - betreffen. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat dann in seiner Schlussabstimmung das Haushaltsgesetz 2010 in 3. Lesung zur Annahme empfohlen.

Einen Haushalt zu erarbeiten, zu beraten und letztlich auch zu beschließen ist immer eine sehr besondere, aber auch enorme Arbeit. Wenn Sie die Seiten der Bände des Haushalts einmal zusammenzählen, stellen Sie fest, dass der Haushalt 2010 2 034 Seiten umfasst. In der einen oder anderen Weise waren wir alle - einige mehr, andere weniger - damit beschäftigt.

Unter anderem nach einer Landtagswahl, nach einer neuen Zusammensetzung der Ministerien und nach einer neuen Abgrenzung von Verantwortungsbereichen ist diese Aufgabe der Haushaltsberatung natürlich eine noch größere Arbeit. Der Haushaltsentwurf lag seit Februar zur Beratung vor, um den Fraktionen ausreichend Gelegenheit zu geben, sich mit diesen etwa 2 000 Seiten zu beschäftigen. Ursprünglich war die Beschlussfassung für Juni vorgesehen. Daraufhin gab es eine erste Beratung, in der sich alle Fraktionen darauf einigten - da eine Reihe von weiteren Entscheidungen von einem beschlossenen Landeshaushalt abhängt -, den Haushalt bis zum Mai abschließend zu beraten und Anfang Mai zu beschließen. Insofern wurde der Zeitraum für die Beratung um vier bis fünf Wochen verkürzt. Dies war nach den eingangs genannten Vorbedingungen ein anspruchsvolles Ziel, das nur durch sehr diszipliniertes Arbeiten aller Beteiligten erreicht werden konnte.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen, dessen stellvertretender Vorsitzender ich bin und für den ich hier auch spreche, hat sich in vier Sitzungen mit den vielfältigsten Anträgen befasst. Es ist der erste Haushalt der 5. Legislaturperiode. Alle Minister und - in wenigen Ausnahmefällen - die zuständigen Staatssekretäre mit ihren Mitarbeitern haben sich der Diskussion innerhalb des federführenden Ausschusses gestellt. Zudem waren die meisten Minister auch in den Fachausschüssen bei den anstehenden Beratungen anwesend. Der Finanzminister war in allen Beratungen im Ausschuss für Haushalt und Finanzen zugegen.

Nun möchte ich Ihnen den Gesamtumfang ein wenig verdeutlichen: Insgesamt wurden 158 Änderungsanträge beraten. Dies ist kaum zu glauben, wenn man sich die Zahl einmal vor Augen führt: 70 eigene Anträge wurden von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt, 25 eigene Anträge von der FDP-Fraktion, 19 Anträge - das wird gleich ein wenig relativiert - von den Koalitionsfraktionen, 18 Anträge von der CDU-Fraktion, 14 Anträge vom Präsidenten des Landtages und ein gemeinsamer Antrag von den Fraktionen CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bei den 70 Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben etwa 40 Anträge den gleichen Wortlaut, betreffen aber unterschiedliche Haus-

haltstitel. Insofern ist die Zahl - so, wie ich sie genannt habe - richtig. Von diesen 158 Anträgen wurden 35 Anträge angenommen und 123 abgelehnt.

Mein Respekt gilt diesbezüglich vor allem den kleinen Fraktionen - das betone ich ausdrücklich -, bei denen die ganze Last der Arbeit auf wenigen Schultern ruht. Dabei meine ich nicht nur die Abgeordneten, sondern auch deren Mitarbeiter und Referenten, die all das in der kurzen Zeit leisten mussten, wofür wir als große Fraktion sehr viel mehr Zeit - wenn man die Zahl der Mitarbeiter ins Verhältnis setzt - haben.

(Beifall SPD, FDP und GRÜNE/B90)

Wäre allen Anträgen stattgegeben worden, hätten wir ein Volumen - Barmittel und Bürgschaften - von etwa 578 Millionen Euro umverteilt. Aber natürlich wurden nicht alle Anträge angenommen.

(Görke [DIE LINKE]: Gott sei Dank!)

Dies ist auch nicht verwunderlich; denn die Interessen sind doch sehr unterschiedlich. Einmal setzte unter anderem die Koalition Schwerpunkte in ihrer Arbeit, die nicht von allen Fraktionen mitgetragen wurden. Als Deckungsquellen für Änderungsvorschläge wurden jedoch oft Maßnahmen benannt, die genau in diese Bereiche eingreifen würden.

Meine Damen und Herren, trotz dieser oft gegensätzlichen Konstellation herrschte während der Diskussionen in allen Ausschusssitzungen eine sehr sachliche, faire und konstruktive Atmosphäre. Für mich waren das die ersten Haushaltsberatungen - ich bin ja neu hier -, weshalb ich mich auch ausdrücklich bei allen Beteiligten bedanke, dass es in einer solchen Art und Weise ablief.

(Beifall SPD, FDP und GRÜNE/B90)

An dieser Stelle möchte auch Frau Dr. Ludwig - der Vorsitzenden dieses Ausschusses - ausdrücklich danken, die alle Sitzungen - bis zur letzten Woche - souverän und straff geleitet hat. Ich vertrete sie also erst seit wenigen Tagen.

(Frau Muhß [SPD]: Im wahrsten Sinne des Wortes! - Allgemeiner Beifall)

Die Mitglieder des Ausschusses für Haushalt und Finanzen haben naturgemäß die meisten Sitzungen gehabt. Ich möchte allen Abgeordneten danken, die diesen straffen Ablauf sichergestellt haben - auch wenn es anstrengende Wochen waren -, so dass wir nahezu fünf Wochen einsparen konnten.

Natürlich müssen sehr viele Rädchen ineinandergreifen, um einen so anspruchsvollen Durchlauf hinzubekommen. Das sind nicht nur wir Abgeordnete. Ich möchte einen herzlichen Dank an den Landesrechnungshof richten. Der Landesrechnungshof hat in sämtlichen Sitzungen wertvolle Hinweise gegeben, und die Hinweise des Hofes waren oft auch Grundlage für Änderungsanträge zum Haushalt. Herzlichen Dank an den Landesrechnungshof!

(Beifall SPD)

Den Abgeordneten habe ich bereits gedankt. Aber natürlich wird die Hauptarbeit bei der Erarbeitung und die ständige An-

passung des Haushalts - wie gesagt, 2 000 Seiten Papier - von den Mitarbeitern der Verwaltungen in den Häusern geleistet. Ich komme aus einer Verwaltung, ich habe allerhand Verständnis für Verwaltung. Insofern weiß ich auch, was damit zusammenhängt. Auch hier ein herzliches Dankeschön an all die, die das hergestellt haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Einer Frau möchte ich zum Schluss besonders danken: Frau Markowski von der Landtagsverwaltung. Ich finde es ganz erstaunlich,

(Beifall SPD und DIE LINKE)

wie sie dem Ausschuss immer zur Seite steht. Da ist einmal diese unglaubliche Fülle von Beratungsunterlagen, die fristgerecht, korrekt und fehlerfrei bei jedem Abgeordneten auf dem Tisch liegen müssen. Dann ist da zum anderen die Vielzahl von Änderungsanträgen. Wir alle kennen das. Da kommen ganz frische Änderungsanträge, und am nächsten Morgen müssen sie schon beraten werden. Da sind oft nur wenige Stunden Zeit, auch von gestern zu heute war das so, um die Unterlagen für uns zusammenzustellen. Die müssen kopiert, verteilt, richtig zugeordnet werden. Das alles leistet Frau Markowski. Ich finde das ganz erstaunlich. Es wäre zu überlegen, ob ihr in der nächsten Haushaltsberatung, zumindest in der heißen Phase, eine zweite Kraft zur Seite stehen könnte.

(Beifall SPD, DIE LINKE und FDP)

Meine Damen und Herren, mit der heutigen Beschlussfassung ist die Beschäftigung mit dem Haushalt nicht beendet. Es gab eine ganze Reihe von Hinweisen, die weiterhin Gegenstand von Ausschusssitzungen sein werden. Ich habe es ausdrücklich auch so empfunden, dass wir unter einem sehr großen Zeitdruck standen und die Vielzahl von Anträgen manchmal auch ein bisschen mehr Zeit gebraucht hätte. Insofern sage ich: Der Haushalt 2011 lässt grüßen. Wir sind fast schon wieder in den Anfängen zu den Beratungen zum nächsten Haushalt. Ich habe große Hoffnung, dass wir mehr Zeit für einzelne fachliche Themen haben werden. Dann werden wir eventuell auch den einen oder anderen Beschluss nicht in der Kürze fassen müssen, sondern können uns ein bisschen länger damit beschäftigen. Ich denke dabei beispielsweise an die vielen Energieanträge, die von den Grünen vorlagen.

Zunächst einmal wollen wir aber den Haushalt 2010 auf den Weg bringen, wie es der Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich empfohlen hat. Ich danke Ihnen allen für die intensive Arbeit. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Richter. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der SPD fort. Herr Abgeordneter Woidke wird zu uns sprechen.

Dr. Woidke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir biegen nun auf die Zielgerade der Haushaltsberatungen 2010

ein. Ähnlich wie es Manfred Richter schon getan hat, möchte ich mich bei allen bedanken, nicht nur für das Sitzfleisch, das Sie alle hier in den letzten drei Tagen beweisen mussten, sondern auch dafür, dass es gemeinsam gelungen ist, diesen Haushalt zeitiger als ursprünglich vorgesehen zu verabschieden, wenn wir ihn denn heute verabschieden werden, wovon ich ausgehe. Das hat alle vor besondere Herausforderungen gestellt, und ich möchte mich hier im Allgemeinen neben den Regierungsfractionen bei der Opposition bedanken. Ich möchte mich aber besonders, auch wenn sie heute nicht da sein kann, bei Frau Dr. Ludwig bedanken - ich bitte Sie, ihr diesen Dank zu übermitteln - und bei Manfred Richter und den Damen und Herren Mitgliedern des Finanzausschusses, die in besonderer Art und Weise in den letzten Wochen und Monaten mit intensiver Arbeit konfrontiert worden waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Haushalt ist sozusagen ein Regiebuch oder ein Drehbuch für die Regierung. Es ist Ausweis der Politik unserer Koalition. Genauso ist dieser Haushalt auch aufgebaut. Wir handeln nach dem Prinzip: versprochen und gehalten. Wir haben Gemeinsinn und sozialen Aufstieg versprochen. Genau das werden wir Schritt für Schritt in diesem Land auch herbeiführen. Dieser Haushalt ist der erste, aber ein sehr wichtiger Schritt auf diesem Weg. Es wird nicht in jedem Punkt von heute auf morgen gehen, aber dieser Haushalt weist den Weg auch schon für die kommenden Jahre.

Wir haben versprochen, die Mittel für die Kinderbetreuung aufzustocken; genau das machen wir, und zwar mit 12 Millionen Euro in diesem Jahr. Im nächsten Jahr werden es 36 Millionen Euro sein. Wenn ich mich an die Debatte von vorhin zum Schüler-BAföG erinnere, Herr Hoffmann oder Frau von Halem: Was ist denn bitte dieses Geld anderes als eine stärkere Förderung der frühkindlichen Bildung? Dieses Geld zielt genau in die Richtung Ihrer Forderung, und wir tun das, auch wenn die finanzielle Situation - darauf komme ich nachher noch zurück - des Landes eine sehr schwierige ist. Damit wachsen die Landesmittel bei den Kitas um ein Drittel. In den Gruppen bei den unter Dreijährigen werden sich nur noch sechs Kinder einen Erzieher teilen müssen, bei den Drei- bis Sechsjährigen nur noch zwölf. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lebenschancen, schon von den Kleinsten angefangen. Ich denke, dass auch Frau Dr. Ludwig, der ich von dieser Stelle aus noch einmal recht herzlich zu Artur Jan Rugart gratuliere, von diesen Verbesserungen profitieren wird.

(Beifall SPD)

Wir haben versprochen, 1 250 neue Lehrerinnen und Lehrer bis 2014 einzustellen. Genau das machen wir. Zum ersten Mal seit 1990 stellt das Land Lehrer in dieser Größenordnung ein, 450 sollen es in diesem Jahr sein. Das ist ein großer Schritt, um die Qualität in den Lehrerzimmern und besonders die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Wir haben ein Brandenburger Schüler-BAföG versprochen; dieses Versprechen lösen wir ein; heute fand die 1. Lesung des Gesetzes statt. Wir stellen gut 1 Million Euro in diesem Jahr für das Schüler-BAföG bereit. Mit dem Schüler-BAföG setzen wir ein wichtiges Signal, damit Kinder aus einkommensschwachen Familien eine faire Chance bekommen, Abitur zu machen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Chancengerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gerade und insbesondere bei der Bildung nicht nur anfangen, sondern dort auch aufhören.

Wir haben versprochen, die Netzwerke „Gesunde Kinder“ auszubauen. Genau das tun wir. 1 Million Euro in diesem Jahr, das stärkt junge Eltern, das verbessert das Netz für Familien und schafft eine Kultur des Hinschauens für unsere Kinder. Meine Damen und Herren, ob Ihnen in der Opposition das dann immer gefällt oder nicht, Sie sehen daran - da können wohl Sie auch kaum etwas anderes behaupten -: Wir halten, was wir versprechen.

(Beifall SPD)

Das ist sozialdemokratische Politik, das ist unser Markenzeichen, und das wird es auch bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben in einer Zeit, in der wir auch vor harten, aber notwendigen Entscheidungen nicht zurückschrecken dürfen. Mit dem Personalkonzept 2020 verlangen wir von unseren Landesbediensteten viel, wir verlangen sogar sehr viel. Aber wenn wir diesen Stellenabbau schaffen, dann hat das Land Brandenburg eine der effizientesten, wenn nicht gar die effizienteste Landesverwaltung in der gesamten Bundesrepublik. Daher finde ich es auch gerecht, dass wir mit dem Haushalt 2010 denjenigen, die diese Leistung in den kommenden Monaten und Jahren erbringen werden, mit 100 % vom Westgehalt ein angemessenes Gehalt zahlen. Gute Arbeit soll und muss, das trifft im Besonderen auch für den Landesdienst zu, gut entlohnt werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Auch ich habe vorgestern vor dem Landtag die demonstrierenden Gewerkschafter gesehen. Ich habe mit ihnen gesprochen, und die Demonstration für Weihnachtsgeld und gegen Stellenabbau hat viele von uns beschäftigt. Viele Abgeordnetenkollegen habe ich gesehen, die dort ebenfalls Gespräche geführt haben. Man darf aber dabei nicht vergessen, dass das Land Brandenburg in diesem Jahr mit ca. 142 Millionen Euro pro Jahr nicht nur die Erhöhung auf 100 % realisiert und bezahlt hat, sondern dass zum 1. März auch das Gehalt im laufenden Tarifvertrag um 1,2 % angehoben worden ist. Sie können sich angesichts der in den vergangenen Tagen hier dargelegten Zahlen leicht ausrechnen, dass für weitere Sonderleistungen des Landes wenig Spielraum bleibt.

Die Gehaltsanpassung an das Westniveau - das hatte ich schon erwähnt - kostet uns 142 Millionen Euro, und zwar nicht nur im Jahr 2010, sondern in allen kommenden Jahren - in Zeiten, in denen in vielen Bereichen die Reallöhne krisenbedingt sinken und viele Menschen mit Kurzarbeitergeld zurechtkommen müssen. Das Geld, das wir, wenn wir den Forderungen der Gewerkschaften folgten, mehr ausgeben müssten, fehlte nicht nur heute, sondern es würde, weil es aus Krediten aufgebracht werden müsste, auch morgen an vielen anderen Stellen fehlen. Wir müssen jeden ausgegebenen Cent an anderer Stelle wieder hereinholen bzw. sehr genau darüber nachdenken, an welchen Stellen wir zusätzlich Geld ausgeben. Es steht mir nicht zu, die Gewerkschaften zu kritisieren, aber mir sei die Anmerkung gestattet, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Verpflichtung gegenüber ihren Mitgliedern ist die eine Sache. Die Situation des Landes Brandenburg sollten sie darüber aber nicht aus dem Blick verlieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man nun die Reden der letzten Tage, im Speziellen die Reden der Opposition, Revue passieren lässt, muss man den Eindruck haben,

Brandenburg stehe kurz vor dem Untergang. Das ist sicherlich eine Sicht, die man haben kann, aber es ist eine sehr kurze Sicht. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit in Brandenburg seit fast 20 Jahren.

(Senfleben [CDU]: Und wem ist das zu verdanken?)

Brandenburg ist nahezu das einzige Bundesland, Herr Senfleben, in dem die Arbeitslosigkeit auch in der tiefsten Wirtschafts- und Finanzkrise weiter gesunken ist.

(Senfleber [CDU]: Sagen Sie mal, wer dafür gesorgt hat! Die Unternehmen!)

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs steigt, und auch bezüglich dieses Zuwachses stehen wir bundesweit an der Spitze. Die Brandenburger Wirtschaft ist damit bisher so gut wie kaum eine andere in Deutschland durch die Krise gekommen. All das zeigt: Unser Land ist robust und gut aufgestellt. Es zeigt, dass unsere Wirtschaft - auch die Landwirtschaft, das darf ich hinzufügen - mittlerweile eine wettbewerbsfähige Struktur hat, mit der wir uns bundesweit sehen lassen können. Das alles ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis harter Arbeit in erster Linie der Brandenburgerinnen und Brandenburger in den letzten Jahren. Es ist natürlich - Herr Senfleben, da haben Sie vollkommen Recht - zu einem gewissen Teil auch der Politik der Landesregierung, und zwar der jetzigen rot-roten, aber auch der rot-schwarzen Vorgängerregierung, geschuldet, die gute Rahmenbedingungen geschaffen hat.

Diese positive Entwicklung des Landes Brandenburg ist indes kein Selbstläufer. Deshalb verändern wir Strukturen in unserem Land so, dass der soziale Zusammenhalt gewahrt bleibt, Aufstiegschancen möglich sind und wir uns das Ganze auch in Zukunft noch leisten können. Was passiert, wenn man alles schleifen lässt, können wir seit einer Weile fast täglich in der Zeitung lesen. Vor Monaten waren es die massiven Probleme in Lettland und in Ungarn, die dort zu einem dramatischen Absturz der Wirtschaft mit Lohnkürzungen und einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt haben. Die aktuell desolante Situation in Griechenland zeigt, wie bedrohlich es für Länder werden kann, die Strukturreformen auf die lange Bank schieben, und welche gravierenden Auswirkungen das im speziellen Falle von Griechenland auf ganz Europa derzeit hat und auch in Zukunft noch haben kann.

Nun leben wir hier nicht auf einer Insel, schon gar nicht auf einer Insel der Glückseligen. Aber fest steht: Unser Land, die Region Berlin und Brandenburg ist eine Zukunftsregion in der Mitte Europas. Wir sind noch lange nicht da, wohin wir kommen wollen; daran gibt es keinen Zweifel. Brandenburg und Berlin sind vielleicht noch ein Rohdiamant, aber wir arbeiten sehr hart daran, dass er jedes Jahr ein bisschen stärker glänzt. Das Richtfest am neuen Willy-Brandt-Flughafen heute Morgen ist da eine weitere wichtige Facette. Dieser Flughafen wird dazu beitragen, dass rund um Schönefeld eine Boomregion für Luftfahrt und Logistik entsteht, und dieser Flughafen - das sei noch hinzugefügt - wird für weiteres wirtschaftliches Wachstum in Brandenburg sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir schaffen mehr Solidarität und Gerechtigkeit in diesem Land, aber wir brauchen Gerechtigkeit in ganz Deutschland. Das kann diese Koalition allein nicht leisten. Auch wir sind dem finanzpolitischen

Chaos ausgeliefert, das uns die Bundespolitik in den letzten Monaten eingebracht hat.

(Zuruf von der CDU: Na klar, jetzt kommt das wieder!)

Solidarität und Zusammenhalt, gerechte und solidarische Verteilung von Gewinnen und Belastungen, das wäre eine Finanzpolitik, die Brandenburg, die ganz Deutschland braucht. Denn wir müssen auch über die Einnahmen reden. Wie würden denn unsere Länderhaushalte aussehen, wenn sich die FDP mit ihren steuerpolitisch wahnwitzigen Vorschlägen zur weiteren Entlastung um 16 Milliarden Euro auf Bundesebene durchsetzte? Allein in diesem Jahr büßt das Land Brandenburg dank des von mir umtitulierten „Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetzes“ 55 Millionen Euro ein. In den Folgejahren werden es - die Zahl beruht auf bereits gefassten Beschlüssen - 80 Millionen Euro sein. Das geht auf Ihr politisches Konto.

(Senfleben [CDU]: Genau wie die Kindergelderhöhung!)

Ihre finanzpolitische Irrfahrt auf Bundesebene reißt uns alle - damit meine ich das demokratische Gemeinwesen, Länder und auch die Gemeinden - in den Schuldenstrudel. Reden Sie mit den Bürgermeistern vor Ort. Meine Gemeinde hat einen FDP-Bürgermeister, reden Sie mit ihm. Reden Sie mit den CDU-Landräten. Sie können reden, mit wem Sie wollen, niemand wird Ihnen etwas anderes erzählen.

Ich hatte gestern Abend das zweifelhafte Vergnügen, in den „Tagesthemen“ den Auftritt von Herrn Westerwelle zu verfolgen, der meinte - ich dachte erst, ich hätte mich verhört, aber anscheinend hat er sich verhört -, die Steuerschätzung sei ein Beweis dafür, dass man jetzt erst recht Steuern senken müsste. Ich habe gedacht, er hätte vielleicht die Vorzeichen verwechselt. Wir reden nicht von 39 Milliarden Euro zusätzlich, wie Herr Westerwelle vielleicht meint, sondern von 39 Milliarden Euro minus. Das sollte man beachten.

Der einzelne Bürger zahlt die Zeche Ihrer Politik.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Er zahlt die Zeche beim Eintritt ins Schwimmbad, bei den Müllgebühren, bei den eingeschränkten Leistungen, die die Gemeinden und die Bundesländer in Zukunft nur noch erbringen können. Wir alle bezahlen dafür, dass Sie Steuergeschenke an Ihre Klientel verteilen.

Gestern wurde die Steuerschätzung nun endlich auf den Tisch gelegt. Die Diskussion hat es nicht wesentlich beeinflusst; darauf bin ich schon eingegangen. Ich denke, dass das, was Herr Westerwelle gestern gesagt und von der Bundesregierung gefordert hat, in höchstem Maße verantwortungslos ist - ich hoffe eigentlich immer noch auf die Vernunft - und von den Bürgern in diesem Land längst nicht mehr verstanden wird.

(Bischoff [SPD]: Wir hoffen auf die Wahl in NRW!)

Herr Westerwelle ist auf Kurs Griechenland. Ich meine das im schlimmeren Sinne. Es geht hier nicht etwa um sein Urlaubsziel, sondern um die finanzpolitische Zukunft Deutschlands. Wer Steuergeschenke verteilt, Steuern senkt, ohne gleichzeitig für solide Staatsfinanzen zu sorgen, der treibt den Staat in den Ruin. Das sollten wir alle aus dem Fall Griechenland gelernt haben.

Und dann hören wir tagelang von verschiedenen Vertretern der Opposition, dass es dieser Regierung an Sparwillen mangle. Was wir hier in Brandenburg tun können, das tun wir, meine Damen und Herren von der Opposition. Wir haben uns mit unserem Koalitionsvertrag bereits zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts in den nächsten Jahren bekannt. Brandenburg wird bis 2014 die Zahl der Landesbediensteten auf 45 500 reduziert haben, 2019 werden es sogar nur noch 40 000 Landesbedienstete sein, und das Ganze ohne eine betriebsbedingte Kündigung. Das ist eine große Herausforderung für vorausschauendes Personalmanagement in der Landesverwaltung.

Wenn ich das hier noch einmal sage, dann versteht es sich von selbst - insofern kann ich die Debatte, die Herr Petke vorhin führte, nicht verstehen, auch wenn er sagte, dass er von Haushaltspolitik nicht so viel Ahnung habe, was man ihm ja noch nachsehen könnte -, dass man sich irrt, wenn man meint, man könne Personal sparen und gleichzeitig an Strukturreformen vorbeikommen. Man irrt sogar gewaltig. Sie können sich nicht jeder Strukturreform-Debatte verweigern und gleichzeitig das Ende von Einsparungen beim Personal fordern.

(Vereinzelte Beifall SPD - Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Mehr Personal könnten wir selbst dann, wenn wir wollten, Herr Senftleben, nicht bezahlen. Damit setzen wir die radikalsten Ausgabenreduzierungen in der Geschichte des Landes in die Tat um. Es sind schmerzhaft Einschnitte, die vorgenommen und schmerzhaft Diskussionen, die geführt werden müssen, aber ich denke, dass dies notwendig ist. Sie können, ohne diese Debatte zu führen, den Landeshaushalt nicht solide gestalten.

Wir haben bei der Polizei und in der Forstverwaltung erste Pläne vorgelegt, wie wir das umsetzen können und umsetzen wollen. Ich wundere mich, dass FDP und CDU so vehement gegen jegliche Reformvorschläge wettern. Ich vermute dahinter leider ganz billige Polemik, die diesem Land mit Sicherheit nicht weiterhilft.

Im Zweifel setzen Sie sich immer für den schlanken Staat ein, der sich auf seine Kernaufgaben beschränken sollte. Die Anträge, die Sie hier vorlegen - egal, ob zu einer weiteren Begabtenförderung, zu Praxisassistenten auf Landeskosten oder höheren Gehaltsgruppen für Landesbedienstete -, sind das Gegenteil von Aufgabenkritik und erst recht von einem schlanken Staat. Wenn Sie zudem Ihre Parteikollegen im Bundestag endlich einmal dazu bringen könnten, dieses Land nicht permanent um seine finanziellen Einkünfte zu bringen, dann könnten wir sogar, Herr Bretz, über den einen oder anderen Vorschlag, den Sie hier unterbreitet haben, ernsthaft reden. So geht das aber beim besten Willen nicht. - Schauen Sie mich so an, weil Sie mich hypnotisieren wollen? - Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Auch hier zeigt sich wieder die politische Kurzsichtigkeit von CDU und FDP. Sie fordern von uns „Sparen, sparen, sparen“, aber wenn wir konkrete Vorschläge machen, dann hören wir immer: Ja, aber in diesem Bereich nun bitte ausgerechnet nicht! Da dürfen wir nicht sparen; da stellen wir eine kleine Anfrage zur Polizeiwache in Sawiesow, wir stellen eine kleine Anfrage zu einer Grundschule in Sonstow, wir stellen uns damit natür-

lich vor jede Strukturveränderung und beweisen den Bürgern, dass wir bürgernah sind. - So funktioniert es nicht! Sie sollten auch hier zu einer gewissen Solidität Ihrer Arbeit zurückfinden.

(Vereinzelte Beifall SPD - Bretz [CDU]: Jetzt bin ich hypnotisiert!)

Herr Bretz, Sparen funktioniert nur, wenn man Lippenbekenntnisse auch Taten folgen lässt. Das sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben. Dann, wenn das Sparen konkret wird, sollte auch die Opposition Flagge zeigen. Konkrete Einsparvorschläge sind Sie uns nämlich in dieser Haushaltsdebatte schuldig geblieben, und ich glaube, das wird sich auch in der nächsten Debatte nicht wesentlich ändern. Allenfalls werden der öffentliche Beschäftigungssektor oder das Brandenburger Schüler-BAFöG als Einsparbereiche genannt, aber ich sage Ihnen: Wer Hand an diese Projekte legen will, der lässt genau diejenigen Menschen allein zurück, die die Hilfe des Starken am meisten brauchen. Das jedoch werden wir, meine Damen und Herren, als SPD-Fraktion nicht zulassen.

(Beifall SPD und vereinzelte DIE LINKE)

Drei Ziffern hat die Opposition in den letzten Tagen und Wochen besonders beschäftigt: Eine 6, eine 5 und eine 0 - 650 Millionen Euro Neuverschuldung bzw. Ermächtigung des Finanzministers zur Aufnahme neuer Schulden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist viel. Das ist eigentlich auch zu viel! Wir Sozialdemokraten sind dankbar für jeden Euro, den wir nicht aufnehmen müssen, denn zukünftige Zinszahlungen belasten nur unsere künftige Handlungsfähigkeit.

Aber, meine Damen und Herren, eines muss wahr bleiben: Mit den 650 Millionen Euro Ermächtigung zur Kreditaufnahme für den Finanzminister stehen wir im Ländervergleich relativ gut da. Wir als Land Brandenburg nehmen pro Kopf voraussichtlich 260 Euro neue Schulden auf. Es ist der Opposition nach ihrer harschen Kritik gestattet, sich in dieser Bundesrepublik Deutschland ein wenig umzuschauen. Schauen wir einmal über die Landesgrenze nach Niedersachsen: Herr Ministerpräsident Wulff - CDU - hat im Jahr 2010 einen Kreditbedarf von 290 Euro pro Kopf. Frau Wanka hat auch gleich einen Willkommensgruß in Niedersachsen erhalten - sie darf nämlich den Wissenschaftshaushalt um 100 Millionen Euro kürzen.

Schauen wir ein wenig weiter südwestlich, nach Nordrhein-Westfalen: Herr Rüttgers - CDU -, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, verschuldet sein Land in diesem Jahr um 375 Euro pro Kopf. Gehen wir von Düsseldorf weiter nach Wiesbaden: Herr Koch ist bekanntlich Ministerpräsident von Hessen und Mitglied der CDU. Er regiert das von den Steuereinnahmen her reichste Flächenland, aber dieses ist, was die Nettoneuverschuldung betrifft, nicht ohne: Herr Koch braucht pro Kopf 550 Euro an neuen Krediten.

Schauen wir nach Schleswig-Holstein: Herr Ministerpräsident Carstensen - CDU - braucht 560 Euro pro Kopf an neuen Krediten im Jahr 2010.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie hier vom Brandenburger Haushalt als „Schuldenhaushalt“ reden, wie würden Sie denn dann die soeben genannten

Länderhaushalte bezeichnen? Dann müssten Sie eine Steigerung finden; das fällt Ihnen offensichtlich schwer.

(Bischoff [SPD]: Merkel-Haushalt!)

Jetzt aber kommt der Gipfel: Jetzt lenke ich den Blick dorthin, wo sich die hiesige vermeintliche Jamaika-Opposition in einer Jamaika-Regierung wiederfindet. Es gibt ein Land in dieser Republik, welches von Grünen, CDU und FDP unter der Führung eines Ministerpräsidenten Müller - CDU - regiert wird. Diese Jamaika-Koalition macht vielleicht eine ganze Menge, aber eines mit Sicherheit nicht, und das ist seriöse Haushaltspolitik. Herr Müller - CDU - nimmt im Jahr 2010 pro Einwohner 1 000 Euro neue Schulden auf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herr Vogel, Sie kann ich nicht immerzu anschauen, da muss ich den Kopf so stark drehen, aber vielleicht sollten Sie sich das auch einmal hinter die Ohren schreiben.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Gehen wir weiter und suchen nach weiteren Beispielen für „solide“ Finanzpolitik. Schauen wir dafür gar nicht so weit nach Süden oder Westen; schauen wir doch einfach nach Berlin! Dort sitzen die Bundeskanzlerin Angela Merkel - CDU - und Herr Schäuble - CDU -. Herrn Schäubles Haushalt enthält einen Kreditbedarf von 80 Milliarden Euro. Auch das sind umgerechnet, Herr Senfleben, 1 000 Euro neue Schulden für jeden einzelnen Bürger dieser Bundesrepublik Deutschland. So viel also zur „soliden“ Finanzpolitik, die die CDU zu vertreten hat.

Nun frage ich Sie vor diesem Hintergrund und diesen Schulden: Können Sie es im Ernst verantworten, nochmals 39 Milliarden Euro wegbrechen zu sehen und gleichzeitig Steuersenkungen zu planen?

(Beifall SPD)

Ein Wort noch zu den Vorschlägen der Grünen zum Abbau der Schuldenlast. Die Grünen fordern, wir sollten die Pensionsvorsorge für Beamte auflösen. Das ist ein Vorschlag, der immer mal wieder aufkommt. Wenn eine Pensionsvorsorge nicht existiert, wird beantragt, man müsse endlich eine solche einführen, damit die Transparenz des Haushalts gegeben ist. Und wenn man eine Pensionsvorsorge schafft, dann wird gesagt, nachhaltige Finanzpolitik made by den Grünen im Landtag Brandenburg bestehe darin, diese Pensionsansprüche aufzulösen. Aber deswegen fallen diese doch nicht weg, Herr Vogel. Ich denke, es ist für dieses Hohe Haus gut, transparent zu bleiben. Sie selbst sind ja jemand, der irgendwann in den Genuss eines solchen Pensionsanspruches kommen wird.

(Zurufe von der Fraktion GRÜNE/B90: Falsch!)

Diese Pensionsansprüche sollten daher schon im Haushalt klar erkennbar sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch eine andere Facette, die in der Haushaltspolitik eine Rolle spielt. Das sind die Diskussionen, die momentan in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zum Länderfinanzausgleich geführt werden.

(Petke [CDU]: In NRW!)

Offenbar schätzt man das Land Brandenburg als mittlerweile so stabil ein, dass man meint, man könne den Länderfinanzausgleich massiv einschränken. Ich sage hier noch einmal ganz deutlich - und ich denke, das werden auch Ihre Ministerpräsidenten zumindest aus den Nordländern nicht anders sehen -: Wer am Länderfinanzausgleich rüttelt, gefährdet die Wohlstandsg Grundlagen unserer Republik insgesamt. Das ist weit entfernt von Wachstum, Bildung und Zusammenhalt, dem angeblichen Ziel der Bundesregierung.

Es ist doch grotesk, wenn in einem geeinten Deutschland der Finanzausgleich wieder einmal Federn lassen soll. Wer das will, ist alles Mögliche, aber kein Freund des Zusammenwachsens dieses Landes. Er spaltet die Bundesrepublik nicht nur nach Ost und West, sondern vor allem auch nach Arm und Reich. Ich sage hier noch einmal ganz deutlich: Wenn sich diese Spalterei und diese Diskussion durchsetzt, dann sind langfristig die Grundlagen unser aller Wohlstands in Gefahr. Ich kann die Herrschaften von CDU und FDP nur bitten: Stoppen Sie den Unsinn, den Seehofer, Koch und Mappus offensichtlich vorhaben! Hände weg vom Länderfinanzausgleich! Sie gefährden damit die innere Einheit unseres Landes.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt setzt Maßstäbe für das politische Programm der Großen Koalition aus Sozialdemokratie und Linkspartei. Er ist ein Beweis dafür, dass Brandenburg besser als andere Bundesländer durch die Krise kommt - das wird hoffentlich auch so bleiben - und dass Brandenburg eine solidere Finanzwirtschaft betreibt als der Rest der Republik.

Dieser Haushalt investiert in die Menschen. Wir gestalten Brandenburg und lassen uns auf diesem Weg nicht beirren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag des Abgeordneten Dombrowski, CDU-Fraktion, fort.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht eines vorweg, bevor ich zu meinem vorbereiteten Beitrag komme. Lieber Dieter Woidke, es wird nicht jeder wissen, aber zumindest der Kollege Ness wird es wissen: In Niedersachsen gab es einmal einen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder. Er wurde später Bundeskanzler, und in jenem Jahr hat der Verfassungsgerichtshof in Niedersachsen ihm einen verfassungswidrigen Haushalt bescheinigt. Das haben wir dann im Weiteren auch bei der damaligen Bundesregierung erlebt.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage noch eines: Lieber Kollege Woidke, wenn das Land Brandenburg am Anfang nächsten Jahres Geberland ist, dann gestatten wir als Opposition Ihnen so viele Schulden aufzunehmen, wie Sie wollen; denn Nordrhein-Westfalen und Hessen sind ja Geberländer, wie du sicherlich weißt.

(Beifall CDU)

Zum Saarland vielleicht so viel: Da kennen sich ja SPD und Linke gleichermaßen aus. Dort gab es einen Ministerpräsidenten Lafontaine, dessen Land immer von der öffentlichen Wohlfahrt abhängig war, sich aber in der Landesvertretung des Saarlandes einen Fünf-Sterne-Koch geleistet hat. Das ist das, was wir auch in Ihrer Haushaltspolitik wiederfinden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dombrowski (CDU):

Nein, im Moment nicht. Ich möchte jetzt zu meiner Rede kommen. Kollege Görke, auf Sie komme ich noch zurück.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushalt für das Jahr 2010 treten wir - und man kann das sicherlich ohne Übertreibung sagen - in ein Jahrzehnt der Entscheidungen für unser Land ein. Denn im Jahr 2020 wird sich zeigen, ob wir ein selbstständiges und starkes Brandenburg oder aber ein Problemfall in der Bundesrepublik Deutschland werden.

Am 30. Oktober 2009 sagte Herr Markov der „Berliner Zeitung“ in einem Interview:

„Ich möchte, dass Brandenburg Prioritäten setzt. Die entscheidende Frage dabei ist: Wo ist die Vision des Landes? Wo will es hin?“

Ja, genau diese Frage stellen wir uns bei Ihrem ersten Haushalt. Nur, eine Antwort gibt es nicht. Die Eckpunkte und Rahmenbedingungen, die in den kommenden zehn Jahren die Handlungsfähigkeit unseres Landes prägen, wurden in diesem Hohen Haus bereits sehr oft dargestellt, man sollte daher eigentlich meinen, dass jeder der 87 Abgeordneten der fünf Fraktionen diese Fakten kennt und im Schlaf aufzählen kann. Weil aber der Haushaltsentwurf der Landesregierung diese Bedingungen absolut ignoriert, möchte und kann ich es Ihnen nicht ersparen, noch einmal auf die wesentlichen Punkte hinzuweisen.

Im Jahr 2020 wird Brandenburg durch die demografische Entwicklung einen Bevölkerungsrückgang von 2,5 auf 2,2 Millionen Einwohner erleben, keine Solidarpaktmittel erhalten - in diesem Jahr, Sie wissen es, sind es 1,25 Milliarden Euro -, nur noch über Einnahmen von 7,5 bis 8 Milliarden Euro verfügen. Im Moment sind es 10,5 Milliarden Euro, wie Sie wissen. Wegen der Schuldenbremse werden wir keine neuen Schulden aufnehmen dürfen, ich sage, Gott sei Dank. Dies sind keine vagen Prognosen, sondern feststehende und seit langem bekannte Tatsachen, die verantwortungsvolle Haushaltspolitik erfordern. Die Schuldenlast beträgt bereits heute 18,9 Milliarden Euro, das sind über 7 500 Euro pro Kopf. In diesem Jahr sind schon 7 % des Haushalts, also 750 Millionen Euro, allein für Zinsen aufzuwenden. Ohne Gegensteuern wird sich dieser Anteil bis 2020 auf 15 % verdoppeln. Dann wird jeder sechste Euro für Zinsen ausgegeben und nicht für Bildung, Straßen, Sicherheit, Kinder und Ähnliches mehr.

Anstatt zu sparen, wachsen die Ausgaben 2010 auf 10,5 Milliarden Euro, und die Neuverschuldung liegt nun bei stolzen

650 Millionen Euro. Ein Grund für den Kollegen Woidke, sich damit zu brüsten. Dabei werden doch 80 % der hart erwirtschafteten Rücklagen verfrühstückt. Und obwohl in Ihrem Koalitionsvertrag nur eine dünne Seite zum zentralen Thema Finanzpolitik steht, schaffen Sie es, selbst diese sehr allgemein gehaltenen Vorgaben zu missachten. Dort steht:

„Ausgabensteigerungen sind grundsätzlich durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen, neue Aufgaben durch Aufgabenreduzierungen an anderer Stelle zu kompensieren.“

Aber die zusätzlichen Ausgaben für Kita, öffentlichen Beschäftigungssektor oder Schüler-BAföG werden nur auf Pump finanziert.

Meine Damen und Herren, nun kann man sich fragen: Warum legt die Regierung so einen Haushalt vor? Die Antwort ist einfach. Dieser Haushalt ist das Spiegelbild des ersten halben Jahres von Rot-Rot in Brandenburg. Stückwerk, Mutlosigkeit und Unprofessionalität,

(Beifall CDU)

aber vor allem ein fehlendes Konzept sind Markenzeichen dieser Regierung. Im Wahlkampf und nach den Koalitionsverhandlungen hörte man bei den Linken oft das Wort „Politikwechsel“. 15 000 Bürger wollten Sie in einen öffentlichen Beschäftigungssektor bringen. Die SPD wiederholt gebetsmühlenartig ihre sogenannten K.o.-Forderungen, die nach der Wahl sofort umgesetzt werden sollten. Sogar Gesetzentwürfe gab es angeblich schon. Ein halbes Jahr danach können Sie nun schon gemeinsam das umsetzen, was Sie vollmundig angekündigt haben.

Aber wie sieht die Realität aus? Seit Beginn der Legislaturperiode befassen Sie sich mit sich selbst, sind wie gelähmt und haben so gut wie nichts auf die Reihe bekommen. In den Fachausschüssen, zum Beispiel im Umwelt- und Gesundheitsausschuss, müssen Abteilungsleiter auftreten, weil Minister und Staatssekretäre nicht können oder nicht wollen. Und bei landespolitisch wichtigen Projekten wie der ILA verträdeln Sie wichtige Entscheidungen. Wir hoffen, es wird doch noch zu einem positiven Ergebnis für Brandenburg und Schönefeld kommen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

In einem Parteitagsantrag des SPD-Landesvorstands steht, dass die Brandenburger Sozialdemokraten einen Qualitätszirkel einrichten wollen. Dazu kann ich Sie nur ermuntern, denn mehr Qualität täte Ihnen in der Regierung wirklich gut.

(Beifall CDU)

Das schlimmste Urteil jedoch, meine Damen und Herren: Sie haben die Bürger getäuscht und hinters Licht geführt. Vorgestern sagte Minister Rupprecht an dieser Stelle, angesprochen auf Aussagen der SPD vor den Landtagswahlen - ich habe es mir notiert -:

„Politische Ansichten sind das eine, Realitäten das andere.“

Das Schüler-BAföG liegt nun als Gesetz vor. Aber was dabei gesetzgeberisch angeboten wurde, ist ein schlechter Witz. Von

den insgesamt 1,1 Millionen Euro, die im Haushalt für 2010 für das SPD-Lieblingsprojekt vorgesehen sind, sollen 315 000 Euro nur für Verwaltungskosten aufgewendet werden. Das heißt, ein Drittel des Geldes wird allein für Bürokratie ausgegeben. Solche Bürokratiemonster sind schädlich und sollten nach dem Sonderausschuss, dem Tina Fischer vorgestanden hat, der Vergangenheit angehören.

(Beifall CDU)

Zudem werden im Wissen um die Anrechnungsproblematiken die Leistungen für ALG-II-Bezieher nur für das Jahr 2010 geregelt. Es ist völlig unklar, was 2011 passiert.

Die Lehrgewerkschaft GEW liegt vollkommen richtig, wenn sie dieses Instrument als bloße Symbolpolitik bewertet und fordert, stattdessen mehr gegen Unterrichtsausfall zu unternehmen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Wer mehr Chancengleichheit will, muss viel früher anfangen. Diese Forderung des GEW-Chefs Günther Fuchs trifft den Kern. Wenn Kollege Woidke vorhin der Gewerkschaft vorgeworfen hat, mit ihren Forderungen und Feststellungen aus den letzten Tagen die eigene Klientel - Gewerkschafter - zu befriedigen, zu bedienen, dann stimmt das nicht. Die Gewerkschafter haben sich für die Zukunftschancen der Kinder ausgesprochen. Es ging da nicht um mehr Lohn oder Ähnliches,

(Beifall CDU)

sondern es ist von Experten nachgewiesen worden, dass das Schüler-BAföG an der falschen Stelle wenig oder nichts bewirkt. Ganz konkret hat Herr Fuchs gesagt: In der 5. oder 6. Klasse muss man eingreifen und fördern, wenn es Sinn machen soll. - Dem ist im Grunde nichts hinzuzufügen.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Warum aber kommt dann ein solches Gesetz hier auf den Tisch? - Na klar, es ist ein Symbol. Es ist heute schon verschiedentlich von anderen Rednern auch auf die Sondierungsgespräche zur Bildung einer Landesregierung Bezug genommen worden. Ich hatte das Privileg, dabei sein zu dürfen - zumindest zweimal. Gerade bei dem Thema Schüler-BAföG habe ich gut in Erinnerung - dies sage ich stellvertretend für alle, die dabei waren -, wie Kollege Ness, als wir darüber diskutierten, ausführte: Dieses Schüler-BAföG hat für uns einen hohen bzw. Symbolwert. - Es geht tatsächlich um ein Symbol, es geht nicht um eine tatsächliche Wirksamkeit, und von daher hat nicht nur Herr Fuchs von der GEW Recht, sondern auch die Opposition, wenn sie sagt: Dieses Mittel ist nicht wirksam.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren, mit verantwortungsvoller Politik hat das nichts zu tun.

Kommen wir zum nächsten Bereich, zum öffentlichen Beschäftigungssektor. Auch hier wird mit Zahlen jongliert und werden Inhalte vorgegaukelt. Ein solcher Sektor hat noch nie als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt funktioniert.

(Schippel [SPD]: Soll er auch gar nicht!)

Und Berlin ist kein leuchtendes Vorbild. Erst streicht man öffentliche Aufgaben, um sie dann als zusätzliche Aufgaben von billigeren Arbeitskräften erledigen zu lassen. - Das ist nur nicht von mir, sondern von Frau Stumpenhusen, dennoch kann ich mich dieser Auffassung sehr wohl anschließen, auch wenn Herr Kollege Woidke erklärt hat: Das, was die Gewerkschaften hier erklären, ist im Grunde genommen völlig egal.

Abgesehen davon, dass allein die Idee, Arbeitsplätze direkt durch den Staat zu schaffen, ein Irrweg ist, setzt das Finanzierungskonzept dem Widersinn die Krone auf: Über fünf Jahre sollen 14 Millionen Euro für 8 000 Stellen eingesetzt werden. Das sind pro Teilnehmer 1 000 Euro pro Jahr, also 83 Euro monatlich. Sie wissen, Frau Wanka hat das schon damals vorgerechnet und als „Jobtrappe“ bezeichnet.

Das restliche Geld - es sollen immerhin für jeden Teilnehmer 1 200 bis 1 300 Euro monatlich sein - fehlt. Woher es kommen soll, ist unklar; vielleicht hören wir es noch. Wieder ist festzuhalten: Sie haben auch dafür kein Konzept.

Schließlich das dritte Beispiel für die Plan- und Ziellosigkeit dieser Koalition: der Mindestlohn. Vor der Landtagswahl im Juli 2009 verabschiedete die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf, der für alle öffentlichen Aufträge einen Mindestlohn vorschreiben sollte. Auch das war eines der sogenannten K.-o.-Kriterien, das sofort nach der Wahl umgesetzt werden sollte. Auch die Linke klatschte damals Beifall. Und auch da hatte ich das Vergnügen, in den Sondierungsgesprächen mit Herrn Baaske dieses Thema zu behandeln oder zu „verhandeln“. Wir waren uns schnell einig, weil beide beteiligten Verhandlungspartner im Grunde genommen wussten, dass dieses Gesetz - egal, was darin steht - überhaupt keine Wirkung entfalten wird. - Auch dies nur ein Stück Symbolpolitik ohne jeden Realitätsbezug und ohne jede Wirkung.

Nun sind sechs Monate ins Land gegangen, und von einem Mindestlohngesetz ist außer irgendwelchen umstrittenen Eckpunkten ebenfalls nichts zu sehen. Nicht, dass wir als CDU darüber unglücklich wären. Von mir aus können Sie dieses Gesetz auch gern wieder als K.-o.-Kriterium für die nächste Landtagswahl ankündigen. Auch hier derselbe Befund: kein Konzept.

Diese Beispiele zeigen eindeutig, dass die Linkskoalition nicht über eine bloße Ankündigungspolitik hinausgekommen ist.

In diese Reihe passt auch die Vorhersage von Kollegen Woidke - ich möchte nur an das erinnern, was er vorhin sagte -: Wir halten, was wir versprechen. - In diese Reihe passt auch die Vorhersage des Ministerpräsidenten und der Landesregierung, dass es bis Ende 2009 in Brandenburg keine weißen Flecken mehr bei der Versorgung mit schnellen Internetverbindungen geben soll.

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Sie versprechen und kündigen an, doch am Ende ist alles nur heiße Luft.

(Krause [DIE LINKE]: Weil der falsche Partner da war!)

- Sie haben insofern Recht, als nicht der falsche Partner, sondern der zuständige Minister Junghanns damals auf die öffentliche Anfrage, wie das geschafft werden soll, folgende ehrliche Antwort gab: Für Wunder bin ich nicht zuständig.

Jeder von Ihnen weiß, dass das Entfernen dieser weißen Flecken natürlich nicht gelungen ist. Es war ja auch nie wirklich Absicht. Es war eine Ankündigung, um bei den Wahlen möglichst positiv dazustehen. Es ist nicht lebensentscheidend für die Menschen in Brandenburg, schnelles Internet zu haben. Es zeigt aber die Strukturen, die Zielstrebigkeit, mit der insbesondere die SPD in dieser Zeit die Menschen mit Verlockungen hinters Licht zu führen versucht.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

So schließt sich der Kreis zum Haushalt. Auch hier haben Sie angekündigt, dass im Jahr 2014 keine neuen Schulden gemacht werden sollen. Aber dafür tun Sie mit dem Etat 2010 rein gar nichts.

Unseren Antrag, die Schuldenbremse im Brandenburger Landtag umzusetzen, haben Sie im Februar dieses Jahres abgelehnt. Nun gut, wir werden damit wiederkommen, wenn auch nicht genau damit. Sie werden ja wissen, dass sich alle Fraktionen im Landtag Schleswig-Holstein - darunter auch die SPD - darauf verständigt haben, die Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein aufzunehmen. Ich halte das für eine sehr kluge Entscheidung in einem Flächenland, das von der Struktur und auch von der Einwohnerzahl her gut mit Brandenburg zu vergleichen ist. Der Kollege Woidke nickt. Dann wird ja unser Anliegen und unser Vorschlag, eine Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Brandenburg aufzunehmen, bei Ihnen auf fruchtbaren Boden fallen. Wir werden nicht einfach einen Antrag stellen, sondern Ihnen dazu entsprechende Schreiben übergeben und Vorschläge unterbreiten. Dann können wir uns vielleicht darauf verständigen, gemeinsam - genauso wie in Schleswig-Holstein - für die Sicherung der Perspektiven unseres Landes tätig zu werden.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, lassen Sie jetzt eine Zwischenfrage zu?

Dombrowski (CDU):

Ja, bitte.

Görke (DIE LINKE):

Herr Kollege Dombrowski, kennen Sie die Zielstellung der langfristigen Finanzplanung dieser Landesregierung, die wir heute beraten, die vorsieht, dass im Jahr 2014 - unabhängig von einer Schuldenbremse - die Nettokreditaufnahme bei null stehen wird?

Zweitens: Können Sie dem Hohen Haus verraten, warum eine Verfassungsänderung in Schleswig-Holstein zur Einführung einer Schuldenbremse vorgenommen wird, wenn man gleichzeitig vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Schuldenbremse klagt?

(Zuruf von der CDU: Falsch!)

Dombrowski (CDU):

Ja, Herr Kollege Görke, mein ganzer Redebeitrag rankt sich ja darum, wie diese Koalition, diese Landesregierung bis 2014

die Nettokreditaufnahme von null Euro realisieren will. Das habe ich ja gesagt: Gerade das ist nicht zu erkennen, ist nicht einmal zu vermuten.

Wenn in Schleswig-Holstein mittlerweile alle Fraktionen zu der Auffassung gelangt sind, dass eine Schuldenbremse eine gute Sache und so wichtig ist, dass sie in die Landesverfassung gehört, finde ich diesen Erkenntniszuwachs für alle Fraktionen außerordentlich begrüßenswert und hoffe, dass auch die Linke in Brandenburg sich diesem Erkenntniszuwachs nicht verschließt. Andere können es auch.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das zweifellos richtige Ziel, 2014 ohne neue Kredite auszukommen, tatsächlich erreichen wollen, dann müssen Sie nach Ihrer eigenen Planung - jetzt komme ich darauf, Herr Görke - bis dahin 1,4 Milliarden Euro einsparen. Das sind in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 jeweils über 500 Millionen Euro. Sie sagen eben nicht, Herr Görke, meine Damen und Herren, wo Sie diese enormen Reduzierungen vornehmen wollen,

(Bischoff [SPD]: Ihr aber auch nicht! - Senftleben [CDU]: Doch, ihr habt den Antrag abgelehnt!)

sondern schieben die Probleme einfach vor sich her.

Kollege Bischoff hat gerade einen geistreichen Zuruf gebracht. Das ist auch lustig: Der Kollege Bischoff stellte sich hier vorgestern hin und sagte, die Opposition hat keine Vorschläge zum Einsparen gemacht. - Und eine Stunde später kommt der Kollege Görke und liest den Antrag der CDU mit einer Werthaltigkeit von 200 Millionen Euro vor. Ob Sie das akzeptieren oder nicht, ist eine andere Frage, aber es zeichnet ein Bild, wie Sie in dieser Koalition miteinander klarkommen.

(Görke [DIE LINKE]: Welchen Antrag haben Sie gestellt?)

- Genauso war das.

(Bischoff [SPD]: Sonntagsreden!)

Wenn Sie dann notgedrungen wirklich streichen und kürzen müssen, werden viele Projekte und Maßnahmen einfach abrupt enden, ohne dass sich die Betroffenen darauf werden einstellen können.

Sie steuern unser Land ohne Airbag auf eine Wand zu,

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Deshalb halten Sie an der Schuldenbremse fest!)

die schon jetzt deutlich zu erkennen ist, aber statt zu bremsen, schließen Sie die Augen und drücken noch aufs Schuldengas.

Die Begründungstaktik für den vorprogrammierten Crash hat Kollege Bischoff vorgestern in seiner Rede schon einmal offenbart. Er sagte: Man kann bei den Ausgaben nicht so schnell reagieren, wie die Einnahmen wegbrechen.

(Bischoff [SPD]: Das ist euer Problem!)

Das hört sich erst einmal plausibel an. Aber solche Aussagen erinnern mich an den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard

Schröder, den ich eben schon erwähnt habe, der die Verletzung der Maastricht-Kriterien und den blauen Brief der EU mit „höherer Gewalt“ gerechtfertigt hatte. Die höhere Gewalt war damals Rot-Grün in Deutschland,

(Bischoff [SPD]: Heute Schwarz-Gelb!)

und in Brandenburg ist es jetzt Rot-Rot.

Immer wenn es in den letzten Wochen um den Haushalt dieses Landes ging, hat die Landesregierung ein Totschlagargument, das sie auch in den letzten beiden Tagen wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat: Der Bund sei schuld, weil er die Steuern für Bürgerinnen und Bürger gesenkt hat

(Krause [DIE LINKE]: Was wahr ist, muss auch wahr bleiben!)

und Brandenburg deshalb über weniger Geld verfügt. Dabei führen die Steuerentlastungen der Bundesregierung zu für Brandenburg im Jahr 2010 überschaubaren Mindereinnahmen von 50 Millionen Euro. Die kommen ganz besonders Familien mit Kindern zugute.

(Beifall CDU und FDP - Krause [DIE LINKE]: Das ist Quatsch!)

Familien in Brandenburg erhalten in diesem Jahr über 70 Millionen mehr Kindergeld. Das übersteigt bei Weitem die Steuerzufälle für den Landeshaushalt.

Ich komme auf den Kollegen Woidke zurück, der von Klientelpolitik sprach. Jawohl, Familien und Kinder sind unsere Klientel.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Sie haben heute auch schon an anderer Stelle, als es um den von dem Kollegen Wichmann begründeten Antrag ging, deutlich gemacht, was Ihre Klientel nicht ist. Zu Familien und Kindern stehen wir allemal.

(Beifall CDU und FDP - Krause [DIE LINKE]: Blödsinn! Konzepte von vor 30 Jahren! - Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Es ist beschämend, Frau Kaiser, wenn Sie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes als Rechtfertigung für Ihren dürftigen, unzureichenden Haushalt anführen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wir rechnen bloß!)

- Das würde mich aber wundern.

Als völlig untaugliche Rechtfertigung bemüht insbesondere die Linke den Blick zurück und zeigt mit dem Finger auf frühere Landesregierungen,

(Krause [DIE LINKE]: Wer diskutiert immer über früher? Sie schauen ständig zurück!)

die auch hohe Neuverschuldungen zu verantworten hatten. Dazu gibt es zweierlei zu sagen. Erstens gab es in den vergange-

nen Jahren einen klaren Konsolidierungskurs, mit dem der Weg aus der Verschuldungsfalle erfolgreich begonnen wurde. Die Nettokreditaufnahme sank seit dem Jahr 2002 kontinuierlich. 2007 sowie 2008 wurden keine neuen Schulden aufgenommen

(Krause [DIE LINKE]: Wirtschaftlicher Aufschwung!)

und sogar Rücklagen in Höhe von 550 Millionen Euro gebildet. Sie haben nicht nur die Rücklage verbraucht, sondern auch den Weg der Konsolidierung verlassen. Zweitens kann der Finanzminister, Herr Markov, diese Vorwürfe, diesen Brandenburger Weg mit seinem Koalitionspartner intensiv diskutieren. Schließlich kamen alle Finanzminister vor ihm von der SPD, und 70 % der heutigen Schulden wurden vor 1999 gemacht.

Herr Görke, da wir uns so gut kennen und um auch für Sie einen kurzen Ausblick zu geben, wie das Ganze funktioniert: Im Landkreis Havelland gab es eineinhalb Jahre eine Zusammenarbeit zwischen der Linkspartei.PDS und der SPD. Herr Görke, Sie wissen, wie diese Zusammenarbeit ausgegangen ist.

(Görke [DIE LINKE]: Mit der indirekten Wahl des Landrates!)

Als die Linkspartei der SPD einen Antrag aufdrückte, die Finanzierung von Sozialausgaben mit der Deckungsquelle „Einnahmen aus Geschwindigkeitsmessanlagen“ zu versehen, war das Fass endgültig am Überlaufen, und die Zusammenarbeit wurde beendet. Nachdem sie ein Jahr aus der unterschweligen Zusammenarbeit, wie es hieß, ausgetreten waren, seitdem hat der Landkreis Havelland wieder einen ausgeglichenen Haushalt. Damit haben Sie nichts zu tun.

(Beifall CDU)

Das, was Sie da im Kleinen getan haben, tun Sie auch im Großen.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie einmal: Wie fühlt man sich eigentlich als Regierungschef, wenn Ihr Koalitionspartner, die Linke, immer wieder auf die Miss-, Fehlleistungen der letzten Regierung hinweist -

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

das haben wir in der Haushaltsdebatte gehabt -, insbesondere auf die Versäumnisse in der Bildungspolitik, auf das Versagen in der Finanzpolitik und viele andere Dinge, wenn man sich das mit anhören muss,

(Frau Große [DIE LINKE]: 200 Schulen wurden geschlossen!)

wenn SPD-Minister aus einer Zeit, die Sie als die besten fünf Jahre Brandenburgs bezeichnet haben, von Ihrem Koalitionspartner derartig vorgeführt werden? Natürlich ist die Linkspartei klug genug, immer auf die CDU als Juniorpartner der damaligen Regierung zu weisen. Aber zum Beispiel im Bereich Bildung und Finanzen

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

haben keine Minister von uns Regierungsverantwortung getragen. Das ist eine Taktik, die da heißt: Ich schlage den Sack und meine den Esel.

(Krause [DIE LINKE]: In Ihrem Fall ist beides gleich!)

Mir drängt sich der Eindruck auf, Herr Ministerpräsident, dass so, wie diese Koalition hier funktioniert, der Schwanz mit dem Hund wedelt und der Hund dabei noch ein gequält lächelndes Gesicht machen muss.

All das zeigt, meine Damen und Herren, dass Sie die Grundproblematik immer noch nicht verstanden haben. Dies unterstreicht Herr Görke mit seiner Aussage: Wir haben kein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem. Jeder, der einmal einen Betrieb geführt hat, weiß, wenn es einmal eng wird, hat man immer beides. Man hat nicht nur ein Einnahmeproblem oder nur ein Ausgabeproblem, man hat immer beides. Das zu verdrängen und zu sagen, es gäbe nur ein Einnahmeproblem, ist ganz gefährlich. Ich kann nur Landrat Schröter aus der gestrigen Presse zitieren, der auf Potsdam wies und angespornt durch die Diskussion um die Munitionsräumung in Oranienburg sagte: Die Blindgänger sitzen in Potsdam.

(Beifall CDU und FDP)

Und er hat ganz konkret einen Namen genannt.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

Die Wahrheit ist genau das Gegenteil. Brandenburg hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem. 2008 lagen wir bei rund 130 % der Einnahmen der westlichen Flächenländer. Das Land ist also nicht unterfinanziert, sondern gibt einfach zu viel aus. Rot-Rot packt aber gerade nicht die strukturelle Senkung der Ausgaben an, sondern dreht stattdessen an der Steuer-schraube. Es wird unterschiedlich genannt. Der Kollege Bischoff nannte es kürzlich, am Mittwoch, „strukturelle Steuererhöhungen“. Der Kollege Görke nannte es „gezielte Steuererhöhungen“ und sprach von einem „antizyklischem Schuldenverhalten bzw. Investitionsverhalten“. Das Problem ist nur, Herr Kollege Görke: Wie lange soll der Zyklus dauern?

(Bischoff [SPD]: Was macht denn Frau Merkel? Was macht denn der Bund? Was macht Herr Koch?)

Ich befürchte, dieser Zyklus wird über Jahre dauern und viel zu lange, um Brandenburg gutzutun.

(Beifall CDU und FDP)

2011 soll Brandenburg mit 5 % die höchste Grunderwerbssteuer aller Länder bekommen. Das ist ein fatales Signal an alle hart arbeitenden Bürger, die sich mit einem Hausbau eine verlässliche Altersvorsorge schaffen wollen. Die Wohneigentumsquote liegt in Brandenburg bei 40 %. Das ist gut, aber sie könnte noch höher werden.

(Krause [DIE LINKE]: Daran wird ein Kauf nicht scheitern!)

Diesen 40 % Wohneigentumsbesitzern muss es wie Hohn vorkommen, wenn Herr Görke vor vier Wochen erklärt: Die Grund-

erwerbssteuer soll von derzeit 3,5 % 2011 auf 5 % erhöht werden. Dies ist aus meiner Sicht gerechtfertigt. Diese Steuererhöhung geht nicht zulasten von sozial Bedürftigen.

Herr Görke, Sie leben doch auch in Brandenburg. Wer sind denn diese Häuslebauer? Sind das alles die Millionärinnen und Millionäre in Brandenburg, die sich große Villen bauen? Oder sind das die Facharbeiter, die einfachen Leute, die sich ihr Häuschen ganz mühsam vom Munde absparen, um endlich auf eigener Scholle zu wohnen?

(Beifall CDU und FDP - Zurufe der Abgeordneten Görke und Krause [DIE LINKE])

Das sind für Sie die Reichen. Da hat der Kollege Folgart die Chance, ein bisschen an seinem Image zu arbeiten, wenn er sich mit seiner ablehnenden Haltung in diesem Punkt durchsetzt.

(Beifall CDU und FDP)

Mit diesem Haushaltsentwurf werden die drängenden Probleme unseres Landes überhaupt nicht angegangen, sondern kurzerhand werden alle Probleme in die Zukunft verschoben. Die 2010 mit hoher Kreditaufnahme erkaufte Ruhe wird das Land teuer zu stehen kommen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Von Ruhe ist hier nichts zu spüren!)

Die Chancen, im Jahr 2020 erfolgreich zu sein und auf eigenen Beinen zu stehen, werden bereits mit diesem Haushalt stark geschmälert. Das Kennzeichen dieser Koalition ist und bleibt die Vertragungspolitik, die die Probleme nicht löst, sondern verdrängt. Herr Platzeck als Verfechter des vorsorgenden Sozialstaates steuert Brandenburg in einen Schuldenstaat, denn die Landesregierung geht den Weg des geringsten Widerstandes, statt die notwendigen Sparanstrengungen zu ergreifen.

Zu allem Überfluss will sich der Finanzminister nun auch noch als Bänker betätigen und mit 200 Millionen Euro aus dem Versorgungsfonds für Beamte an der Börse spekulieren und so Gewinne einstreichen. Das Ganze soll, wie wir gehört haben, auf Pump finanziert werden.

Spekulative Geschäfte mit geliehenem Geld, das ist der Stoff, meine Damen und Herren, aus dem die Finanzkrise gemacht ist. Mit einer solchen Haushaltspolitik sind wir auf dem besten Wege, „das Griechenland der Bundesrepublik Deutschland“ zu werden. Herr Markov hat sich vor zwei Tagen an diesem Pult schon einmal vorsorglich in die Rolle des griechischen Finanzministers hineinversetzt. Er war dabei sehr überzeugend, und er übt wahrscheinlich schon.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren! Aber das, was Sie machen, um in einem Bild zu sprechen, ist nichts anderes als eine finanzpolitische Kaffeefahrt. Sie versuchen, möglichst viele Menschen mit vollmundigen Versprechen in Ihren Bus zu locken. Dann erzählen Sie ihnen, was ihnen angeblich alles fehlt, was sie unbedingt noch brauchen und verleiten sie zum Kauf von Artikeln minderer Qualität. Am Ende bekommen sie eine dicke Rech-

nung, von der ihnen vorher niemand etwas gesagt hat, und haben darüber hinaus auch noch Schulden.

(Beifall CDU)

Der Abschluss der Haushaltsdebatte ist zugleich das erste Zwischenzeugnis für Rot-Rot, egal ob Polizeistrukturenreform, öffentlicher Beschäftigungssektor, Mindestlohn oder Bildungspolitik. Eine andere Note als „ungenügend“ kann man dabei nicht vergeben.

Es sind nicht nur diese Einzelmaßnahmen, sondern die gesamtpolitische Grundausrichtung dieser Linkskoalition vermittelt den Eindruck, Politik müsse sich ausschließlich um Menschen kümmern, die nur von staatlichen Leistungen leben können.

Ohne Wenn und Aber muss jeder, der Hilfe benötigt und Unterstützung braucht, diese auch bekommen. Aber es sind die fleißigen und hart arbeitenden Menschen, die unsere Wirtschaft nach vorn bringen und damit unser Gemeinwesen finanzieren. Busfahrer und Krankenschwestern, Polizisten und Lehrer, Handwerker und Kaufleute, Arbeiter und Angestellte, Unternehmer und viele andere, sie stehen früh auf, arbeiten hart, meistern engagiert ihr Leben. Sie sind die Leistungsträger unseres Landes, die Mitte unserer Gesellschaft. Und dieser Mitte fühlt sich die CDU verpflichtet.

(Bischoff [SPD]: Hotelbesitzer!)

Nur wenn die Mitte stark ist, können soziale Leistungen finanziert werden. Wir werden es nicht zulassen, dass Sie weiterhin mit Ihrer Ideologie dazu beitragen, die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP] - Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren! Frau Ludwig ist heute gelobt worden, weil sie straff, scharf und zügig die Finanzausschusssitzungen geleitet hat. Sie wird bald wieder hier sein. Nicht nur mit Frau Ludwig, sondern mit uns allen - das werden Sie festgestellt haben -, weht Ihnen der Wind ein wenig schärfer ins Gesicht als jemals zuvor. Wir sind für Sie eine berechenbare Opposition. Wir werden schonungslos Ihre Fehlleistungen

(Zurufe von der SPD)

offenlegen und Perspektiven für unser Land entwickeln. Wenn der Kollege Ness an anderer Stelle meinte, die CDU solle einmal so weitermachen - danke! Wenn Sie mit uns als Opposition zufrieden sind, dann sind wir auch zufrieden.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Denn Sie wissen doch, wie die Entwicklung in Brandenburg ist. Es ist Ihnen nicht verborgen geblieben, dass Ihre Basis in Brandenburg zunehmend bröckelt.

(Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Wenn ich mir die Parteitageanträge ansehe, die von Liebe für den Herrn Generalsekretär Ness zeugen,

(Lachen und Beifall CDU)

- da werfen Mitglieder mit Blumen nach Ihnen, lassen aber die Töpfe daran -, dann verfestigt sich die Basis der CDU im Land dank Ihrer Politik und unserer Leistung. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP und Heiterkeit SPD - Bischoff [SPD]: Superrede!)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Kaiser setzt für die Linksfraktion fort.

(Frau Lehmann [SPD]: Kerstin, aber jetzt! - Frau Melior [SPD]: Frauen können es besser! - Dombrowski [CDU]: Frau Dr. Ludwig ist besser als Sie!)

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute den Landeshaushalt 2010 beschließen. Wer die Debatten hier im Hause oder in Auszügen über die Medien wahrgenommen hat, mag bei der Art des verbalen Schlagabtausches mitunter ins Grübeln geraten sein.

(Dombrowski [CDU]: Na hoffentlich! - Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Diese Debatten hatten dennoch von unserer Seite viel mit den Alltagsfragen, den Zukunftswünschen und Hoffnungen, ja auch mit dem Ängsten vieler hier im Land zu tun.

In dieser Krisensituation setzen wir Zeichen, indem wir uns entscheiden, wie und wofür wir öffentliches Geld verwenden, wie wir Konsolidierung verstehen und wofür wir auch Neuverschuldung verantworten.

Wenn ich für die Fraktion DIE LINKE spreche - das gilt aber heute auch für die Koalition -: Wir sind gemeinsam angetreten, und wir arbeiten zusammen, um in Brandenburg eine Neuorientierung der Politik anzugehen.

(Zuruf von der CDU: Der Schulden!)

Daran müssen wir diesen Haushalt messen und ihn auch messen lassen. Die Stichworte Mindestlohn und öffentlich finanzierte Beschäftigung, die Einstellung von Kita-Erzieherinnen und Lehrerinnen und Lehrern, mehr für Bildung und Ausbildung, musische Bildung sowie nachhaltige Wirtschaftspolitik belegen den ernsthaften Beginn unserer sechsmonatigen Arbeit in der SPD-Linken-Koalition in Brandenburg.

Bei allem Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen aus CDU, FDP und Grünen: Entscheidend für die Bewertung des Haushaltes ist für mich nicht so sehr das vorhersehbare Urteil der Opposition, zumindest nicht von deren schwarz-gelbem Teil. Messen lassen müssen wir den Haushalt von den Menschen, die genau diesen Wechsel, diese Umsteuerung wollten. Diese Brandenburger haben darauf gesetzt, obwohl sie die schwierige wirtschaftliche Situation kannten, obwohl sie wussten und wissen, dass die Folgen der Finanzkrise erst jetzt und in den nächsten Monaten und wahrscheinlich sogar Jahren bei den Menschen vor Ort ankommen, in den Ländern, in den Regionen, in den Städten und Dörfern.

Herr Kollege Dombrowski, ich sage Ihnen, diese Brandenburgerinnen und Brandenburger werden die Zensuren verteilen, und zwar nach Ablauf dieser Legislaturperiode

(Senfleben [CDU]: Machen Sie schon!)

bei den Wahlen 2014 wie 2009. Diese müssen wir gemeinsam dann akzeptieren.

(Beifall DIE LINKE sowie des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Erschütterungen aus Griechenland ganz neuer Qualität, deren Auswirkungen wir in Europa alle zu spüren bekommen, machen vor allem zwei Dinge überdeutlich:

Erstens: Die Politik ist weit davon entfernt, die Finanzkrise und ihre Folgen zu beherrschen.

Zweitens: Wer in dieser Situation glaubt, die Folgen der Krise auf dem Rücken der sozial Schwachen, der kleinen Leute bewältigen zu können, der setzt eine Abwärtsspirale in Gang.

(Zuruf von der CDU: Machen Sie doch!)

Diese Abwärtsspirale setzt nicht nur europäisch verstandenen Wohlstand, Stabilität der Gesellschaft und Sicherheit aufs Spiel, soweit diese überhaupt noch gegeben sind, sondern diese Spirale noch weiter abwärts würde in der Konsequenz eine Gefahr für die Demokratie bedeuten. Sie wäre eine Gefahr für politische Handlungsfähigkeit, für die kommunale Selbstverwaltung, für Chancengleichheit und für die Teilhabe aller.

Wir hier in Brandenburg stehen so wie andere Bundesländer auch vor der entscheidenden Frage: Welche ernsthaften Konsequenzen ziehen wir aus dieser Krise?

Wir kannten die schwierige wirtschaftliche Situation natürlich, als wir unsere Koalitionsvereinbarungen getroffen haben und auch als die Eckpunkte des Haushalts vorgelegt wurden und dann der Haushalt erarbeitet wurde. Deshalb messen wir uns auch selbst an dem Anspruch aus dem Wahlkampf: Ist dieser Haushalt eine geeignete Grundlage? Ist er geeignet, um unter immer schwieriger werdenden allgemeinen Bedingungen unsere Ansprüche und Hoffnungen auf eine soziale, demokratische Politik zu tragen, dass heißt finanzieren zu können, um Impulse genau in diese Richtung zu setzen?

Das, ich wiederhole es gern, sind die Maßstäbe, die wir an uns selbst anlegen. Das geht nicht widerspruchsfrei.

Ja, in der Kenntnis der Kritik und durchaus mit Verständnis für weitergehende Forderungen und Demonstrationen stehe ich dazu: Wir wollen und wir können diesen ersten Landeshaushalt nach der Wahl vor den Menschen im Land verantworten, den ersten Landeshaushalt, der in Verantwortung eines linken Finanzministers eingebracht und von uns im Parlament nun über zwei Monate intensiv besprochen wurde.

Im Land wartet man auf diesen Haushalt. Der Dank auch meiner Fraktion geht an alle, die dafür gesorgt haben, dass er nach

einer Wahl vergleichsweise im Rekordtempo vorgelegt wurde und nun beschlossen wird.

(Beifall DIE LINKE sowie der Abgeordneten Lehmann [SPD] - Zuruf von der CDU: Ist noch nicht beschlossen!)

Gerade in dieser Woche hat sich gezeigt, wie ernst, wie sensibel all das ist, was mit den öffentlichen Finanzen zusammenhängt. Sie werden es auch nicht bestreiten: Die Leute vor Ort sind verunsichert. Sie sind auch verärgert, weil zum zweiten Mal nach 2008 ungeheure Geldmassen mobilisiert werden müssen, um einen Zusammenbruch des internationalen und nationalen Finanzsystems zu verhindern.

Die Steuerzahler werden erneut für Vorgänge in die Pflicht genommen, die nicht sie, sondern verschiedene Banker und Politiker zu verantworten haben. Solch ein Zusammenbruch hätte schlimme Folgen für den Alltag vieler Menschen - mehr in Griechenland, aber auch in Deutschland und in ganz Europa. Den Griechen würde unter anderem der Geldhahn völlig versiegen. Wir wissen: Bei einem großen Teil der griechischen Staatsschulden sind deutsche Banken die Gläubiger. Durch die verbindende gemeinsame Währung kann die eine wie die andere Volkswirtschaft in den Strudel geraten, in dem Ersparnisse entwertet und politische Spielräume verbaut werden.

Angesichts dieser Perspektiven kann sich niemand so recht der Idee von Rettungspaketen verschließen. Natürlich nicht; jetzt genauso wenig wie im Jahr 2008. Allerdings gibt es einen großen Unterschied. Damals: Hilfe ja, Stabilisierung ja, aber mit der klaren Auflage, dass es zu Veränderungen, zu tiefgreifenden Reformen an den Finanzmärkten, zur Rückkehr zu Regulierung und zu neuen Instrumenten von Regulierung kommt. Geschehen ist in dieser Hinsicht bislang kaum etwas. Dieses Umdenken ist dringend nötig, aber leider nicht absehbar.

Im Bund ist trotz neuer Farbenlehre alles wie gehabt. Die Zocker dürfen weiterzocken und ihre Gewinne behalten. Dabei - das sage ich deutlich und appelliere dabei auch an Ihre Verantwortung und Ihren Kontakt zu den Regierenden in Berlin - wäre es jetzt schon eine große Hilfe gewesen, Herr Dombrowski, wenn es zum Beispiel eine Börsenumsatzsteuer gäbe. Ich will hier nicht den Streit um Zahlen aufmachen, aber die nun in Rede stehende gesamte deutsche Griechenlandhilfe wäre aus einem Jahresertrag einer nur 0,1%igen Börsenumsatzsteuer locker zu finanzieren.

(Beifall DIE LINKE, GRÜNE/B90 und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Natürlich wird das nicht im Landtag, sondern im Bundesrat bzw. Bundestag entschieden. Insofern begrüße ich es, dass der Brandenburger Finanzminister mit Blick auf den Bund und Europa mit den Koalitionsfraktionen im Rücken die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer erhoben hat und diese dort auch vertreten wird. Das ist eine andere Politik als die, die Sie bisher betrieben haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren „Noch-immer-Anhänger“ - so muss man es ja formulieren - von Schuldenbremse und Steuersenkungen, Sie sprechen lediglich von der Ausgabenseite, aber

über Einnahmen des Staates haben Sie an keiner Stelle gesprochen. Ich sage Ihnen: Wer sich scheut, öffentliche Gelder und Ressourcen einzusetzen, um heute soziale Probleme und Verwerfungen zu mildern, und wer die Gelder morgen erst beschaffen will, obwohl sie heute benötigt werden, der verspielt die Chance auf Stabilität und zerstört vor allem die Perspektiven für die Zukunft. An dieser Stelle darf ich meine Ihnen schon bekannte Großmutter zitieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Herr Dombrowski, Sie hatten bestimmt auch eine Großmutter, die vielleicht wie meine gesagt hat: „Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen.“

(Frau Melior [SPD]: Genau! - Beifall DIE LINKE und SPD)

Es geht um den Haushalt und um die Einnahmepolitik des Staates, und hier kommen wir genau zum Kern vieler unserer Debatten und Kontroversen. Die Opposition gefiel sich in den letzten Wochen bei dem Vorwurf, SPD plus Linke führten das Land ins Schuldenelend.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch so!)

Schauen wir einmal genauer hin: Union und FDP haben sich - soweit ich mich erinnern kann - noch nie davor gedrückt, irgendwo Schulden zu machen. Die Zahl hat Ihnen gestern Kollege Görke zugerufen, ich werde sie Ihnen noch einmal zum Mitschreiben nennen: Volumen des Bundeshaushalts - 320 Milliarden Euro. Davon sind 80 Milliarden Euro neue Schulden.

(Görke [DIE LINKE]: Schuldenmacher!)

Da ist übrigens nicht Rot-Rot am Werk, was Sie sehr genau wissen.

(Burkardt [CDU]: Gott sei Dank! - Görke [DIE LINKE]: Schöne Koalition!)

Für Herrn Dombrowski komme ich noch einmal kurz auf das Saarland zurück, in dem Schwarz-Gelb-Grün regiert. Im Saarland hat man nun einen Haushaltsentwurf mit einem Haushaltsvolumen von mehr als 3,5 Milliarden Euro vorgelegt.

(Genilke [CDU]: Das haben Sie schon einmal gesagt! - Ness [SPD]: Ihnen sagen wir es auch noch ein drittes Mal!)

Die Nettokreditaufnahme im Saarland beträgt unter Ihrer Regierung 1,1 Milliarden Euro bei einem Haushaltsvolumen von 3,5 Milliarden Euro. Ich sage Ihnen: Das kann nicht nur an dem 5-Sterne-Koch von Herrn Lafontaine liegen, der offensichtlich verbeamtet ist; ganz bestimmt nicht.

Also: Über die Verschuldungsgeografie hat Herr Woidke bereits ausreichend gesprochen. Es ist kein einfaches Thema. Wir stehen auch nicht da und behaupten, es sei alles einfach und wir könnten das jetzt auf die Schnelle regeln. Aber wir fragen uns beim Thema Verschuldung im Zusammenhang mit politischen Inhalten stets: Wo sind unsere Ansätze? Was wollen und müssen wir gestalten? Wo ist noch Spielraum? Wie nutzen wir ihn? - Nicht das Sparen an sich, sondern für wen und mit wel-

chem Nutzen gespart wird, ist wichtig. Ich gehe von Folgendem aus: Schulden sind derzeit überhaupt nicht zu umgehen. Das ist ein Unterschied zu jedem Privathaushalt. Die Frage ist lediglich: Für welche Zwecke nimmt der Staat Schulden auf? - Die liegt auf dem Tisch.

(Zuruf von der CDU)

Wir beschließen heute einen Haushalt, der die Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages gewährleistet. Dabei bewegen wir uns im verfassungsmäßig zulässigen Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden, um politische Handlungsspielräume zu sichern und um die wichtigen Projekte für gute Arbeit, Beschäftigung, Ausbildung, Bildung und Daseinsvorsorge, um also eine sozial ausgerichtete Politik umsetzen zu können.

Es tut mir leid, feststellen zu müssen, dass diese Haushaltsdebatte Folgendes gezeigt hat: CDU, FDP und auch Grüne in diesem Hause reduzieren Oppositionspolitik im Moment offenbar zunächst auf Rhetorik gegen Rot-Rot. Einige bretzeln hier - das haben wir heute wieder gehört - laut, fröhlich und unbekümmert durch die Gegend und stufen das Parlament auf die Ebene von Comedy herunter. Seit Frau Wanka weg ist, habe ich ohnehin das Gefühl, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, immer leicht zu belustigen sind. Heute habe ich übrigens - nebenbei bemerkt - anhand Ihres Verhaltens hier im Parlament auch verstanden, warum die CDU einen eigenen Kinderbeauftragten braucht.

(Lachen und Beifall bei der SPD und der Fraktionen DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Sie sagen einfach: Rot-Rot, das sind die Schuldenmacher. Frei nach der Devise: Haltet den Dieb! Es tut mir leid, dass ich Ihnen nicht ersparen kann, zu sagen: Von den fast 19 Milliarden Euro Schulden unseres Landes - diese sind vorhanden und können nicht weggeredet werden - stammen nicht wenige aus den letzten zehn Jahren Ihrer Mitregierung. Sie stammen aus den letzten 20 Jahren, in denen Rot-Rot nicht am Ball war. Kein linker Finanzminister hatte Anteil an dem, was in der Föderalismusreform II noch zusätzlich zum Nachteil dieses Landes geregelt wurde.

Nebenbei bemerkt - das wissen Sie auch - gibt es den neuen Stabilitätsrat - von wegen Rot-Rot betreibt hier skandalöse Haushaltspolitik -, der die Stabilität der öffentlichen Haushalte überwachen soll.

(Dombrowski [CDU]: Das wurde Ihnen gestern schon erklärt!)

Ich vermute, dass auch Sie nicht unterstellen, dass es eine Vorfeldorganisation von Rot-Rot ist. Die vier Kriterien bzw. Indikatoren dieses Stabilitätsrates - Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungsquote, Schuldenstand und Zinssteuerquote - werden mit dem Brandenburger Haushalt eingehalten. Insofern liegt Brandenburg mit diesen Kennziffern im grünen Bereich.

(Görke [DIE LINKE]: Genau!)

Selbst nach den offiziellen Vorgaben bzw. nach den Vorgaben Ihrer Vertreter im Bund betreibt Rot-Rot eine solide Finanzpolitik und folgt einer auf äußerste Sparsamkeit ausgerichteten

mittelfristigen Finanzplanung. Dieses Lob hätte ich zwar nicht gebraucht, aber es freut mich, Ihnen diesen Fakt nennen zu können.

(Beifall DIE LINKE)

Damit sind zunächst einmal ihre haltlosen Vorwürfe vom Tisch, nicht allerdings die Probleme, die wir mit den öffentlichen Finanzen haben, und zwar nicht nur in Brandenburg. Wir haben hier nicht die Macht, die Steuer- und Abgabenquote Deutschlands zu bestimmen, jedoch müssen wir prüfen, ob unsere eigene Politik und unsere eigenen Grundsätze den Lehren aus der Finanzkrise entsprechen oder nicht. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie ein solches Geschrei anstimmen, weil die Landesregierung über die Anhebung der Grunderwerbssteuer nachdenkt, die in Brandenburg vergleichsweise noch relativ niedrig ist,

(Dombrowski [CDU]: Es geht um 10 %!)

dann haben Sie nicht verstanden oder wollen Sie nicht verstehen, dass verantwortungsbewusster Umgang mit den finanziellen Ressourcen der Gesellschaft eben auch bedeutet, Gelder dort zu mobilisieren, um die Einnahmen der öffentlichen Hände zu verbessern. So verstehen wir Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß.

(Dombrowski [CDU]: Wegelagerei! - Görke [DIE LINKE]: Das musst du gerade sagen! - Bischoff [SPD]: Er spricht von Westerwelle!)

Sie kennen die deutsche Steuer- und Abgabenquote, die kaum höher ist als die in Griechenland, allerdings viel niedriger als die in Schweden und in Frankreich, und zwar um 10 % und um 7 %. Ich sage Ihnen aber auch: Wir haben Ihnen bereits in der 1. Lesung vorgerechnet, woher die Verschuldung und die Konsolidierungsleistungen zum Beispiel in Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Berlin kamen.

Nun können Sie sagen, das sei alles rot-rotes Geschwätz und interessiere Sie nicht, aber vor zwei Tagen hat Ihnen die „Frankfurter Rundschau“ in schöner Präzision ins Aufgabenheft geschrieben, worum es jetzt geht:

„Als Erstes sollte Finanzminister Schäuble die Steuerentlastungen endgültig und unmissverständlich absagen. Steuerentlastungen sind etwas Schönes für schöne Tage. In solchen Zeiten leben wir aber nicht. Als Zweites muss der Bund die Finanzkraft der Kommunen stärken. Die Aufgabe Nr. 3 ist zugleich die schwerste. Merkel und Schäuble müssen öffentlich erklären, dass die Schuldenbremse ein großer Fehler war.“

Offenbar, meine Damen und Herren, hat sich Ihre schwarz-gelbe Bundesregierung finanzpolitisch total verrannt und wird sich korrigieren müssen.

(Dombrowski [CDU]: Was in der Zeitung steht, stimmt ja immer!)

Sehr geehrter Herr Dombrowski, das stand nicht in der Zeitung „Neue Deutschland“, vorsichtshalber habe ich ein anderes Blatt gewählt.

Sicher ist also, die Kommunen können nicht weiter so sehr auf sich allein gestellt werden. Sie können nicht weiter so am Tropf der Länder hängen. Wir als Linke haben immer für eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen gerungen, dazu stehen wir auch weiterhin, und wir werden an einem Finanzausgleichsgesetz arbeiten, das in enger Rückkoppelung mit der kommunalen Familie eine aufgabengerechte Finanzausstattung trotz der schwierigen Bedingungen gewährleistet.

(Dombrowski [CDU]: Das können Sie ja jetzt machen!)

Genau da muss auch auf der Bundesebene etwas geschehen; Recht hat der Kommentator der „Frankfurter Rundschau“. In noch einem Punkt hat er Recht: Sie werden die Länder mit der Schuldenbremse in Probleme stürzen. Schon jetzt verletzt Deutschland wie auch Griechenland die Maastricht-Kriterien massiv, nimmt also mehr Schulden auf, als im Interesse der Euro-Stabilität anfangs für vertretbar gehalten wurde. Da sagen Sie, das seien Perspektiven für unser Land, die Sie mitgestalten. Herr Dombrowski, ich kann nur schwarze Perspektiven erkennen.

Vor diesem Hintergrund ist auch durchsichtig, warum Sie ab jetzt in den Ländern darauf beharren, dass am besten schon sofort kein einziger neuer Euro Kredit in die Kassen kommt; denn von den Konsolidierungsbedingungen der Länder wird es am Ende abhängen, wie weit der öffentliche Gesamthaushalt überhaupt stabilisiert wird. Konsolidierungsbemühungen aber bedeuten in diesem Zusammenhang leider nur rigide Sparpolitik. Das können die Länder nicht allein schaffen. Hier sind wir schlicht im Mittelpunkt des gesamten Schlamassels. Sparen allein, Ausgabenkürzungen ohne Sinn und Verstand, bringen keinen Segen. Es muss Grenzen geben. Eine Grenze heißt: Der Verarmung in der Gesellschaft muss gegengesteuert werden. Wir erleben gerade in Griechenland, wie dieser Teufelskreis, diese Spirale nach unten einen Staat in die Krise bringt: sinkende Nettogehälter, steigende Hauptmehrwertsteuer, sinkende Binnennachfrage, Krise des Binnenmarkts, zahlungsunfähige Betriebe, sinkende Steuereinnahmen und dann ein zahlungsunfähiger Staat. Genau deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir hier in Brandenburg der Verarmung im Land gegensteuern.

Wir bleiben dabei: Erstens: Die Misere der öffentlichen Haushalte und die Lohnspirale nach unten müssen und können entkoppelt werden. Öffentliche Aufträge für Firmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit weniger als 7,50 Euro pro Stunde entlohnen, wird es in Brandenburg bald nicht mehr geben. Das ist rechtlich durchaus schwer zu regeln, aber es wird eine Menge Integrationskraft bringen, und wir werden die Fähigkeit haben, hier einen Konsens zu stiften. Schließlich kosten solche Mindestlöhne Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber auch Geld. Am Ende wird aber eine neue finanzielle Balance stehen. Diese wird erst richtig stabil sein, wenn auch im Bund generell, nicht nur für öffentliche Aufträge, ein existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn eingeführt worden ist.

(Beifall DIE LINKE)

Diese neue Balance, um die wir hier ringen, ist schon am Anfang hundertmal stabiler als der freie Fall ins Würdelose, nämlich dort, wo Arbeiten nicht mehr reicht, um den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, und man aufstocken muss. Wenn

es einen Mindestlohn gibt, ist nämlich auch Schluss mit dem ruinösen Wettbewerb der Firmen um die niedrigsten Löhne.

Meine Damen und Herren, wir haben Sie schon in der 1. Lesung aufgefordert, hier Farbe zu bekennen. Ziehen wir alle an einem Strang und leiten wir eine Trendwende ein, damit Brandenburg nicht vom Billiglohn- zum Niedriglohnstandort wird! Für uns gehört zur Stabilität im Lande vor allem soziale Stabilität, gehören nicht nur stabile Unternehmen und stabile öffentliche Finanzen.

Es geht uns weiterhin um soziale Gerechtigkeit, um soziale Sicherheit. Mindestlohn ist also das Erste.

Zum Zweiten wollen wir für möglichst viele Betroffene mit der elenden Langzeitarbeitslosigkeit Schluss machen. Da sind 8 000, die wir verantwortungsbewusst finanzieren können, mehr als nichts. Wir werden in den nächsten Jahren Tausenden bislang arbeitslosen Menschen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Zukunft bieten, und das Gütesiegel ÖBS ist kein neues Etikett für ABM oder 1-Euro-Jobs. Es ist auch kein einfacher anderer Name für Billiglohn-Bürgerarbeit. Wir sorgen stattdessen - ich betone das hier ausdrücklich - für existenzsichernde Beschäftigung auf Mindestlohniveau statt für Arbeit mit Almosenzahlungen. Wir setzen auf Freiwilligkeit statt auf Arbeitszwang und auf Sozialversicherung statt auf Schutzlosigkeit. Ich freue mich - das gebe ich zu -, dass die Opposition nach Kräften dazu beiträgt, dass solch ein Kernprojekt der Linken, nämlich der ÖBS, so intensiv im Land diskutiert und wahrgenommen wird. Mit welchen Ergebnissen, hat Herr Baaske gestern vorgestellt.

(Dombrowski [CDU]: Und Frau Stumpenhusen!)

Über 70 % der Leute im Land sind bei den Anhängern aller Parteien dafür. Lassen Sie sich schon einmal etwas einfallen. Ich weiß, dass wir damit längst nicht am Ziel sind, es werden andere dafür sorgen, dass wir möglichst viele Schwierigkeiten bekommen. Aber die Zustimmung aus dem Land bestärkt uns natürlich. Dennoch haben Sie sich in oppositioneller Einmütigkeit mit großer Vehemenz gegen dieses Projekt gestellt und dessen Streichung beantragt.

An dieser Stelle gestatten Sie mir ein Wort zu den Kolleginnen und Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion. Ich bin schon erstaunt, wie Sie sich hier in den letzten Tagen geradezu selbst verleugnen, sich diszipliniert Knoten ins Gehirn und in die Zunge machen, all das, um hier im Plenum Positionen und Dinge zu kritisieren, die Sie eigentlich mitunter sogar selbst vertreten, die Sie aber absichtsvoll missverstehen, nur weil sie hier von der Koalition vertreten werden. Die Stichworte Bildungspolitik und ÖBS haben das heute wieder deutlich gemacht.

Sie rufen uns sonst immer auf, mutig zu sein, Herr Vogel. Mutig, das ist okay. Aber vielleicht haben Sie zur Abwechslung auch einmal Mut, nämlich anzuerkennen, dass SPD und Linke in den letzten Monaten eine größere Zahl von Anträgen bereits gemeinsam mit Ihnen eingebracht haben. Mit dem Beschluss dieses Haushalts 2010 werden durchaus auch grüne Positionen auf den Weg des Regierungshandelns gebracht, nämlich dort, wo wir diese ebenfalls vertreten. Ob Ihnen das bei der Vorgängerkoalition genauso möglich gewesen wäre, da habe ich so meine Zweifel. Frau Steinmetzer-Mann hat das heute anhand

der Atomkraft beschrieben. Beim Schüler-BAföG und im Kita-Bereich trifft es genauso zu.

Mit der Annahme Ihrer Haushaltsanträge, Herr Vogel, konnte es allerdings nichts werden. Sie werden eines Tages froh sein, dass wir sie nicht angenommen haben. Auf der einen Seite beantragen Sie eine globale Minderausgabe. Die allerdings würde den Personalabbau, gegen den Sie vehement eintreten, am Ende noch beschleunigen. Also seien Sie uns dankbar, dass wir Ihren Antrag abgelehnt haben. Sie wissen selbst: Nachhaltige Politik sieht anders aus.

Das Kernargument der oppositionellen Kritik zum ÖBS heißt, es sei doch viel besser, die Langzeitarbeitslosen auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. So einfach ist das also. Man fragt sich verwundert, warum das in den letzten Jahrzehnten niemandem gelingen wollte, keiner Regierung. Übrigens der letzte Versuch, das Problem als Vermittlungsproblem zu beschreiben, trägt den Namen Hartz IV. Der Versuch ist missglückt. Den würde ich lieber heute als morgen beenden.

In Brandenburg gibt es eine über Jahre stabile Zahl von über 50 000 Langzeitarbeitslosen, die bereits über 50 Jahre alt sind. Sie warten auf ein Angebot mit sinnvoller Tätigkeit. Sie wollen gebraucht werden und nicht von Almosen leben müssen. Unsere Landesregierung setzt mit der öffentlich finanzierten Beschäftigung auf das Prinzip, dass es allemal besser ist, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Allen, die uns vorrechnen wollen, das sei zu teuer, sei gesagt: Die Fähigkeit und die Leistungsbereitschaft von Arbeitsuchenden einfach brachliegen zu lassen ist ungleich teurer, ganz abgesehen von den Folgen für die Betroffenen. Rot-Rot setzt also auf existenzsichernde Löhne. Wir gehen von 7,50 Euro brutto aus. Das ist die Fördervoraussetzung, Mindestlohn ist das Gebot, anders also, als manche Kritiker behaupten, keine Billigarbeit.

Herr Dombrowski, ich bin mir ganz sicher, Frau Stumpenhusen steht mit ihrer Beschreibung des ÖBS innerhalb des DGB eher allein.

(Dombrowski [CDU]: Ganz allein!)

Ich bin mir sicher, sie wird sich mit den Erfahrungen von Brandenburg korrigieren. Das wird ihr gelingen. Herr Dombrowski, ich habe die Hoffnung, dass es auch Ihnen gelingen wird.

(Beifall DIE LINKE)

Das betrifft die Frage der Würde, dass der Verarmung entgegengewirkt werden muss. Das betrifft auch die Situation von Kindern in Hartz-IV-Familien. Mittlerweile ist es sogar gerichtsfest, dass die Zahlsätze so nicht berechnet werden dürfen. Bevor ein deutsches Gericht über so etwas urteilt, Sie wissen, das dauert. Es geht nicht nur um eine neue Formel für zu wenig Geld. Es geht uns um eine neue Formel, die zu angemessenen Zahlungen führt. Das ist die Frage. Brandenburg wird hier weiter Druck machen.

Ich war heute schon etwas betroffen darüber, mit welchen Argumenten und welcher Coolness vonseiten der Grünen das

Schüler-BAföG abgelehnt wurde. Ich hoffe, dass Sie von dieser Position abrücken. Denn für jedes Kind, das auf seinem Bildungsweg unterstützt wird, ist das einmalig wichtig für das Leben. Jedes Kind, das diese Unterstützung erhält, braucht sie auch wirklich.

Herr Dombrowski, wenn Sie sagen, die Erhöhungen auf Bundesebene kämen den Familien zugute, dann rechnen Sie bitte noch einmal nach, denn die Kindergelderhöhung kommt genau denen, die es am nötigsten brauchen, den Kindern in den Hartz-IV-Familien, eben nicht zugute. Das ist Ihr Verdienst.

(Beifall DIE LINKE)

So sehen wir das, wenn es um soziale Modernisierung unseres Landes, um Gemeinsinn und Erneuerung geht. Diese Überschriften im Koalitionsvertrag füllen wir also aus. Wir sagen, jeder Euro, der dazu führt, dass Menschen nicht nur das Nötigste kaufen, sondern ihre Kraft auch an der Seite anderer Menschen wieder zur Geltung bringen können, ist eine Investition, die sich schon bald rentieren wird. Deshalb auch das Schüler-BAföG. Für uns ist das keine Verschwendung. Herr Hoffmann, Sie können den Kindern in der Prignitz ja mal erklären, warum Sie es für eine Verschwendung halten und das auch noch einen christlichen Standpunkt nennen. Da gerate ich schwer in Zweifel.

Andere im Land kritisieren uns, weil wir aus ihrer Sicht zu wenig und das Wenige dann auch noch an der falschen Stelle ausgeben; auch dafür habe ich Verständnis. Natürlich können - das sage ich mit Blick auf den Innenminister und den Finanzminister - und wollen auch wir Geld nicht drucken. Für uns ist Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß keine Politik, die trotz das Unmögliche fordert, sondern Politik, die das Mögliche und Notwendige tut. Gerade weil nicht alles anders geht, werden wir auch weiter genau dort investieren, wo andernfalls Zukunft verbaut bleibt, wo Potenziale sonst nicht entfaltet werden können und die Menschenwürde unterdrückt bliebe. Deshalb übrigens sind und bleiben wir Partner der Gewerkschaften. Wir sind ihnen und ihren Anliegen nahe. Aber wir sind auch jenen Menschen nahe, die als Arbeitslose oder aus anderen Gründen eben nicht in Gewerkschaften organisiert sind. Wir sind damit an der Seite der heimischen Wirtschaft, vor allem an der Seite der vielen kleinen Unternehmen. Wir sind an ihrer Seite auch im Interesse ihrer Beschäftigten, ihrer Kunden, ihrer Nachbarn und der Kommunen, in denen sie tätig sind.

Aus Anlass der Gewerkschaftsproteste der letzten Tage sei mir folgende Bemerkung gestattet: Ich hoffe, alle schauen kritisch auf das, was wir tun. Ich hoffe, wir können gemeinsam über die nächsten Schritte nachdenken. Ich kenne viele, denen der erste Schritt zu wenig ist, aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn dieser erste Schritt nicht zur Kenntnis genommen oder verdreht wird.

In aller Deutlichkeit und zur Klarstellung: Diese Koalition ergötzt sich nicht etwa am Personalabbau, sondern sie garantiert den Gewerkschaften und den Beschäftigten unter schwierigsten finanziellen und demografischen Bedingungen, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Sie ringt seit den Koalitionsverhandlungen intensiv um Einstellungskorridore für Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten.

Brandenburg wird zum kommenden Schuljahr 450 junge Lehrer einstellen. Das sind doppelt so viele, wie im rot-schwarzen Schulressourcenkonzept geplant. Damit wird es uns gelingen,

die schulische Bildung deutlich zu verbessern und bisherige Defizite abzubauen, sei es bei Chemie, Informatik, Sport oder Kunst. Ich gehe davon aus, dass auch die von Frau von Halem heute angeführten Grundschulen davon profitieren werden.

Wir haben in dieser Woche die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Kommunen und freien Träger in den kommenden Jahren bis zu 1 000 neue Kita-Erzieherinnen und -Erzieher einstellen können, ohne dass ihnen zusätzliche Kosten entstehen. Im Gegensatz zur jetzigen Regierung übernimmt das Land für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels eben nicht nur 84 %, sondern 100 % der Kosten.

Freilich - das gehört zur Wahrheit - wird nicht jeder Arbeitsplatz so bleiben, wie er seit der Wende war. Öffentliche Sicherheit zum Beispiel hängt von einer präsenten und bürgernahen Polizei auf den Straßen und Plätzen ab - dort müssen sie wahrnehmbar sein -, nicht unbedingt von Polizistinnen und Polizisten in Polizeiwachen. Wir brauchen hochmotivierte und qualifizierte Polizisten, die nicht nur an Schreibtischen sitzen, sondern vor Ort präsent sind. Aus diesen guten Gründen werden sich im öffentlichen Dienst Aufgaben ändern, werden Umschulungen sinnvoll sein, und vielleicht müssen einige sogar wieder Einsatzorte wechseln; das kann geschehen. Das alles hängt damit zusammen, dass die im öffentlichen Dienst des Landes Beschäftigten eben auch eine Perspektive haben sollen. Das hängt damit zusammen, dass Veränderungen eben nicht zu betriebsbedingten Kündigungen führen sollen. Wir werden, wenn solche Schritte gegangen werden sollten, weiter in engem Kontakt mit den Betroffenen und ihren Gewerkschaften darum ringen; darauf kann man sich verlassen. Wir werden dabei nicht hinnehmen, dass Arbeitslose und Beschäftigte gegeneinander ausgespielt werden, dass Beschäftigten Angst eingejagt wird, indem gesagt wird, Arbeitslose seien eine Bedrohung für sie. Insofern ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor keine Tarnung für die Verlagerung von Aufgaben der Landesverwaltung in einen Billiglohnsektor.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Präsident Fritsch:

Es ist schon längst Schluss.

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Gute Arbeit, gute Bildung, Innovation und nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen - darum geht es Ihnen und uns. Wir haben diese Aufgaben im vorliegenden Haushaltsentwurf abgebildet. Es ist möglich, die Politik in Brandenburg sozial gerecht zu gestalten. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Haushaltsentwurf zu!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, der richtige Zeitpunkt für den Satz „Ich komme zum Schluss“ ist, wenn die gelbe Lampe aufleuchtet, nicht erst, wenn die rote Lampe leuchtet. - Wir setzen die Debatte dennoch unverdrossen mit dem Beitrag des Abgeordneten Goetz fort. Er spricht für die FDP-Fraktion.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Gleich die gelbe Lampe!)

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Wir haben in den letzten Tagen viel gehört über diese ganz großartige Landesregierung, über eine großartige Koalition, über tolle Leistungen, die erbracht wurden. Wir haben gehört, was die Haushaltsdebatte alles bringt, was die Menschen von dieser fantastischen Regierung haben werden: Diese Regierung nimmt sich der Sorgen der Menschen im Lande Brandenburg an, sie konsolidiert den Haushalt und meistert die Wirtschaftskrise. Es ist unglaublich, welche Leistungen hier vorgebracht werden. All das wird uns hier präsentiert.

Kollege Woidke hat darauf hingewiesen, dass die Brandenburger Wirtschaft besser durch die Wirtschaftskrise kommt als andere Bundesländer; das ist richtig. Das ist jedoch nicht das Verdienst dieser Regierung. Der Dank dafür, dass wir besser dastehen als andere, geht an die Handwerker im Land Brandenburg, geht an die Selbstständigen, an die Freiberufler, an die kleinen Unternehmer, an die in den Unternehmen tätigen Arbeitnehmer, an die Unternehmen, die mit ihrer Leistung, ihrem Ideenreichtum, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Arbeit unseren Wohlstand schaffen. Der Dank gebührt den Menschen, die diese Leistungen erbringen. Das sind diejenigen, die unseren Wohlstand sichern, und eben nicht die Landesregierung, die allenfalls davon profitiert, dass andere die Aufgaben erfüllen, die sie zu erfüllen gehabt hätte. Alle merken das, nur die Regierung nicht.

Wir bemerken einen erheblichen Realitätsverlust. Es ist schon verblüffend, wenn der Liebesentzug, der von den Gewerkschaften ausgeht, Sie darauf hinweisen muss, welche Fehler Sie machen. So ist es doch gewesen! Die vier Gewerkschaften, die am vergangenen Mittwoch draußen vor den Toren ihre Stellungnahmen abgegeben haben, haben Sie zur Kenntnis nehmen können. Ich hoffe, Sie haben es verinnerlicht, um zu sehen, was das Land tatsächlich voranbringt und was Scheingefechte und Vorhaltungen sind, die dem Land nichts nutzen.

Was kommt denn von Ihnen tatsächlich an Leistungen? Da wird der öffentliche Beschäftigungssektor als das Nonplusultra, das ultimative Mittel gepriesen, um dem Problem der Arbeitslosigkeit abzuhelpen und Menschen zurück in Arbeit zu bringen. Die Realität ist eine andere. Sie reden über 40 Millionen Euro, die in fünf Jahren verausgabt werden sollen, und wollen damit 8 000 Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Das erste Jahr ist schon fast um, bleiben noch 4 Jahre. Damit verteilen sich die 40 Millionen Euro über vier Jahre. Somit kann man anders rechnen und sagen: Es sind dann nicht mehr 50 Cent pro Stunde, sondern 62,50 Cent pro Stunde. Warten Sie doch bis 2014; dann verfünffacht sich der Betrag von 50 Cent auf 2,50 Euro; das ist dann auch immer noch weit entfernt von dem von Ihnen geforderten Mindestlohn.

Spannend fand ich, dass die Abgeordnete Lehmann gestern erklärte, wenn im Sozialbereich im öffentlichen Beschäftigungssektor Stellen geschaffen würden, refinanzierten sich die Investitionen über die zu leistenden Sozialabgaben. Sehr geehrte Frau Lehmann, wenn sich das Modell selbst finanzieren sollte, dann müssten 100 % der Löhne und Gehälter, die gezahlt werden, als Sozialbeiträge erhoben werden. Das wäre eine Selbstfinanzierung, und das kann ja wohl nicht der Ansatz sein, den Sie wählen, um öffentliche Beschäftigung voranzubringen bzw. Menschen, die seit langem arbeitslos sind und es zugegebener-

maßen schwerer haben und eine Chance voranzukommen verdient haben, zurück in Lohn und Brot zu bringen. Dieser Weg hilft nicht weiter. Insofern hat Frau Stumpfenhusen völlig Recht: Der öffentliche Beschäftigungssektor führt eben nicht zurück in den ersten Arbeitsmarkt,

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Darum geht es doch überhaupt nicht!)

sondern er führt, wie Kollege Büttner gestern schon sagte, zu einem Jo-Jo-Effekt: Menschen werden kurz aus der Arbeitslosigkeit herausgehoben, indem ihnen eine Beschäftigung gegeben wird, und wenn die Maßnahme ausgelaufen ist, fallen sie in die Arbeitslosigkeit zurück. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Ihr Ansatz hilft uns da nicht weiter.

Zum Schüler-BAföG ist heute viel gesagt worden. Die verheerendste Zahl ist vorhin schon genannt worden. Von der ersten Million Euro, die verausgabt wird, fallen 30 % für Verwaltungsaufgaben an. Das ist eine völlig irre Zahl. Man nimmt 1 Million Euro in die Hand, weil man etwas Gutes erreichen will, und 300 000 Euro werden sofort von der Verwaltung verschlungen. Dann geben Sie das Geld doch lieber in laufende Programme, stocken Sie diese auf, sorgen Sie dafür, dass in diesen Bereichen wirklich Leistungen gebracht werden können. Investieren Sie lieber in mehr Lehrerstellen, erhöhen Sie die Vertretungsreserve und sorgen Sie dafür, dass eben nicht über zwölf Schuljahre hinweg gesehen ein gesamtes Schuljahr ausfällt. So ist es doch. Wir bräuchten im Grunde eine Vertretungsreserve von 8 %. Das ist genau die Realität, die wir haben. Wenn der Französischlehrer vor der Klasse steht und Sportunterricht geben soll - oder umgekehrt -, dann ist das eben keine ordnungsgemäß vertretene Stunde, sondern genau der Punkt, den wir haben, dass die Vertretungsreserve größer werden muss, um den dramatischen Unterrichtsausfall zu reduzieren. Das wäre ein Beitrag gewesen, wo die Million sehr gut aufgehoben gewesen wäre und wo Sie sofort unsere volle Unterstützung und Zustimmung gehabt hätten.

(Zuruf von der SPD: Das glaube ich Ihnen!)

Tatsächlich ist es so, dass Sie einem Rohrkrepiere jetzt bereits den nächsten hinterjagen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das funktioniert so nicht. Es wird dann immer schwieriger in diesem Rohr, denn dort, wo Sie den nächsten Krepiere reinjagen, steckt ja auch noch die LASA. Dazu ist heute schon eine Menge gesagt worden, insofern möchte ich das nicht erneut aufgreifen.

Was Sie als Gegenmaßnahme oder Gegenkonzept auflegen, ist eine Imagekampagne, die beim Ministerpräsidenten angesiedelt werden soll. 200 000 Euro sollen nun aufräumen, was in den letzten sechs Monaten und mit dem Haushalt auch in näherer Zukunft verbeutelt worden ist, um dann zu sagen, über eine Imagekampagne des Landes Brandenburg wolle man herangehen. Dies wäre überhaupt nicht nötig und müsste eigentlich überhaupt nicht aufgehoben und ausgeputzt werden, wenn diese Regierung vernünftige Arbeit leisten würde. Leider ist es nicht so.

Es gibt einen neuen Ministeriumszuschnitt, ein Ministerium für Lebensqualität. Was wirklich dabei herauskommt, ist möglicherweise die Lebensqualität einzelner Minister. Für das Land Brandenburg und für die Menschen hier hat das am Ende

nicht wirklich etwas gebracht. Es bedeutet allerdings zusätzliche Kosten, Mittel, die aufgewendet werden müssen, um Landesbehörden neu zuzuschneiden und um Zuständigkeiten neu zu ordnen. Es bedeutet Verlust in der Arbeit, die bisher angefallen ist, weil diese Gesetze immer noch nicht auf den Weg gebracht worden sind - mit allen zusätzlichen Kosten, die damit verbunden sind.

Was Sie auf die Reihe gebracht haben, sind in der Landesverwaltung 20 zusätzliche Stellen, extern besetzt, auf der Leitungsebene. Dies war Inhalt meiner Kleinen Anfrage, Drucksache 5/725. Hierbei ist das Umfeld mitgenommen worden - also Leute, die gut versorgt und in Ministerien untergebracht werden mussten. Insofern ist es tatsächlich ein „Ministerium für Lebensqualität“. Für die 20 Leute, die für die Landesverwaltung auf Leitungsebene extern eingestellt worden sind, hat es funktioniert, für alle anderen jedoch bisher nicht.

Schön wären neue Lehrer statt zusätzliche. Hier wird von 450 neuen Lehrern in diesem Jahr gesprochen. Herr Krause, wir hatten dazu eine Diskussion in Stahnsdorf. Ich hoffe, dass es wirklich dabei bleibt, dass diese 450 Lehrer jetzt jedes Jahr kommen - so haben Sie es dort gesagt - und eben nicht 1 250 neue Lehrer. 450 mal 5 sind nicht 1 250; da kommt ein bisschen mehr heraus, und damit sind wir näher am Bedarf. Dann sind wir auch näher beieinander und können sagen: Das ist eine Zahl bzw. eine Größe, mit der man arbeiten kann. Mit 1 250 neuen Lehrern werden es unter dem Strich aber weniger, wenn gleichzeitig fast 3 000 ausscheiden. Kollege Woidke, der jetzt anderweitig beschäftigt ist, meinte, Versprechen werden gehalten. Vor der Wahl ist von allen Parteien versprochen worden, zusätzliche Lehrer einzustellen. 1 250 neue Lehrer bei 3 000 ausscheidenden sind jedoch keine zusätzlichen, sondern weniger Lehrer, die wir am Ende der fünf Jahre haben werden. Insofern ist das Versprechen nicht gehalten, sondern gebrochen worden. Das ist die Situation, wie sie steht - für beide Koalitionspartner dieser Landesregierung.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Natürlich ist das Thema Mindestlohn immer eine spannende Debatte. Da wird über 7,50 Euro gesprochen oder gar über 10 Euro, die es in absehbarer Zeit sein sollen. Egal, wie man Ihren öffentlichen Beschäftigungssektor hochrechnet: 7,50 Euro kommen auf keinen Fall heraus, selbst wenn man alles auf ein Jahr verkürzt. Aber Sie haben die Möglichkeit. Fangen Sie doch dort an, wo es ganz einfach ist. Es gibt ein Präsidium in diesem Landtag. Im Präsidium haben die beiden roten Fraktionen eine Mehrheit. Wenn Sie wollen, dass die Wachschutzmitarbeiter hier im Landtag 7,50 Euro bekommen sollen, dann haben Sie es in der Hand, dies sofort zu regeln. Es ist nicht einmal ein kompliziertes Gesetzgebungsverfahren. Fassen Sie einen Beschluss; greifen Sie es an und treten Sie an die Unternehmen heran, die die Wachschutzmitarbeiter hier beschäftigen - es ist ja outgesourct. Dann haben Sie sofort die Möglichkeit, unseren Wachschutzmitarbeitern, die hier vor den Türen stehen, zu sagen: Ab morgen sind es 7,50 Euro. Sie haben es in der Hand, aber Sie tun es nicht. Sie warten auf ein Gesetz, das Sie sich selbst geben müssten, bisher jedoch nicht auf die Reihe bekommen haben. Also fassen Sie es an!

Wenn bei Vergaberechten von Ihnen ein Zwischenruf kommt, Kollege Baaske, dann ist dies einfach Unsinn. Wenn Sie einem Unternehmer sagen, dass Sie ihm 1,50 Euro mehr zahlen, den

seine Leute haben wollen und den wir ihnen zugestehen wollen, dann wird kein Unternehmer sagen: Das Geld nehme ich aber nicht. - Das ist gar kein Problem; dann gibt er das natürlich an seine Mitarbeiter weiter. Das ist eine Frage der Verhandlung, die mit ihm geführt wird. Wenn Sie laufende Vergabefristen haben, dann können Sie in diese Fristen eingreifen. Wenn Sie sagen, Sie zahlen gern mehr, dann wird sich kein Unternehmer dagegen sperren; andersherum ist es schwieriger. So einfach läuft das im Vergaberecht, wenn man denn wirklich etwas bewegen wollte. Aber außer Schaufensteranträgen kommt ja hier nichts.

Das nächste Thema, das wir hatten, war die ILA. Da hat diese Landesregierung, diese Koalition, über Monate dilettiert. Ich hatte gelegentlich den Eindruck, dass der Wirtschaftsminister der Linken, Kollege Christoffers, von seiner eigenen Fraktion, von seiner eigenen Landesregierung, hier hängen gelassen wurde.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE] sowie weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ich hoffe sehr, dass es am Ende noch gutgeht und dass die ILA hier in Brandenburg erhalten werden kann und dass die Bemühungen, die jetzt endlich eingesetzt haben, am Ende erfolgreich sein werden, sodass die ILA hier als ganz wichtiger Standortfaktor in Schönefeld verbleibt und dass der Flughafen, so wichtig er ist und so viel er auch schon bringt, auch diese ILA noch dazubekommt, um damit weitere Umsätze, weitere Einnahmen und weitere Wirtschaftskraft für unser Bundesland zu generieren. Ich wünsche Ihnen hierbei viel Erfolg. Wenn irgendeine Unterstützung vonseiten der FDP-Fraktion gebraucht wird, sind wir dazu selbstverständlich in jedem Umfang bereit. Es ist wichtig, dass die ILA hier in Brandenburg bleibt.

Was ich mir auch wünsche, Herr Christoffers, ist, dass Ihr angekündigtes Versprechen, die Förderung auf Darlehen umzustellen, schneller in die Züge kommt, denn auch das ist ein richtiger Ansatz, hier hätten Sie meine Unterstützung. Fassen Sie es an, dann können wir gern darüber reden, wie man es machen kann, dass man Rückflüsse aus den ausgereichten Förderungen hat, die gegeben worden sind, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das amortisiert sich dann. Es könnte auch rotieren zu weiteren Unternehmen hin. Das vergrößert die Chancen, die wir gerade bei klammen Haushaltssituationen haben, um vielen Unternehmen auf die Beine zu helfen. Das ist ein Ansatz, den wir mittragen würden. Nur geschehen müsste er endlich einmal!

Die innere Sicherheit ist auch ein Thema, das wir in vielen Bereichen angesprochen hatten. Es ist ja schön, dass in diesem Jahr in Oranienburg wieder 150 Polizeischüler ausgebildet werden sollen, wie wir gehört haben. Im Haushalt findet sich dies jedoch bisher nicht wieder; das kostet ja Geld. Insofern muss man suchen, wo es stehen soll - an der entsprechenden Stelle, im Einzelplan 03, findet sich dazu bisher nichts. Aber auch 150 Polizeischüler im Jahr 2010 sind 70 Polizeischüler weniger als im Jahr 2009. Das bedeutet eine Vorwegnahme des Konzepts, das irgendwann in Zukunft vorliegen soll - mit dem Ergebnis, dass wir dann 2019 tatsächlich bei 7 000 Polizeibeamten im Land Brandenburg ankommen werden.

Die bisherige Entwicklung war immer die, dass die Wasserköpfe, dass im gehobenen und höheren Dienst, die Beamten mehr

geworden sind, während es im Wach- und Wechseldienst, also unten auf der Straße, immer weniger geworden sind. Legen Sie das Konzept vor, aus dem sichtbar wird, dass die Beamten im Wach- und Wechseldienst eingestellt werden, da dort der eigentliche Dienst geleistet wird. Im Übrigen können Sie mit den Mitteln für eine bestimmte Anzahl von Beamten im gehobenen und höheren Dienst eine wesentlich größere Anzahl von Beamten im Wach- und Wechseldienst unterhalten, da deren Einkommensverhältnisse ja andere sind. Sie sind aber diejenigen, die die Arbeit auf der Straße machen, die schützen, die Straftaten nachgehen, die dann auch Untersuchungen vornehmen, um Akten an die Staatsanwaltschaften abzugeben. Das wäre ein Ansatz. Schön, dass 150 dazukommen - das reicht zwar nicht vorne und nicht hinten, aber es ist immerhin etwas. In diesem Punkt bekommen wir also wenigstens etwas Klarheit in die Debatte hinein; das werden die Beamten sicherlich auch dankbar zur Kenntnis nehmen.

Natürlich haben wir auch riesige Probleme im Land Brandenburg: Die Pensionslasten, die wir vor uns herschieben, sind angesprochen worden. 2019 rechnen wir mit ungefähr 500 Millionen Euro im Jahr, die allein dafür ausgegeben werden müssen. Diesen Pensionslasten muss man sich stellen; das ist völlig klar. Insofern ist auch der Anspruch da, zu konsolidieren und in diese Konsolidierungsphase ernsthaft hineinzugehen. Auf der Gegenseite haben wir neben dem Einnahmenproblem durchaus auch ein Ausgabenproblem: Von jedem Euro, den wir im Jahr 2010 ausgeben, kommen nur noch rund 47 Cent aus eigener Wirtschaftskraft.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Im vorigen Jahr waren es von jedem ausgegebenen Euro noch 55,3 Cent, die wir aus eigener Kraft erzielt haben. Wir haben also einen drastischen Rückgang der eigenen Leistung, gemessen an den eigenen Ausgaben: von 55,3 Cent im Jahr 2009 auf rund 47 Cent im Jahr 2010. Das ist die Entwicklung, die wir genommen haben. Es ist eine Entwicklung, die Anlass zu größter Sorge gibt und die auch geradezu danach schreit, dass stärker in die Konsolidierung eingestiegen wird.

Man muss auch sagen: Es ist nicht alles schlecht, was diese Landesregierung hier vorgelegt hat. In der Energiepolitik hat die Linksfraktion elegant die Kurve bekommen. Es ist schön, dass sich die Linksfraktion jetzt gemeinsam mit der SPD, aber auch mit uns und der CDU zur Braunkohle hier in Brandenburg bekennt. Wir brauchen die Braunkohle, und mir ist auch klar, dass die Linksfraktion diese Wende nun genommen hat. Herr Markov, extra für Sie, weil es so schön ist: Sozialismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung. Insofern ist völlig klar, dass sich auch die Linke inzwischen zur Braunkohle bekennt.

(Zurufe der Fraktionen GRÜNE/B90 und DIE LINKE - Heiterkeit bei SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Beantworten Sie eine Zwischenfrage?

Goetz (FDP):

Ich bringe das erst einmal zu Ende. Ich sage Ihnen, kurz bevor Schluss ist, Bescheid, Herr Ludwig, dann können wir das gerne tun.

Es wurde gesagt, es habe von der Opposition wenige Anträge gegeben, und es sei wenig gemacht worden. Kollege Richter hat es dankenswerterweise aufgeführt, es waren über 100 Anträge. Die Zahl der angenommenen Anträge hält sich allerdings sehr in Grenzen. Inhaltlich war es ein Antrag der CDU-Fraktion zur Filmförderung, in dem gesagt wurde: Wir wollen auch Fernsehsendungen fördern können. Das war es inhaltlich; der Rest war im Wesentlichen redaktionell, soweit überhaupt etwas angenommen wurde. Massen von Anträgen wurden weggestimmt.

Es war nicht gewollt, dass sich die Opposition mit eigenen Ideen, mit eigenen Anträgen hier einbringt.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Spannend ist, was in früheren Jahren gesagt worden ist. Im Jahr 2007 - ich habe mir einmal die alte Debatte angeschaut - hat Kollegin Kaiser gesagt, das Mindeste, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten könnten, sei, dass die Regierung solide wirtschaftet.

Das ist sehr schön; ich kann es nur unterstreichen. - Dann halten Sie sich einmal daran!

Der Kollege Baaske, damals Fraktionsvorsitzender der SPD, meinte:

„Ich glaube, dass es richtig ist, jetzt zu sparen und jeden Cent, den wir übrig haben, in die Konsolidierung des Haushalts zu stecken.“

Damals war tatsächlich noch etwas übrig, jetzt ist nichts mehr übrig. Desto wichtiger wird es doch, wenn nichts mehr übrig ist, zu sparen und die Konsolidierungsziele nicht aufzugeben.

Es wurde 2007 von Kollegen Baaske darüber gesprochen, dass den Kommunen mehr Geld gegeben werden soll. In diesem Jahr sind es 200 Millionen Euro weniger. Das heißt, die Kommunen werden ausgedörrt.

(Schippel [SPD]: Es wird noch schlimmer!)

Es wird noch schlimmer, da stimme ich Ihnen zu. Die Kommunen werden ausgedörrt, bei gleichbleibenden Aufgaben. Ich sehe das im Kreishaushalt Potsdam-Mittelmark jedes Jahr. Die Aufgaben, die das Land an den Landkreis Potsdam-Mittelmark überträgt, bleiben dieselben. Das Geld, das gegeben wird, bleibt auch, wenn es günstig läuft, dasselbe. Tatsächlich haben wir in Potsdam-Mittelmark wie auch im Land Steigerungen der Personalkosten, Steigerungen in allen anderen Bereichen. Eigentlich müssten die an die Kreise überwiesenen Beträge des Landes für die Erfüllung der Aufgaben steigen, und zwar im gleichen Maße, wie auch im Lande die Ausgaben steigen, weil sich die steigenden Personalkosten im Kreis im gleichen Maße niederschlagen wie im Landeshaushalt; das tun sie aber nicht. Dort werden die Ausgaben kleingerechnet. Das heißt, das Land versucht, sich auf Kosten der Landkreise und Kommunen zu entlasten. Es ist einfach nicht in Ordnung, wenn das so läuft.

Ich habe ein schönes Zitat vom Ministerpräsidenten gefunden. Herr Platzeck hat 2007 erklärt, übrigens auf Anregung der Linken, die ihn damals - noch! - kritisiert hat:

„Jawohl, wir sind froh und dankbar, dass es günstige Rahmenbedingungen gibt. Ohne diese wäre eine so gute Entwicklung nicht möglich. Aber, meine Damen und Herren von der Opposition“,

gemeint waren damals Sie von der Linkspartei -

„wären die Rahmenbedingungen ungünstig und uns wäre nichts gelungen, dann würden Sie nicht sagen, dass die Rahmenbedingungen schuld seien, sondern dass die Landesregierung schuld sei. Dann sind wir jetzt aber auch schuld daran, dass es gutgeht.“

Das war 2007. Wenn das so ist, Herr Platzeck, gilt das natürlich auch 2009. Dann sind Sie in gleicher Weise schuld, wenn es schlechter geht. Das müssen Sie sich als Landesregierung dann auch anrechnen lassen.

Die Realität ist aber eine andere. Wir hören, falls irgendetwas schiefgeht, falls der Regierung die eigenen Ideen ausgehen: Schuld ist in jedem Fall Schwarz-Gelb in Berlin. „Fanta 4“ hat inzwischen darüber schon ein Lied geschrieben: „Es ist meine Schuld, schuld bin ich alleine.“ - So läuft das dort. Falls es euch beruhigt, es trifft auf keinen Fall die Falschen.“ Das sind die „Fantastischen Vier“ mit dem neuen Titel. Man könnte meinen, das sei für diese rot-rote Regierungskoalition geschrieben, um Schuld anderen in die Schuhe schieben zu können. Auch dort geht es so weiter: „Schiebt uns die Schuld in die Schuhe, wir warten nur darauf.“ Das kann man alles schön zitieren, das ist ein Liedtext, der wunderbar geeignet ist, das Credo dieser Landesregierung, dieser Koalitionsfraktionen aufzunehmen, wenn es darum geht, Schuld wegzuschieben und eigene Verantwortung auf andere zu delegieren, weil man eigene Aufgaben nicht erfüllt.

Sie brüsten sich damit, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, dass die Investitionsquote in diesem Jahr etwas höher ist als im vorigen Jahr. Es ist schön, dass sie etwas höher ist. Aber sagen Sie bitte auch dazu, dass diese höheren Investitionen zu einem großen Teil aus den 467 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II kommen und dass dieses Geld vom Bund kommt - das gehört nun einmal dazu -,

(Zuruf von der SPD)

dass dieses Geld, diese höhere Investitionsquote, aufgelegt und weitergeführt von einer schwarz-gelben Bundesregierung, vom Bund kommt, mit dem Sie sich jetzt ihre Investitionsquote schönrechnen. Natürlich ist es toll, eine höhere Investitionsquote zu haben, gar keine Frage. Aber dann heulen Sie nicht herum, wenn gesagt wird, Steuersenkungen kosten uns 40, 50 oder 55 Millionen Euro - die wildesten Zahlen geistern herum -, wenn gleichzeitig 467 Millionen Euro in den Topf des Landes gespült werden. Die Zahlen sind ja unterschiedlich. Der Ministerpräsident sprach von 50 Millionen, Kollege Markov sprach von 55 Millionen Euro, und auf meine Nachfrage meinte er, es seien alles nur Schätzungen, so genau wisse man das nicht. Damit hat er natürlich Recht, bei positiver Konjunkturentwicklung kann es auch etwas weniger sein. Es können auch 40 Millionen Euro herauskommen. Wir können Ende 2010 abrechnen, was hier wirklich an Kosten entstanden ist.

Aber diese Steuersenkungen, die am 1. Januar in Kraft getreten sind, kommen im Wesentlichen Familien mit Kindern zugu-

te. Es sind Erhöhungen der Kinderfreibeträge, Erhöhungen des Kindergeldes. Es kommt auch Hartz-IV-Empfängern zugute, deren Schonvermögen verdreifacht worden ist. Das sind Leistungen, für die die schwarz-gelbe Bundesregierung steht.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Wenn von Klientelpolitik die Rede ist und von Familien mit Kindern gesprochen wird, dann sage ich Ihnen: Jawohl, die FDP steht für Familien mit Kindern, erleichtert deren Lebensbedingungen, gibt mehr Kindergeld und gewährt Steuererleichterungen, denn da gehören sie hin und an keinen anderen Ort.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren - Kollege Woidke ist immer noch abwesend -, es ist verblüffend, was hier für ein Steuerverständnis besteht. Kollege Woidke meinte, die Bürger zahlten die Steuersenkungen, und spricht von „Steuergeschenken“. Also, beim besten Willen: Steuern, das ist Geld, das den Bürgern weggenommen wird. Die Bürger zahlen da nichts.

(Beifall FDP und CDU)

Was haben Sie für ein Staatsverständnis? Es sind keine Geschenke, wenn man den Leuten weniger abnimmt. Wenn der Steuersatz sinkt und jemand weniger zahlt, dann wird doch wohl nichts geschenkt! Wenn ich jemandem in die Tasche greife, ihm einen Euro herausnehme und ihm morgen 50 Cent zurückgebe, dann habe ich ihm doch nicht 50 Cent geschenkt. Was haben Sie für ein Verständnis vom Staat, was haben Sie für ein Verständnis von Steuerkraft, davon, wie das alles läuft? - Sie sind völlig von der Rolle.

(Zurufe von der SPD)

Das ist obrigkeitsstaatlich, wie Sie hier denken. Das ist nicht gedacht vom selbstbestimmten Bürger her, der dem Staat Geld zur Verfügung stellt.

(Holzschuher [SPD]: Wovon soll denn der Staat seine Ausgaben bestreiten, wenn nicht von Steuern?)

Ähnlich ist es - ich kann es hier noch einmal aufgreifen - im Innenbereich. Nicht der Staat gewährt den Bürgern die Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit. Das ist die Situation, von der wir ausgehen. Der Staat ist das Mittel zum Zweck, er ist für die Bürger da, und die Bürger sind nicht die Untertanen des Staates.

Sie gehen obrigkeitsstaatlich an die Steuerdiskussion heran. Das ist grundfalsch, und es wäre eigentlich nicht einmal mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn man so herangehen wollte, wie Sie es hier präsentieren. Bei Ihnen hat man den Eindruck, bei Rot-Rot ist scheinbar jeder reich, der Steuern zahlt. Das ist das, was Sie hier auflegen. Reich ist die Krankenschwester, die ein paar Steuern zahlt, reich ist der Handwerker, der Facharbeiter, der mit 30 000 oder 40 000 Euro Jahresgehalt möglicherweise eine Familie über die Runden bringen muss. Das alles sind Ihre Reichen, weil sie ein paar Steuern zahlen. Das ist ein völliges Unverständnis der Wirtschaftskraft, ein völliges Unverständnis gegenüber denjenigen, die die Leistungen hier erbringen, die den Karren ziehen. Sie schwächen die Mitte der Gesellschaft und führen Neiddiskussionen auf Kosten derjeni-

gen, die noch Arbeit haben und die mit ihrer Steuerkraft dazu beitragen, dass wir uns dies alles leisten können. So funktioniert das überhaupt nicht, aber das ist halt Ihre Umverteilungsrhetorik. Das hat nichts mit wirklicher Wirtschaftsleistung zu tun.

Man muss darauf hinweisen: Wer vom Staat etwas fordert, der will nicht etwas vom Staat, sondern der will etwas von seinen Mitmenschen, die mit ihren Steuern dem Staat nämlich erst ermöglichen, irgendwelche Leistungen zu erbringen. Wer Forderungen an den Staat erhebt, der will etwas von seinen Mitmenschen, seinen Nachbarn. Das ist der Punkt, über den man immer wieder reden muss, wenn über Steuern gesprochen wird.

Es ist einfach so, dass Leistung sich lohnen muss. Es ist heute schon so, dass rund 90 % der Menschen kaum noch Steuerleistungen erbringen, sondern 10 % der Gesellschaft, 10 % der Arbeitenden, tragen den überwiegenden Teil sämtlicher Steuerlast. Insofern ist es wichtig, dass auch Anreize gegeben werden, dass sich Leistung lohnen muss - in der Arbeit wie in jedem anderen Bereich auch. Wir helfen denen, die sich nicht selbst helfen können. Das ist unser Anspruch. Wir müssen dafür sorgen, dass auch Sozialleistungen zielgenauer diejenigen erreichen, die diese Leistungen für sich selbst nicht erbringen können, die bedürftig sind. Dann kommt man auch mit weniger Geld aus und kann wirklich dazu beitragen, dass Menschen auch in die Arbeit zurückfinden, wenn man genau dort ansetzt.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das erklären Sie mir mal anhand von Kindergeld!)

Wir haben kein Einnahmeproblem. Im Jahr 2010 erzielen wir Einnahmen von 9,343 Milliarden Euro. Die Jahre 2009, 2008 und 2007 waren etwas fetter. Noch 2006 hatten wir 9,198 Milliarden Euro. Also hatten wir von 2006 bis 2009 eine Steigerung der Einnahmen um 150 Millionen Euro. Wir haben heute, im Jahr 2010, 150 Millionen Euro mehr Einnahmen als im Jahr 2006. Das ist nicht das Problem; wir haben eine deutliche Einnahmesteigerung. Das Problem ist, dass im gleichen Zeitraum die Ausgaben des Landes Brandenburg um 500 Millionen Euro gestiegen sind. 150 Millionen Euro mehr Einnahmen und 500 Millionen Euro mehr Ausgaben, genau das ist das Problem, vor dem wir stehen und weshalb hier ein solcher Haushalt aufgelegt wird, der uns in den künftigen Jahren begleiten wird.

Allein im Jahr 2010 müssen wir 750 Millionen Euro für Zinsen aufwenden aus den Schulden, die schon da sind, und aus den weiteren Schulden, die aufgenommen werden. 650 Millionen Euro folgen 30 Millionen Euro neue Schulden, die dann Jahr für Jahr von uns geleistet werden müssen, um auch diese neuen Schulden zu bedienen, und das auf einem historisch niedrigen Zinsniveau. Wenn wir einmal davon ausgehen, dass Zinsen auch wieder steigen könnten, dass aus 3,5 oder 4 % - wir sind ja als Land Brandenburg noch ganz gut geratet - höhere Zinssätze werden, dann erhöhen sich in gleichem Maße sofort die Zinsbelastungen. Wenn das geschieht, heißt das, der Spielraum, den wir haben, wird drastisch kleiner. Wir können dann gar nicht mehr frei agieren und nichts mehr bewegen, weil wir bei dem historisch niedrigen Zinsniveau nicht die Chance nutzen, Schulden abzubauen oder wenigstens dann, wenn die Situation so ist, wie sie ist, weniger Schulden zu machen.

Meine Damen und Herren, in der Stadtverordnetenversammlung Teltow und im Kreistag Potsdam-Mittelmark und auch hier im

Landtag erlebe ich immer, dass um 5 000 oder 10 000 Euro erbittert gestritten wird. Ich weiß nicht, wer von Ihnen kommunalpolitisch aktiv ist; dabei wird das jeder in gleicher Weise erleben. Wenn es um eine Million geht - das ist ganz erstaunlich -, wird diese durchgewinkt. Bei einer Million schaut keiner richtig hin, bei Milliarden ist es noch viel schlimmer, weil das etwas außerhalb des eigenen Vorstellungsvermögens ist.

Deswegen, meine Damen und Herren: Das hier ist ein Euro, ein deutscher, hinten ist der Adler drauf. Ein Euro hat einen Durchmesser von 23,25 Millimetern, er ist 2,33 Millimeter dick und 7,5 Gramm schwer. 650 Millionen Euro - übrigens ungefähr fünfmal neuer Landtag, einschließlich historisierender Fassaden, und es bleibt noch etwas übrig - haben ein Gewicht von 4 875 Tonnen. Nebeneinandergelegt ergeben sie eine Kette von 15 112,5 Kilometern, aufeinandergestapelt eine Höhe von 1 514,5 Kilometern. 1 514 Kilometer hoch, wenn man 1-Euro-Stücke übereinanderlegt - nur um Ihre Vorstellungskraft anzuregen, Herr Krause! Manch einem fehlt es ja daran, und da kann man gern etwas beisteuern.

(Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Zum Vergleich: Der Fichtelberg, meine Damen und Herren, ist 1 214,6 Meter hoch, und damit ist der Eurostapel allein der Schulden des Jahres 2010 1 247 mal so hoch wie der Fichtelberg.

(Krause [DIE LINKE]: Spannend!)

- Ja, das ist es. Zur Vorstellung: Wenn wir 20 Milliarden Euro Schulden im Jahre 2014 erreichen - das ist bei Ihrer Verschuldungspolitik ja absehbar -, dann wiegen 20 Milliarden Euro 150 000 Tonnen in 1-Euro-Stücken. Das heißt, das sind 5 000 Lkws mit jeweils 30 Tonnen. Sie wissen von der Autobahn: Die Lkws sind 18 Meter lang, 5 000 Lkws aneinandergereiht ergeben eine Länge von 90 Kilometern. Die gesamte A 12 - Stoßstange an Stoßstange - ist zugestaut - sie ist 58 Kilometer lang - und die Gegenspur auch noch zur Hälfte. Das ist die Situation.

20 Milliarden Euro ergeben aneinandergereiht eine Kette von 465 000 Kilometern; das ist elfeinhalb Mal um die Erde. 20 Milliarden Euro kann man auf 46 600 Kilometer Höhe aufstapeln. Das sind 12 % des Weges zum Mond. So ist die Schuldensituation, die wir bis zum Jahre 2012 zu erwarten haben.

(Krause [DIE LINKE]: Wie sieht das in Scheinen aus?)

- Weil Sie nach Scheinen fragen, Herr Krause: Es scheint so, dass die Linken scheinbar weniger mit Münzen zu tun haben, sondern sich mehr mit Scheinen auskennen.

Der gängigste Schein ist der 50-Euro-Schein. Der 50-Euro-Schein ist 14 cm lang, 7,7 cm breit und hat eine Fläche

(Heiterkeit bei der SPD sowie Zwischenrufe)

- ich erkläre es Ihnen, Sie haben doch gefragt; ich erkläre es Ihnen gern; nehmen Sie es einfach hin und freuen sich - über die Schulden -

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

von 107,8 cm². 600 Millionen Euro ergeben, wenn man sie nebeneinander ausbreitet, eine Fläche von 129 360 m². Zum

Vergleich: Das ist ungefähr zweimal das Holländische Viertel in Potsdam, und es bleiben noch 65 Millionen übrig - um einmal die Größenordnung der Schulden, die wir im Land Brandenburg haben, darzustellen.

20 Milliarden Euro ergeben eine Fläche von 4 312 000 m². Damit können Sie 75 mal das Holländische Viertel mit 50-Euro-Scheinen zudecken.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Das 1-Euro-Stück hat 7,5 Gramm Gewicht; ich versuchte das zu erläutern. Hören Sie zu, dann wissen Sie es!

(Minister Dr. Markov: Stellt ihm bitte keine Fragen!)

Das eigentliche Drama, meine Damen und Herren, wird natürlich nicht der Haushalt 2010, sondern der Haushalt 2011, wenn Sie dann wirklich ernsthaft versuchen sollten, Ihr Versprechen und die Ankündigungen, die Sie jetzt gemacht haben, einzuhalten. Ob die Situation dann viel besser ist,

(Fortgesetzte Unruhe)

ist unklar. Sie sehen also: Sie verschieben das Problem, das wir gegenwärtig haben, auf die Jahre 2011, 12, 13, 14, und mit jedem Jahr, das Sie schieben, werden die Probleme größer und wird die Lage schwieriger.

Und frei mit Franz Josef Strauß gesprochen: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat zu, als dass wir von dieser Landesregierung solide Haushaltspolitik erwarten können!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der FDP ist in der Opposition. Opposition ist - im Gegensatz zu Franz Münteferings Ansicht - nicht einfach nur Mist, Opposition ist ein Auftrag. Es ist der Auftrag, die Regierung zu kontrollieren und den Brandenburgerinnen und Brandenburgern zu zeigen, dass es auch anders geht.

Diesen Auftrag nehmen wir als Fraktion der FDP gern an, und wir sind auch bereit, bei der Erfüllung dieses Auftrags mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Auch das ist keine Frage, dass wir das gern täten, solange die Regierung auch einmal für andere Meinungen offen wäre. Auch das hätten wir uns gewünscht, und genau dafür war diese Haushaltsdebatte eben kein Beleg, wenn man sieht, wie mit den Anträgen der Opposition in den Ausschüssen und hier in der Debatte umgegangen worden ist. Schade, dass das beim Haushalt nicht möglich war; es wäre eine Chance gewesen. Aber wir bieten auch künftig, bei anderen Themen weiterhin unsere Zusammenarbeit an.

Der hier vorgelegte Haushalt gefährdet die Zukunft des Landes Brandenburg, er vergrößert die Schulden drastisch, führt uns auf einen Schuldenbetrag von 20 Milliarden und eine Halbwertszeit - davon war die Rede - von über 24 Jahren zu. Ich glaube, dass diese Schulden auch in 24 000 Jahren nicht bedient werden können, wenn sich die Haushaltsentwicklung so fortsetzt. Deswegen kann dieser Haushalt, so wie er vorgelegt worden ist, nicht die Zustimmung der FDP-Fraktion finden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält der Abgeordnete Vogel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Kosanke [SPD]: Nachrechnen!)

Vogel (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allen Respekt, Herr Goetz, das waren genug Rechenaufgaben für fünf PISA-Jahrgänge. Ich hoffe, dass alles ordentlich mitgeschrieben wurde und sich auch keine Fehler einschleichen, damit wir die Rechnung nachprüfen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzwelt ist aus den Fugen geraten. Wer von uns wäre denn vor einem Monat auf die Idee gekommen, dass Euro-Anleihen eines EU-Staates von den Finanzmärkten als Junkbonds eingestuft werden, in unseren Breiten das Wort vom Staatsbankrott die Runde macht und dass nicht nur ein europäisches Land - Griechenland -, sondern inzwischen mehrere südeuropäische Länder der Eurozone von den internationalen Finanzspekulant*innen zum Abschluss freigegeben worden sind. Was so martialisch klingt, ist pure Realität. Der Leiter der BaFin nannte dies gestern einen „Angriffskrieg auf die Eurozone“.

Jetzt rächt sich, dass es die Weltgemeinschaft nach 2009 nicht geschafft hat, die Institutionen und Akteure des Weltfinanzsystems, die Hedgefonds und Ratingagenturen, die „systemrelevanten Banken“ und deren Produkte an die Leine zu nehmen. Jetzt rächt sich, dass das Spielcasino der internationalen Finanzmarktjongleure nicht geschlossen wurde.

Für jeden von uns wurde in den letzten Wochen erkennbar: Die internationalen Finanzmärkte richten sich in ihrem Handeln nicht an den deutschen Landtagswahlterminen aus. Erkennbar wurde aber auch, wie erpressbar und Dritten hilflos ausgeliefert Länder werden, die über ihre Verhältnisse leben.

Die griechische Finanzkrise, die inzwischen eine europäische ist, zeigt uns aber auch schonungslos auf, dass die Fähigkeit zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik heutzutage die Schlüsselqualifikation, die Schlüsselkompetenz jedes Politikers sein muss. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik heißt aber nicht nur, mit dem verfügbaren Geld auszukommen, sondern dabei auch noch die fachpolitischen Prioritäten zu setzen, die ein Land zukunftsfest machen oder mit den Worten des früheren sozialdemokratischen schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson - ich zitiere heute nur Sozialdemokraten, um nicht in Verruf zu geraten - gesagt:

„Nur ein Staat, der nicht länger über seine Verhältnisse lebt, hat seine Hände frei, seine Mittel gezielt für Zukunftsinvestitionen einzusetzen.“

Doch wie sieht es hier bei den Verantwortlichen der rot-roten Mehrheit aus? Bis heute wurde die in der Pressemitteilung vom 19.03.2010 von Herrn Görke formulierte Aussage „Alte Rezepte wie eine Konsolidierung der Haushalte über die Ausgabe-seite funktionierten schon in der Vergangenheit nicht“ nicht zurückgewiesen. Die SPD hatte in den letzten Legislaturperioden - oder zumindest in der letzten Legislaturperiode - immer eine andere Auffassung vertreten. Ich denke, es ist in diesen

Haushaltsberatungen deutlich geworden, dass die Sanierung nicht über die Einnahmeseite, sondern nur über die Ausgabenseite funktionieren wird.

Frühere Beispiele wie Schweden, das in den 90er Jahren aus eigener Erkenntnis seine Ausgaben massiv kürzte und so die Staatsausgaben in Ordnung brachte, zeigen nicht nur, dass dieser Weg möglich, sondern auch der einzig gangbare ist, wenn man noch Spielräume für selbstständiges politisches Handeln erhalten will. Heute ist Schweden das EU-Land mit der niedrigsten Nettoneuverschuldung. Das Beispiel Griechenlands dagegen zeigt, dass einem Staat, der nicht beizeiten beginnt, Einnahmen und Ausgaben ins Lot zu bringen, die Kürzungen der Ausgaben irgendwann diktiert werden.

Frau Kaiser, in einem Punkt muss ich deutlich widersprechen. Die Probleme, die in Griechenland jetzt auftreten, sind doch nicht den Auflagen der EU und des IWF geschuldet, sondern das Ergebnis eines langjährigen Prozesses und Versagens der griechischen Regierungen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass heute im Bundestag über die Hilfen für Griechenland abgestimmt wurde und die Linken gegen diese Hilfen gestimmt haben und die SPD sich enthalten hat, die Grünen aus europäischer Solidarität mit CDU und FDP gemeinsam für diese Hilfen gestimmt haben.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Man konnte selbstverständlich Entschließungsanträge einbringen, das ist gängige Praxis in allen Parlamenten. Darin haben wir auch zum Ausdruck gebracht, dass wir für die Finanztransaktionssteuer sind. Aber allein die Tatsache, dass wir bei Randbedingungen andere Auffassungen haben, rechtfertigt nicht, die Solidarität mit Griechenland zu verweigern.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Aber was für Staaten gilt, gilt genauso für die deutschen Bundesländer, deren Defizite in die Gesamtbilanz Deutschlands eingerechnet werden. Aus diesem Grund war die Einführung der von Brandenburg abgelehnten Schuldenbremse nur konsequent.

Schuldenbremse, das ist die in das Grundgesetz übernommene Übereinkunft des Bundes und der Länder, dass diese ab 2020 keine strukturelle - nicht überhaupt keine, sondern nur keine strukturelle - Neuverschuldung mehr zulassen dürfen und die Länder in den nächsten Jahren dafür die Voraussetzungen schaffen sollen.

Frau Kaiser hat heute noch einmal sehr deutlich gemacht, dass die Linke diese Schuldenbremse ablehnt. Ich weiß nicht, wie die SPD momentan zur Schuldenbremse steht.

(Schulze [SPD]: Das ist Verfassungslage! - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wir halten uns an Gesetze!)

- Gut, das nehmen wir zu Protokoll. - Ich finde aber sehr bemerkenswert, dass bis heute auf der Internetseite der Linksfraktion unter A-Z, Begriff „Haushaltspolitik“ als letzte aktuel-

le Meldung der Beschluss zur Einreichung der Organklage gegen die Schuldenbremse zu finden ist. Das ist also die aktuelle Haushaltspolitik der Linken.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wir arbeiten daran!)

Begründet wurde das von Ihnen im Wesentlichen damit, dass diese einen tiefen Eingriff in das föderale System der Bundesrepublik darstellen würde, dass den Ländern ein Teil ihrer haushaltswirtschaftlichen Selbstständigkeit und damit ihrer Eigenständigkeit genommen würde und dass die Länder bisher selber über die Höhe ihrer Verschuldung entscheiden konnten. Frau Kaiser, Griechenland müsste uns allen doch ein Menetekel sein. Am Ende entscheiden die Geldgeber über die Höhe der Verschuldung und nicht die Länder. Wenn die Marktkräfte entscheiden, werden Eingriffe in das Staatsgefüge erzwungen, die weit über alles hinausgehen, was mit der Schuldenbremse als maßvolle Selbstbeschränkung erreicht werden soll. Das kann doch niemand von uns wollen.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie einzeln CDU und FDP)

Natürlich ist es grundsätzlich verständlich, wenn in den Bundesländern die Einnahmesituation des Staates beklagt wird und Möglichkeiten einer Einnahmeverbesserung gesucht werden. Allerdings erschließt sich dieses Klagen für Brandenburg nur bedingt.

Im Gegensatz zu dem nach Einwohnern vergleichbaren finanzschwachen westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein, dessen Etat rund 8 Milliarden Euro umfasst, erhält Brandenburg mit seinen 10,5 Milliarden Euro Haushalt wie auch die anderen neuen Bundesländer bis 2019 noch Solidarpaktmittel des Bundes in einer Größenordnung zusammen mit dem Länderfinanzausgleich von 2,4 Milliarden Euro. Dieser Betrag wird auch bis 2013 kaum zurückgehen. Von daher haben wir in Brandenburg - das haben auch verschiedene Redner angesprochen - kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem, das wir dringend lösen müssen.

Die Einnahmen gehen also nicht schlagartig zurück, sondern in einem maßvollen Tempo. Vor diesem Hintergrund ist es unbegreiflich, dass sich die Regierung außer Stande sieht, die Neuverschuldung schneller auf null herunterzukürzen. Meine Fraktion hat in den Haushaltsberatungen Vorschläge gemacht und aufgezeigt, wie bereits im laufenden Haushaltsjahr Ausgabenkürzungen um 205 Millionen Euro möglich wären, ohne dass dies mit spürbaren Konsequenzen für die Landesverwaltung und die politische Handlungsfähigkeit des Landes verbunden wäre. Verbunden mit dem Verzicht auf die in der aktuellen Finanzmarktsituation geradezu widersinnige Einzahlung von 200 Millionen Euro in den Pensionsfonds könnten so 450 Millionen Euro im Haushalt 2010 eingespart werden. Kollege Woidke ist gerade nicht anwesend; ich sehe ihn zumindest nicht. Das hat er anscheinend nicht richtig verstanden. Hier hat niemand gefordert, dass der existierende Pensionsfonds für die Beamten, die nach dem 1. Januar 2009 verbeamtet wurden, aufgelöst wird.

(Beifall GRÜNE/B90)

Frau Kaiser, zu den Personalausgaben: Die globale Minderausgabe beinhaltet lediglich eine Anpassung der Haushaltszahlen an den aktuellen Bedarf. Nun werden sie, denke ich, im Haushaltsvollzug erwirtschaftet werden. Das ist nicht unbedingt ein

Schaden. Der Finanzminister hatte selber in der Vorstellung seiner Finanzplanung für 2011 dargelegt, dass er aufgrund des verantwortungsvollen Wirtschaftens der Ministerien im Personalbereich keine Probleme sieht, im Jahr 2011 auf Ansätze in Höhe von 40 Millionen Euro zu verzichten, die bisher geplant waren.

(Minister Dr. Markov: 45!)

- 45 Millionen Euro, noch besser! - Ich denke, das wird sich bereits im Haushaltsvollzug dieses Jahr niederschlagen. Unser Ansatz war, dass die Haushaltsansätze mit dem tatsächlichen Bedarf in Einklang gebracht werden.

Bei der Personalplanung - das haben wir hier mehrfach deutlich gemacht - ging es uns zu keinem Zeitpunkt darum, Personalkürzungen auszuschließen, sondern es ging uns immer um einen aufgabenkritischen Prozess, in dessen Verlauf sich herausstellt, wie viel Personal in welchem Bereich mit welcher Dotierung wir benötigen.

18 Milliarden Euro Schulden, jährlich über 700 Millionen Euro Zinszahlungen bei einem Gesamtetat von 10 Milliarden Euro, von dem lediglich rund 5 Milliarden Euro aus Steuereinnahmen gedeckt sind, 650 Millionen Euro Nettoneuverschuldung in diesem Jahr und dann zaghafte Kürzungen

(Görke [DIE LINKE]: Augenmaß, nicht zaghaft!)

um 150 Millionen Euro pro Jahr, das sind die Zahlen, die in dieser Debatte zwar oft genannt, aber wohl noch nicht oft genug wiederholt wurden, um auch dem Letzten hier im Saale deutlich zu machen, dass es so nicht weitergehen kann. Wenn wir berücksichtigen, dass sich die wesentlichen Einnahmeausfälle aus den Kürzungen der Bundesergänzungszuweisungen erst zwischen 2013 und 2019 abspielen werden, dann reicht es nicht, bis 2014 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, dann müssen wir bereits jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, um die Einnahmeausfälle, die dann Jahr für Jahr um rund 200 Millionen Euro ansteigen werden, verkraften zu können. Jeder von uns weiß doch aus eigener Erfahrung, dass die ersten Einsparungen am leichtesten fallen und jeder weitere Euro Einsparsumme immer schwerer wird.

Mit ihrem Haushalt und ihrer mittelfristigen Finanzplanung dokumentiert diese Regierung unzweideutig, dass sie über das Ende dieser Legislaturperiode nicht hinausdenkt. So kann man keine zukunftsfähige Finanzpolitik gestalten.

(Beifall GRÜNE/B90)

Ich bin allerdings nicht so blauäugig zu glauben, dass die aktuelle Einnahmesituation des Staates das Nonplusultra darstellt. Natürlich müssen die größeren Vermögen und Finanzmarktspekulanten verstärkt zur Finanzierung unserer Staatsaufgaben herangezogen werden.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Werden sie aber nicht!)

Natürlich muss der Faktor Arbeit entlastet und der Ressourcenverbrauch zukünftig stärker belastet werden. Aber egal, ob Vermögensabgabe oder Finanztransaktionssteuer, Reform der Einkommensteuer oder verstärkte Ressourcenbesteuerung, immer ist der Bund zuständig, und ist er nicht willig, dann sind die

Länder schwach. Die Möglichkeiten des Landes, zusätzliche Steuern zu erheben oder den Kommunen das Recht auf Einführung neuer Verbrauchsteuern einzuräumen, sind beschränkt und darüber hinaus innerhalb des föderalen Systems geeignet, Standortnachteile hervorzurufen. Dies gilt auch und insbesondere für die Vorschläge aus den Reihen der FDP, die Gewerbesteuer abzuschaffen und stattdessen den Kommunen einen eigenständigen Hebesatz auf die Einkommensteuer einzuräumen. Dagegen sollten alle Länder gemeinsam aufstehen.

(Beifall GRÜNE/B90 und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Bevor nach der Erhöhung der Grunderwerbssteuer gerufen wird, wäre es zunächst angesagt, einmal die Einnahmen zu realisieren, auf deren Erhebung man bislang sträflich verzichtet hat und die zudem keine Armen treffen. Dies habe ich gestern in der Beratung zum Einzelplan 20 bereits ausgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachhaltig und generationengerecht ist eine Politik nur dann, wenn die Nutzung aller notwendigen öffentlichen Güter aus den laufenden Einnahmen ohne neue Schulden finanziert werden kann. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass die Ausgaben einen geeigneten Beitrag zur Lösung der Zukunftsprobleme des Landes und der Menschheit leisten. Dabei wird die aktuelle Finanzkrise nur eine kleine Randnotiz in den großen Krisen unserer Zeit bleiben, wenn es uns nicht gelingt, endlich das Steuer herumzuwerfen. Die drei großen Menschheitskrisen heute sind die Klimakrise, der Verlust der biologischen Vielfalt und die globale Gerechtigkeitskrise bei der Verteilung von Chancen und Ressourcen.

(Beifall GRÜNE/B90)

All diese Krisen sind zumeist von den Industrienationen, also auch von uns verursacht und können nur mit unserer Hilfe behoben werden. Was für die Verschuldung des Landes und die heranrollenden Einnahmeverluste gilt, gilt auch hier. Wegschauen hilft nicht. Am Ende bricht alles noch schlimmer über uns herein.

Die Daten zur Klimakrise sind bekannt. Wenn es der Weltgemeinschaft nicht gelingt, den Trend zu immer weiter steigenden Treibhausgasemissionen zu stoppen und umzukehren, dann wird die Begrenzung der Klimaerwärmung auf weniger als 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau verunmöglicht. Gegenwärtig ist der Globus eher auf dem Pfad zu einer Klimaerwärmung um 6 °C. Die dramatischen Folgen in den natürlichen Systemen wie die absehbaren weltweiten Fluchtbewegungen will ich Ihnen jetzt nicht ausmalen. Verheerend werden aber auch die Folgen für unser Wirtschaftssystem sein, die der Ökonom Nick Stern mit Schäden in unvorstellbaren 20 % des globalen Bruttosozialprodukts berechnet. Also, aller Grund zu handeln und alle Kräfte einzusetzen, nicht nur, um so schnell wie möglich aus der zentralistischen Energieproduktion auf Basis fossiler Energieträger - zu deutsch und für Brandenburg: aus der Braunkohle - auszusteigen, sondern auch die Weichen hin zu einem ressourcenschonenden und kohlenstoffarmen Konsummodell umzustellen. Hierbei kann das Land nicht nur, es muss mit gutem Beispiel vorangehen. Aber wie ist die Realität?

Fast Jahr für Jahr beklagt der Landesrechnungshof Energieverschwendungen in öffentlichen Gebäuden. Der Landtag ist seit

vier Legislaturperioden in diesem Gebäude untergebracht, ohne dass jemals eine grundlegende energetische Sanierung stattgefunden hätte.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Und das mit dem Hinweis darauf - das ist auch symptomatisch für die gesamte Debatte um Zukunftsthemen in Brandenburg -, dass später alles besser wird.

(Beifall GRÜNE/B90)

Umstellung der Energieversorgung der Landesbehörden auf Ökostrom - kein Thema. Gravierende Verkleinerung des Fuhrparks und vollständige Umrüstung der Kfz-Flotte auf CO₂-arme Fahrzeuge - kein Thema. Absenkung der Normen und Standards im Straßenbau und damit einhergehende Haushaltskürzungen - kein schlechtes Thema, aber nicht erkennbar.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Über die Vorbildwirkung des Landes hinaus erforderte eine aktive und aktivierende Klimaschutzpolitik aber auch, dass Fördermittel des Landes nur nach vorherigem Klima- und Nachhaltigkeitscheck ausgereicht werden, dass Klimaschutz selbstverständlicher Bestandteil aller Handlungen der Landesregierung wird.

Aber betrachten wir dazu einmal den diesjährigen Handlungsschwerpunkt unseres Wirtschaftsministers, die Absicherung der Internationalen Luftfahrtausstellung am Standort Schönefeld. Während es in der Bildungspolitik nicht möglich war, nennenswerte Verbesserungen bei den Vertretungsreserven oder in der Qualifizierung der Lehrkräfte im Haushalt zu verankern, fließen für die Leistungsschau der Luftwaffenindustrie die Millionen. Für eine Waffenschau, bei der Frau Kaiser nach eigenem Bekunden vor wenigen Jahren noch als Gegendemonstrantin aufmarschierte, macht die Koalition jetzt das Füllhorn auf. Geschätzte 10 Millionen Euro Steuermittel pro Veranstaltung vertragen sich weder mit solider Haushaltspolitik noch mit irgendeinem Nachhaltigkeitsanspruch. Oder will uns hier irgendjemand erzählen, dass das Hauptaugenmerk beim direkten Vergleich von Kampfflugzeugen jetzt auf den Einsatz von Biodiesel und Photovoltaik ausgerichtet ist?

(Beifall GRÜNE/B90)

Kommen wir zum Verlust der biologischen Vielfalt, einem für die Menschheit möglicherweise noch bedrohlicheren Thema als der Klimawandel. So hatte die EU mit dem Slogan „Stop the loss“ das Ziel formuliert, den Verlust der biologischen Vielfalt innerhalb der Gemeinschaft bis 2010 zu stoppen und den Trend umzukehren. Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Biodiversität, am 15. März 2010, haben die EU-Umweltminister nun kapituliert und die für 2010 proklamierten Ziele um zehn Jahre, bis 2020, verschoben. Das folgt übrigens einem gängigen Muster, das auch in Brandenburg in der Wandlung der Energiestrategie 2010 in die Energiestrategie 2020 seine Entsprechung fand.

Keine 12 Tage später, am 26. März 2010, haben die deutschen Bundesländer ihre Position zu dem neuen Biodiversitätskonzept der EU - Bundestagsdrucksache 29/10 - formuliert. Diesem bemerkenswerten Text ist zu entnehmen, dass die Folgen

des Verlustes der Arten, der Lebensraumvielfalt und der genetischen Ressourcen den Ländern bekannt sind, also auch Brandenburg.

Ich zitiere:

„Der Bundesrat zeigt sich besorgt über die Aussage, dass viele Ökosysteme in Europa und weltweit sich so genannten ‘Tipping Points’ annähern, deren Überschreitung mit einem weitgehenden Kollaps dieser Systeme einhergeht.“

Ebenfalls keinen Grund zum Optimismus gibt die Aussage, dass lediglich 17 % der am stärksten gefährdeten Lebensräume und Arten in Europa einen günstigen Erhaltungszustand aufweisen, wie ihn die Richtlinie vorsieht. Weiter:

„Die Aussage, dass die biologische Vielfalt neben dem intrinsischen Wert, wie er etwa in der Convention on Biological Diversity (CBD) anerkannt worden ist, einen Dienstleistungswert besitzt, der bisher kaum ökonomisch abgebildet wird, ist zu unterstreichen. ... Neben dem deshalb drohenden immensen Verlust an wirtschaftlichem Wohlstand und der ungerechtfertigten Beeinträchtigung des intrinsischen Wertes biologischer Vielfalt ist auch der empfindliche Rückgang an natürlicher Lebensqualität für die Menschen zu befürchten.“

Soweit die Erkenntnisse des Bundesrates. Interessant ist aber, welche Konsequenzen die deutschen Bundesländer ziehen. Nicht nur, dass sie bei der Umsetzung der von der EU vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt vor „zusätzlichen Restriktionen für notwendige wirtschafts- und verkehrspolitische Infrastrukturmaßnahmen“ warnen, nein, sie machen sich auch umfassend Gedanken über die Unfinanzierbarkeit der Gegenmaßnahmen.

Ich zitiere:

„Die Haushaltssituation in den Ländern ist so angespannt, dass die übrigen und sich weiterhin ausweitenden Pflichtaufgaben kaum noch geleistet werden können. Vor diesem Hintergrund ist die Übernahme weiterer Pflichtaufgaben ohne finanziellen Ausgleich nicht möglich. Schon die Umsetzung des jetzigen EU-Rechts stellt die Länder vor erhebliche Personal- und Haushaltsprobleme. Bei der zwingend notwendigen Reduzierung der Neuverschuldung sind Überlegungen zur Anhebung des Finanzierungsvolumens nur bei Bereitstellung der Mittel durch die EU akzeptabel.“

Man betrachte die Diskrepanz. Zuerst wird das Umkippen ganzer Ökosysteme geschildert, der drohende Verlust an wirtschaftlichem Wohlstand an die Wand gemalt, um danach jegliche Verantwortung von sich zu weisen, da die notwendigen Maßnahmen nur mit zusätzlichen EU-Mitteln finanziert werden könnten.

Vielleicht macht es an dieser Stelle Sinn, einmal daran zu erinnern, dass der brandenburgischen Landwirtschaft pro Jahr mehr als 500 Millionen Euro an EU-Mitteln zufließen. Unbestritten ist, dass die industrielle konventionelle Großraumländwirtschaft und die Massentierhaltung einen entscheidenden Anteil an dem Verlust der biologischen Vielfalt haben. Nicht mehr Geld ist nötig, sondern eine konsequente Ausrichtung der För-

dermittel an der Erbringung ökologischer Leistungen für die Allgemeinheit.

(Beifall GRÜNE/B90)

Allerdings war die Landesregierung nicht einmal in der Lage, in ihrem Haushaltsentwurf eine Unterscheidung zwischen Agrarumweltmaßnahmen und flächenbezogenen Leistungen vorzunehmen. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Steigerung des Vertragsnaturschutzes ist sowieso nur Makulatur. So verspielt man in der Haushaltspolitik Zukunftsfähigkeit.

Kommen wir zur globalen Gerechtigkeitskrise bei der Verteilung von Chancen und Ressourcen. Erstmals in der Geschichte der Menschheit ist die Zahl der chronisch von Hunger betroffenen Menschen auf über eine Milliarde angestiegen. Noch mehr Menschen haben keinen Zugang zu Bildung, zu Gesundheitsvorsorge oder auch zu sauberem Trinkwasser.

Kein Mensch erwartet, dass dieses Problem mit den Mitteln Brandenburger Haushaltspolitik zu lösen ist. So begrüßenswert es ist, 60 000 Euro für die ehrenamtliche Entwicklungszusammenarbeit im Haushalt einzustellen, so ist es nicht mehr als ein symbolischer Akt. Mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass unser Reichtum wesentlich auf der Ausbeutung der Bodenschätze und Arbeitsleistungen der so genannten Dritten Welt beruht. Das Gefühl vieler Menschen außerhalb Europas und Nordamerikas, jetzt endlich auch einmal dran zu sein, ist verständlich. Dennoch wissen wir, dass ein Auto für jeden Erwachsenen, eine jährliche Urlaubsreise mit dem Flugzeug und ein täglicher Braten für jeden Menschen die Ressourcen unserer Erde überfordern.

Wir müssen runter mit unserem Energieverbrauch und unserem Fleischkonsum. Wir müssen raus aus unserer Wegwerfgesellschaft, wenn wir es mit der Idee einer solidarischen Weltgemeinschaft ernst meinen. Wir müssen uns auf eine Welt einrichten, in der wir dauerhaft ohne Wachstum des Ressourcenverbrauchs auskommen werden. Wir müssen herausfinden, wie Václav Havels Vision einer Welt, in der Fortschritt an verringertem Konsum gemessen wird, verwirklicht werden kann.

(Beifall GRÜNE/B90)

Wir müssen letztendlich eine Gesellschaft schaffen, die ohne permanentes Wirtschaftswachstum und das heißt auch in Ihrem Staatshaushalt ohne ständig wachsende Staatsausgaben zu recht kommen kann und dennoch ein lebenswertes Leben für alle Bewohner eines Landes gewährleistet.

Wir wissen: Der Wohlstand ist nicht nur zwischen Nord und Süd ungerecht verteilt, sondern auch innerhalb der Industrienationen. Auch innerhalb unseres Landes wachsen die sozialen Ungleichgewichte. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Wir wissen auch, dass die Einflussmöglichkeiten auf die Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Bundesland über den Landshaushalt nur begrenzt sind.

Die entscheidenden Weichenstellungen trifft der Bund. Alles, was wir, verglichen mit den bundesgesetzlich geregelten Sozialausgaben und den Leistungen der Sozialversicherungsträger bewegen können, bleibt marginal. Es gibt allerdings eine große Ausnahme. Das ist die Alleinzuständigkeit der Länder für die Ausgestaltung und Finanzierung des Bildungssystems. Der

vorhin zitierte schwedische Ministerpräsident Göran Persson, der ob seiner radikalen Reformen der schwedischen Staatsfinanzen von Mitgliedern seiner sozialdemokratischen Partei auf das Unflätigste beschimpft wurde, rührte einen Posten nie an: den Bildungsetat.

Inzwischen ist es Allgemeingut, dass die Grundlagen für den sozialen Aufstieg, für die Verteilung von Zukunftschancen auf die Mitglieder der Gesellschaft in der schulischen und vorschulischen Bildung gelegt werden. Die Landesregierung hat mit dem BAföG für Schüler zwar den Versuch unternommen, hier für mehr Chancen für Kinder aus benachteiligten Familien zu sorgen. Aber das BAföG greift deutlich zu spät, nämlich ab Klassenstufe 11. Jugendliche, die die Klasse 11 erreicht haben, haben den Sprung zumeist schon geschafft. Die Debatte haben wir heute Vormittag bereits in aller Ausführlichkeit geführt. Unsere Kritik ist, dass die Mittel, die in das viel zu spät greifende Instrument Schüler-BAföG - übrigens auch ein verwaltungsintensives Instrument - fließen, deutlich sinnvoller dafür geeignet wären, um die individuelle Förderung im schulischen und frühkindlichen Bildungsbereich zu verbessern. Unsere Änderungsanträge zeigten im Ansatz, wie es hätte besser gehen können.

(Beifall GRÜNE/B90)

So haben wir - übrigens gemeinsam mit der FDP - beantragt, dass sowohl der Schulpool als auch die Vertretungsreserve von 3 auf 5 % aufgestockt wird. Die knapp 7 Millionen Euro - keine hohe Summe in Anbetracht des Gesamtvolumens des Haushalts, die hierfür von uns veranschlagt waren - wären direkt den Lernenden zugutegekommen, da mehr Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestanden hätten, um sich um die individuellen Bedürfnisse der Kinder zu kümmern. Zugleich hätte die Lehre verbessert werden können, da die Lehrerinnen und Lehrer bei weniger zeitlicher Arbeitsbelastung mehr Energie in die Qualität der Lehre hätten stecken können.

7 Millionen Euro für die Qualität der Bildung in Brandenburg wären für uns ein erster Schritt in die richtige Richtung - Bildung statt Beton - gewesen, aber obwohl Sie in der Debatte im Plenum alle unsere Anträge für sinnvoll erklärten, haben die Abgeordneten der Koalition alle unsere Anträge abgelehnt.

(Görke [DIE LINKE]: Das ist ja eine komische Wahrnehmung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist aus unserer Sicht weder geeignet, das Problem der Schuldenkrise noch das Problem der sozialen Gerechtigkeit im Bildungssektor anzupacken.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das haben wir uns gedacht!)

Er ist nicht geeignet, Antworten auf die anderen entscheidenden Herausforderungen wie Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt zu geben. Deshalb müssen wir den Haushaltsentwurf dieses Jahr ablehnen. Wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben, dass unsere Kritik am Haushalt des Jahres 2010 im Haushalt 2011 aufgegriffen wird und Sie uns im nächsten Jahr die Kritik nicht allzu leicht machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Minister Markov erhält das Wort.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, nochmals einen recht schönen guten Nachmittag! Während der Einbringung des Haushalts und in den Ausschusssitzungen haben wir sehr ausführlich über den Haushalt debattiert. Heute ist der dritte Tag der Debatte darüber. Dies alles würde ich gern in folgendem kurzen Satz zusammenfassen: Dieser Haushalt ist die in Geld gemeißelte Umsetzung der politischen Zielstellung dieser Koalition.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt! - Beifall DIE LINKE und SPD)

Die einen - das ist die Koalition - werden diese Ansicht teilen, die anderen dagegen nicht, weil ihnen dieser politische Ansatz nicht gefällt.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: So ist es!)

Worin dieser politische Ansatz besteht, wurde bereits von meinen Kollegen der SPD und der Linken sehr ausführlich analysiert und beschrieben. Ich kann mir insofern Äußerungen diesbezüglich sparen und möchte lediglich kurz zu einigen Aussagen, die in der heutigen 3. Lesung gefallen sind, Stellung nehmen.

Erstens: Herr Goetz, es scheint in Mode zu kommen, Lenin zu zitieren.

(Frau Melior [SPD]: Ja!)

Offensichtlich haben Sie aber in den Parteilehrjahren der Partei, der wir beide einmal angehört haben, nicht richtig aufgepasst,

(Lachen und Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

weil es nämlich nicht hieß: „Sozialismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“,

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Kommunismus!)

sondern „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Was wahr ist, soll auch wahr bleiben, weshalb man es dann auch richtig zitieren sollte.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Das passiert, wenn man nie richtig aufpasst!)

Zweitens: Herr Vogel, Sie haben ein enormes Problem angeschnitten, dieses als selbstverständlich hingegenommen und einfach locker weggewischt.

(Bischoff [SPD]: Bildungsurlaub!)

Darüber bin ich schon ziemlich erstaunt gewesen. Sie haben den Satz geprägt: Geldgeber entscheiden über die Länder. - Es ist genau das Problem,

(Einzelbeifall des Abgeordneten Schulze [SPD])

dass Geldgeber mittlerweile über die Politik bestimmen und nicht mehr die Politik über die Finanztechnik bestimmt. Insofern war es richtig, dass wir - sowohl die SPD als auch die Linke - im Bundestag gesagt haben: Wir müssen Griechenland bzw. die Währung stützen. Zugleich haben wir per Entschließungsantrag aber auch sehr wichtige Positionen gefordert, und zwar die Rückgewinnung der politischen Macht über die Finanzakteure,

(Beifall DIE LINKE und SPD)

indem wir eine Finanztransaktionssteuer organisieren, indem wir die Ratingagenturen begrenzen, indem wir den Handel mit Leerbriefen verbieten und indem wir den Wertpapierhandel nicht so gestalten, wie er gestaltet ist. Sie nehmen das aber einfach so hin

(Frau Nonnemacher [GRÜNE/B90]: Nein, wir doch nicht!)

und verkaufen es dann auch noch als absolut tolle Politik. Diese Aussage fand ich sehr schwach, auch wenn der Rest Ihres Vortrages nicht schlecht war.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [SPD])

Ich habe natürlich verstanden - das ist immer ein wenig schwer -: Wir verteidigen unsere Politik, Schwarz-Gelb kritisiert sie. Als ich dort gesessen und mir das zum vierten oder fünften Mal angehört habe, dachte ich mir: Na ja, vielleicht sollte man sich einfach die Umfragen anschauen. Wir wollen nicht vergleichen, aber die Umfragen sollte man sich anschauen. Zudem dachte ich mir: Das kann man in einem Vierzeiler zusammenfassen:

Rot-Rot in Potsdam regiert engagiert,
dies wird vom Wähler sehr wohl honoriert.
Schwarz-Gelb in Berlin, ein zerstrittener Haufen,
dem scharenweise die Wähler weglaufen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Das ist Lyrik! - Beifall SPD und DIE LINKE - Bischoff [SPD]: Jetzt wird es intellektuell!)

- Nein.

Ich bin mir sehr sicher, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger, die seit 20 Jahren strukturell immer links gewählt haben - selbst wenn die politischen Konstellationen der Regierung andere gewesen sind -,

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das stimmt! - Krause [DIE LINKE]: Sie wussten, dass wir gut sind!)

das auch weiterhin tun werden.

Ich habe aber auch Verständnis dafür, schließlich sind wir als Partei PDS in Brandenburg mit 13 % gestartet. Anschließend ging die Rallye aber aufwärts. Sie hüpfen permanent um die 20 % herum,

(Bischoff [SPD]: Eher taumeln!)

und wenn Sie kein solides Konzept anzubieten haben, wird sich daran auch nicht viel ändern. Nun habe ich sicherlich nicht das Interesse, dass es Ihnen besser geht als uns, aber ich glaube einfach, Sie sollten Ihr Politikangebot überdenken. Ihre Themen bewegen die Brandenburgerinnen und Brandenburger nicht, weil Sie ihre Nöte nicht aufgreifen und kein Verständnis dafür haben, dass es eine breit gefächerte Gesellschaft und nach wie vor - trotz vieler Bemühungen - soziale Ungerechtigkeiten gibt, die es zu überwinden gilt. Das hat sich die gegenwärtige Regierung zum Schwerpunkt gesetzt.

(Zuruf von der CDU - Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich würde jetzt sehr gern noch einige wirtschafts- und finanzpolitische Grundsatzbemerkungen anbringen, habe jedoch versprochen, dies nicht zu tun. Insofern sei meine letzte Bemerkung folgende:

(Zuruf von der CDU: Zu viel versprochen!)

Dieser Haushalt - davon bin ich überzeugt - wird jetzt beschlossen. Es gibt die Steuerschätzung für die Jahre 2011, 2012 und 2013 - das wurde erwähnt -, die ein Szenario beschreibt, das auch auf Brandenburg Auswirkungen haben wird. Dies wird noch einmal eine exorbitante zusätzliche Belastung darstellen, über die wir uns dahin gehend auseinandersetzen müssen, wie und in welcher Geschwindigkeit wir sie meistern wollen. Ich sage Ihnen bereits jetzt voraus: Wir werden das genauso solide wie den Haushalt 2010 meistern. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. Das war mit knapp sechs Minuten eine deutliche Unterschreitung der Redezeit. Da haben wir gespart.

Wir sind damit am Ende der Rednerliste. Der Ministerpräsident hat angekündigt, nicht zu reden. Wir kommen zur Abstimmung.

Ihnen liegt in Drucksache 5/822 die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, Haushaltsgesetz 2010, vor. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen ist dieser Beschlussempfehlung gefolgt worden; das Gesetz ist damit angenommen.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und die 15. Sitzung. Machen Sie noch etwas aus dem restlichen Tag! Kommen Sie gut nach Hause! Auf Wiedersehen!

Ende der Sitzung: 17.00 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 8:****Am Atomausstieg muss festgehalten werden**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 7. Mai 2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest: Angesichts der Pläne der Bundesregierung, die Laufzeit der Kernkraftwerke (KKW) bis zu 60 Jahre zu verlängern, wird der weitere Ausbau Erneuerbarer Energien und die Schaffung dezentraler Lösungen verzögert. Atomkraft bietet keine Lösung der Energieprobleme. Der Rohstoff Uran ist nur begrenzt vorhanden. Die Endlagerproblematik ist weltweit ungelöst. Klimaschutz und eine zugleich verlässliche und bezahlbare Energieversorgung werden künftig nur durch die konsequente Verbesserung der Energieeffizienz, den Ausbau Erneuerbarer Energien und Energieeinsparung sichergestellt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass

- a) am Atomausstieg und den Restlaufzeiten der KKW festgehalten,
- b) ein sofortiger Einlagerungsstopp für Brennelemente im Atomlager Gorleben erlassen und
- c) ein ergebnisoffenes und bundesweites Endlager-Suchverfahren für hochradioaktive Brennelemente eingeleitet

wird.“

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 15. Sitzung am 7. Mai 2010 folgende Entschließung angenommen:

**„Die Gefahren der Atomkraft
machen nicht an Ländergrenzen halt**

Der Landtag stellt fest: Die Katastrophe von Tschernobyl hat klargemacht: Die Gefahren der Atomenergie machen nicht an Ländergrenzen halt. Deswegen ist der Ausstieg aus der Atomenergie nicht allein ein Anliegen für Deutschland, sondern ist weltweit geboten. Der Landtag Brandenburg nimmt vor diesem Hintergrund mit großer Sorge von Planungen in unserem Nachbarland Polen über den möglichen Bau eines neuen Atomkraftwerks in Zarnowice Kenntnis.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, insbesondere innerhalb der deutsch-polnischen Oderpartnerschaft und in bilateralen Gesprächen mit Regierungsvertretern der Republik Polen, konsequent weiterhin gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Polen zu engagieren.

Zugleich soll die Landesregierung den polnischen VerantwortungsträgerInnen auf allen Ebenen Unterstützung bei

der Konzeptionierung und Implementierung einer Energiestrategie anbieten, die auf den drei Säulen Erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz basiert.,,

**Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche
Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 7. Mai 2010**

Frage 213**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Peer Jürgens****- Monitoring am Petersdorfer See -**

Der Petersdorfer See im Landkreis Oder-Spree war in den letzten Jahren häufiger Ursache für Presseberichte und Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern. Grund hierfür ist die Tatsache, dass dieser See im Jahr 2005 schlagartig von einem Jahr auf das andere nahezu sämtlichen Wasserpflanzenbewuchs verlor, sich deutlich eintrübte und das Mühlenfließ als Abfluss des Sees im Sommer regelmäßig starke Geruchsbelästigungen aufweist. Nach etlichen Beschwerden der Menschen vor Ort hat das Landesumweltamt für den Petersdorfer See ein Monitoring zur Untersuchung der Ursachen angekündigt.

Ich frage die Landesregierung: Wann und in welchem Umfang soll dieses angekündigte Monitoring stattfinden?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tack**

Der Petersdorfer See ist leider ein anschauliches Beispiel dafür, dass trotz naturwissenschaftlicher Ursachenforschungen und Überwachung durch zuständige Behörden nicht zwangsläufig Mangelzustände beseitigt werden.

Seit mehreren Jahren haben das Landesumweltamt und die untere Wasserbehörde des Landkreises Oder-Spree einiges unternommen, um den Ursachen der unverhältnismäßig hohen Nährstoffbelastung auf die Spur zu kommen.

Dazu gehörten die Suche nach unbekannten Einleitungen, die Prüfung abflussloser Abwassersammelgruben sowie die Prüfung auf ordnungsgemäße Fischbewirtschaftung. Eine eindeutige Zuordnung von Ursachen war danach immer noch nicht möglich.

Im Rahmen der gegenwärtigen Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie soll nun der Petersdorfer See in das „investigative Monitoring“ für Gewässer aufgenommen werden, bei denen die örtlichen Belastungen bisher nicht eindeutig identifiziert werden konnten. Mit 5 bis 10 Messstellen wird es sich beim Petersdorfer See über den Zeitraum eines Jahres auf das Wasser, auf die Sedimente, auf alle oberirdischen Zuflüsse und auf den Abfluss erstrecken.

Zurzeit werden im Landesumweltamt für eine Reihe von Gewässern die inhaltlichen Vorgaben für eine Ausschreibung im September 2010 erarbeitet. Die Überwachung des Petersdorfer Sees soll dann noch 2010 beginnen.

Ich will hier aber nicht unerwähnt lassen, dass mein Haus bereits vorher finanzielle Mittel für die Sanierung und Entschlam-

mung des Briesener Mühlenfließes bereitgestellt hat, um gegen die dort aufgetretene Geruchsbelästigung vorzugehen. Der Wasser- und Landschaftspflegeverband Untere Spree hatte Anfang 2009 auf einer Länge von 1,5 km Gehölze ausgelichtet, Schlamm aus dem Gewässerbett entfernt und Sohlstürze umgebaut, um die Selbstreinigungskraft des Gewässers zu erhöhen. Das Projekt wurde vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz mit 68 000 Euro gefördert, was einer Kostenbeteiligung von 80 % entspricht.

Frage 214

CDU-Fraktion

Abgeordnete Barbara Richstein

- Enthaltung Brandenburgs bei Subsidiaritätsrüge des Bundesrates -

Am 26. März 2010 hat der Bundesrat beschlossen, eine Subsidiaritätsrüge gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV zur Initiative des Königreichs Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Estland, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Ungarn, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, Rumäniens, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Schutzanordnung zu erheben. Brandenburg hat sich bei der Abstimmung im Bundesrat enthalten.

Ich frage die Landesregierung: Warum hat sich Brandenburg bei der Abstimmung über die Subsidiaritätsrüge seiner Stimme enthalten?

Antwort der Landesregierung

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber

Der Bundesrat hat in seiner 868. Sitzung am 26. März 2010 erstmals seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon eine Subsidiaritätsrüge erhoben. Diese bezieht sich auf eine Initiative von 12 EU-Mitgliedsstaaten für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die europäische Schutzanordnung. In der Sache geht es um die Ausdehnung des Opferschutzes dahin gehend, dass eine in einem Mitgliedsstaat zugunsten des Opfers - etwa von häuslicher Gewalt - ergangene Schutzanordnung gegenüber der gefährdenden Person, zum Beispiel Kontaktverbote, auch dann aufrechterhalten wird, wenn die gefährdete Person sich in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union aufhält. Dieses Vorhaben kann nach übereinstimmender Meinung aller Bundesländer nur durch eine Regelung auf EU-Ebene umgesetzt werden. Somit ist das Tätigwerden der EU gemäß Art. 5 des Vertrages über die Europäische Union gerechtfertigt und verstößt nach Ansicht der Landesregierung Brandenburg und der Länder Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Die Mehrheit der Länder jedoch sah die ungeeignete und somit fehlende Rechtsgrundlage als Anlass für eine Subsidiaritätsrüge.

Es stehen sich hier zwei Rechtsauffassungen gegenüber. Die eine besagt, dass ausschließlich die fehlende Kompetenz zur Feststellung eines Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip führen kann - die andere Rechtsauffassung sieht die Prüfung der Rechtsgrundlage als Bestandteil der Subsidiaritätsprüfung an. Folglich sehen die Anhänger dieser Rechtsauffassung die falsch ge-

wählte Rechtsgrundlage als eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Die Kompetenz der EU zur Regelung des grenzüberschreitenden Opferschutzes war dabei unstrittig.

Brandenburg hat daher den Empfehlungen der Ausschüsse, eine Subsidiaritätsrüge zu erheben, im Plenum nicht zugestimmt.

Frage 215

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kerstin Meier

- Starke Bedenken gegen die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages -

Als eines der ersten Länderparlamente hat sich das Berliner Abgeordnetenhaus mit der geplanten Neufassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) im Rahmen einer Anhörung befasst. Eines der Hauptanliegen der Novellierung des JMStV, die Kennzeichnung für Online-Inhalte einzuführen und den Erziehungsberechtigten über Jugendschutzprogramme Filtermöglichkeiten an die Hand zu geben, konnte dabei fraktionsübergreifend nicht überzeugen. Die für den 10. Juni 2010 geplante endgültige Abstimmung des JMStV durch die Regierungschefin und die Regierungschefs der Länder wird zunehmend fraglich, da der JMStV nur einstimmig angenommen werden kann.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Möglichkeit, länderübergreifend Nachbesserungen am vorliegenden Entwurf des JMStV vorzunehmen, da sich schon jetzt deutlicher Überarbeitungsbedarf abzeichnet?

Antwort der Landesregierung

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist ein Staatsvertrag, der von der Regierungschefin und den Regierungschefs aller Länder unterzeichnet werden muss. Die Zeichen stehen gut, dass das auch am 9. Juni 2010 so geschehen wird.

Aus meiner Sicht gibt es zurzeit keinen Nachbesserungsbedarf. Ich sehe auch nicht ein, warum auf einen im Rundfunk funktionierenden Jugendschutz im Internet verzichtet werden sollte, es sei denn, wir kämen zu dem Ergebnis, die Angebote im Internet wären weniger jugendgefährdend. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Was soll der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag erreichen? Wir haben es auf der einen Seite mit dem Medium der gelebten Freiheit schlechthin zu tun. Auf der anderen Seite fordern die Jugendschützer, dass Minderjährige besser vor gewaltverherrlichenden und pornografischen Inhalten aus dem Internet geschützt werden müssen. Den Ländern geht es vor allem darum, Kindern und Jugendlichen diesen Schutz zu geben, und ihnen gleichzeitig die enormen Möglichkeiten, die das Netz ihnen bietet, nicht vorzuenthalten.

Wie will der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag das erreichen? Bereits jetzt ist der Anbieter von Inhalten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche entwicklungsbeeinträchtigende und entwicklungsgefährdende Angebote in Fernsehen, Radio und Internet üblicherweise nicht wahrnehmen. Durch die Novellierung kommen keine weiteren Verpflichtungen für den Inhalteanbieter hinzu. Aber ihm wird eine neue Möglich-

keit an die Hand gegeben, seiner bestehenden Verpflichtung zu entsprechen. Er kann sein Angebot mit einer freiwilligen Alterskennzeichnung versehen. Wer das macht, erhält eine Privilegierung im Bußgeldbereich. Anerkannte Jugendschutzprogramme können diese Alterskennzeichnung auslesen. Solche Jugendschutzprogramme können die Eltern auf ihrem PC für ihr Kind installieren. Nur wenn sich die Eltern dafür entscheiden, werden vorhandene freiwillige Alterskennzeichnungen genutzt, um Inhalte herauszufiltern, die für die eingestellte Altersstufe ungeeignet sind.

Moderner Jugendmedienschutz fordert Verantwortung dort ein, wo sie auch entsteht: Von Anbietern für ihre Inhalte und von Eltern für ihre Kinder. Es geht eben nicht um den Aufbau einer netzseitigen Sperrinfrastruktur, die alle Verantwortung dem Zugangsprovider aufbürdet. Er wird an anderer Stelle in die Pflicht genommen. Zugangsprovider sollen dazu verpflichtet werden, ihren Kunden entsprechende Jugendschutzprogramme anzubieten.

Allerdings, da bin ich wieder ganz bei Ihnen, ist es angesichts der dynamischen Entwicklung der Medien eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich, dass sich künftig Änderungsbedarf ergeben wird. Deshalb sind die Länder übereingekommen, die Bestimmungen des Staatsvertrages spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten zu evaluieren.

Frage 216

CDU-Fraktion

Abgeordneter Dieter Dombrowski

- Gänsefraßschäden in landwirtschaftlichen Kulturen im westlichen Havelland -

Das Naturschutzgebiet Gülper See ist ein einzigartiges Vogelschutzparadies im ländlichen Rhinow, in dem im Frühjahr und Herbst bereits über 100 000 Wildgänse an einem Tag gezählt wurden. Die geplante Ausweitung des Naturschutzgebietes Gülper See im Landkreis Havelland wird auch landwirtschaftliche Nutzflächen einbeziehen, in denen die Landwirte ihre Flächen zwar weiterhin bewirtschaften könnten, eine Jagd auf die Gänse jedoch ausgeschlossen wäre. Der Minister äußerte auf dem Kreisbauerntag am 12. April 2010 in Paaren/Glien, dass man zwar kein Förderprogramm zum Ausgleich der Gänsefraßschäden hätte, man jedoch bereits auf der Suche nach einer Lösung für die Landwirte sei.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Lösungsalternativen werden derzeit im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zur Lösung des Problems der Gänsefraßschäden in der Landwirtschaft geprüft?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Im Nachgang zum Kreisbauerntag fand am 23. April 2010 eine Beratung mit betroffenen Landwirten aus der Region in Ribbeck statt, an der seitens des MIL der Abteilungsleiter Landwirtschaft, Herr Schubert, und seitens des MUGV der Abteilungsleiter Naturschutz, Herr Steffen, teilnahmen. In dieser Beratung wurde seitens des MIL festgestellt, dass die zunächst vorgesehene Finanzierung von pflanzenbaulichen Anpassungsstrategien zur Minimierung von Gänsefraßschäden mit EU-Mitteln des Agrar-Fonds nicht möglich ist.

Bezüglich der Regulierung über Mittel des Vertragsnaturschutzes konnte seitens des MUGV ebenfalls keine positive Aussage getroffen werden. Es wurde vereinbart, den Versuch zu unternehmen ein Projekt mit wissenschaftlicher Begleitung „anzuschieben“. Dieses soll unter Beteiligung des ZALF Münchenberg geschehen.

Frage 217

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Peer Jürgens

- Bahnstrecke Frankfurt (Oder)-Beeskow-Königs Wusterhausen -

Die Regionalbahnstrecke zwischen den Städten Frankfurt (Oder), Beeskow und Königs Wusterhausen (OE 36) ist eine für die Region wichtige Verkehrslinie. Sie verbindet den südlichen Teil des Landkreises Oder-Spree mit den Regionalbahn-Haltepunkten in Königs Wusterhausen und Frankfurt (Oder). Leider ist die Takt- und Reisezeit der Regionalbahn aufgrund der Strecke eher nutzerunfreundlich. Viele Bahnübergänge und temporeduzierte Abschnitte führen zu langen Fahrzeiten und verringern dadurch die Attraktivität. Derzeit wird der Abschnitt Frankfurt (Oder)-Beeskow gebaut und für einen schnelleren Zugverkehr umgerüstet.

Ich frage die Landesregierung: In welchem zeitlichen Rahmen wird auch der Abschnitt Beeskow-Königs Wusterhausen für eine schnellere Verbindung ausgebaut?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Für den Erhalt und den Ausbau der bundeseigenen Schieneninfrastruktur ist die Deutsche Bahn AG (DB AG) in Verbindung mit dem Bund verantwortlich. In regelmäßig stattfindenden Abstimmungen mit den Eisenbahninfrastrukturgesellschaften der DB AG wirkt das Land darauf hin, dass seine Interessen als Aufgabenträger für die Bestellung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr gewahrt bleiben.

Das Ziel des Landes für den Streckenabschnitt Beeskow-Königs Wusterhausen ist es, die Fahrzeit auf unter eine Stunde zu verkürzen. Eine entsprechende verkehrliche Aufgabenstellung für den Streckenabschnitt ist mit der DB Netz AG weitgehend abgestimmt. Es ist vorgesehen, die Maßnahmen aus Mitteln der zwischen der DB AG und dem Bund abgeschlossenen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zu finanzieren. Die gegenwärtige Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung läuft bis 2013. Der Abschnitt Königs Wusterhausen-Beeskow soll dann durchgehend mit 80 km/h befahrbar sein. Um noch mehr Stabilität bei der Abwicklung der Betriebsprogramme zu erhalten, prüft die DB Netz AG die Realisierung weiterer Infrastrukturmaßnahmen nach 2013. Hierbei handelt es sich um das gleichzeitige Einfahren der sich in Kreuzungsbahnhöfen begegnenden Züge sowie um den Ausbau eines 8 km langen Abschnitts für eine Geschwindigkeit von 100 km/h.

Frage 218

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Airport-Express zum Flughafen BBI -

Berlin und Brandenburg haben jeweils für den Airport-Express zum neuen Flughafen in Schönefeld einen eigenen Fahrplan

beantragt. Demnach will Berlin zur vorgesehenen Eröffnung des Flughafens Berlin - Brandenburg International (BBI) am 30. Oktober 2011 drei Züge pro Stunde zwischen Berlin-Hauptbahnhof und Flughafen fahren lassen, Brandenburg aber nur zwei. Einigen sich die Länder nicht, muss die Bahn die Entscheidung treffen. Die Flughafengesellschaft hält drei Züge pro Stunde im Abstand von 20 Minuten für erforderlich. Fahren die Züge lediglich alle 30 Minuten, gäbe es für einen Teil der angekommenen Fluggäste in Spitzenstunden keinen Platz mehr in dem Zug, so eine Prognose. Für Brandenburg stellt sich als schwierige Aufgabe heraus, mehr Wagen einzusetzen. Dazu müsste der Vertrag des Verkehrsverbundes mit der Bahn geändert und der bestehende Regionalverkehr durch Fahrzeitverlängerung belastet werden. Im Interesse beider Länder wäre eine konsensfähige Lösung anzustreben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Lösungsvorschläge sieht sie, um die unterschiedlichen Interessenlagen dennoch in Einklang zu bringen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Berlin hat im Rahmen der Fahrplanbestellung für das Jahr 2011 die Führung des RE 3 über den Flughafenbahnhof BBI sowie eine Brechung dieser Linie in einen Nord- und Südast vorgesehen. Der RE 3 soll dadurch mit zwei Zügen so verkehren können, dass er gemeinsam mit dem RE 3 im Abschnitt Berlin Hbf-Flughafen BBI in einem 20-Minuten-Takt verkehrt.

Brandenburg sieht eine Führung des RE 9 im 30-Minuten-Takt vor. Die Linie RE 3 soll nicht über den Flughafen geführt werden, sondern weiter in der heutigen Linienführung verkehren. Wir brauchen weiter eine schnelle Direktverbindung von der südlichen Lausitz zum Berliner Hauptbahnhof. Das ist im überwiegenden Interesse der Nutzer.

Nach den vorliegenden Nachfrageprognosen ist eine Überbelegung der RE-9-Züge nicht zu erwarten. Lediglich die jüngste, von der Flughafengesellschaft in Auftrag gegebene Studie prognostiziert unter spezifischen Annahmen zur Gepäckmitnahme eine Sitzplatzknappheit in Spitzenstunden an Spitzentagen. Sollte sich die Nachfrage derart erfreulich entwickeln, werden wir angemessen reagieren. Hier kommt an erster Stelle eine gezielte Verstärkung der Züge mit zusätzlichen Fahrzeugeinheiten in Betracht.

Entsprechend dem gemeinsamen Verkehrsvertrag werden die Züge der RE Linie 3 die Brandenburger Pendler auch weiterhin auf der festgelegten Relation direkt und ungestört über die Anhalter Bahn nach Berlin befördern.

Außerdem ist durch die zeitnah nach der Eröffnung des Flughafens erwartete Fertigstellung der Ostanbindung eine weitere Verbesserung der SPNV-Anbindung absehbar.

Frage 219

CDU-Fraktion

Abgeordneter Frank Bommert

- Vergabegesetz für Brandenburg -

Von der rot-roten Landesregierung wurde in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt, dass ein Vergabegesetz zu ihren

wichtigsten Zielen in dieser Legislaturperiode gehört. Die entsprechenden Eckpunkte wurden dazu Ende Februar veröffentlicht. Zwischenzeitlich wurde aber in Veranstaltungen und über die Medien bekannt, dass es durchaus Unstimmigkeiten zwischen beiden Koalitionspartnern diesbezüglich gibt. So fordert der Arbeitsminister eine Mindestlohnkommission oder vergabefremde Kriterien, die nicht Bestandteil des Eckpunktepapiers sind.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist, angesichts der unterschiedlichen Äußerungen und der daraus resultierenden Unsicherheit bei den brandenburgischen Unternehmen, der aktuelle Stand des Vergabegesetzes?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers

Die Landesregierung hat mit der Übersendung der Eckpunkte des Vergabegesetzes die Fraktionen und den Präsidenten des Landtags über den Stand der Bearbeitung informiert.

Zu den Eckpunkten wurden zahlreiche Stellungnahmen unter anderem von Gewerkschaften und aus der Wirtschaft eingeholt. Ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband* und Wirtschaftskammern haben zum Thema der Anpassung Vorschläge gemacht. Dazu gehört auch die Mitwirkung der betroffenen Wirtschaft an der Anpassung.

Sie sehen, am Vergabegesetz wird gearbeitet, und wenn sich am Thema interessierte Akteure in Veranstaltungen und in den Medien zu Wort melden, sind dies weitere Felder des Diskurses.

Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Landesregierung sieht für die planmäßige Bearbeitung eines Gesetzentwurfs verschiedene Schritte vor, an denen die anderen Ressorts auch beteiligt sind. Und weil wir das in Schritten machen, müssen wir auch die Offenheit haben, die Dinge im Detail dem Beratungsfortschritt anzupassen, wenn es erforderlich werden sollte. Im Moment stehen wir vor dem sogenannten Ersten Entwurf, der dieser Tage geschäftsordnungsmäßig versandt wird.

Sie sehen, die Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung ist noch nicht abgeschlossen.

Frage 220

CDU-Fraktion

Abgeordneter Dierk Homeyer

- Auswirkungen des Urteils des OVG Mecklenburg-Vorpommern zu Ladenöffnungszeiten vom 07.04.2010 -

In Mecklenburg-Vorpommern wurde durch das dortige Obergerverwaltungsgericht die Verordnung über erweiterte Ladenöffnungszeiten in Kur- und Erholungsorten, Weltkulturerbestätten sowie in anerkannten Ausflugsorten und Ortsteilen mit besonders starkem Fremdenverkehr (Bäderverkaufsverordnung BädVerkVO) durch Urteil (Az: 4 K 13/09) für unwirksam erklärt.

* der uvb

Ich frage die Landesregierung: Welche Auswirkungen sieht sie durch das Urteil des OVG Mecklenburg-Vorpommern für die Kurorte in Brandenburg und die anstehende Änderung des brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Mecklenburg-Vorpommern hat am 7. April 2010 die dort erlassene Bäderverkaufsverordnung für unwirksam erklärt. Inwieweit sich aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Auswirkungen auf die anstehende Änderung der Brandenburger Ladenöffnungsregelungen ergeben, bedarf einer juristischen Prüfung auf der Grundlage der schriftlichen Begründung des Urteils. Diese liegt derzeit noch nicht vor. Zudem ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Das Land Mecklenburg-Vorpommern kann gegen das Urteil Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einlegen.

Die für unwirksam erklärte Bäderregelung in Mecklenburg-Vorpommern sieht sehr weite Ausnahmen vor. So ist in 149 Orten und Ortsteilen der gewerbliche Verkauf an den Sonntagen, die keine gesetzlichen Feiertage sind, in der Zeit von 11.30 Uhr bis 18.30 Uhr zulässig. Davon ausgenommen sind lediglich der gewerbliche Verkauf in Baumärkten, Möbelhäusern und Autohäusern sowie der Monat Dezember mit Ausnahme des ersten Advents.

Im Urteil des OVG wurde festgestellt, dass die örtlichen, zeitlichen und sachlichen Einschränkungen des gewerblichen Verkaufs an Sonn- und Feiertagen in ihrer Summierung nicht geeignet seien, dem geforderten Ausnahmecharakter des Warenverkaufs an Sonn- und Feiertagen angemessene Rechnung zu tragen.

Nach den Brandenburger Ladenöffnungsregelungen dürfen Verkaufsstellen in Kurorten, Ausflugs- und Erholungsorten an jährlich höchstens 40 Sonn- und Feiertagen von 11 bis 19 Uhr geöffnet sein. Neben Waren, die für diese Orte kennzeichnend sind, dürfen lediglich Waren zum sofortigen Verzehr, überwiegend in der Region erzeugte oder verarbeitete landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte, Tabakwaren, Blumen, Zeitschriften und Sportartikel verkauft werden.

Mit diesem eingeschränkten Warenkorb ist der Verkauf von Produkten an Sonn- und Feiertagen im Land Brandenburg gegenüber dem Warenverkauf in Mecklenburg-Vorpommern in wesentlich geringerem Umfang zulässig. Insoweit wird davon ausgegangen, dass in Brandenburg der verfassungsrechtliche Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe gewahrt ist.

Frage 221

CDU-Fraktion

Abgeordneter Sven Petke

- Generelles Verbot von Rockergruppierungen -

Am 25. März 2010 diskutierte der Landtag Brandenburg den Antrag der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg „Rockerkriminalität in Brandenburg begegnen“. Der Innenminister des Landes Brandenburg stand im Rahmen der Debatte einem generellen Verbot von Rockerclubs „skeptisch“ gegenüber und war der Meinung, dass „man sich schnell blamieren kann“.

Das Bundesland Schleswig-Holstein hat landesweit Rockergruppierungen verboten. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein begründete das Verbot mit der blutigen Eskalation des Rockerkrieges.

Ich frage daher die Landesregierung: Wird in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen auch ein generelles Verbot von Rockergruppierungen im Land Brandenburg geprüft?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Speer

Die Landesregierung hat in der Antwort auf die Kleine Anfrage 34 des Abgeordneten Danny Eichelbaum, Fraktion der CDU - Landtagsdrucksache 5/210 -, erläutert, welche Voraussetzungen das Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts für ein Verbot einer Vereinigung aufstellt. Die dort in der Antwort zu Frage 6 dargestellte Rechtslage besteht unverändert fort.

Ein generelles Verbot einer Vereinigung - nur weil deren Mitglieder der sogenannten „Rockerszene“ zuzurechnen sind - fände keine Stütze im Gesetz. Das Vorliegen der Verbotsvoraussetzungen kann nur für jede Vereinigung im Einzelfall festgestellt werden. Demzufolge betreffen die Verbote des „Hells Angels MC Charter Flensburg“ und des „Bandidos MC Probationary Chapter Neumünster“ auch nicht sämtliche Charter des „Hells Angels MC“ und Chapter des „Bandidos MC“ in Schleswig-Holstein, sondern ausschließlich die beiden konkret genannten.

Im Übrigen besagen diese Verbote nur, dass die dortige Verbandsbehörde für beide Vereinigungen die Voraussetzungen eines Verbots als erfüllt angesehen hat. Dies beruht allein auf der individuellen Sachlage in Schleswig-Holstein.

Es wird daher - auch in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen - kein generelles Verbot von Rockergruppierungen im Land Brandenburg geprüft.

Die Einschätzung des schleswig-holsteinischen Ministers des Innern: „Ein Vereinsverbot macht man oder man lässt es bleiben - in dem einen wie in dem anderen Fall redet man aber vorher nicht öffentlich darüber.“, teile ich ausdrücklich.